Zeitschrift: Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz
Band: 4/1890 (1892)

Rubrik: Kantonale Gesetze und Verordnungen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Art. 7. Die in Art. 6 verzeigten Sammlungen verbleiben ihren bisherigen Eigentümern, dürfen aber so lange, als das schweiz. Landesmuseum besteht, diesem nicht entzogen werden.

Allen übrigen Ausstellern bleibt ihr Eigentums- und freies Verfügungsrecht gewahrt.

Sämtliche Gegenstände werden vor ihrer Vereinigung inventarisirt und mit Eigentumszeichen versehen.

Art. 8. Die Verwaltung des Landesmuseum besorgt, unter Oberaufsicht des Bundesrates, eine Kommission von sieben Mitgliedern, von welchen fünf durch den Bundesrat und zwei durch die betreffende kantonale oder städtische Vollziehungsbehörde gewählt werden.

Unter dieser Kommission steht der Konservator des Museums, welcher auf deren Vorschlag vom Bundesrate gewählt wird.

Die Befugnisse und Obliegenheiten der Kommission und des Konservators werden durch eine bundesrätliche Verordnung festgestellt.

Art. 9. Die Kosten der Verwaltung, Bedienung und Heizung des Museums, sowie der Versicherung der aufgenommenen Gegenstände werden von der Bundeskasse getragen.

Art. 10. Der Sitz des Landesmuseums wird auf einen Bericht des Bundesrates hin von der Bundesversammlung bestimmt.

---

2. 2. **Bundesbeschluss betreffend Veranstaltung einer nationalen Säkularfeier der Gründung der schweiz. Eidgenossenschaft (1. Aug. 1291).** (Vom 20./26. Juni 1890.)

1. Es soll in Erinnerung an den 1. August 1291 zwischen Uri, Schwyz und Unterwalden errichteten ersten ewigen Bund am 1. August 1891 in der schweizerischen Eidgenossenschaft eine Säkulargedenkfeier ihrer Gründung abgehalten werden.

2. Die zentrale Bundesfeier findet in der Urschweiz statt.

Der Bundesrat wird dafür in Verbindung mit den betreffenden Regierungen die angemessenen Anordnungen treffen.

Er erhält hiemit zu diesem Zwecke den notwendigen Kredit.

3. Dieser Beschluss tritt als dringlich sofort in Kraft.

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen.

I. Allgemeine Volksschule.

3. 1. **Verfassung des Kantons St. Gallen.** (Vom 30. August 1890.) (Auszug Art. 1--15.)

Aufgaben des Staates.

Art. 1. Der Staat setzt sich zur Aufgabe die Förderung der gesamten Volkswohlfahrt.

Art. 2. Die Aufsicht, Leitung und Hebung des öffentlichen Unterrichts ist Sache des Staates.

Art. 3. Der Kanton sorgt für genügenden Primarunterricht, welcher ausschliesslich unter staatlicher Leitung stehen soll. Derselbe ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.

Die öffentlichen Schulen sollen von den Angehörigen aller Bekenntnisse ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit besucht werden können. (Art. 27 B.-V.)

Der Religionsunterricht wird durch die von den betreffenden Konfessionen zu bestellenden Organe erteilt. Es sind für denselben die öffentlichen Schul-

lokale zur Verfügung zu stellen und ist im Schulplane die hiefür geeignete Zeit offen zu lassen.

Die Freiheit des Privatunterrichtes ist unter Vorbehalt gesetzlicher Bestimmungen gewährleistet.

Art. 4. Die oberste Leitung des Erziehungswesens steht beim Regierungsrate; demselben ist ein Erziehungsrat von 11 Mitgliedern untergeordnet, dessen Wahlart durch das Gesetz bestimmt wird.

Art. 5. Die Organisation der Schulgemeinden soll durch die Gesetzgebung näher bestimmt werden. Dieselbe soll, wo immer die örtlichen Verhältnisse es gestatten (soweit erforderlich unter Beiziehung der ökonomischen Mithülfe des Staates), eine Kräftigung der Schulverbände durch Vereinigung kleinerer Schulgemeinden ermöglichen und zum Zwecke der Vereinigung konfessionell organisirter Schulgemeinden die nötigen Bestimmungen treffen.

Inzwischen gelten bezüglich der Vereinigung von Schulgemeinden folgende Bestimmungen:

a. Wenn im Gebiete einer politischen Gemeinde konfessionell organisirte Schulgemeinden bestehen und die Mehrheit der politischen Gemeinde oder die betreffenden Schulgemeinden selbst die Schulvereinigung beschliessen, so ist dieselbe sofort durchzuführen.

b. Die zu einer Gemeindeversammlung einzuberufenden Schulgenossen konstituiren sich als bürgerliche Schulgemeinde und wählen den Schulrat gemäss Art. 75.

c. Der Schulrat verwaltet das Schulgut; die Schulgemeinde und die von ihr ernannten Behörden treten in alle durch das bestehende Erziehungsgesetz und die Schulordnung den Schulgemeinden und dem Schulrate zugewiesenen Verrichtungen ein.

Dem Grossen Rate steht das Recht zu, allzu kleine Schulgemeinden, die in ökonomischer und pädagogischer Beziehung unfähig sind, als Träger des Schulwesens zu funktioniren, unter angemessener Unterstützung durch den Staat mit benachbarten Schulgemeinden zu vereinigen. Über alle Anstände, die sich aus einer solchen Vereinigung ergeben könnten, entscheidet der Grosse Rat.

Art. 6. Der Staat leistet Beiträge an das Primarschulwesen.

Er liefert unentgeltlich die obligatorischen gedruckten Lehrmittel.

Er sorgt für die Beschulung von Kindern, denen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen der Besuch der Volksschule verschlossen ist, und leistet hiefür geeignete ökonomische Beihülfe.

Er beteiligt sich an der Sorge für die gesönderte Erziehung verwahrloster Kinder.

Er gründet die notwendigen Besserungsanstalten für jugendliche Verbrecher, oder beteiligt sich an der Errichtung oder dem Betriebe solcher.

Art. 7. Der Staat unterstützt das Fortbildungsschulwesen, dessen Organisation das Gesetz näher bestimmt.

Bis zum Erlass dieses Gesetzes kann der Besuch der Fortbildungsschulen von den politischen Gemeinden, eventuell auch von den Schulgemeinden obligatorisch erklärt werden.

Art. 8. Der Staat unterstützt und fördert die bestehenden Sekundarschulen, sowie die Gründung neuer Sekundarschulen.

Art. 9. Der Fortbestand der Kantonsschule und des Lehrerseminars ist gewährleistet; sie werden ausschliesslich aus Staatsmitteln unterhalten.

Art. 10. Um den Besuch der Kantonsschule und des Lehrerseminars armen aber fähigen Schülern zu erleichtern, werden diesen angemessene Stipendien erteilt. Der Staat unterstützt auch die höhere Ausbildung talentvoller, aber unbemittelter Schüler auf Fach- und Hochschulen durch Stipendien.

Art. 11. Die öffentliche Gesundheitspflege bildet einen Zweig der Staatsverwaltung.

Der Staat unterstützt die öffentliche Krankenpflege; er beteiligt sich an der Gründung von Krankenhäusern und deren Betriebe.

Art. 12. Der Staat hat das Recht, unter Mitwirkung der Gemeinden für die Unterbringung von Trinkern in zweckentsprechenden Anstalten zu sorgen.

Er gründet entweder die notwendigen Asyle, oder beteiligt sich an der Errichtung oder dem Betriebe solcher.

Art. 13. Der Staat schützt die Arbeitskraft, insbesondere auch diejenige von Frauen und Kindern, welche in solchen Gewerben und Industrien beschäftigt sind, die nicht der Bundesgesetzgebung unterstehen.

Der Sonntag, sowie die gemeinsamen Feiertage sind als öffentliche Ruhetage gewährleistet.

Art. 14. Das öffentliche Armenwesen ist Sache der Gemeinden nach Massgabe bestehender gesetzlicher Bestimmungen. Es kann hiefür die finanzielle Beihülfe des Staates in Anspruch genommen werden, insbesondere zu möglichst zweckmässiger Versorgung von Waisen, Geisteskranken, Unheilbaren und Altersschwachen.

Art. 15. Zur Hebung der Erwerbsfähigkeit des Volkes fördert und unterstützt der Staat Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, und zwar im besondern:

a. durch Gründung oder Unterstützung von Fachschulen oder durch Beteiligung an solchen;

b. durch Förderung und Unterstützung des landwirtschaftlichen, industriellen und gewerblichen Genossenschaftswesens; das Gesetz kann solchen Genossenschaften besondere Befugnisse einräumen;

c. durch Förderung der Versicherung gegen Schäden, welche die Landwirtschaft bedrohen, sowie durch Anordnung von Massregeln zur Bekämpfung solcher Schäden.

---

4. 2. Loi sur la gratuité des fournitures scolaires à l'école publique primaire du canton de Neuchâtel. (Du 21 mai 1890.) (Art. 115 de la Loi sur l'enseignement primaire du 27 avril 1889.) [1])

Art. 1er. L'Etat fournit aux communes le matériel scolaire qu'elles sont tenues de délivrer gratuitement aux élèves des établissements publics d'instruction primaire.

Les communes remboursent à l'Etat le $^1/_5$ de la dépense totale occasionnée de ce chef.

Art. 2. Ce matériel se divise en matériel de classe et matériel individuel.

Le matériel de classe, qui ne peut sortir de la salle d'école, comprend:

a. les objets nécessaires à l'enseignement Frœbel;

b. les manuels de lecture;

c. les encriers, l'encre, les plumes, les porte-plumes, les crayons, les gommes élastiques, les ardoises, les crayons d'ardoise et les règles;

d. les ciseaux, les aiguilles, les dés, les rubans métriques, ainsi que les fournitures nécessaires à l'enseignement théorique des travaux manuels des jeunes filles: toile, laine, coton et fil.

Le matériel individuel comprend:

a. les manuels de répétition et les atlas inscrits au programme général et adoptés par les commissions scolaires;

b. les cahiers et le papier;

c. tous autres objets de matériel scolaire, soit nouveaux, soit appartenant au matériel de classe, que le Grand Conseil déciderait d'ajouter à la présente liste.

Art. 3. Les communes nomment, sous réserve de la ratification du département de l'Instruction publique un nombre de débitants du matériel en rapport avec l'importance de leur population scolaire. Elles sont responsables du matériel qui a été fourni à ces débitants par les soins du département de l'Instruction publique. Ils reçoivent un tantième fixé par le département sur le produit de leurs ventes.

Un employé spécial attaché au département est chargé du contrôle de ce service.

---

[1]) Jahrbuch 1889, I. Beilage, pag. 19.

Art. 4. Le département de l'Instruction publique nomme tous les trois ans, après avoir entendu la Commission consultative pour l'enseignement primaire, une Commission chargée de préaviser auprès de ce département sur toutes les mesures susceptibles d'améliorer la nature ou la qualité du matériel gratuit, sur le choix et l'adjudication de ce matériel, sur le prix de vente des divers objets et sur le nombre qui doit en être remis chaque année aux élèves. Elle préavise de même sur les conventions avec les auteurs et les éditeurs, ainsi que sur les contrats avec les fournisseurs.

Art. 5. Les élèves n'ont droit qu'à la quantité normale de fournitures scolaires, fixée par le département de l'Instruction publique. Toutes fournitures en sus sont à la charge des parents ou autres personnes responsables. Ces derniers remplacent également à leurs frais tout objet perdu ou détérioré par la faute des élèves.

Les commissions scolaires ont la discipline de ce service.

Art. 6. Le crédit nécessaire pour faire face aux frais d'achat des fournitures scolaires est porté chaque année au budget de l'Etat.

Sont également inscrits au budget de l'Etat les postes suivantes:

Un poste de fr. 2500 au moins pour le traitement de l'employé chargé du service de la gratuité et un second de fr. 500 au moins comme indemnité de séances aux membres de la Commission instituée à l'art. 4 de la présente loi.

Art. 7. Les ressources nécessaires pour couvrir les frais sus-mentionnés sont prélevées sur la part de recette annuelle du monopole de l'alcool attribuée au canton par la Confédération, après déduction du 10 % prévu par la loi fédérale sur le monopole de l'alcool et le prélèvement prévu à l'article 66 de la loi neuchâteloise sur les communes.

Dispositions transitoires.

Art. 8. En raison du travail d'application qu'entrainera la mise en vigueur de la présente loi, celle-ci ne déploiera ses effets qu'à partir du 1er sept. 1890.

---

5. 3. Décret concernant la gratuité des fournitures scolaires à l'école primaire publique du canton de Vaud. (Du 19 novembre 1890.) (Art. 21 et 119 de la loi du 9 mai 1889.) [1])

Art. 1er. Les fournitures scolaires courantes, à l'exception de tous les manuels, seront remises gratuitement aux élèves des écoles primaires, à partir du 15 avril 1891.

Art. 2. L'Etat et les communes supportent par parts égales le coût de ces fournitures.

Art. 3. Une somme de 38,000 francs est allouée au budget de 1891 du Département de l'Instruction publique et des Cultes pour faire face à la part de dépense qui incombe de ce chef à l'Etat pour la dite année.

Art. 4. La remise gratuite des manuels devra faire l'objet d'un décret ultérieur.

Art. 5. Le Conseil d'Etat est chargé de l'exécution du présent décret.

---

6. 4. Règlement pour les écoles primaires du canton de Vaud. (Du 12 avril 1890.) (Art. 121 de la loi du 9 mai 1889.)

Chapitre premier. (Loi art. 1-13.) *Des écoles et de leur organisation.*

Art. 1er. Deux fois par année, soit en janvier et en juin ou juillet, la Municipalité fait procéder à un recensement des enfants astreints à la fréquentation des écoles.

Ensuite de cette opération, la Commission scolaire établit la liste des enfants qui atteignent l'âge d'admission à l'école ou qui ne remplissent pas leurs

[1]) Jahrbuch 1889, I. Beilage, pag. 7.

obligations scolaires, et avise les intéressés (parents, tuteurs, patrons ou maîtres de pension) du jour de l'entrée en classe.

Art. 2. Lors des recensements scolaires, les parents ou tuteurs sont tenus de justifier que leurs enfants ou pupilles fréquentent l'école publique ou reçoivent une instruction particulière.

Si l'enfant quitte l'école, les parents ou les personnes responsables en informent la Commission scolaire; l'inobservation de cette formalité est punie d'une amende de trois francs prononcée par cette autorité. La Commission avisée fait rentrer l'enfant à l'école publique.

Art. 3. Dans son rapport annuel, la Commission avise le Département de l'Instruction publique et des Cultes du nombre des enfants dont l'instruction se fait en dehors de l'école publique.

Ce rapport indique le nombre de ceux qu'une infirmité empêche de fréquenter l'école.

Art. 4. Lorsque des communes se réunissent pour avoir une seule école, celle-ci doit être tenue par un régent.

Art. 5. Dans les communes et les hameaux ayant une seule école réunissant plus de trente enfants de tous les degrés, celle-ci est dirigée par un régent pourvu d'un brevet definitif.

Art. 6. Lorsqu'une école semi-enfantine comprend plus de trente enfants astreints à la fréquentation, elle est dirigée par une régente pourvue d'un brevet définitif et recevant le traitement légal.

Art. 7. Les classes du soir des centres industriels sont tenues au moins deux heures chaque jour, excepté le samedi. Elles sont gratuites.

Art. 8. L'enseignement des ouvrages du sexe est donné, pendant toute l'année, dans chaque école de filles ou dans chaque classe mixte par la régente, ou par une maîtresse d'ouvrages pourvue du brevet prévu à l'art. 39 lettre *c* de la loi.

Art. 9. Les chefs de famille qui demandent l'ouverture d'une école enfantine, en application de l'art. 13 de la loi, s'adressent à la Municipalité par l'intermédiaire de la Commission.

En cas de refus de l'autorité communale, il y a recours au Département de l'Instruction publique et des Cultes, qui organise cet enseignement aux frais de la commune.

Art. 10. Les écoles enfantines sont dirigées par des personnes pourvues du brevet prévu à l'art. 39 lettre *d* de la loi.

Chapitre II. Objets et méthodes d'enseignement. (Loi art. 14-22.)

Section I. Art. 11. L'enseignement est donné pendant 44 semaines de l'année, à raison de 26 à 31 heures par semaine.

Deux heures par semaine sont, en outre, consacrées à l'enseignement religieux facultatif prévu à l'art. 14 de la loi. Les heures consacrées à l'enseignement professionnel prévu à l'art. 22 de la loi ne rentrent pas dans le nombre des heures indiqué ci-dessus.

Art. 12. L'école primaire comprend trois degrés: le degré inférieur renferme, dans la règle, les enfants de 7 à 9 ans; le degré moyen, ceux de 9 à 12, et le degré supérieur, ceux de 12 à 15 ou 16 ans.

Chaque degré peut être subdivisé en sections.

Art. 13. Les élèves d'une division inférieure peuvent être réunis à ceux d'une division supérieure, lorsque les sujets à traiter le comportent.

Art. 14. Dans les degrés supérieur et moyen, l'enseignement comporte 31 heures; dans le degré inférieur, 26 heures par semaine, non compris l'enseignement religieux.

La durée d'une école ne peut excéder trois heures, à moins d'une autorisation du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 15. Il n'y a qu'une demi-journée de vacance par semaine, à savoir l'après-midi du samedi; cette demi-journée peut même être consacrée à l'enseignement professionnel.

Art. 16. Dans l'élaboration de l'horaire, les deux heures consacrées à l'enseignement religieux sont placées au commencement ou à la fin de deux matinées ou de deux après-midi.

Art. 17. L'enseignement des catéchumènes est organisé de manière à ne pas priver la classe d'une partie de ses élèves pendant plus de trois heures par semaine. Ces heures sont réparties sur une ou deux demi-journées.

Section II. Manuels et fournitures scolaires.

Art. 18. Lorsque le décret prévu à l'art. 119 de la loi aura été rendu, un appendice au présent règlement organisera l'achat et la livraison des fournitures scolaires.

Le plan d'études détermine les manuels et le matériel employés par les élèves.

Section III. Enseignement professionnel.

Art. 19. L'enseignement professionnel, soit les travaux manuels, comporte: les travaux sur bois, la vannerie, le cartonnage.

Ce programme peut comprendre aussi les éléments des connaissances agricoles, ainsi que d'autres branches dont l'enseignement est justifié par les besoins locaux.

Art. 20. L'enseignement professionnel est donné par l'instituteur. Il peut lui être adjoint un ou plusieurs spécialistes.

Art. 21. Les Commissions scolaires fournissent, avant le 1er mars de chaque année, au Département de l'Instruction publique et des Cultes, un programme de cet enseignement accompagné du devis adopté par la Municipalité.

Art. 22. Après approbation du programme, le Département de l'Instruction publique et des Cultes fixe la quotité du subside alloué par l'Etat. Ce subside est payé après contrôle de la dépense effectivement faite.

Chapitre III. Bâtiments, mobilier et hygiène scolaires. (Loi art. 23-28.)

Section I. Bâtiments d'école.

Art. 23. Le bâtiment d'école doit être construit sur un terrain sec ou asséché par des travaux préalables. Il sera orienté de manière à ce qu'aucune classe ne reçoive du nord la lumière principale.

Art. 24. Les classes à rez-de-chaussée doivent avoir leur plancher plus élevé que le sol extérieur et cela d'au moins 0,60 m. Les classes ne peuvent être installées dans un local qui serait à rez-de-chaussée d'un côté et en sous-sol de l'autre, à moins que le dit local n'ait deux faces complètement dégagées et les autres isolées du terre-plein par des locaux secondaires.

Art. 25. Dans le voisinage immédiat du bâtiment d'école, un préau pour les récréations et un local pour les engins de gymnastique doivent être aménagés. La surface de ce local sera de 3,5 m^2 pour chaque élève d'une classe, et celle du préau découvert devra être calculée, d'après le nombre total des élèves de toutes les classes du bâtiment d'école, à raison de 5 m^2 par enfant.

Art. 26. Les rampes d'escaliers donnant accès aux classes doivent avoir une largeur minimum de 1,50 m. La marche aura une largeur de 0,28 m. à 0,32 m. et une hauteur de 0,15 m. à 0,16 m. Les mains-courantes des escaliers suspendus sont pourvues d'arrêts.

Art. 27. Les portes de classe doivent avoir une hauteur minimum de 2,25 m. et une largeur de 1 mètre.

Art. 28. Le vestiaire doit être établi en dehors des salles d'école, soit dans les corridors, soit dans un local spécial.

Art. 29. La hauteur d'une salle ne peut être inférieure à 3,20 m. pour une classe de 50 élèves, sans pouvoir jamais être inférieure à 3 mètres pour un nombre moindre d'écoliers.

La largeur de toute salle qui ne recevrait pas la lumière des deux côtés doit être comprise entre 6,40 m. et 7 m.; la longueur sera:

a. pour une classe de moins de 30 élèves égale à 7,50 m.
b. pour une classe de 30 à 40 élèves égale à 9,30 m.
c. pour „ „ „ 41 à 50 „ „ à 11,10 m.

La salle doit être disposée de telle façon que les élèves reçoivent, en tout cas, la lumière de gauche; l'éclairage peut en outre être donné d'arrière et de droite, mais jamais de face. La tablette de fenêtres de gauche sera à un mètre du plancher et le linteau le plus rapproché possible du plafond, soit à une distance maximum de 0,30 m. en contre-bas.

Si la salle reçoit la lumière des deux côtés, sa largeur peut être augmentée, dans ce cas la surface minimum par élève doit être de 1,50 m².

Les parois des salles seront teintes gris de lin.

Art. 30. La température d'une salle d'école, dans la période du chauffage, ne doit pas être inférieure à 12° C, ni supérieure à 17° C. — Un thermomètre est placée dans chaque classe à un endroit éloigné du poële et à 1,50 m. du plancher.

Art. 31. Les poëles doivent être suffisamment grands pour donner, sans être surchauffés, un bon chauffage de la classe.

Les poëles métalliques sont à double enveloppe et garnis.

Les bascules sont interdites aux tuyaux de sortie de fumée des poëles chauffés à la houille, au coke ou à l'anthracite.

Art. 32. Chaque salle d'école est pourvue de moyens de ventilation.

Art. 33. La salle doit être balayée chaque jour; elle est récurée au moins trois fois par an aux frais de la commune. Le matériel pour le service de propreté est fourni par les communes.

Art. 34. Dans tout bâtiment, il y a des cabinets séparés pour les garçons et pour les filles; leur nombre est d'au moins un par classe et deux par classe mixte. Les cabinets pour garçons ont un urinoir.

Art. 35. Les cabinets et les urinoirs doivent être isolés du reste du bâtiment par une bonne fermeture et pourvus d'appareils de ventilation. Les fosses sont ventilées séparément et construites en maçonnerie de ciment, de manière à être parfaitement étanches et hermétiquement fermées.

Art. 36. Le mobilier doit être approprié à la taille des élèves; à cet effet, il y a dans chaque classe au moins trois grandeurs de tables-bancs. Au commencement de chaque semestre, il est procédé au mesurage des élèves et à la distribution des places. Les écoliers ayant la vue ou l'ouïe défectueuses sont placés près du maître.

Les tableaux noirs, peints en mat, sont placés, autant que possible, dans la paroi faisant face aux élèves et dans l'axe de la classe.

Art. 37. Chaque année, dans le courant de novembre, la classe et les dépendances de l'école sont visitées par un médecin. Son rapport est envoyé par les autorités communales au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 38. Des plans-types pour les constructions scolaires sont mis par le Département de l'Instruction publique et des Cultes à la disposition des communes intéressées.

Section II. Matériel d'enseignement.

Art. 39. Il y a dans chaque école trois tableaux indiquant: le premier, l'horaire des leçons de la semaine; le deuxième, le programme annuel de chacun des degrés, et le troisième, les principales règles de conduite de l'élève.

Art. 40. Chaque école est pourvue en outre du matériel suivant, assorti au degré qu'elle comporte:

1° Aux moins deux tableaux noirs peints en mat ou deux grandes ardoises avec éponges et craie.
2° Une armoire suffisante pour contenir le matériel d'enseignement.
3° Des tableaux de lecture et des modèles d'écriture.
4° Une collection de modèles de dessin.
5° Un mètre et un ruban métrique.
6° Un tableau des poids et mesures métriques, ou, si possible, les mesures elles-mêmes et une collection de solides géométriques.
7° Un boulier-compteur.
8° Une carte du canton de Vaud, une de la Suisse, une de l'Europe, une mappemonde et, si possible, un globe terrestre.
9° Quelques objets ou collections pour l'enseignement des sciences naturelles.
10° Des livres de lecture, en nombre suffisant, à l'usage de chaque degré.
11° Un onglet destiné aux circulaires.
12° Les autres objets que le Conseil d'Etat pourrait rendre obligatoires.

Art. 41. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes facilite aux communes peu aisées l'acquisition de ces objets.

Si, après y avoir été invitées, les communes ne se procurent pas le matériel prévu, celui-ci est fourni par l'Etat à leurs frais.

Art. 42. Il est dressé un inventaire du mobilier et du matériel de chaque classe. Cet inventaire est conservé dans la classe: il est revisé chaque année par la Commission scolaire et à l'occasion de toute mutation dans le personnel enseignant.

Art. 43. Les enfants sont responsables des dégâts qu'ils causent par leur faute ou négligence au mobilier et au matériel d'école. Ils peuvent, en outre, être punis d'une amende de cinquante centimes prononcée par la Commission scolaire.

Les régents et régentes sont responsables des dégâts occasionnés par leur défaut de surveillance, ou de ceux qu'ils auraient négligé de signaler à la Commission scolaire.

Chapitre IV. Autorités préposées à l'instruction primaire. (Loi art. 29-36.)

Section I. Surveillance des écoles.

Art. 44. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes est chargé de la surveillance des écoles et des cours complémentaires. Il dispose d'un personnel spécial créé en vertu de l'art. 29 de la loi et adjoint au service de l'Instruction publique.

Section II. Des préfets.

Art. 45. Les préfets concourent avec le Département de l'Instruction publique et des Cultes à l'application de la loi et du règlement scolaires.

Art. 46. Les préfets connaissent en particulier des contraventions prévues aux art. 27, 92, 93 99, 100 de la loi et 167 du présent règlement.

Art. 47. Les préfets vouent tous leurs soins à la répression des absences non justifiées. Ils s'assurent que celles-ci leur sont régulièrement dénoncées par les Commissions scolaires, et surveillent l'exécution des peines prononcées par eux ensuite de ces dénonciations. Ils adressent à ce sujet, chaque mois, au Département de l'Instruction publique et des Cultes, le rapport prévu à l'art. 102 de la loi (formulaire 5).

Art. 48. Les préfets veillent à ce que le traitement des instituteurs soit payé régulièrement. A cet effet, ils se font remettre, chaque trimestre, un rapport par les municipalités de leur ressort. Ils contrôlent l'exactitude des renseignements qui leur sont donnés, et font eux-mêmes rapport au Département de l'Instruction publique et des Cultes (form. 1).

Section III. Des Commissions scolaires.

Art. 49. Les membres des Commissions scolaires sont nommés pour quatre ans, parmi les citoyens actifs, et sont rééligibles. La Commission et reconstituée intégralement après chaque renouvellement de la Municipalité.

Art. 50. La Commission élit chaque année son président, son vice-président et son secrétaire. Ce dernier peut être pris en dehors de la Commission.

Le Département de l'Instruction publique et des Cultes peut autoriser les communes qui ont une direction spéciale des écoles à déroger à cette prescription.

L'huissier de la Municipalité est à la disposition de la Commission scolaire.

Art. 51. Lorsque deux ou plusieurs communes se sont réunies pour former une seule Commission scolaire, chacune des Municipalités nommes son ou ses représentants dans cette Commission et participe aux dépenses prévues à l'art. 35 de la loi.

Art. 52. La Municipalité et la Commission scolaire réunies nomment, au début de chaque période quadriennale, un comité de trois dames au moins, préposé à la surveillance, ainsi qu'aux examens annuels des ouvrages du sexe.

Art. 53. Les fonctions de régent sont incompatibles avec celles de membre ou de secrétaire de la Commission.

Art. 54. Les parents ou alliés du régent ou de la régente, au premier et au second degré, ne peuvent faire partie de la Commission.

Art. 55. Les parents, au premier et au second degré, ne peuvent siéger ensemble dans la Commission.

Art. 56. Les attributions des commissions scolaires sont les suivantes:

a. Elles fixent chaque année l'ouverture des cours et avisent les parents des enfants qui atteignent l'âge d'admission à l'école ou qui ne remplissent pas leurs obligations scolaires.

b. Elles veillent à la frequentation régulière des écoles et les visitent le plus souvent possible, au moins une fois par mois. Il est fait mention de ces visites dans un registre spécial.

Elles ont aussi la surveillance des écoles enfantines, des cours complémentaires et des cours de travaux manuels.

c. Elles s'assurent, conformément à l'art. 86 de la loi, que tous les enfants qui ne fréquentent pas l'école publique reçoivent une instruction suffisante.

d. Elles surveillent l'exécution du programme d'enseignement, établi conformément au plan d'études, et approuvent l'horaire semestriel des leçons de chaque école.

e. Elles fixent l'époque et la durée des vacances dans les limites prescrites à l'art. 4 de la loi.

f. Elles s'occupent en premier ressort de la repourvue des places vacantes.

g. Elles examinent les plaintes qui leur sont adressées par les régents contre leurs écoliers ou leurs parents et tuteurs, ainsi que celles de ces derniers contre les régents. Elles entendent les parties, s'entourent de tous les renseignements et s'efforcent de résoudre le différend, par les moyens amiables, avant de le porter à la connaissance du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

h. Elles procèdent, en avril de chaque année, à l'examen des écoles déterminent avec le personnel enseignant la promotion des élèves et la formation des classes, et adressent au Département de l'Instruction publique et des Cultes un rapport annuel sur la marche des écoles.

i. Elles statuent sur les demandes de congé qui leur sont adressées par le personnel enseignant et par les enfants, ainsi que sur les demandes de dispenses d'été prévues à l'art. 81 de la loi.

j. Elles surveillent les enfants hors de l'école, et les punissent s'ils ne se conduisent pas d'une manière convenable.

k. Elles prononcent les amendes prévues aux articles 97, 98 de la loi et 2 et 43 du règlement et en indiquent le montant dans le rapport annuel.

l. Elles adressent, chaque mois, au Département de l'Instruction publique et des Cultes, un rapport sur les dénonciations faites aux préfets pour les absences non justifiées (form. 4).

Art. 57. Les observations que la Commission ou l'un de ses membres adressent au régent soit sur sa conduite, soit sur son enseignement, doivent être faites en particulier.

Les causes de ces observations sont consignées dans le registre des procès-verbaux de la Commission.

Chapitre V. Régents, Régentes, maîtresses d'ouvrages et d'écoles enfantines. (Loi art. 37-78.)

Section I. Concours, examens, nominations.

Art. 58. Le régent ou la régente pourvue d'un brevet provisoire a le droit de postuler les écoles semi-enfantines, ou toute autre classe primaire ne réunissant pas plus de trente enfants.

Art. 59. Les porteurs du brevet définitif, qui se présentent au concours prévu à l'article précédent, déclarent se soumettre aux conditions du poste à repourvoir; leur présence n'exclut pas les régents ou les régentes pourvues du brevet provisoire.

Art. 60. Les frais résultant de l'insertion des avis de concours dans la Feuille officielle sont à la charge des communes.

Art. 61. Lorsque les autorités communales décident que la nomination aura lieu par voie d'appel, la Commission scolaire communique cette décision au Département de l'Instruction publique et des Cultes, et lui fait connaître en même temps le nom du candidat élu.

Art. 62. Les examens pour la repourvue des postes de régents et de régentes comprennent deux leçons, dont l'une porte sur la langue française et l'autre sur l'arithmétique.

Lorsque la régente est appelée à enseigner les ouvrages du sexe, elle subit en outre l'examen prévu à l'art. 81 du règlement; dans ce cas, cet examen est apprécié par une seule note.

Art. 63. La Commission peut s'adjoindre des experts pour les examens. Ils ont voix consultative.

Art. 64. La Commission choisit immédiatement avant chacune des épreuves, avec le délégué du Département de l'Instruction publique et des Cultes et avec les experts, si elle en a appelé, les sujets d'examen. Elle fixe l'ordre et la forme des leçons.

Les sujets, les mêmes pour tous les aspirants, sont communiqués d'avance à chacun d'eux.

Art. 65. La Commission doit être au complet autant que possible, et les membres dans tous les cas en nombre impair.

Art. 66. A l'ouverture de la séance, le président de la Commission scolaire fait connaître les noms des candidats admis aux examens, dont les titres ont été reconnus en règle; il indique les fonctions et les avantages de la place à repourvoir. Il est procédé ensuite aux examens dans l'ordre arrêté.

Art 67. Les résultats des examens sont appréciés par les chiffres 0 à 10. Ils sont inscrits dans le procès-verbal de l'examen.

Art. 68. Le procès-verbal est signé séance tenante par le président et par le secrétaire de la Commission, ainsi que par le délégué du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 69. S'il y a division dans l'appréciation du résultat, la minorité peut faire connaître son opinion à la Municipalité et au Département de l'Instruction publique et des Cultes. Cette opinion doit être motivée.

Art. 70. Outre l'appréciation des notes, le procès-verbal indiquera l'année de naissance des candidats, leur lieu d'origine, leur domicile, la nature de la date de leur brevet, le contenu succinct des certificats produits et les écoles desservies. Il y sera joint un état détaillé des fonctions et des bénéfices attachés à la place, tels qu'ils ont été annoncés aux candidats. Le tableau fera connaître aussi les noms des experts et les examens auxquels ils ont pris part.

La Commission peut y joindre toutes les observations qu'elle croira utiles pour la Municipalité.

Art. 71. Le procès-verbal de l'examen est transmis dans le plus bref délai à la Municipalité.

Art. 72. La Municipalité et la Commission se réunissent immédiatement après l'examen pour procéder à l'élection.

L'élection a lieu au scrutin secret et la majorité absolue des suffrages.

Art. 73. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes sanctionne ou annule l'élection, conformément aux attributions que la loi lui donne. Il y a recours au Conseil d'Etat, (Loi, art. 50.)

Art. 74. Lorsque le Département de l'Instruction publique et des Cultes a sanctionné l'élection d'un régent, il transmet le brevet de nomination à la Commission scolaire et avise l'élu de son entrée en fonctions.

Art. 75. Le brevet de nomination est remis au régent par le président de la Commission, en présence des élèves et d'une double délégation de la Municipalité et de la Commission.

Art. 76. Lorsque le Département de l'Instruction publique et des Cultes annule l'élection, il communique cette décision à la Municipalité et à la Commission et en indique les motifs.

Si la Municipalité et la Commission veulent recourir au Conseil d'Etat contre la décision du Département de l'Instruction publique et des Cultes, elles doivent le faire dans le terme de dix jours à dater de la communication qui leur en aura été faite.

Art. 77. Lorsque la nullité d'une élection a été definitivement prononcée, un nouveau concours est ouvert dans la forme ordinaire.

Section II. Ecoles d'ouvrages. (Loi art. 11.)

Art. 78. La direction des écoles d'ouvrages est confiée à des personnes pourvues du brevet prévu à l'art. 39 lettre *c* de la loi.

Art. 79. L'enseignement des ouvrages du sexe est donné conformément au plan d'études; il comprend dans chaque classe un minimum de six heures par semaine pour les degrés supérieur et intermédiaire, et de quatre heures pour le degré inférieur.

Art. 80. Les concours pour la nomination de maîtresses d'ouvrages peuvent être ouverts à toute époque de l'année.

Art. 81. Les examens pour la nomination des maîtresses d'ouvrages consistent en deux leçons sur les travaux prescrits par le programme.

La Commission s'adjoint, pour l'appréciation de ces examens, le comité de dames prévu à l'art. 52 du règlement.

Art. 82. La nomination et l'installation des maîtresses d'ouvrages ont lieu conformément aux prescriptions des art. 42 à 50 de la loi et 58 à 77 du règlement.

Art. 83. Les salles spécialement destinées à l'enseignement des ouvrages du sexe doivent être pourvues du mobilier et du matériel ci-après:

1° Un tableau noir quadrillé.
2° Un cadre avec pied.
3° Des tables horizontales, dont l'une de grandeur suffisante pour la coupe.
4° Des bancs à dossier ou des chaises.
5° Une grande armoire.

Art. 84. Lorsqu'il n'y a pas de salle spéciale destinée à l'enseignement des ouvrages du sexe, les salles d'école employées dans ce but sont pourvues d'une table de grandeur suffisante pour la coupe.

Section III. Ecoles enfantines. (Loi art. 13.)

Art. 85. Les écoles enfantines sont organisées de manière à favoriser le développement corporel et intellectuel de l'enfant et à servir de préparation à l'école primaire.

Art. 86. Les demandes relatives à la création d'écoles enfantines sont adressées par les parents intéressés à la Commission scolaire, qui en informe la Municipalité et le Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 87. Les écoles enfantines sont tenues pendant quarante-quatre semaines par année, à raison de 22 à 28 heures par semaine.

Art. 88. La direction de ces écoles ne peut être confiée qu'à des personnes pourvues du brevet prévu à l'art. 39 lettre *d* de la loi.

Art. 89. L'enseignement consiste surtout en leçons de choses, en occupations manuelles, en jeux et chants. Pour les élèves les plus avancés, il comprend, en outre, la lecture, l'écriture et les premiers éléments du calcul et du dessin.

Art. 90. Les concours pour la repourvue des places de maîtresses d'écoles enfantines peuvent être ouverts à toute époque de l'année.

Art. 91. Les examens des aspirantes aux places de maîtresses d'écoles enfantines consistent en deux leçons se rapportant à l'enseignement intuitif.

Art. 92. La nomination et l'installation des maîtresses d'écoles enfantines ont lieu conformément aux art. 42 à 50 de la loi et 58 à 77 du règlement.

Art. 93. Les maîtresses d'écoles enfantines communales, pourvues du brevet définitif primaire, ont droit à l'augmentation pour années de services, ainsi qu'à la pension de retraite prescrite par la loi du 1er juin 1871.

Section IV. Conférences.

Art. 94. Les régents et les régentes se réunissent une fois par année en conférence de district. Ces réunions sont convoquées par le Département de l'Instruction publique et des Cultes qui peut aussi autoriser des séances extraordinaires.

Art. 95. Les conférences sont obligatoires pour tous les régents et toutes les régentes en fonctions dans le district. Les maîtresses d'ouvrages et d'écoles enfantines peuvent prendre part à ces réunions.

Art. 96. Les régents et régentes qui ont fait défaut dans une conférence, sans justifier leur absence, sont signalés au Département de l'Instruction publique et des Cultes et passibles d'une amende fixée par le règlement intérieur. Ce règlement est soumis à l'approbation du dit Département.

Art. 97. Les conférences procèdent tous les quatre ans à la nomination d'un président, d'un vice-président et d'un secrétaire.

Elles tiennent un registre protocole dans lequel sont consignés les procès-verbaux des séances, et communiquent au Département de l'Instruction publique et les Cultes un extrait de leurs délibérations.

Section V. Traitements et autres avantages.

Art. 98. La réduction faite sur le traitement annuel d'un régent dispensé de l'enseignement religieux ne peut être supérieure à cent francs.

Art. 99. Une maîtresse d'ouvrages, remplissant en même temps les fonctions de maîtresse d'école enfantine et pourvue des brevets prévus à l'art. 39 lettre *c* et *d* de la loi, ne peut recevoir un traitement inférieur à fr. 400.

Si la titulaire est pourvue du brevet définitif ou du brevet provisoire, son traitement annuel est de fr. 500 au minimum.

Art. 100. Le logement du régent ou de la régente comprend au minimum deux chambres convenables avec cuisine, cave et galetas. Chacune des chambres est pourvue d'un appareil de chauffage suffisant.

Art. 101. Lorsque la Municipalité a autorisé un régent ou une régente à sous-louer son appartement, le prix de location revient en entier au régent ou à la régente.

Art. 102. Le bois destiné au chauffage de la salle d'école est coupé et rendu au bûcher, aux frais de la commune si le régent ne reçoit que le bois nécessaire à cet usage.

Art. 103. La quantité de bois allouée est suffisante pour permettre le chauffage de la salle d'école et de celle des cours complémentaires. Le bois doit être de bonne qualité.

Section VI. Devoirs du personnel enseignant.

Art. 104. Le personnel enseignant est placé sous la surveillance immédiate de la Commission scolaire.

Art. 105. L'ouverture de l'école est annoncée par le son de la cloche un quart d'heure à l'avance. L'obligation de sonner incombe aux régents, si la cloche est dans le bâtiment d'école ou à proximité immédiate.

Art. 106. Les salles d'école sont accessibles aux élèves au moins cinq minutes avant l'heure d'ouverture de la classe. Le régent surveille l'entrée des élèves, et l'école commence à l'heure précise.

Art. 107. Le régent suit exactement le programme et l'ordre du jour adoptés pour l'école.

Art. 108. Lorsque les enfants sont réunis et placés en bon ordre, le régent procède à leur inspection au point de vue de la propreté, et veille à ce que les vêtements des élèves soient en rapport avec la température de la salle et l'état de santé des élèves.

Art. 109. Il renvoie ceux qui ne seraient pas dans un état de propreté satisfaisant, et veille à ce qu'ils se lavent dans un local voisin destiné à cet usage.

Le régent renvoie aussi de l'école les enfants qu'il suppose atteints de maladies contagieuses; il en prévient immédiatement la Commission scolaire qui en avise le médecin délégué du district.

Art. 110. Ces préliminaires accomplis, le régent fait l'appel des élèves et inscrit les absents. Cet appel a lieu, au plus tard, dix minutes après l'heure d'ouverture de la classe.

Art. 111. Le régent tient régulièrement un journal de classe dans lequel est transcrit le sommaire des leçons données chaque jour. Ce journal est établi sur un formulaire spécial fourni par l'Etat.

Art. 112. L'horaire des leçons de chaque jour est affiché dans la salle d'école. Le régent ne peut s'en écarter ni faire une course avec ses élèves sans l'autorisation du président de la Commission.

Art. 113. Le régent veille à ce que les enfants soient tous constamment occupés pendant la durée de l'école.

Art. 114. Pendant les heures d'école, il est interdit au régent de fumer et de s'occuper d'un sujet étranger à l'école. Il se doit tout entier à son travail et ne peut durant ce temps employer les élèves à des occupations étrangères aux leçons.

Art. 115. L'instituteur peut donner à ses élèves des devoirs à domicile, mais ceux-ci seront proportionnés à l'âge et au degré de développement des enfants.

Art. 116. Lorsque l'école est tenue pendant trois heures consécutives, une récréation de quinze minutes est accordée une heure et trois quarts après l'ouverture de la classe.

Art. 117. Le régent a la surveillance des récréations et exige que, durant cet intervalle et si le temps le permet, tous les élèves quittent la salle.

Art. 118. Le régent voue une grande attention à ce que le bâtiment d'école, la salle et ses abords soient constamment propres et bien entretenus. Le matériel nécessaire est à la charge des communes.

Art. 119. Le régent doit chauffer la salle d'école conformément aux prescriptions de l'art. 30 du règlement, et renouveler l'air de celle-ci pendant les récréations, après les leçons du matin et après celles du soir.

Art. 120. Le régent veille à la conservation du matériel et des objets d'école; il pourvoit aussi au bon entretien de son logement et des dépendances. Il signale à la Commission scolaire les dégradations et les dommages qui exigent des réparations. Si les autorités locales négligent de faire le nécessaire, le régent s'adresse directement au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 121. Le régent exerce un contrôle sévère sur les livres étrangers à l'école se trouvant entre les mains des élèves. Il confisque immédiatement les objets inutiles aux leçons; ces objets sont rendus en temps opportun.

Art. 122. L'instituteur doit inculquer à ses élèves, par son exemple et par sa parole, les principes et la pratique de la politesse, ainsi que le respect dû aux autorités.

Art. 123. Il est expressément défendu aux régents d'admettre des enfants dans les écoles sans l'autorisation de la Commission scolaire; ils ne peuvent de même les radier du rôle sans cette autorisation.

Art. 124. Les régents sont tenus de faire à la fin de chaque mois une répétition sommaire des matières enseignées.

Art. 125. Les régents sont chargés de la tenue: *a.* du journal de classe; *b.* du registre matricule et d'absences; *c.* du livret et du carnet scolaires.

Art. 126. Les art. 104 à 125 s'appliquent aussi aux régentes, aux maîtresses d'ouvrages et aux maîtresses d'écoles enfantines.

Chapitre VI. Fréquentation et discipline des écoles. (Loi art. 79-107).

Section I. Fréquentation des écoles.

Art. 127. Chaque élève est pourvu d'un livret scolaire reproduisant les données du registre matricule et indiquant les divers changements de domicile.

Art. 128. En cas de promotion, le livret régularisé est transmis par le régent au nouveau maître de l'élève.

Si l'enfant change de domicile, le régent, après avoir régularisé le livret, le remet immédiatement au président de la Commission; celui-ci le transmet sans retard au président de la Commission scolaire de la commune du nouveau domicile.

Art. 129. Lorsque le nouveau domicile de l'élève est inconnu ou hors du canton, le président de la Commission adresse immédiatement le livret au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 130. Le livret est remis à son possesseur à sa sortie définitive de l'école. Les élèves garçons sont tenus de le conserver avec soin pour être présenté par eux à la Commission fédérale des examens de recrues.

Art. 131. Chaque élève est possesseur d'un carnet scolaire, au moyen duquel le régent fait connaître, à des époques déterminées, aux parents ou tuteurs,

la fréquentation, ainsi que les notes de conduite et de travail de leurs enfants ou pupilles.

Les carnets scolaires sont conservés par les régents. Ils ne sont remis aux élèves que pour être visés par leurs parents ou tuteurs.

Art. 132. Le maître seul peut inscrire des observations sommaires dans le carnet. Ces observations ne doivent jamais revêtir un caractère offensant ni pour les parents ni pour l'élève.

Art. 133. Conformément à l'art. 79 de la loi, les Municipalités et les Commissions scolaires réunies ont le droit de limiter la fréquentation obligatoire de l'école au 15 avril de l'année civile où les enfants atteignent l'âge de quinze ans. Cette décision est communiquée, avant le 1er mars de chaque année, au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 134. Les Commissions scolaires sont tenues de faire connaître au Département de l'Instruction publique et des Cultes, avant le 1er mars de chaque année, le mode de fréquentation qu'elles se proposent d'adopter pour l'été à l'égard des enfants âgés de 12 ans révolus au 15 avril, en indiquant:

a. Si ces enfants devront fréquenter toutes les écoles d'été;

b. Ou s'ils seront astreints à suivre, chaque matin, trois heures d'école durant tout l'été;

c. Ou si la fréquentation des écoles du matin n'aura lieu que dans la période du 15 avril au 1er juin, et, dans ce cas, la répartition des heures d'école (84 au minimum), à suivre du 1er juin au 1er novembre.

Cette répartition ne peut se faire que par semaines entières, à raison de 2 ou 3 heures chaque matin, et à condition qu'il ne soit accordé aucun congé.

Art. 135. Les élèves du degré supérieur ayant fait un examen satisfaisant peuvent seuls être admis aux écoles du soir.

Tout élève sera astreint à suivre les écoles du jour, lorsque sa fréquentation aura motivé deux dénonciations.

Art. 136. Dans les communes où la libération a lieu à 15 ans, les enfants admis à fréquenter l'école jusqu'à 16 ans sont assimilés, pour toutes leurs obligations scolaires, aux autres élèves de l'école.

Art. 137. Les dispenses d'été prévues à l'art. 81 de la loi doivent être demandées à la Commission scolaire. Les parents ou tuteurs justifient à cette occasion de l'emploi des enfants durant les heures de dispense.

L'élève mis au bénéfice d'une dispense est astreint à suivre toutes les écoles, lorsque sa fréquentation a donné lieu à deux dénonciations.

Art. 138. Toute absence d'un enfant non régulièrement libéré est réprimée conformément à la loi.

Art. 139. Les enfants atteignant l'âge de 6 ans dans l'année courante peuvent être admis à l'école dès le commencement de l'année scolaire, si leurs parents ou tuteurs en font la demande. Dans ce cas les Commissions scolaires prennent en considération: *a.* l'état physique et intellectuel des enfants; *b.* l'étendue de la salle d'école; *c.* le nombre et l'âge des écoliers astreints à la fréquentation obligatoire; *d.* la distance qui sépare ces jeunes enfants de la maison d'école.

Ces enfants sont astreints à toutes les obligations scolaires concernant les élèves du degré inférieur.

Art. 140. Sur le préavis de la Commission scolaire, le Département de l'Instruction publique et des Cultes peut libérer définitivement de l'école les élèves notoirement dépourvus d'intelligence, ou atteints d'infirmités ou de maladies empêchant la fréquentation de l'école.

Art. 141. Les vacances peuvent être de 12 à 16 semaines consécutives dans les communes de montagne, moyennant l'autorisation spéciale du Département de l'Insruction publique et des Cultes. Dans ce cas, elles commencent au 15 juin au plus tôt, pour se terminer au plus tard au 15 octobre. En dehors des vacances ci-dessus, la fréquentation quotidienne, matin et soir, est obligatoire pour tous les écoliers.

Art. 142. Le régent ne peut dispenser un élève que d'une école par semaine. Le président de la Commission peut accorder un congé de trois jours, et la Commission scolaire un congé de quinze jours. Passé ce terme, la Commission s'adresse au Département de l'instruction publique et des Cultes.

Art. 143. Le président de la Commission peut accorder au régent un congé de deux jours dans le même mois. La Commission statue sur les demandes de congés de huit jours. Pour tous les autres cas, le régent s'adresse au Département de l'Instruction publique et des Cultes, par l'intermédiaire de la Commission.

Art. 144. Chaque année, au mois d'avril, la Commission procède à un examen public des écoles, en présence de la Municipalité ou d'une délégation de celle-ci.

Art. 145. La Commission fixe la date des examens; elle en donne immédiatement avis à la Municipalité, au personnel enseignant et aux élèves.

Art. 146. Les examens écrits sont fixés par le Département de l'instruction publique et des Cultes. Ils ont lieu à la même date pour toutes les écoles du canton.

Art. 147. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes donne chaque année aux Commissions les directions nécessaires relativement aux examens annuels.

Art. 148. Les résultats de l'examen annuel font partie du rapport que les Commissions adressent au Département de l'Instruction publique et des Cultes, par l'intermédiaire de la Municipalité.

Art. 149. L'échelle d'appréciation des notes d'année et d'examen est la suivante:

1 = très bien; 2 = bien; 3 = passable; 4 = mal; 5 = très mal.

Art. 150. La Commission appelle aux examens annuels les enfants qui ne fréquentent pas l'école publique. La Commission et le Département de l'Instruction publique et des Cultes peuvent s'assurer par des examens spéciaux, faits aussi souvent qu'ils le jugent convenable, que ces enfants reçoivent une instruction égale à celle qui est donnée dans les écoles publiques primaires.

Ecoles privées.

Art. 151. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes et les Commissions scolaires ont la haute surveillance sur les écoles privées. Ils peuvent s'assurer en tout temps, par des inspections ou par des examens, que ces écoles se conforment au programme d'études prévu à l'art. 15 de la loi.

Art. 152. En vue de s'assurer que les moyens employés pour l'instruction d'un enfant ne fréquentant pas l'école publique sont suffisants, les Commissions scolaires exigeront:

a. Que l'ouverture et la fermeture de toute école privée leur soient annoncées à l'avance;

b. Que le rôle des enfants astreints à la fréquentation des écoles leur soit remis au commencement de chaque année scolaire;

c. Que les directeurs ou les maîtres des écoles privées leur fassent connaître immédiatement l'entrée ou la sortie de chaque élève;

d. Qu'un registre d'absences soit régulièrement tenu, de manière à leur permettre d'exercer leur contrôle en tout temps.

A l'occasion des recensements scolaires, les directeurs ou maîtres des écoles privées délivrent à chaque enfant une attestation de fréquentation.

Art. 153. Pour les écoles qui ont une programme équivalant à celui des écoles publiques secondaires, les Commissions scolaires ou leurs délégués assistent aux examens de ces écoles, afin de s'assurer que l'instruction donnée y est au moins égale à celle des écoles publiques primaires.

Art. 154. Si les directeurs ou maîtres des écoles privées ne se conforment pas aux prescriptions des articles 151, 152 et 153 du règlement, les Commissions scolaires inscrivent d'office leurs élèves à l'école publique primaire.

Art. 155. Si les Commissions scolaires constatent des abus dans les écoles privées, elles en informent immédiatement le Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Section II. Discipline.

Art. 156. Les punitions infligées à l'école doivent être en rapport avec l'âge, le caractère de l'enfant et la gravité de la faute; elles ne sont pas l'effet de l'emportement, afin qu'une fois prononcées, le maître ou, cas échéant. l'autorité scolaire, puissent, en cas de recours des parents, en exiger la complète exécution.

Art. 157. Les régents s'abstiennent absolument d'actes de brutalité, d'injures, de paroles grossières, ainsi que de toute allusion à la vie publique ou privée des parents des élèves ou de toute autre personne.

Art. 158. Dans les cas graves, les mauvaises notes de conduite ou de travail données aux élèves sont communiquées immédiatement par l'instituteur aux parents ou tuteurs intéressés.

Art. 159. La pénitence, ou mise à l'écart dans la salle d'école, a lieu lorsque l'enfant persiste, après avertissement, à être un sujet de désordre pour ses voisins. Elle n'est appliquée qu'à un petit nombre d'élèves à la fois; ceux-ci seront toujours strictement surveillés et occupés.

Art. 160. Les arrêts dans la compétence du régent sont infligés de manière à ce que l'élève ne soit pas retenu plus d'une heure après la durée de la classe du matin, et plus de deux heures après la classe du soir. Ces arrêts ne peuvent avoir lieu de nuit.

En aucun cas, les élèves ne doivent être privés des récréations.

Art. 161. Les travaux imposés aux élèves pendant les arrêts consistent en devoirs ou en exercices utiles.

Art. 162. L'expulsion d'un élève pour une demi-journée est prononcée en cas de rébellion ouverte. Dans ce cas, le régent avise sans retard les parents, ainsi que le président de la Commission. L'enfant ne peut rentrer en classe que porteur d'une autorisation du président de la Commission scolaire et après avoir fait acte de soumission.

Art. 163. Lorsqu'un élève retombe sans cesse dans les mêmes fautes et ne tient aucun compte des avis du régent, celui-ci le dénonce à la Commission en précisant par écrit les motifs de cette mesure.

Art. 164. Les préposés à l'enseignement religieux ont le droit de faire usage des punitions prescrites à l'art. 103 de la loi.

Art. 165. Lorsque les moyens de répression prescrits par la loi sont insuffisants pour ramener l'élève à ses devoirs, la Commission scolaire en réfère au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Les cas d'immoralité sont immédiatement déférés à cette autorité.

Art. 166. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes peut prononcer contre tout élève l'exclusion temporaire ou définitive des écoles ou dénoncer le cas aux tribunaux.

Art. 167. Il est interdit aux parents et à toute autre personne de s'introduire dans le bâtiment d'école, pour adresser des reproches au régent ou le troubler dans l'exercice de ses fonctions.

Les contraventions à cet article, dénoncées par l'intermédiaire des Commissions scolaires, sont punies d'une amende de cinq à vingt francs, prononcée par le préfet.

Section III. Répression des absences.

Art. 168. Les membres du personnel enseignant tiennent exactement le contrôle des absences de leurs écoliers sur un registre uniforme et obligatoire, destiné à cet usage et fourni par la commune. Pendant l'appel fait au commencement de chaque école, ils inscrivent toutes les absences par congé, par maladie et celles qui ne sont pas justifiées.

Le nombre des élèves présents et des élèves absents est transcrit régulièrement au journal de classe.

Art. 169. Les congés accordés par le président de la Commission ou par la Commission sont donnés par écrit et remis au régent qui les conserve comme pièces justificatives.

Art. 170. Trois arrivées tardives non justifiées par semaine équivalent à une absence.

Art. 171. Les rapports d'absences, dressés et certifiés par le régent, sont remis en deux doubles, à la fin de chaque semaine, au président de la Commission, qu'il y ait ou non des absences sans congé.

Chaque semaine, les maîtresses d'ouvrages remettent en temps utile aux régents la liste des élèves qui ont manqué leurs leçons. Les régents portent ces absences dans leurs registres et, s'il y a lieu, dans les rapports hebdomadaires.

Dans les deux jours, le président de la Commission transmet sans faute l'un des doubles au préfet.

Art. 172. Aussitôt après la réception des rapports d'absences ou des autres rapports des Commissions scolaires, le préfet cite les parents ou les tuteurs des enfants dénoncés et prononce les amendes prévues aux art. 27, 92, 93, 99, 100 de la loi et 167 du règlement.

Art. 173. L'exécution de la sentence a lieu suivant les formes prescrites par la loi sur la poursuite des amendes municipales.

Toutefois la rentrée de toutes les amendes prononcées par les préfets se fait par l'intermédiaire des receveurs de district.

Art. 174. Toute personne condamnée à une amende pour inobservation des prescriptions légales et réglementaires devra s'acquitter dans le délai de dix jours dès celui où elle aura eu connaissance du prononcé. En cas de non-paiement, un nouveau délai de huit jours est accordé au débiteur.

Art. 175. Si, à l'expiration de ce dernier délai, le débiteur n'a pas payé l'amende prévue à l'article précédent, ainsi que les frais de sommation, le préfet prononce d'office, sans nouvel avis, la conversion de l'amende en emprisonnement, à raison de trois francs d'amende pour vingt-quatre heures d'emprisonnement.

Art. 176. Les arrêts prévus à l'art. 95 de la loi sont subis en dehors de l'école, de préférence le dimanche, et ne peuvent avoir lieu de nuit.

Chapitre VII. Cours complémentaires. (Loi art. 108-118.)

Art. 177. Dans toutes les communes où il existe une école primaire tenue par un régent, il est ouvert, chaque année, du 1er décembre au 1er mars, à raison de trois heures par semaine, des cours complémentaires d'instruction primaire. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes peut autoriser les communes qui le demandent à commencer les cours plus tôt.

Art. 178. La Municipalité et la Commission scolaire fixent, avant le 10 novembre de chaque année, les jours et les heures auxquels les cours seront donnés, ainsi que les locaux qui leur seront affectés.

Avis en est donné aux intéressés par voie d'affiche et de publication dans la commune.

Les jeunes gens sont par là censés avertis personnellement, et les absents tombent sous le coup des peines prévues par la loi.

Art. 179. Les garçons de 15 à 19 ans, libérés des écoles, habitant une commune où il n'existe pas de classe tenue par un régent, sont astreints à suivre les cours complémentaires dans la commune la plus rapprochée.

L'indemnité à payer par les communes qui n'ont pas de régent, est fixée à raison de quatre francs par élève. Les quatre cinquièmes de cette indemnité sont dus au régent qui donne les cours; le cinquième sert à indemniser la commune pour le chauffage et l'éclairage de la salle.

Art. 180. Les jeunes gens qui changent de domicile durant la période des cours sont tenus d'en informer les Commissions scolaires respectives, et de se présenter aux leçons complémentaires de leur nouvelle résidence.

Art. 181. Moyennant l'autorisation de la Commission scolaire, des jeunes gens âgés de plus de 19 ans peuvent, sur leur demande, être admis à suivre les cours.

Art. 182. La Municipalité fait dresser chaque année, avant le 1er novembre, la liste de tous les garçons de nationalité suisse, âgés de 15 à 19 ans, domiciliés dans la commune, et qui, à teneur de l'art. 111 de la loi, sont appelés à suivre les cours complémentaires.

Art. 183. Les jeunes gens qui ont atteint leur 19e année ne sont dispensés des cours qu'après avoir subi l'examen annuel.

Art. 184. Les demandes de dispenses sont adressées, avant le 1er novembre, à la Commission scolaire qui les transmet, avec son préavis, au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Ces dispenses ne sont accordées que pour une année, et dans le cas seulement où l'état d'instruction des requérants est jugé suffisant par ce Département.

Art. 185. Les maîtres tiennent exactement le rôle des jeunes gens astreints à suivre les cours.

Ils inscrivent toutes les absences en mentionnant les motifs d'excuse indiqués.

Le registre destiné à cet usage est fourni par la commune.

Art. 186. Les maîtres transmettent, chaque semaine, la note des absences au président de la Commission scolaire. La note datée, vérifiée et signée par eux, suffit pour établir le fait de l'absence.

Art. 187. Le registre d'absences est produit à la Commission scolaire et au chef de section, chaque fois que la demande en est faite.

Art. 188. Le président de la Commission scolaire transmet immédiatement au chef de section la liste des absences non justifiées.

Art. 189. Chaque absence d'une heure est réprimée par trois heures d'arrêts, soit au maximum neuf heures pour la semaine entière.

Les arrêts sont infligés par le chef de section et ne peuvent excéder neuf heures consécutives, ni avoir lieu pendant la nuit; ils sont subis, au plus tard, dix jours après l'envoi du rapport de la Commission scolaire.

Art. 190. La Municipalité désigne, dans la commune où se donnent les cours, le local destiné aux arrêts. Ceux-ci ne peuvent être subis, en aucun cas, dans une salle de prison préventive ou de détention pénale.

Art. 191. Si l'absence non justifiée a duré plus de deux semaines, le cas est déféré par le chef de section au Département militaire qui inflige les arrêts dans les limites de sa compétence. Ces arrêts sont subis au chef-lieu du district.

Art. 192. Les frais de notification sont à la charge des personnes citées. L'huissier de la Municipalité reçoit vingt centimes pour chaque citation qu'il est chargé de faire.

Art. 193. La surveillance des arrêts est exercée aux frais des communes, par une personne que désigne la Municipalité.

Art. 194. Les devoirs obligatoires accompagnant les arrêts sont fixés par le maître du cours et avec l'approbation de la Commission scolaire.

Ils sont appropriés au degré d'instruction des jeunes gens et consistent en calculs, compositions, copies ou exercices d'écriture.

Art. 195. Pendant la durée des arrêts, l'entretien des élèves est à la charge de ces derniers. Ils peuvent prendre avec eux la nourriture nécessaire, l'autorisation du chef de section étant réservée.

Art. 196. L'arrestation des jeunes gens qui refusent de subir leur peine a lieu comme pour les arrêts militaires.

Chapitre VIII. Discipline.

Art. 197. Les cas d'indiscipline sont déférés immédiatement par la Commission scolaire au chef de section et, s'il y a lieu, au Département militaire, qui prononcent les peines dans les limites de leur compétence.

Le chef de section a une compétence de douze heures pour le même élève. S'il y a lieu d'appliquer une peine plus forte, il en réfère au commandant d'arrondissement et, dans les cas graves, au Département militaire.

La peine infligée peut être, suivant le cas, subie dans une chambre d'arrêt.

Chapitre IX. Programme des cours. Enseignement.

Art. 198. Les jeunes gens sont répartis en divisions ou séries d'enseignement, suivant leur degré d'instruction ou de développement.

Art. 199. Un programme ou plan d'études indique le champ à parcourir dans ces cours.

Ce programme, basé sur les prescriptions du règlement fédéral du 15 juillet 1879, pour les examens des recrues et les écoles complémentaires, comporte les branches ci-après:

La lecture;
La composition (orthographe et écriture);
Le calcul mental;
L'arithmétique;
La géographie;
L'histoire suisse;
L'instruction civique.

Art. 260. Chaque élève est tenu d'apporter aux leçons le matériel nécessaire, savoir:

a. Un cahier de papier blanc;
b. Un porte-plume avec plumes;
c. Un crayon;
d. Les manuels prescrits par le plan d'études.

Art. 201. Tout élève qui, par sa faute, est empêché de profiter de la leçon, ensuite de l'absence du matériel scolaire obligatoire, est passible de deux heures d'arrêts prononcés par le chef de section.

Art. 202. Le maître du cours transcrit exactement sur un registre spécial les notes de conduite et de travail obtenues par chacun des élèves.

Art. 203. Chaque année, du 1er au 15 mars, les élèves des cours complémentaires subissent dans la localité où les cours ont été suivis, et par devant la Commission scolaire, un examen dans la forme prescrite pour les examens des recrues.

Chaque élève présente à l'examen les travaux écrits faits pendant les cours.

Art. 204. Les jeunes gens qui n'ont pu justifier leur absence sont passibles de douze heures d'arrêts prononcés par le chef de section et soumis, en outre, avant le 1er avril, à un nouvel examen.

L'absence non justifiée à cet examen est punie d'une rélusion de vingt-quatre heures.

Art. 205. Les résultats de l'examen annuel sont consignés dans un formulaire remis à double par le Département. L'un des doubles du rapport est envoyé au Département de l'instruction publique et des Cultes, et l'autre est conservé dans les archives de la Commission scolaire.

Art. 206. La surveillance des cours est exercée sous l'autorité du Département de l'instruction publique et des Cultes et du Département militaire:

Par les délégués du Département de l'Instruction publique et des Cultes, par les chefs de section et, dans chaque commune, par la Commission scolaire.

Art. 207. Les Commissions scolaires sont spécialement chargées de la surveillance des cours complémentaires. Elles les font visiter chaque semaine par un de leurs membres ou par une personne déléguée à cet effet.

Art. 208. Les chefs de section inspectent aussi les cours de leur ressort, spécialement au point de vue de la discipline. Ils sont tenus d'intervenir lorsque l'instituteur ou la Commission scolaire réclament leur concours pour le maintien de l'ordre. Ils assistent aux examens de leur section.

Ils font rapport au Département militaire, avant le 15 avril, par l'intermédiaire du commandant d'arrondissement.

Chapitre X. Disposition transitoire.

Art. 209. Lorsque les épreuves pour l'obtention des brevets prévus à l'art. 39 de la loi (*c* et *d*) auront été organisées, un délai sera accordé aux maîtresses d'ouvrages et aux maîtresses des écoles enfantines, qui seront alors en fonctions, pour se pourvoir des dits brevets.

Art. 210. Le présent règlement sera imprimé et publié pour être immédiatement exécutoire.

7. 5. Verordnung des Regierungsrates des Kantons Zürich betreffend Schulhausbau und Schulgesundheitspflege. (§§ 23, 72, 84, 85, 89 bis 91, 97 und 104 des Unterrichts-Gesetzes vom 23. Dezember 1859.) (Vom 31. Dezember 1890.) (Nebst Kreisschreiben des Erziehungsrates vom 6. Dezember 1890.)

Erster Abschnitt. Bestimmungen betreffend Schulhausbau.

I. Bauplatz, Lage, Umgebung und Einrichtung der Schulhäuser.

§ 1. Die Auswahl des Bauplatzes für ein Schulhaus ist vornehmlich nach folgenden Rücksichten zu treffen:

a. Das Schulhaus muss auf trockenem, beziehungsweise trocken gelegtem Grunde stehen.

b. Es muss eine freie Lage haben.

c. Die Nähe geräuschvoller, die Luft oder den Untergrund verunreinigender oder überhaupt der Gesundheit nachteiliger Gewerbe soll vermieden werden.

§ 2. In unmittelbarer Umgebung des Schulhauses ist ein ebener und trockener Platz für Turn- und Spielzwecke anzulegen, welcher für jeden Schüler einer gleichzeitig zu unterrichtenden Abteilung wenigstens 8 m² Flächenraum bietet. (Verordnung des schweizer. Bundesrates über die Einführung des Turnunterrichtes für die männliche Jugend vom 10. bis 15. Altersjahr, vom 16. April 1883.)

§ 3. In möglichster Nähe des Schulhauses ist ein laufender Brunnen zu erstellen.

§ 4. Das Mauerwerk soll aus Hau-, Bruch- oder Backstein erstellt sein. Im Schulhaus sind mindestens zwei Ausgänge vorzusehen. Die Treppen sind breit und sanft ansteigend anzulegen. An der Aussenseite der Treppe sind sichere Geländer anzubringen. Es soll dafür gesorgt werden, dass Vorrichtungen zum Aufhängen von Kleidern und Kopfbedeckungen, zur Aufbewahrung von Schirmen etc. vorhanden sind. Wenn tunlich sollen auch Bade- und Wascheinrichtungen erstellt werden. Die Zimmerböden sollen aus Riemen von Hartholz bestehen und mit Blindböden versehen sein. Als Ausfüllungsmaterial dürfen keine gesundheitsschädlichen Stoffe verwendet werden. (§ 23.)

II. Unterrichtslokalitäten.

§ 5. Für den Unterricht sind folgende Lokalitäten notwendig:

1. Ein Lehrzimmer für jede Schulabteilung.
2. Ein Lehrzimmer für weibliche Arbeiten.
3. Ein Sammlungszimmer, insbesondere für Sekundarschulen.
4. Ein Turnlokal.

§ 6. Die Bodenfläche jedes Lehrzimmers soll für den einzelnen Schüler wenigstens 1 m² Raum bieten. Die Höhe des Lehrzimmers im Lichten darf nicht unter $3^1/_2$ m betragen.

§ 7. Die Beleuchtung soll soweit möglich von Ost oder Südost stattfinden. Bei freier Lage des Hauses und einseitiger Beleuchtung soll das Verhältnis von Glasfläche zu Bodenfläche wenigstens 1 : 5 betragen. Bei tiefen Zimmern oder Nachbarschaft von Häusern, Bäumen etc. ist mehrseitige Beleuchtung und entsprechende Vermehrung der Glasfläche notwendig.

Die Fensterbrüstung soll nicht zu niedrig sein. Die Fenster sind möglichst nahe an die Decke zu führen und mit Oberflügeln zum Aufklappen nach innen zu versehen.

Lichteinfall von vorn ist unzulässig.

§ 8. Als Normalbestuhlung sind zweiplätzige Bänke zu betrachten. Dieselben sollen aufklappbare Tischplatten, Lehnen und wenn möglich beweglichen Sitz haben. Die Breite der Tischplatte soll sich zwischen 36 und 44 cm bewegen und die Tischlänge für den einzelnen Schüler mindestens 50 cm betragen.

Für die Primarschulen sind der Grösse der Schüler entsprechend mindestens 4, für die Sekundarschulen 3 verschiedene Banknummern erforderlich.

Die Bänke sind so zu plaziren, dass das Licht von der linken Seite her auf den Tisch fällt.

§ 9. Jedes Schulzimmer soll wenigstens einen geräumigen Wandschrank und einen Tisch mit verschliessbarer Schublade enthalten.

Ebenso soll ein Thermometer, ein Papierkorb, ein Spucknapf und, sofern keine andere Wascheinrichtung zur Verfügung steht, ein Giessfass mit Handtuch in demselben vorhanden sein.

III. Die Lehrerwohnung.

§ 10. Die Gemeinden haben für passende Lehrerwohnungen zu sorgen.

Wird mit dem Schulhaus eine Lehrerwohnung verbunden, so soll dieselbe von den Unterrichtslokalitäten möglichst getrennt werden und für sich abschliessbar sein.

Die Lehrerwohnung soll folgende Räumlichkeiten enthalten:

a. Eine geräumige Wohnstube mit Nebenzimmer.
b. Eine Küche.
c. Drei weitere Zimmer, vertäfert oder tapezirt, wovon mindestens eines heizbar sein soll.
d. Einen Windenraum.
e. Einen Keller.
f. Einen Holzbehälter.
g. Einen besondern Abtritt.

Es ist von den Schulgemeinden dafür zu sorgen, dass diese Räumlichkeiten in gutem Zustande erhalten werden.

§ 11. Die Lehrerwohnung darf nicht zu Zwecken verwendet werden, welche der Schulführung in irgend einer Weise Störung bereiten.

Im Falle der Vermietung der Lehrerwohnung von Seiten der Schulpflege oder des Lehrers ist der Mietvertrag der Genehmigung der Bezirksschulpflege zu unterbreiten.

IV. Die Abtritte.

§ 12. Der Abtrittanlage ist die möglichste Sorgfalt zuzuwenden. Sie muss so angebracht werden, dass die Abtrittgase weder die Schulzimmer, noch die Gänge infiziren können. Es ist womöglich Wasserspühlung einzurichten.

Für Knaben und Mädchen sind besondere Abtritte anzulegen und die Eingänge zu denselben getrennt zu halten.

§ 13. Die einzelnen Sitze der Abtritte sollen durch genügend hohe Scheidewände von einander getrennt sein.

An grösseren Schulen ist mindestens auf je 40 Schüler ein Sitz zu erstellen.

Wo Wasserspühlung zur Verfügung steht, ist für die Knaben ein von den übrigen Abtritten abgetrenntes Pissoir anzulegen.

V. Heizeinrichtung und Ventilation.

§ 14. Die Heizeinrichtung kann entweder Ofenheizung oder Zentralheizung sein.

In allen Fällen ist dieselbe so einzurichten, dass sie zugleich der Ventilation dient, dass die Luft am Heizkörper nicht zu stark erhitzt werde, dass sie nicht zu trocken sei und dass weder Kohlenoxyd noch andere Verbrennungsgase in das Lehrzimmer eintreten können.

Bei allen Heizanlagen ist entsprechend den Anforderungen der Technik auf das Verhältnis der Heizkörper zum Heizraum Rücksicht zu nehmen.

VI. Die Turnhallen.

§ 15. Im Interesse eines regelmässigen Unterrichts wird die Erstellung eines geschlossenen, ventilirbaren, hinlänglich hohen, hellen und womöglich heizbaren Lokales von 3 m^2 Fläche für jeden Schüler einer Turnklasse dringend empfohlen. (Verordnung des schweizer. Bundesrates über die Einführung des Turnunterrichts für die männliche Jugend vom 10. bis und mit dem 15. Altersjahr, vom 16. April 1883.)

§ 16. Die Turnhalle ist mit einem Riemenboden zu belegen, und es muss für Reinhaltung derselben Vorsorge getroffen werden.

§ 17. Denjenigen Primarschulgemeinden, welche zugleich Sekundarschulort sind, ist gestattet, die Räumlichkeiten für den Turnunterricht gemeinsam mit dem Sekundarschulkreis zu erstellen.

Es können unter Genehmigung des Erziehungsrates auch mehrere benachbarte Schulgemeinden zusammen eine Turnlokalität erbauen.

Die Benutzung von Kellern und Souterrainräumen als Turnlokale ist unstatthaft.

VII. Benutzung der Schullokalitäten.

§ 18. Die Schullokalitäten sind während der gesetzlichen Schulzeit ausschliesslich zu Unterrichtszwecken zu verwenden.

§ 19. Die Benutzung der Lehrzimmer oder der Turnhalle ausserhalb der Unterrichtszeit zu andern Gemeindezwecken oder durch Vereine kann von der Schulpflege auf eingereichtes Gesuch der betreffenden Behörde, beziehungsweise des Vereinsvorstandes nach Anhörung der Lehrer bewilligt werden. Jedoch darf hiebei der Unterricht in keiner Weise Schaden leiden, und es ist insbesondere auch für Reinhaltung und Lüftung geeignete Vorsorge zu treffen.

VIII. Verfahren bei der Auswahl des Bauplatzes und Genehmigung der Baupläne.

§ 20. Die Situations- und Baupläne sind von der Gesundheitsbehörde nach sanitarischen Rücksichten zu prüfen und durch alle geeigneten Mittel die diesfalls gebotenen vorsorglichen Massregeln, insbesondere auch mit Bezug auf die Aborte, Kamine und Heizeinrichtungen anzuordnen (§ 13 der Verordnung betr. die örtlichen Gesundheitsbehörden vom 25. Juli 1883.)

§ 21. Der Antrag betreffend Auswahl der Baustelle geht von der Schulpflege an die Schulgemeinde. Wird derselbe angenommen, so unterliegt er noch der Genehmigung der Bezirksschulpflege (§ 23); wird er verworfen, so hat die Schulgemeinde sofort entweder von sich aus einen andern Platz zu bezeichnen, oder durch die Schulpflege oder eine Spezialkommission sich neue Vorlagen machen zu lassen. Die Schulgemeinde ist in diesem Falle spätestens 8 Wochen nach der ersten Versammlung neuerdings zum Entscheide einzuberufen. Kommt es auch in dieser Versammlung nicht zu einem abschliesenden Entscheide über die Baustelle, so hat die Schulpflege der Bezirksschulpflege die Akten zu übermitteln, welche nach Prüfung durch Augenschein über die Baustelle entscheidet.

In Fällen, in denen eine Verständigung betreffend Abtretung des nötigen Landes mit den Eigentümern nicht erzielt werden kann, ist das Expropriationsverfahren einzuleiten. (Gesetz betreffend die Abtretung von Privatrechten vom 30. November 1879.)

§ 22. Der Vorschrift in § 21 entsprechend ist auch betreffend die Genehmigung der Baupläne durch die Gemeinde zu verfahren und nötigenfalls der Entscheid der Bezirksschulpflege anzurufen.

§ 23. Die Genehmigung des Bauplatzes, sowie der Baupläne ist in allen Fällen Sache der Bezirksschulpflege. Ebenso steht dieser Behörde die Genehmigung der Spezialvorlagen betreffend Ausfüllmaterial, Abtrittanlage und Einrichtung der Heizung und Ventilation zu. Hiebei kann Rat und Gutachten eines vom Erziehungsrat ernannten kantonalen Experten eingeholt werden.

Zweiter Abschnitt. Bestimmungen betreffend Schulgesundheitspflege.

I. Schüler.

§ 24. Die Gemeindeschulpflegen haben die Kinder soweit tunlich bei Beginn des ersten Schuljahrs durch einen Arzt untersuchen zu lassen.

Bei dieser Untersuchung kommen insbesondere in Betracht allfällige Fehler des Gesichtes und des Gehörs oder überhaupt solche Gebrechen, welche einem erspriesslichen Unterricht hinderlich sind und welche die Schulpflegen zu bestimmten Massnahmen, beziehungsweise zu geeigneten Räten an die Eltern führen könnten.

§ 25. Die Schulpflegen sind eingeladen, alljährlich Messungen der Schüler vornehmen und die letztern ihren Massverhältnissen entsprechend in die verschiedenen Banknummern einreihen zu lassen.

§ 26. An Ausgaben der Schulklassen, welche für dürftige Schulkinder insbesondere zur Winterszeit in Bezug auf Nahrung und Kleidung gemacht werden, wird ein Staatsbeitrag in Aussicht gestellt.

§ 27. Bei Kinderepidemien kommen die Vorschriften der §§ 17 bis 18 der Verordnung betreffend die örtlichen Gesundheitsbehörden vom 25. Juli 1883 zur Anwendung. Die Schulpflegen sind jedoch von den bezüglichen Beschlüssen rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

II. Unterricht.

§ 28. Es dürfen den Schulkindern in den ersten drei Jahren an einem Schulhalbtage höchstens 3, in den spätern Schuljahren höchstens 4 Unterrichtsstunden erteilt werden, wobei in der Ergänzungs- und Sekundarschule die Turnstunden nicht mitgerechnet sind, und es ist entweder nach jeder Schulstunde eine kleinere oder nach einem längern Lehrgange eine entsprechend grössere Pause einzufügen.

§ 29. Bei der zeitlichen Anordnung der Unterrichtsfächer soll eine geeignete Abwechslung zwischen anstrengenderem und weniger anstrengendem Unterricht stattfinden.

Der Turnunterricht ist soweit möglich in die übrigen Unterrichtsfächer einzureihen.

§ 30. Beim Schreiben und Lesen sollen die Schüler an eine aufrechte Körperhaltung gewöhnt werden. Es ist schon vom ersten Unterricht an darauf zu halten, dass die Entfernung des Auges von der Schrift nicht weniger als 30 cm betrage.

§ 31. Beim Schreiben sind spätestens von der zweiten Klasse an Papier, Feder und schwarze Tinte zu gebrauchen.

Die Wandtafel ist immer schwarz zu halten, jedoch so, dass sie nicht blendet.

§ 32. Der Unterricht in den weiblichen Arbeiten, sowie im Zeichnen und Schönschreiben soll auf die helle Tageszeit verlegt werden.

§ 33. Die Schulpflegen haben für die körperliche Ausbildung der Schüler soweit möglich auch ausserhalb des Stundenplans geeignete Vorsorge zu treffen (Spiele, Bäder, Schwimmunterricht, Spaziergänge).

§ 34. In der Elementarschule ist von Hausaufgaben abzusehen, in den Realschulklassen ist möglichste Beschränknng derselben geboten.

Auf den höheren Schulstufen ist Vorsorge zu treffen, dass Überbürdung mit Hausaufgaben vermieden wird.

§ 35. Beim Beginn und am Schluss des Unterrichts ist die im Stundenplan festgesetzte Zeit genau innezuhalten.

In Straffällen ist das Zurückbehalten der Schüler nur bei gleichzeitiger Anwesenheit des Lehrers zulässig.

III. Unterrichtslokalitäten.

§ 36. Die Unterrichtslokalitäten sind wöchentlich mindestens zwei Mal zu reinigen.

Alljährlich im Frühjahr oder Herbst sind dieselben einer umfassenden Hauptreinigung zu unterziehen.

§ 37. Nach jedem Schulhalbtag, sowie während der Pausen ist für gehörige Lüftung der benutzten Zimmer durch Öffnen der Türen und Fenster Vorsorge zu treffen.

Bei nicht allzu ungünstiger Witterung haben die Schüler während der Pausen das Zimmer zu verlassen.

§ 38. Im Winter soll die Temperatur des Schulzimmers 15—17 ° C, der Turnhalle 10—12 ° C betragen.

§ 39. Es ist verboten, in den Schulzimmern zu rauchen.

§ 40. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft, und es wird die Verordnung betreffend die Erbauung der Schulhäuser vom 26. Brachmonat 1861 als aufgehoben erklärt.

8. 6. **Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Zürich an die Gemeinde-, Sekundar- und Bezirksschulpflegen, sowie an die Primar- und Sekundarlehrer und an die Arbeitslehrerinnen betreffend Schulhausbau und Schulgesundheitspflege.** (Vom 6. Dezember 1890.)

Die neue Verordnung betreffend Schulhausbau und Schulgesundheitspflege vom 31. Dezember 1890 enthält nur eine beschränkte Zahl allgemein gültiger Vorschriften, da die Verhältnisse in den zürcherischen Schulen zu Stadt und Land so mannigfaltig sind, dass den Gemeinden in den Einzelheiten freie Bewegung gestattet werden muss.

Hiebei erscheint es jedoch wünschbar, den untern Schulbehörden und Lehrern in verschiedenen Punkten noch spezielle Weisungen, Empfehlungen und Räte zu erteilen.

Erster Abschnitt. Bestimmungen betreffend Schulhausbau.

I. Schullokalitäten.

1. Quartierschulhäuser. In grössern Gemeinden, welche über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, empfiehlt es sich, statt eines grossen Zentralschulhauses mehrere kleinere Schulhäuser in den verschiedenen Quartieren zu erstellen, da eine unverhältnismässige Anhäufung von Kindern in einem Hause immer mit gewissen Gefahren verbunden ist.

Wo indes die Ersparnis, welche mit grössern Bauten erzielt werden kann, da die gemeinsamen Räume (Examensäle, Lehrerzimmer, Sammlungsräume, Turnhallen, Abwartwohnung etc.) nur einmal erstellt werden müssen, den Ausschlag gibt zu Gunsten der Zentralschulhäuser, muss die Baute solid erstellt und die Aufsicht gut organisirt werden.

2. Lehrerwohnungen. Der Sanitätsrat des Kantons Zürich, welchem die Verordnung zur Prüfung unterbreitet wurde, ist nicht der Ansicht, dass mit dem Schulhause in der Regel eine Lehrerwohnung verbunden sein solle.

Das Gutachten des Sanitätsrates äussert sich folgendermassen:

„Es läge umgekehrt im sanitarischen Interesse der Schule, wie der Lehrerfamilie, wenn diese Ausnahme Regel wäre, teils um der Ansteckungsgefahr, teils um des regelmässigen Fortgangs der Schule willen. Die Konsequenz der Vereinigung unter demselben Dache ist, dass bei jeder in der Lehrerfamilie auftretenden infektiösen Krankheit die Schule während der Dauer derselben geschlossen werden muss, wenn nicht das kranke Kind entfernt werden kann, und dass die Kinder des Lehrers alle möglichen in die Schule eingeschleppten infektiösen Krankheiten durchzumachen haben. Es wäre daher jedenfalls ein besonderer Eingang für die Lehrerfamilie erforderlich."

Mit Rücksicht auf diese Kundgebung wird der Erziehungsrat sich geneigt finden lassen, die aus besondern Gründen zulässigen Ausnahmen zu bewilligen, wenn bezügliche Gesuche gestellt werden (§ 84 des Unterrichtsgesetzes).

3. Abwartswohnungen. In Städten und grösseren Ortschaften werden statt der Lehrerwohnung die Räumlichkeiten für den Abwart ins Schulgebäude verlegt. In neuester Zeit hält man es namentlich mit Rücksicht auf epidemische Kinderkrankheiten indes für praktischer und ökonomischer, auch die Abwartswohnungen ausserhalb des Schulgebäudes zu verlegen, da die betreffenden Räumlichkeiten besser für Schulzwecke verwendet werden. Immerhin sollte der Abwart in unmittelbarer Nähe des Schulhauses wohnen. Hiebei wird darauf hingewiesen, dass die beim Bau von Arbeiterwohnungen gemachten Erfahrungen im Interesse von Ersparnissen zur Geltung gelangen können und dass die Abwartswohnung ganz wohl neben — nicht über — der Turnhalle unter dem gleichen Dache erstellt werden könne.

4. Abtrittanlagen. Aus sanitarischen Gründen ist es zu empfehlen, die Abtritte ausserhalb des Schulhauses zu erstellen. Die mit dieser Einrichtung an einzelnen Orten gemachten Erfahrungen widerlegen die gehegten Befürchtungen, dass der Gang aus dem Schulzimmer über den Hof für die Gesundheit nachteilig sei. Indes ist es nach den neueren Fortschritten der Bautechnik möglich,

die Abtritteinrichtungen auch innerhalb des Gebäudes anzubringen, ohne dass unangenehme Folgen zu befürchten sind (Klappensystem mit Wasserspülung).

Bei jeder Abtrittanlage ist erforderlich, dass die Abfallsröhre oder allfällige Senkgruben nicht aus Holz, sondern aus glasirtem Ton oder Steingut etc. erstellt werden. In städtischen Verhältnissen, wo man des Raumes wegen die Abtrittanlagen kaum getrennt vom Schulgebäude wird anbringen können, kommt ausser der zweckmässigen Anlage und Spüleinrichtung, insbesondere auch die fortwährende sorgfältige Aufsicht in Betracht, welche allfällige Unannehmlichkeiten in der Regel sofort zu beseitigen vermag.

5. Heizung und Ventilation. Es ist für die Gesundheit von Lehrern und Schülern notwendig, dass die Heizeinrichtung eine reine, gleichmässig verteilte, hinlänglich warme, aber nicht heisse Luft liefere.

In einfachen Verhältnissen bei sorgfältiger Behandlung und wo genügend Raum vorhanden ist, werden Kachelöfen ihren Dienst tun.

Gusseiserne, nur aus einfachem Gussmantel bestehende Öfen, welche die Hitze vom Feuer aufnehmen und direkt ins Zimmer abgeben, sind wegen Abgabe von Verbrennungsgasen an die Zimmerluft nicht zu empfehlen.

Zur Unterstützung der Heizung ist Zuführung frischer Luft erforderlich.

Für grössere Schulgebäude finden in der Regel zentrale Heizanlagen Verwendung. Die Technik bringt hier fortwährend Neuerungen, welche Verbesserungen bezwecken. Es finden sich in den neuern öffentlichen Gebäuden zur Zeit eine grössere Zahl von Zentralheizungen in Betrieb, über deren Vorteile ohne Schwierigkeit an Ort und Stelle Auskunft erhältlich ist.

Luft-, Warmwasser- und Dampfheizungen bedürfen immer einer rationellen Ventilationsvorrichtung für Zufuhr frischer und Abfuhr verbrauchter Luft.

6. Treppen. Da bei Anlegung der Treppen jeweilen die vorhandenen Verhältnisse (Zahl der auf einem Stockwerk unterzubringenden Kinder etc.) in Betracht fallen, kann nur die allgemeine Vorschrift erteilt werden, dass dieselben sicher, bequem und hell seien (§ 4 der Verordnung). Gerade Treppenläufe sind als einzig zulässig zu bezeichnen und gewundene Treppen oder gar Wendeltreppen zu vermeiden. Bei den erstern haben die einzelnen Tritte die gewöhnliche normale Breite, und die Auf- und Abwärtssteigenden können ausweichen, weil sie einander entgegenkommen und sich gegenseitig sehen.

Der Unart der Schulkinder, insbesondere der Knaben, auf dem Treppengeländer hinabzugleiten und sich dadurch der Gefahr des Fallens auszusetzen, kann durch Anbringen von soliden Metallknöpfen auf der Handleiste des Geländers in Abständen von zirka 1,5 m wirksam gesteuert werden.

7. Schulbänke. Bei Anfertigung der Schulbänke sind genaue Masstabellen wegen des richtigen Höhenverhältnisses der Bank zum Tisch zu Rate zu ziehen.

Die Schulbänke dürfen nicht zu niedrig sein und sind für die kleineren Schüler mit Fussbrettern zu versehen.

Die Platzbreite soll für kleinere Schüler 50, für grössere wenigstens 60 cm betragen.

Die Neigung der Tischplatte zur Horizontalen soll zirka 12° betragen.

Die Distanz soll mindestens 3 cm Minusdistanz sein, d. h. der horizontale Abstand des vorderen Randes der Sitzbank von der Senkrechten, welche vom Tischrand gefällt wird, soll mindestens 3 cm betragen.

Die Verwendung von Hartholz für den Tisch ist zu empfehlen; der Anstrich der Bänke hat sich der Naturfarbe des Holzes zu nähern.

Die gusseisernen Seitenschilde haben sich bewährt.

Es wird den Schulpflegen empfohlen, die Mustersammlung der schweiz. permanenten Schulausstellung im Rüden in Zürich bei Anschaffung neuer Bänke zu berücksichtigen.

8. Turnhallen. Die Turnlokalitäten können nicht im Schulgebäude untergebracht werden, da der durch die Turn- und Marschübungen erzeugte Lärm und die Erschütterungen jeden andern Unterricht stören würden. Es sind also möglichst einfache oder zweckmässig eingerichtete Turnhallen von zirka 20 m Länge, 10 m Breite und 6 m Höhe zu erstellen. Lohböden sind wegen des

unvermeidlichen Staubes verwerflich und harthölzerne Riemenböden, welche tüchtig und regelmässig geölt werden müssen, unbedingt erforderlich. Die Fenster sind etwa 1,5 m über dem Fussboden anzubringen und müssen ohne besondere Vorrichtung leicht geöffnet werden können. Zum Zwecke der Ventilation müssen Fensterflügel vorhanden sein.

Die festen Turngeräte (Reck, Klettergerüst, Leiter) werden am besten an der kürzern Seite und zwar in 3—4 m Entfernung von der Wand angebracht.

Jede Turnhalle muss mit einer Heizeinrichtung versehen sein. Bei nur einigermassen erträglicher Witterung ist das Turnen im Freien zu empfehlen.

Zweiter Abschnitt. Bestimmungen betreffend Schulgesundheitspflege.

I. Schüler.

1. Fürsorge für Nahrung und Kleidung. Die Lehrer haben darauf zu achten, dass die Schüler nicht in unordentlichen und zerrissenen Kleidern zur Schule kommen. Sollte es sich ergeben, dass ein Schüler einen seiner Entwicklung schädlichen Mangel an Nahrung leidet, oder wegen ungenügender Kleidung an seiner Gesundheit Schaden zu nehmen droht, so ist geeignete Abhülfe zu treffen.

An bezügliche Auslagen der Schulkasse wird ein Staatsbeitrag in Aussicht gestellt (Kreisschreiben des Erziehungsrates an die Gemeinde- und Sekundarschulpflegen betreffend Vorsorge für dürftige Schulkinder vom 18. Januar 1883).

2. Kinderkrankheiten. Wenn Schulkinder mit widerwärtigen, durch Geruch oder Entstellung des Gesichts etc. belästigenden Leiden behaftet sind, ist von der Schulpflege bei den Eltern auf ärztliche Behandlung zu dringen.

Ebenso sind die Eltern epileptischer Kinder zu veranlassen, die letztern wo möglich in entsprechenden Heilanstalten unterzubringen.

Bei herrschenden Kinderepidemien (Masern, Scharlach, Diphtheritis, Pocken, granulöse Augenentzündung etc.) ist Vorsorge zu treffen, dass erkrankte Kinder, oder Kinder, die in einer Haushaltung oder in Räumlichkeiten wohnen, wo solche Erkrankungen vorkommen, von der Schule ferngehalten werden. Dieselben sind erst nach Ablauf der Krankheit und nachdem die Gefahr der Ansteckung anderer Kinder durch das genesene Kind, sowie nach ausreichender Desinfektion der Wohnung und der Kleidung der Erkrankten und auf ärztliches Zeugnis hin wieder in die Schule aufzunehmen.

Bei den ansteckenden Hautausschlägen, wie bei Pocken, Scharlach, Masern ist der Wiederbesuch der Schule erst nach beendigter Abschuppung und nach wiederholten Bädern oder Waschungen des Kindes gestattet.

Hiebei ist zu empfehlen, dass die Gesundheitskommissionen und Schulpflegen sich über den zweckmässigen Modus der Durchführung verständigen.

Die vom Schulbesuch dispensirten Kinder sind auch ausserhalb der Schulstunden von Spielplätzen und von dem Verkehr mit andern Schulkindern fern zu halten, müssen jedoch öfters ins Freie geschickt werden.

3. Einreihung. Die Forderung verschiedener Banknummern macht alljährliche Messungen der Körperlängen der Schüler notwendig, welche wohl am richtigsten durch den Klassenlehrer unter Anwesenheit eines Mitgliedes der Schulpflege vorgenommen werden. Bei dem starken Wachstum einzelner Schüler wird auch in der Zwischenzeit die Einreihung in eine grössere Nummer nicht ausgeschlossen sein dürfen.

II. Unterricht.

1. Anordnung der Fächer. Bei Festsetzung des Lektionsplans ist darauf zu achten, dass Schreib- und Zeichnungsstunden, sowie weibliche Arbeiten möglichst auf die hellen Tagesstunden verlegt werden. An trüben Vor- oder Nachmittagsstunden ist es zulässig, unter Abweichung vom gewöhnlichen Stundenplan eine die Augen weniger anstrengende Betätigung der Schüler eintreten zu lassen. Bei Sonnenschein ist zu verhüten, dass die Augen blendendes und schwächendes Licht auf Bücher und Hefte falle; beim Schreiben an die Wandtafel sind die Buchstaben und Zahlen möglichst gross und deutlich zu machen.

Zum Schreiben ist weisses, glattes, nicht glänzendes Papier von guter Qualität zu verwenden. Dasselbe darf nur mit der nötigsten horizontalen Lineatur versehen sein. Die Doppellinien für die kleinen Buchstaben dürfen nicht weniger als $2{,}_5$—3 mm Distanz haben.

Handarbeiten, welche auf eine Entfernung von 30 cm nicht gemacht werden können, müssen als unzulässig bezeichnet werden.

In den Beschäftigungen der Schüler soll so viel als möglich ein planmässiger Wechsel von schwererer und leichterer Betätigung stattfinden. Während der Pausen ist darauf zu halten, dass die Schüler das Zimmer verlassen; bei Kälte oder Regen ist auch der Aufenthalt in den Korridoren zulässig. Bis zum Wiedereintritt der Schüler ist das Zimmer gehörig zu lüften.

Beim Gesangunterricht muss die Stimme vor Überanstrengung bewahrt werden. Im Stadium des Stimmwechsels sind die Knaben vom Singen zu dispensiren; sie sollen aber soweit möglich dem Unterrichte beiwohnen. In dem entsprechenden Entwicklungsstadium der Mädchen ist die Stimme zu schonen und nicht durch zu hohes Singen zu schädigen.

2. Körperhaltung. Eine richtige Konstruktion der Schulbänke wird es ermöglichen, dass der Lehrer mit der nötigen Aufmerksamkeit eine normale Körperhaltung der Schüler erzielen kann. Die letztere besteht darin, dass die ganze Tiefe des Sitzbrettes zum Sitzen verwendet, die untere Lendengegend gegen die Kreuzlehne angelehnt und die Füsse mit der ganzen Fläche auf den Boden gesetzt werden. Insbesondere ist zur Verhütung von Kurzsichtigkeit und Verkrümmung der Wirbelsäule zu vermeiden, dass beim Schreiben nur der vorderste Teil der Bank benutzt, der linke Ellbogen auf der Tischfläche vorgerückt und der Kopf nach vorn und links gebeugt werde. Beim Lesen soll der Schüler möglichst bald das Nachzeigen mit dem Finger verlassen und bei hinten angelehntem Oberkörper das Buch so halten, dass die Vorderarme auf dem Tisch aufliegen.

Die Bemühungen des Lehrers zur Erzielung einer richtigen Körperhaltung können im Einversändnis mit den Eltern, in schwierigen Fällen auch durch Verwendung von Geradehaltern (z. B. Schreibstütze von Sönnecken, Durchsichtsstativ von Kallmann) unterstützt werden.

Zur Ermöglichung einer angemessenen Körperhaltung während des Sitzens ist es auch notwendig, die Schüler während des Unterrichts von Zeit zu Zeit und insbesondere beim Aufsagen aufstehen zu lassen. Wo die Tische nicht aufgeklappt werden können, ist das Heraustreten aus den Bänken zu empfehlen.

Denjenigen Kindern, welche bei der ärztlichen Untersuchung als kurzsichtig, schwerhörig oder kränklich erfunden worden sind, muss betreffend Plazirung und Behandlung besondere Rücksicht getragen werden.

Das Tragen von Brillen sollte nur nach Einholung ärztlicher Vorschrift gestattet werden.

3. Körperliche Übungen. Neben den im Lehrplan dem Turnen gewidmeten Stunden, welche am zweckmässigsten in die übrigen Stunden eingereiht werden, ist den körperlichen Übungen der Schüler möglichste Sorgfalt zu widmen. Hiebei ist zu empfehlen, den Schülern während den Pausen und soweit möglich neben den Unterrichtsstunden Anleitung zum Spiel und zu andern körperlichen Übungen zu erteilen.

4. Hausaufgaben. Die Hausaufgaben sind tunlichst zu beschränken. Die häusliche Arbeit muss durch den Unterricht genau vorbereitet sein. Das oftmalige Abschreiben derselben Aufgabe als blosses Strafmittel ist unzweckmässig. Vom Vormittag bis Nachmittag desselben Tages dürfen keine Aufgaben gegeben werden; über Sonn- und Festtage, sowie über die Ferien sind nicht mehr Hausaufgaben zu geben als von einem Tag auf den andern. Wo mehrere Lehrer in derselben Klasse unterrichten, ist betreffend die Zahl, den Umfang und die gleichmässige Verteilung der Hausaufgaben eine Verständigung zu treffen.

5. Privatunterricht. Es ist unstatthaft, dass Schulkinder, welche aus Gesundheitsrücksichten von einzelnen Schulfächern dispensirt werden müssen,

Privatunterricht geniessen, der mit dem Schulunterricht nicht in näherer Verbindung steht. Schulbehörden und Lehrer werden eingeladen, den Eltern zu empfehlen, den Privatunterricht (Musik, Tanzen etc.) insbesondere auch für die Mädchen vom 9.—15. Altersjahre im Interesse der Gesundheit ihrer Kinder möglichst einzuschränken.

III. Schullokal.

1. Temperatur. In jedem Schullokal ist ein Thermometer zirka 1,5 m über dem Fussboden an einer Stelle anzubringen, deren Temperatur ungefähr als die mittlere des Zimmers gelten kann. Bei Ofenheizung sind die dem Ofen zunächstsitzenden Schüler vor der Ausstrahlung der Wärme zu schützen; ebenso ist zu verhüten, dass die Schüler im warmen Schulzimmer verweichlichende Hals- oder Kopftücher tragen.

Es bleibt dem Ermessen der Schulpflege anheimgestellt, bei grosser Hitze im Sommer, wenn die Temperatur im Schulzimmer Vormittags 10 Uhr über 25° C. steigt, an Stelle des Nachmittagsunterrichts Spaziergänge eintreten zu lassen.

2. Reinigung. Wenn in der Verordnung wöchentlich zweimalige Reinigung des Schulzimmers verlangt wird, so ist dies dahin zu verstehen, dass diese Anforderung unter allen Umständen zu erfüllen ist.

Hiebei ist der Erziehungsrat der Ansicht, dass diejenigen Gemeinden, welche eine häufigere, sogar tägliche Reinigung des Schulzimmers anordnen, ein erhöhtes Interesse für das Wohl ihrer Kinder an den Tag legen.

Dagegen ist die hie und da noch übliche Vornahme der Reinigung der Schulzimmer durch die Schulkinder als unzweckmässig zu bezeichnen und in keinem Falle zuzulassen.

IV. Umgebung des Schulhauses.

1. Turn- und Spielplatz. In der unmittelbaren Umgebung des Schulhauses muss abgesehen von dem durch eidgenössische Vorschrift verlangten Turnplatz genügender Raum für einen Spielplatz vorhanden sein, welcher gehörig in Stand zu setzen und in gutem Zustande zu erhalten ist.

2. Schulgarten. Wo die Verhältnisse es gestatten, ist auch die Anlegung eines Schulgartens für Unterrichtszwecke zu empfehlen.

---

9. 7. Verordnung des Regierungsrates betreffend Versäumnis des Unterrichts in der Volksschule des Kantons Zürich. (Absenzenordnung.) (§§ 54, 55, 58, 81, 82 und 113 des Unterrichtsgesetzes.) (Vom 8. November 1890.)

§ 1. Im Kanton Zürich beginnt die Schulpflicht der Kinder bei Eröffnung des Schulkurses desjenigen Jahres, in welchem dieselben vor dem 1. Mai das sechste Altersjahr zurückgelegt haben.

Von der Schulpflicht sind ausgenommen diejenigen Knaben und Mädchen, welche blos ganz vorübergehend im Kanton anwesend sind oder wegen körperlicher oder geistiger Schwäche von der Schulpflege für kürzere oder längere Zeit vom Schulbesuch dispensirt werden (§ 54 des Unt.-Ges.).

§ 2 Die Schulpflicht erstreckt sich nach Massgabe der in §§ 55 und 58 des Unterrichtsgesetzes enthaltenen Bestimmungen, beziehungsweise des Art. 63 der zürcherischen Verfassung vom 18. April 1869 und Art. 49 der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874, wonach die Konfirmation nicht mehr als Grund für den Austritt aus der Schule gelten kann, bis zum Schluss desjenigen Schuljahres, in welchem der Schüler das 16. Altersjahr zurücklegt.

§ 3. Eltern, Pflegeeltern, Vormünder, Dienstherren, überhaupt die Besorger der schulpflichtigen Kinder sind für den regelmässigen Schulbesuch derselben verantwortlich.

§ 4. Das Versäumnis eines halben Schultages oder einer Singschulstunde, sowie dreimaliges unentschuldigtes Zuspätkommen um mehr als eine Viertelstunde gilt als eine Absenz.

§ 5. Für die Alltags-, Ergänzungs-, Arbeits-, Sing- und Sekundarschule bestehen gesonderte Absenzenverzeichnisse.

Die Absenzen der Ergänzungsschüler in der Singschule fallen in das Verzeichnis der letztern.

§ 6. Die Absenzen werden nach jedem halben Schultag oder jeder Singschulstunde vom Lehrer (Lehrerin) entweder als strafbar (0) oder als entschuldigt (-0-) eingetragen.

§ 7. Als strafbar ist jede Absenz anzusehen, welche nicht vorher bewilligt oder nachher am gleichen oder nächstfolgenden Schultage genügend entschuldigt worden ist.

§ 8. Als Entschuldigungsgrund für Absenzen gilt nur eine dringende Abhaltung des Schülers, wie Krankheit desselben, aussergewöhnliche Ereignisse in der Familie, äusserst schlechte Witterung.

§ 9. Bei Bewilligung von Absenzen, welche bis auf zwei Tage der Lehrer, für längere Zeit die Schulpflege (§ 24) unter schriftlicher Anzeige an den Lehrer erteilt, und bei Annahme von Entschuldigungen soll die grösste Gewissenhaftigkeit beobachtet und eine Absenz nur dann nicht als strafbar betrachtet werden, wenn die Entschuldigung eine wirklich genügende ist.

Den Schulpflegen wird eine diesfällige genaue Aufsicht zur besondern Pflicht gemacht.

§ 10. Erzeigt sich bei näherer Untersuchung verdächtiger Angaben der vorgebliche Entschuldigungsgrund als unwahr, so hat die Schulpflege je nach Umständen mit Verweis oder Ordnungsbusse einzuschreiten.

§ 11. Gegen die in § 3 genannten Personen wendet die Schulpflege für strafbare Absenzen der Kinder folgende Strafmittel an:

1. schriftliche Mahnung (wo dies zweckmässig erscheint, kann sie mit persönlicher Vorladung vertauscht werden);
2. Androhung von Polizeibusse;
3. Polizeibusse von 3 bis 15 Fr.;
4. falls das Bussenmaximum erschöpft ist, Verzeigung beim Statthalteramt behufs Vorgehens wegen Ungehorsam.

§ 12. Alle Anzeigen an die Eltern oder Besorger sind doppelt auszufertigen; das eine Exemplar bleibt in deren Händen, das andere ist mit der Bescheinigung der Einsichtnahme durch den Besorger des Schülers der Schulpflege zurückzustellen. Verweigerung dieser Bescheinigung hat Ordnungsbusse von 3 bis 15 Fr. zur Folge.

§ 13.

	Für die Alltags- und Sekundarschule	Ergänzungs-, Sing- und Arbeitsschule
erfolgt Mahnung bei	3	2
Bussenandrohung bei	6	4
Busse bei	9	6

strafbaren Absenzen, die im laufenden Schuljahre gemacht wurden.

Nach der ersten Busse erfolgt bei drei weitern strafbaren Absenzen eines Primar- und Sekundarschülers, nach zwei solchen eines Ergänzungs- und Singschülers die zweite und nach ebensoviel weitern Absenzen die dritte Polizeibusse, welche Fr. 15 betragen soll.

Nach der dritten Polizeibusse hat auf Mitteilung der Schulpflege das Statthalteramt eine Verfügung zu erlassen, in welcher für den Fall weiterer unentschuldigter Schulversäumnisse Überweisung an die Gerichte wegen Ungehorsams (§ 80 des Strafgesetzbuches) angedroht wird.

Die Überweisung an die Gerichte erfolgt, nachdem weitere drei resp. zwei unentschuldigte Absenzen aufgelaufen sind.

§ 14. Der Lehrer gibt von der Straffälligkeit sofort der Schulpflege Kenntnis, und diese macht ihm von der verhängten Strafe Mitteilung zum Zwecke der Eintragung im Absenzenverzeichnis, Rubrik Bemerkungen.

§ 15. Bei Änderung des Wohnortes erhalten die Kinder ein Entlassungszeugnis, in welchem auch die entschuldigten und die unentschuldigten Absenzen des laufenden Schuljahres verzeichnet sind.

Das Entlassungszeugnis ist am neuen Schulort bei der Anmeldung vorzuweisen.

Verlässt ein Kind den Kanton, so wird das Entlassungszeugnis der Schulpflege des neuen Wohnortes amtlich zugestellt.

Die am frühern Schulort innerhalb des Kantons gemachten Absenzen werden am neuen Schulort angerechnet (§ 13).

§ 16. Wird von Seite des Besorgers eines schulpflichtigen Kindes die Anmeldung im neuen Wohnort ohne genügende Entschuldigung länger als 4 Tage verzögert, so ist mit Ordnungsbusse dagegen zu verfahren.

§ 17. Die Gemeindräte haben behufs Sicherung des Schulbesuches dafür zu sorgen, dass den Schulpflegen vom Einzug schulpflichtiger Kinder, sowie vom Wegzuge solcher sofort Mitteilung gemacht wird.

§ 18. Die Auflegung von Polizeibussen ist den Gebüssten mit der Bemerkung zur Kenntnis zu bringen, dass binnen 10 Tagen von der Mitteilung an bei der die Busse verhängenden Schulbehörde die gerichtliche Beurteilung verlangt werden könne, Stillschweigen dagegen als Anerkennung aufgefasst würde. Diese Mitteilung hat im Doppel und gegen Empfangschein zu erfolgen.

§ 19. Wird die Polizeibusse nicht anerkannt, so überweist die Schulpflege innerhalb 4 Tagen nach Ablauf jener 10 Tage ihren Entscheid nebst allfälligen Akten dem Bezirksgerichte.

§ 20. Die Ordnungsbussen betragen 1 bis 15 Fr. Innerhalb 10 Tagen von der schriftlichen Mitteilung an kann gegen die verhängte Ordnungsbusse an die vorgesetzte Behörde rekurrirt werden. Diese entscheidet letztinstanzlich.

§ 21. Rechtskräftige Polizei- und Ordnungsbussen sind, falls die Zahlung länger als 14 Tage ausbleibt, mittelst des Rechtstriebes einzufordern.

§ 22. Nichterhältliche Bussen werden nach Vorschrift des § 1060 des Gesetzes betreffend die Rechtspflege in Verhaft umgewandelt.

§ 23. Die erhältlichen Bussen fallen in die Schulkasse.

§ 24. Die Schulpflegen können die Besorgung des Absenzenwesens engern Kommissionen oder einzelnen Mitgliedern übertragen.

In der nächsten Sitzung sind jedoch der Schulpflege die erlassenen Verfügungen mitzuteilen.

§ 25. Die Bezirksschulpflegen überwachen die Vollziehung dieser Vorordnung, namentlich durch das Mittel der Visitatoren der einzelnen Schulen.

§ 26. Die Formulare für die nötigen Anzeigen (§ 12) und für das Entlassungszeugnis (§ 15) können beim kantonalen Lehrmittelverlag bezogen werden.

§ 27. Die gegenwärtige Verordnung, durch welche alle frühern dieser widersprechenden Verordnungen aufgehoben werden, tritt sofort in Kraft.

Dieselbe wird den Statthalterämtern und Gemeindräten, sowie den Bezirks-, Sekundar- und Gemeindeschulpflegen und den sämtlichen Lehrern und Lehrerinnen mitgeteilt.

---

10. 8. Lehrpläne für die Gemeinde- und Fortbildungsschulen des Kantons Aargau.

(Verordnung des Regierungsrates vom 8. April 1890.)

I. Verteilung des Lehrstoffes auf die einzelnen Klassen.

A. Für die acht Klassen der Gemeindeschule.

1. Religionsunterricht.

I. und II. Klasse. Vor- und Nacherzählen leichtfasslicher biblischer und geschichtlicher Erzählungen, mit Erläuterungen und Belehrungen fürs sittliche Leben.

III., IV., V. und VI. Klasse. *a.* Auswahl biblischer Geschichten des alten und neuen Testaments. *b.* Erklärungen und Auswendiglernen religiöser Gedichte und Lieder.

Anmerkung. Die Gemeindeschule umfasst acht Schuljahre (acht Klassen); die Fortbildungsschule besteht aus zwei oder drei Klassen mit einjährigem Kurs. Die in diese eintretenden Schüler haben sich in einer Aufnahmsprüfung über eine vollständige Aneignung der für die V. oder bei zweiklassigen Fortbildungsschulen der für die VI. Gemeindeschulklasse geforderten Kenntnisse auszuweisen.

VII. und VIII. Klasse. *a.* Eingehendere Behandlung des Lebens und der Lehre Jesu. *b.* Die wichtigsten Sätze der allgemeinen Sittenlehre.

2. Sprachunterricht.

I. Klasse. *a.* Anschauen und Beschreiben von Gegenständen in Schule, Haus und Umgebung; Vortrag kleinerer Erzählungen durch den Lehrer. *b.* Vorbereitende Sprech- und Schreibübungen für das Schreiblesen. *c.* Durcharbeitung der Fibel mit Benutzung der Wandtafel und Lesetabellen. *d.* Übungen im Niederschreiben diktirter Wörter. *e.* Auswendiglernen von Sprüchen und Gedichten aus der Fibel.

II. Klasse. *a.* Fortsetzung der Sprech- und Sprachübungen im Anschlusse an Gegenstände der Anschauung, an Bilder und an Erzählungen. *b.* Richtig lautirtes Lesen nach dem Lesebuche, Übungen im Buchstabiren und Syllabiren zum Zwecke der Rechtschreibung. *c.* Besprechung des Gelesenen in der Mundart und Schriftsprache. *d.* Abschreiben des Gelesenen, Bildung kleiner Sätze über bekannte, im Unterrichte behandelte Gegenstände. *e.* Übungen im Niederschreiben kleiner Sätze. *f.* Auswendiglernen von Sprüchen und Gedichten aus dem Lesebuche.

III. Klasse. *a.* Richtig lautirtes und betontes Lesen nach dem Lesebuche, Fortsetzung der Sprech- und Sprachübungen, fortgesetzte Buchstabir- und Diktirübungen zum Zwecke der Rechtschreibung, der Interpunktion und der richtigen Aussprache. *b.* Wiedergabe des Gelesenen in Mundart und Schriftsprache. *c.* Kenntnis der Geschlechtswörter, Dingwörter (Einzahl und Mehrzahl), Eigenschaftswörter und Tätigkeitswörter mit Anwendung in entsprechenden einfachen Sätzen. *d.* Beschreibungen von Naturgegenständen, Gerätschaften und Beschäftigungen der Menschen nach dem Lesebuche mündlich und schriftlich; Nachschreiben leichter Erzählungen. *e.* Auswendiglernen, Vortragen und Niederschreiben des Auswendiggelernten.

IV. Klasse. *a.* Lesen und Erklären der entsprechenden Abschnitte des Lesebuches; Einübung der lateinischen Druckschrift. *b.* Mündliche Wiedergabe des Gelesenen. *c.* Übungen in der Wortbiegung (Dingwort, Eigenschaftswort, Tätigkeitswort mit Rücksicht auf seine Hauptzeiten, persönliche Fürwörter); Alles mit Anwendung in entsprechenden einfachen und zusammengesetzten Sätzen. *d.* Schriftliche Übungen im Anschlusse an litt. *a* und *b*; Beschreibungen und Übungen in der schriftlichen Wiedergabe kleiner Erzählungen. *e.* Der sprachliche Anschauungsunterricht hat sich auf die geographischen Verhältnisse der Heimatgemeinde und auf einzelne Naturgegenstände auszudehnen. *f.* Fortgesetzte Diktirübungen wie in der III. Klasse. *g.* Auswendiglernen von Lesestücken und Vortragen des Gelernten.

V. Klasse. *a.* Fortgesetzte Übungen im Lesen mit gesteigerter Forderung an Fertigkeit, Richtigkeit, Betonung und Verständnis. *b.* Mündliche Wiedergabe des Gelesenen. *c.* Der Anschauungsunterricht erweitert sich auf die Umgebung der Heimatgemeinde: Kreis, Bezirk, Kanton. *d.* Sprachlehre: Kenntnis der Wortarten, das Notwendigste aus der Wortbildungslehre, Wortbiegung; der einfache Satz mit Erweiterungen. *e.* Schriftliche Übungen im Anschlusse an lit. *a* und *c*, Umschreibungen, Vergleichungen, Übungen in der Wiedergabe von Erzählungen und Nachbildungen; Anleitung und Übung im Briefschreiben. *f.* Diktirübungen. *g.* Auswendiglernen und Vortragen passender Lesestücke.

VI. Klasse. *a.* und *b.* Wie bei der V. Klasse. *c.* Sprachlehre: Ableitung und Zusammensetzung der Wörter, Wortbiegung, der erweiterte und zusammengezogene Satz. *d.* Beschreibungen und Vergleichungen, Erzählungen, Zusammenziehungen, Briefe und Diktirübungen. *e.* Auswendiglernen und Vortragen passender Lesestücke und Liedertexte.

VII. und VIII. Klasse. *a.* Fortgesetzte Übungen im ausdrucksvollen Lesen. *b.* Mündliche Wiederbabe des Gelesenen. *c.* Sprachlehre: Wiederholung und Ergänzung des früher Behandelten aus der Wort- und Satzlehre; Satzverbindung und Satzgefüge; Fortsetzung der Wortbildungslehre. *d.* Schriftliche Darstellung des Gelesenen; Aufsätze über Gegenstände aus der Erfahrung und

dem Anschauungskreise der Schüler, Briefe und Geschäftsaufsätze. *e.* Nötigenfalls Diktirübungen. *f.* Auswendiglernen und Vortragen von Lesestücken und Liedertexten.

3. Rechnen.

I. Klasse. Übungen zur Auffassung der ersten Zahlenbegriffe, Rechnen im Zahlenraum bis 100 in stufenmässiger Folge, mündlich und schriftlich mit Benutzung geeigneter Veranschaulichungsmittel, Anwendung der Operationszeichen: + — =

II. Klasse. Mündliches und schriftliches Rechnen im Zahlenraum bis 100 mit Anwendung der Operationszeichen: + — × : =

III. Klasse. *a.* Erweiterung des Zahlenraumes im Zu- und Abzählen bis 1000. *b.* Vollständige Einübung des Einmaleins. *c.* Mündliche Übungen im Multipliziren und Dividiren bis 200; schriftliche Übungen im Multipliziren und Dividiren mit 1- und 2stelligem Multiplikator und Divisor. *d.* Kenntnis der gebräuchlichsten schweizerischen Münzen, Masse und Gewichte.

IV. Klasse *a.* Erweiterung des Zahlenraumes bis 10,000. *b.* Einübung der 3 ersten Spezies. Division mit 1- bis 3stelligem Divisor. *c.* Mündliche und schriftliche Lösung von Beispielen aus allen vier Grundrechnungsarten in unbenannten und benannten Zahlen. *d.* Wie Klasse III mit Erweiterungen.

V. Klasse. *a.* Wiederholung und Einübung der 4 Grundrechnungsarten im Zahlenraum bis auf die Stelle der Millioner mit unbenannten und benannten Zahlen. *b.* Anschauliche Erklärung des Bruchbegriffes; Anfänge des Dezimalbruchrechnens; Erweiterung des Zahlenraumes nach abwärts. *c.* Abschliessende Kenntnisse der gebräuchlichsten schweizerischen Münzen, Masse und Gewichte.

VI. Klasse. *a.* Weitere Einübung des Dezimalbruches in allen 4 Spezies mit unbenannten und benannten Zahlen. *b.* Anfänge im anschaulichen Rechnen mit gemeinen Brüchen. *c.* Dreisatz-, Zins- und Verteilungsrechnungen.

VII. Klasse. *a.* Wiederholung des Dezimalbruchrechnens und des Rechnens mit gemeinen Brüchen; Verwandlung derselben in Dezimalbrüche und umgekehrt. *b.* Fortsetzung der angewandten Rechnungen. *c.* Beispiele über Rechnungsstellung (Nötli); einfache Vereinsrechnungen; Inventar.

VIII. Klasse. *a.* Aufgaben aus dem Gebiete der Dreisatz-, Zins-, Prozent-, Verteilungs-, Gewinn- und Verlustrechnungen; Vielsatz. Anwendung des gewöhnlichen wie des Dezimalbruches. *b.* Beispiel eines Kassa- und Haushaltungsbuches.

4. Geometrische Formenlehre.

VII. Klasse. *a.* Geometrische Vorbegriffe: Punkt, Linie, Winkel, Dreieck, Viereck und Würfel. *b.* Längen und Flächenberechnung, Berechnung des Würfels.

VIII. Klasse. *a.* Kreislinien und Kreisflächen, senkrechte Prismen, Cylinder und Pyramiden. *b.* Messungen und Berechnungen im gleichen Umfange. In beiden Klassen Eintragen von bezüglichen Rechnungen und erklärenden Zeichnungen in die Reinhefte.

5. Geographie.

VI. Klasse. *a.* Skizzenartige, kartographische Darstellung der Heimatgemeinde, des Bezirks und Kantons und einlässlichere Beschreibung des letztern. *b.* Die Schweiz: Lage, Grenzen, Grösse, Flussgebiete mit den Hauptflüssen und den wichtigsten Nebenflüssen, Seen und Tälern; die wichtigsten Bergketten, Berggruppen und Alpenübergänge.

VII. Klasse. *a.* Kurze Beschreibung der einzelnen Kantone nach Lage, Grenzen, Grösse, Fluss- und Gebirgsverhältnissen, ihrer Topographie, Sprache, Konfession und ihren Erwerbsverhältnissen. *b.* Europa in übersichtlicher Behandlung mit besonderer Berücksichtigung der Nachbarländer der Schweiz. *c.* Wiederholung des Stoffes der VI. Klasse.

VIII. Klasse. *a.* Gruppenweise Zusammenfassung der Schweizerkantone nach ihren physikalischen und sprachlichen Verhältnissen. *b.* Übersichtliche Be-

handlung der aussereuropäischen Erdteile mit besonderer Berücksichtigung Amerika's. *c.* Wiederholung des Unterrichtsstoffes der VI. und VII. Klasse.

6. Geschichte.

VI. Klasse. Erzählungen aus der Schweizergeschichte in chronologischer Reihenfolge von Beginn des Schweizerbundes an. Bund der acht alten Orte; Appenzellerkriege; Erorberung des Aargau's; Züricherkrieg.

VII. und VIII. Klasse. Die wichtigsten Ereignisse aus dem Burgunder- und Schwabenkriege; der 13örtige Bund; die Reformation; Kappeler- und Villmergerkriege und der Bauernkrieg. Übersichtliche Behandlung der schweiz. Staatsverhältnisse vor der französischen Revolution; Untergang der alten Eidgenossenschaft; die Helvetik; die Mediation. Für die achte Klasse eine Stunde im Winter: Entwicklung der politischen Verhältnisse seit 1815.

7. Naturkunde.

VI. Klasse. Beschreibung von Naturgegenständen aus allen drei Reichen: Kulturgewächse, Giftpflanzen, für den Haushalt der Menschen wichtige Tiere (Tierschutz) und Mineralien.

VII. Klasse. Allgemeine Übersicht der drei Naturreiche mit Zugrundlegung einzelner Repräsentanten derselben.

VIII. Klasse. *a.* Belehrungen über den menschlichen Körper mit besonderer Rücksichtnahme auf die Gesundheitslehre. *b.* Belehrungen über Stoffe und Erscheinungen an leblosen Körpern (Wasser, Luft, Barometer und Thermometer, Pumpen, Anwendung von Magnetismus und Elektrizität).

8. Freihandzeichnen.

III. Klasse. Erste Zeichenübungen auf der Schiefertafel. Die gerade Linie, deren Ausbildung mit freier Hand und deren Anwendung. Anschauliche Begriffe von Linie, Winkel, Fläche etc. und die Zusammenstellung geradliniger Figuren.

IV. Klasse. Zeichenübung auf dem Papier. Wiederholung der geradlinigen Aufgaben mit geeigneter Steigerung. Gerad- und übereckstehende Quadrate, deren Teilung zu Bandverschlingungen und Sternfiguren.

V. Klasse. Fortsetzung der geradlinigen Übungen im Zeichnen von Zickzacklinien zu laufenden und steigenden Bändern, Mäander und mäandrische Verzierungen.

VI. Klasse. Das gleichseitige Dreieck; Teilung seiner Seiten und darauf sich gründende Figuren. Das regelmässige Sechs- und Achteck. Der Kreis, der Halb- und Viertelskreis. Teilung des Kreises und bezüglicher Figuren.

VII. Klasse. Geometrische Ornamente mit Geraden- und Kreisbogenlinien; Bandverschlingungen laufend und steigend; Rosetten und stilisirte Blattformen.

VIII. Klasse. Ornamente auf freier Grundlage nach dem eingeführten Tabellenwerk. Leichte Kolorirübungen mit Erklärungen aus der Farbenlehre.

9. Schreiben.

I. Klasse. Die Anfänge des Schreibunterrichtes fallen mit dem sprachlichen Fache und der Durcharbeitung der Fibel zusammen und sollen mit besonderer Sorgfalt betrieben werden.

II. Klasse. Anfänge mit dem Schreiben auf Papier mit Doppellinien.

III. Klasse. *a.* Fortgesetzte Übungen auf dem Papier (Doppelliniatur). *b.* Arabische Ziffern.

IV. Klasse. *a.* Fortgesetzte Übungen in der deutschen Kurrentschrift; Anfänge in der französischen Kurrentschrift. *b.* Weitere Übung der arabischen Ziffern.

V. und VI. Klasse. *a.* Fortgesetzte Übungen in deutscher und französischer Kurrentschrift, in der französischen Kurrentschrift V. Klasse nach Doppelliniatur und in der VI. Klasse nach einfacher Liniatur. *b.* Einübung der römischen Ziffern.

VII. und VIII. Klasse. *a.* Fortgesetzte Übungen in der deutschen und französischen Kurrentschrift, für fähigere Schüler auch in der Rundschrift. *b.* Eintragung von Geschäftsaufsätzen und Beispielen aus der Rechnungsführung in Reinhefte und zwar in deutscher und französischer Schrift.

10. Gesang.

I. und II. Klasse. *a.* Vor- und Nachsingen einzelner Töne in der Sprechtonlage des Kindes mit Vokalen, Umlauten, Doppellauten, Sylben und Wörtern, behufs Weckung des Gehörs, Bildung der Aussprache und Entwicklung der Stimme. *b.* Einübung kleiner einstimmiger Liedchen. *c.* Bewusstes Unterscheiden (Treffen) der drei ersten Töne der Dur-Tonleiter und schriftliche Darstellung derselben durch den Lehrer.

III. Klasse. *a.* Unterscheidung und Übung der ersten sechs Töne der Dur-Tonleiter. *b.* Vorführung der einfachsten Taktarten, Noten- und Pausenwerte. *c.* Bewusstes Singen der den rhythmisch-melodischen Vorübungen entsprechenden Lieder.

IV. Klasse. *a.* Fortgesetzte Treffübungen im Umfang einer Oktave an Hand melodisch-rhythmischer Übungen. *b.* Singen der diesen melodisch-rhythmischen Übungen entsprechenden einstimmigen Lieder.

V. Klasse. *a.* Versetzung (Transposition) des Grundtones auf verschiedene Stufen. *b.* Fortgesetzte Übung im Treffen und Singen melodisch-rhythmischer Sätze mit gesteigerten Anforderungen. *c.* Einführung des zweistimmigen Gesanges. *d.* Einführung der wichtigsten chromatischen Zwischentöne, besonders der erhöhten IV. Tonstufe. *e.* Einübung ein- und zweistimmiger Lieder, wobei jeder Schüler sowohl erste als zweite Stimme lernen soll.

VI. Klasse. *a.* Einübung der absoluten Tonnamen. *b.* Einübung einer Auswahl leichterer Übungen. *c.* Erklärung, Bildung und Einübung von Dur-Tonleitern. *d.* Einüben und Auswendiglernen ein- und zweistimmiger Lieder.

VII. und VIII. Klasse. *a.* Fortgesetztes Singen von schwierigern Übungen aus dem Gesanglehrmittel. *b.* Bildung und Erklärung der Moll-Tonleiter. *c.* Einüben und Auswendiglernen ein- und zweistimmiger Lieder.

11. Turnen.

III. bis VIII. Klasse. Übungen nach den speziellen Jahresprogrammen.

B. Fortbildungsschule.

1. Religion.

I. Klasse. Eine Auswahl biblischer Geschichten des alten und neuen Testamentes.

II. und III. Klasse. Übersichtliche Behandlung der alt- und neutestamentlichen Geschichte. In allen drei Klassen Behandlung und Auswendiglernen religiöser Lieder. Allgemeine Sittenlehre.

2. Deutsche Sprache.

I. Klasse. *a.* Richtiges und ausdrucksvolles Lesen; Erklären des Inhaltes und der sprachlichen Formen des Lesestoffes. *b.* Die Wortarten und ihre Biegung; Ableitung und Zusammensetzung der Wörter; die Lehre vom einfachen

---

Bemerkung. In Fortbildungsschulen mit nur zwei Klassen schliesst sich sämtlicher Unterricht mit Ausnahme des französischen Sprachunterrichtes an denjenigen der VI. Gemeindeschulklasse an und beginnt also mit dem Pensum der II. Klasse, im Französischen dagegen mit demjenigen der I. Klasse.

und erweiterten Satze. *c.* Schriftliche Wiedergabe von Erzählungen, Beschreibungen und Vergleichungen; Umbildung von Lesestücken; einfache Briefe. Alles nach vorangegangener Besprechung. *d.* Übungen im Rechtschreiben (Diktate). *e.* Behandlung und Auswendiglernen passender Lesestücke und Liedertexte.

II. Klasse. *a.* Lesen und Erklären wie in Klasse I. *b.* Die Lehre vom zusammengezogenen und zusammengesetzten Satz. *c.* Schriftliche Behandlung von Stoffen aus dem Realunterrichte (Übungen im Zusammenziehen); Aufsatz: Erzählungen, Beschreibungen, Vergleichungen, Briefe im Anschluss an das tägliche Leben. *d.* Geschäftsaufsätze nach gegebenen Beispielen. *e.* Wie bei Klasse I.

III. Klasse. *a.* Lesen und Erklären wie bei Klasse I. *b.* Wiederholung der Sprachlehre; der verkürzte Satz; Übungen im Analysiren. *c.* Aufsätze wie bei der II. Klasse mit gesteigerten Forderungen. *d.* Fortsetzung der Geschäftsaufsätze. *e.* Wie bei Klasse I.

3. Französische Sprache.

I. Klasse. *a.* Übungen in der Aussprache. *b.* Formenlehre des Artikels, Substantivs, Adjektivs, Pronomens und der Hülfsverben. *c.* Mündliche und schriftliche Anwendung des Gelernten in einzelnen Übungssätzen. *d.* Auswendiglernen der in den Übungsstücken vorkommenden Vokabeln.

II. Klasse. *a.* Lesen geeigneter Lesestücke. *b.* Die regelmässigen Konjugationen; das reflexive Verbum. *c.* Mündliche und schriftliche Anwendung des Gelernten an den Übungssätzen; Übersetzung leichter zusammenhängender französischer Lesestücke; Retrovertiren. *d.* Diktirübungen *e.* Auswendiglernen der Vokabeln, einzelner Sätze und Redensarten.

III. Klasse. *a.* Wie in Klasse II. *b.* Die Konjugation der gebräuchlichsten unregelmässigen Verben und Wiederholung des früher Behandelten; die wichtigsten Regeln der Syntax und der Wortfolge. *c.* Mündliche und schriftliche Anwendung des Gelernten; fortgesetzte Übungen im Übersetzen zusammenhängender französischer Lesestücke, Retrovertiren derselben. *d.* Diktirübungen. *e.* Auswendiglernen der Vokabeln und kleiner Übungsstücke.

4. Rechnen.

I. Klasse. *a.* Wiederholung der vier Spezies in unbenannten und benannten Zahlen; Dezimalbruchlehre. *b.* Angewandte Aufgaben mündlich und schriftlich: Dreisatz-, Zins- und Verteilungsrechnungen.

II. Klasse. *a.* Wiederholung der Dezimalbruchlehre; Kenntnis der gemeinen Brüche und deren Umwandlung in Dezimalbrüche und umgekehrt. *b.* Mündliche und schriftliche Aufgaben aus dem praktischen Leben, Zins- und Dreisatzrechnungen, Vielsatz. *c.* Beispiele über die Rechnungsstellung; Anlage eines Kassa- und Haushaltungsbuches.

III. Klasse. *a.* Übungen im Rechnen mit Dezimal- und gemeinen Brüchen. *b.* Bürgerliches und kaufmännisches Rechnen: Zinsrechnungen; einfachere Prozent-, Gesellschafts- und Mischungsrechnungen; Wechsel und Wechselrechnungen. *c.* Kenntnis der wichtigsten fremdländischen Münz-, Mass- und Gewichtsverhältnisse. *d.* Beispiel einer durchgeführten einfachen Buchführung.

5. Geometrische Formenlehre.

II. Klasse. *a.* Geometrische Vorbegriffe: Punkt, Linie, Winkel, Dreiecke, Vielecke und Würfel. *b.* Längen- und Flächenberechnung; Berechnung des Würfels.

III. Klasse. Kreislinien und Kreisflächen. Behandlung der Hauptkörperformen, als: Würfel (repetirt), Prismen, Cylinder, Pyramiden, Kegel und Kugel nebst den ihnen verwandten Körperformen. — In beiden Klassen bezügliche Vermessungen, Berechnungen und Anfertigung einfacher Pläne, Gebrauch von Kette, Messstäben und Kreuzscheibe.

6. Geographie.

I. Klasse. *a.* Skizzenartige, kartographische Darstellung der Heimatgemeinde, des Bezirks und Kantons und einlässlichere Beschreibung des letztern. *b.* Die Schweiz: Lage, Grenzen, Grösse, Flussgebiete mit den Hauptflüssen und den wichtigsten Nebenflüssen, Seen und Tälern; die wichtigsten Bergketten, Berggruppen und Alpenübergänge. *c.* Kennntnis der Schweizerkantone nach ihrer Lage, ihren Hauptorten und Sprachverhältnissen.

II. Klasse. *a.* Beschreibung der einzelnen Kantone. *b.* Europa in übersichtlicher Behandlung; einlässlichere Beschreibung der Nachbarländer der Schweiz.

III. Klasse. Beschreibung der aussereuropäischen Weltteile in übersichtlicher Darstellung. Einige einfache und fassliche Belehrungen aus der mathematischen Geographie.

7. Geschichte.

I. Klasse. Darstellung der wichtigsten Ereignisse der Schweizergeschichte in chronologisch geordneten Erzählungen von der Entstehung des Schweizerbundes bis und mit der Reformation.

II. Klasse. Fortsetzung der Schweizergeschichte in gleicher Behandlung wie bei der I. Klasse bis zur Gegenwart mit Hervorhebung der Verfassungsänderungen im 19. Jahrhundert. Wiederholung des früher Gelernten.

III. Klasse. Ausgewählte Partien der allgemeinen Geschichte, besonders der neuern Zeit, soweit möglich mit Bezugnahme auf die vaterländische Geschichte.

8. Naturkunde.

I. Klasse. Beschreibung von Repräsentanten aus den drei Naturreichen; daran anschliessend Übersicht und Klassifikation derselben.

II. Klasse. Einlässlichere Behandlung der Pflanzen und Tiere in Beziehung auf deren Nutzen und Schaden (Tierschutz) und mit möglichster Berücksichtigung des Gartenbau's, des Obstbau's und der Pflege und Behandlung der Haustiere.

III. Klasse. *a.* Das Fasslichste und Notwendigste über den Bau und die Verrichtungen des menschlichen Körpers mit besonderer Rücksicht auf die Gesundheitslehre. *b.* Belehrungen über die wichtigsten physikalischen und chemischen Erscheinungen mit Erklärungen über die bezüglichen Apparate, Instrumente und mechanischen Werke.

9. Freihandzeichnen.

I. Klasse. Geometrische Ornamente mit Geraden- und Kreisbogenlinien, Bandverschlingungen, laufend und steigend. Rosetten und stilisirte Blattformen.

II. Klasse. Ornamente auf freier Grundlage nach den eingeführten Lehrmitteln.

III. Klasse. Perspektivisches Freihandzeichnen nach Körpermodellen, z. B. Würfel, Prismen, Pyramiden, Cylinder, Kugel, Postamente, zunächst einzelne, dann in Gruppen. Zeichnen nach gewerblichen Gegenständen. Die Übungen, welche nur in Umrissen gezeichnet werden sollen, begleiten Erklärungen aus der malerischen Perspektive. (Empirische Behandlung.)

10. Schreiben.

I. Klasse. Übungen in der deutschen und englischen Kurrentschrift, sowie Schreiben der arabischen Ziffern.

II. und III. Klasse. *a.* Rundschrift. *b.* Eintragung der Geschäftsaufsätze und der Buchhaltung in Reinhefte, wobei beide Schriften in Anwendung zu bringen sind.

11. Gesang.

I., II. und III. Klasse. Übungsstoff wie bei der VI. bis VIII. Gemeindeschulklasse.

12. Turnen.

I., II. und III. Klasse. Übungen nach den speziellen Jahresprogrammen für Gemeindeschulen (Oberstufe).

II. Verteilung der Schulzeit auf die einzelnen Unterrichtsfächer.

A. Gemeindeschule (Sommer und Winter).

Klasse	Religion	Sprache	Rechnen	Geometr. Formenlehre	Geographie	Geschichte	Naturkunde	Zeichnen	Schreiben	Gesang	Turnen	Total
	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.
I.	2	10 12	3 4	—	—	—	—	—	—	1	—	16 19
II.	2	8 10	3 4	—	—	—	—	—	2	1	—	16 19
III.	1 2	8 12	4 5	—	—	—	—	1	2	1 2	2 1	19 25
IV.	1 2	8 12	4 5	—	—	—	—	1 2	2	1 2	2 1	19 26
V.	1	8 13	4 5	—	—	—	—	1 2	2	1 2	2 1	19 26
VI.	1	7 11	3 5	—	1	- 2	1	1 2	1 2	1 2	2 1	18 28
VII.	1	3 8	2 4	- 1	1 2	1 2	1 3	1 2	1 2	1 2	2 1	14 28
VIII.	1	3 8	2 3	- 1	1 3	1 3	1 3	1 2	1	1 2	2 1	14 28

B. Fortbildungsschule (Sommer und Winter).

Klasse	Religion	Deutsche Sprache	Französische Sprache	Rechnen	Geometr. Formenlehre	Geographie	Geschichte	Naturkunde	Zeichnen	Schreiben	Gesang	Turnen	Total
	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.	S. W.
I.	1 2	5 6	4 5	4 3	—	1 2	1 2	2 1	2	1 2	1 2	2 1	24 28
II.	1 2	5 6	5	3	1	1 2	1 2	1 2	2	1	1 2	2 1	24 29
III.	1 2	5 6	5	3	1	1 2	1 2	1 2	2	1	1 2	2 1	24 29

Jeder Lehrer hat für seine Schule einen Sommer- und Winterstundenplan anzufertigen und im Schulzimmer anzuschlagen. Hiebei ist zu beachten, dass zwischen der Vor- und Nachmittagsschulzeit eine Zwischenpause von wenigstens $1^1/_2$ Stunden eintrete. Ebenso soll auf eine zweistündige Schulzeit eine Pause von 10 Minuten folgen, während welcher sich die Schüler ins Freie zu begeben haben und die Schullokale gelüftet werden sollen.

Die Turnstunden sollen, wenigstens im Sommer, auf das Ende eines Schulhalbtages verlegt werden.

In Anbetracht des Arbeitsschulunterrichtes können die Mädchen im Wintersemester in den vier obern Gemeindeschulklassen und in der Fortbildungsschule vom Turnen, sodann in den beiden obern Gemeinde- und Fortbildungsschulklassen von der geometrischen Formenlehre und endlich in der IV. Klasse der Gemeindeschule von einer Rechnungsstunde befreit werden.

III. Allgemeine Vorschriften.

In Beziehung auf den Unterricht im allgemeinen und in einzelnen Lehrfächern werden den Lehrern folgende Vorschriften zur Nachachtung empfohlen:

1. Schon vom ersten Schuljahre an soll auf die richtige Körperhaltung der Schüler strenge gehalten werden, namentlich bei allen schriftlichen Arbeiten.
2. Auf kurzsichtige Schüler ist bei Erklärungen an der Wandtafel oder an der Karte besondere Rücksicht zu nehmen.

3. Die Lehrer haben darauf zu dringen, dass die Schüler laut, deutlich und in ganzen Sätzen antworten. Sie selbst haben sich vor allem halben oder ganzen Vorsprechen zu hüten.
4. In den ersten vier Schulklassen muss die Schriftsprache eingeübt und in den folgenden Klassen als ausschliessliche Unterrichtssprache gebraucht werden.
5. Mit Beginn des III. Schuljahres (III. Klasse) soll für alle schriftlichen Arbeiten nur Papier zur Anwendung kommen.
6. Sämtlichen Memorirübungen hat eine Erklärung des betreffenden Stoffes vorauszugehen.
7. Beim Lesen ist nicht nur auf ein allgemeines Verständnis des Inhaltes zu dringen, sondern es sind auch die für die Bildungsstufe der Schüler ungewöhnlichen Ausdrücke und Satzformen zu erklären.
   Beim Vortrag des Auswendiggelernten ist bei allen Klassen auf sprachrichtigen Ausdruck und gute Betonung zu halten.
8. Bei allen schriftlichen Arbeiten ist auf Schön- und Rechtschreibung zu halten. Ebenso haben die Lehrer auf gute Ordnung, Reinlichkeit und gehörige Ausnützung der Hefte zu achten.
9. Mit Beziehung auf das Sprachfach wird gefordert:
   a. Für den sprachlichen Unterricht ist ein Arbeitsheft und ein Aufsatzheft zu führen. In letzteres sind vom vierten Schuljahre an die Aufsätze einzutragen.
   b. Die Aufsätze sind mit dem Datum der Anfertigung zu versehen, vom Lehrer mit roter Tinte zu korrigiren und bei der Jahresprüfung mit der ersten Korrektur und ohne weitere Reinschrift vorzulegen.
   c. Im Sommer und Winter soll je alle vierzehn Tage (in der Regel in der Schule) ein Aufsatz angefertigt und vom Lehrer ausserhalb der Schulstunden korrigirt und in Bezug auf Inhalt, Form und Schrift zensirt werden.
10. Im Rechnen ist ein exaktes und deutliches Schreiben der Ziffern und Zahlen von der untersten bis obersten Schulstufe stets im Auge zu behalten. Es ist besonderer Wert auf richtige Anordnung der einzelnen Rechnungsoperationen zu legen. Vom fünften Schuljahre an sind besondere Rechnungsreinhefte mit Musterbeispielen anzulegen.
11. Im Zeichnen ist neben der Präzision auch die Sauberkeit in der Ausführung zu beobachten. Es ist Klassenunterricht nach Vorzeichnungen des Lehrers an die Wandtafel und nach Wandtabellen zu erteilen.
12. Im Gesange soll die deutliche und schöne Aussprache des Textes besonders gepflegt werden.

Mit der Einführung vorstehender Lehrpläne wird der Lehrplan für die Gemeindeschulen vom 13. September 1876 und der Lehrplan für Fortbildungsschulen vom 23. April 1869, Abschnitt V und VI (§§ 39—74), ausser Kraft gesetzt.

---

11. 9. Règlement pour les inspecteurs des écoles primaires du canton de Neuchâtel. (Du 22 février 1890.) Art. 57 de la loi.

Art. 1er. L'inspection supérieure des écoles primaires appartient au département de l'Instruction publique.

Deux inspecteurs permanents sont attachés au département pour exercer plus spécialement cette inspection (art. 54 de la loi).

Art. 2. Les deux inspecteurs sont nommés pour trois ans par le Conseil d'Etat. Ils reçoivent un traitement fixe, plus une indemnité de déplacement. Les fonctions d'inspecteur sont incompatibles avec toute autre fonction salariée (art. 56 de la loi).

Art. 3. Le canton est divisé en deux circonscriptions scolaires placées chacune sous la surveillance d'un inspecteur.

La première circonscription comprend les districts de Neuchâtel, de Boudry et du Val-de-Travers; la seconde les districts du Val-de-Ruz, du Locle et de La Chaux-de-Fonds.

Chaque inspecteur doit résider dans sa circonscription.

Art. 4. Les inspecteurs sont en rapport direct avec les commissions scolaires et le corps enseignant primaire pour tout ce qui concerne la fréquentation des écoles et l'enseignement proprement dit. Ils visitent à époques indéterminées les écoles de leur circonscription; ils préavisent sur les améliorations reconnues nécessaires; ils transmettent au département de l'Instruction publiques les affaires qui échappent à leur compétence ou qui paraissent de nature à exiger soit des éclaircissements, soit une intervention effective de l'autorité supérieure; ils procèdent, lorsqu'ils le jugent convenable, à l'examen détaillé des classes et veillent d'une manière générale à ce que la loi et le règlement des écoles primaires soient observés.

Art. 5. Les inspecteurs dirigent les examens en obtention du certificat d'études primaires.

Ils assistent, autant que possible, aux examens de fin d'année des classes; ils ont le droit d'y interroger les élèves.

Ils assistent également aux examens de concours des candidats aux postes vacants; ils en arrêtent le programme de concert avec la commission scolaire et transmettent au département de l'Instruction publique leurs appréciations sur les résultats obtenus.

Art. 6. Les inspecteurs contrôlent les tableaux de leçons de chaque école de leur circonscription. Ils peuvent demander au département d'y apporter les modifications qu'ils jugent nécessaires.

Le département règle les conflits qui pourraient s'élever entre les inspecteurs et les commissions scolaires.

Art. 7. Ils contrôlent, de concert avec les commissions, les comptes de distribution des fournitures scolaires.

Ils veillent également au maintien en bon état des bibliothèques scolaires et à la mise à jour des registres qui concernent ces bibliothèques.

Art. 8. Les inspecteurs sont tenus de s'intéresser d'une manière toute particulière aux instituteurs et aux institutrices stagiaires et de les diriger dans tous les travaux qui peuvent leur faciliter l'obtention du brevet d'aptitude pédagogique.

Art. 9. Ils adressent chaque année au département un rapport général sur la marche des écoles de leur circonscription. Ils gardent à cet effet, copie des rapports, observations et remarques qu'ils ont expédiés pendant l'année aux commissions scolaires. Ces documents servent de base à l'élaboration de leur rapport général qui est annexé au rapport de gestion du département.

Art. 10. Les inspecteurs ont le droit de visiter les écoles privées qui ont accepté le contrôle des commissions scolaires.

Art. 11. Les inspecteurs se rendent aussi souvent qu'il leur est possible aux conférences de district du corps enseignant. Ils doivent assister aux conférences générales où ils suppléent le chef du département en qualité de vice-présidents du bureau.

Art. 12. Les inspecteurs prennent part avec voix consultative aux réunions de la commission cantonale consultative pour l'enseignement primaire. Toutefois, ils ne peuvent assister aux délibérations qui les visent personnellement.

Art. 13. Ils ont avec les commissions scolaires le droit de signaler au juge de paix les absences non-justifiées aux examens de classes, en vue de la pénalité prescrite à lart. 47 de la loi, et au Conseil d'Etat les cas d'insubordination ou d'immoralité qui pourraient entrainer la suspension ou la destitution du titulaire d'une classe.

Art. 14. Ils sont réunis une fois chaque mois en conférence au département pour y discuter les questions relatives à leur inspection et présenter leur rapport mensuel.

Art. 15. Ils soutiennent entre eux des relations suivies afin d'arriver de plus en plus à une marche régulière des écoles.

Ils peuvent être appelés par le département à se suppléer réciproquement.

Art. 16. Les inspecteurs doivent tout leur temps à leurs fonctions.

Ils ont droit à 4 semaines de vacances qu'ils prennent moyennant avis donné au département à l'époque générale des vacances d'été.

Art. 17. Le département fournit aux inspecteurs le matérial de bureau qui leur est nécessaire, copie de lettres (avec presse), registres, timbres, papier, etc.

---

12. 10. Aufsicht über den Turnunterricht an den Primarschulen des Kantons Solothurn. (Verordnung des Regierungsrates vom 12. August 1890.)

Art. 1. Für die spezielle Beaufsichtigung des Turnunterrichtes an den Primarschulen werden jeweilen mit den Primarschulinspektoren auf die Amtsdauer von zwei Jahren für jeden Bezirk ein oder zwei Fachmänner als Turninspektoren gewählt.

Art. 2. *a.* Diese Turninspektoren haben am Ende des Sommerschulhalbjahres an jeder Primarschule einzeln die Prüfung im Turnen abzunehmen und über das Resultat derselben dem Erziehungs-Departement Bericht zu erstatten.

b. Sie sollen darüber wachen:

1. Dass die Turnplätze und die obligatorischen Turngeräte in gehörigem Stand erhalten werden,
2. dass der Turnunterricht soweit möglich auf das ganze Jahr verteilt und dass an jeder Primarschule jährlich die vorgeschriebene Zahl Turnunterrichtsstunden erteilt wird,
3. dass nicht nur den Ordnungs- und Freiübungen, sondern auch dem Geräteturnen die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird.

c. Sie haben die vom Lehrer angewendete Lehrmethode zu beobachten und den erstern auf allfällige Fehler und Mängel aufmerksam zu machen.

d. Von allen den Turnunterricht betreffenden gesetzwidrigen Zuständen und Vorkommnissen haben sie das Erziehungs-Departement sofort in Kenntnis zu setzen.

Art. 3. Auf Antrag der Bezirksschulkommissionen wird das Erziehungs-Departement dort, wo es nötig erscheint, die Turninspektoren beauftragen, auch während des Jahres Turnstunden zu besuchen.

Art. 4. Für die Abnahme der Turnprüfungen und die den Inspektoren obliegenden weiteren Verpflichtungen (Art. 2), sowie für besondere Schulbesuche, welche im Auftrage des Erziehungs-Departementes gemacht worden sind (Art. 3), haben die Turninspektoren zu beanspruchen:

a. Für die Abnahme der Prüfungen und jeden im Auftrag des Erziehungs-Departements gemachten Schulbesuch in Gemeinden mit einer Schule Fr. 1. 50.

b. Für die Abnahme der Prüfungen und jeden im Auftrage des Erziehungs-Departements gemachten Schulbesuch in Gemeinden mit mehr als einer Schule für jede Schule Fr. 1.

Ausserdem werden vergütet:

a. Für Reisen mit der Eisenbahn die Auslage für ein Fahrbillet II. Klasse.

b. Für Reisen, bei welchen die Eisenbahn nicht benutzt werden kann, 10 Cts. per Kilometer.

Die Entfernungen sind nach dem vom Regierungsrat aufgestellten Anhang zum Distanzanzeiger des Kantons Solothurn vom Jahre 1885 nach der gewöhnlich befolgten Reiseroute zu berechnen.

Art. 5. Die Rechnungen der Turninspektoren sind alljährlich nach Schluss des Sommerschulhalbjahres dem Erziehungs-Departement einzureichen.

Diese Verordnung tritt sogleich in Kraft.

---

13. 11. Regulativ des Erziehungsrates des Kantons St. Gallen über die Verwendung der Staatsbeiträge für das Volksschulwesen. (Vom 2. Dezember 1890.) Genehmigt vom Regierungsrate den 23. Januar 1891. (Art. 6—8 der Verfassung.)

I. Staatsbeiträge für Primarschulen.

A. Für Äufnung der kleinern Schulfonds.

Art. 1. Zu diesem Zwecke sind $^2/_7$ bis $^3/_7$ des vom Grossen Rate für die Äufnung der Schulfonds und Deckung der Rechnungsdefizite bewilligten Kredites zu verwenden.

Art. 2. Auf einen Fondsbeitrag haben, so weit der Kredit ausreicht, Anspruch:

a. Schulgemeinden mit vollen, teilweisen oder geteilten Jahrschulen, ferner Halbtagsschulen und Dreivierteljahrsschulen, deren Fonds per Schule, bezw. per Lehrer, weniger als Fr. 20,000 beträgt;

b. Schulgemeinden mit Halbjahrsschulen, deren Fonds per Schule weniger als Fr. 15,000 beträgt,

und zwar in dem Sinne, dass die geringsten Fonds zuerst in Berücksichtigung fallen, die grössern, soweit der zur Verteilung gelangte Kredit hinreicht.

Für die Schulgemeinden unter lit. *a.* sind in der Regel $^4/_5$ desselben zu verwenden.

Art. 3. Jede der in Art. 2 genannten Schulgemeinden erhält Fr. 200 per Schule, jedoch nicht mehr als Fr. 600 im ganzen.

Diese Beiträge sind sofort dem Fonds einzuverleiben.

Art. 4. Die Schulgemeinden, welche solche Fondsbeiträge erhalten, haben ihrerseits im Verhältnis ihres Schulsteuerkapitals ebenfalls einen Äufnungsbeitrag an den Schulfonds zu leisten, sofern ihre Schulsteuer insgesamt 40 Cts. vom Hundert nicht übersteigt, und zwar nach folgender Abstufung:

Bei einem Steuerkapitale per Schule	bis auf			Fr. 200,000	50 %	des Staatsbeitrages
	von Fr.	200,000	bis	„ 300,000	75 %	
	„ „	300,000	„	„ 500,000	100 %	

Bei einem höhern Steuerkapital als Fr. 500,000 per Schule, sowie an solche Gemeinden, welche nur 1 per mille oder weniger Schulsteuer zu leisten haben, erfolgt in der Regel kein Staatsbeitrag.

Art. 5. Die der Schulgemeinde überbundene Leistung kann auch teilweise oder ganz durch freiwillige Schenkung seitens der betreffenden Ortsgemeinde, einer Korporation oder einzelner Privaten abgetragen werden.

Art. 6. Die Schulgemeinden haben innerhalb zwei Monaten nach erhaltener Anzeige von der Zuteilung eines Staatsbeitrages darüber zu beschliessen, ob sie denselben unter Gegenleistung des ihnen zufallenden eigenen Fondsbeitrages annehmen wollen oder nicht.

Erklärt eine Schulgemeinde innerhalb dieser Frist die Annahme nicht, so wird über den ihr zugedachten Staatsbeitrag zu gunsten der nächstberechtigten Schulgemeinden verfügt. Beschliesst sie dagegen die Annahme, so bleibt dieser Beschluss so lange für sie verbindlich, als sie in der Reihe der durch Fondsbeiträge zu unterstützenden Schulgemeinden steht.

Art. 7. Über motivirt gestellte Begehren um Reduktion, bezw. Nachlass des von einer Schulgemeinde zu leistenden Fondsbeitrages entscheidet die Erziehungskommission. Es sollen indessen die zu unterstützenden Schulgemeinden nur ausnahmsweise und im Falle allzu starker anderweitiger Steuerbelastung ihrer Gegenleistung enthoben werden.

Wird dem bezüglichen Gesuch einer Schulgemeinde nicht entsprochen, so bleibt derselben der Verzicht auf den Staatsbeitrag festgestellt.

Art. 8. Schulgemeinden, welche die Fondsbeiträge (Art. 3) ohne zureichende Gründe ablehnen, haben keinen Anspruch auf Staatsunterstützung aus dem für Beiträge an die Jahresrechnung ausgesetzten Kredite.

Art. 9. Die Schulgemeinden sind verpflichtet, ihre Gegenleistung im gleichen Rechnungsjahr, in welchem sie den Staatsbeitrag empfangen, als Bestandteil des Fondes zu verrechnen, ohne deshalb einen Fondsmangel aufkommen zu lassen.

Die Bezirksschulräte haben sich bei der Prüfung der Schulrechnungen von der genauen Einhaltung dieser Vorschriften zu überzeugen.

B. Für die Rechnungsdefizite der Schulgemeinden.

Art. 10. Für Erleichterung der höchst besteuerten Schulgemeinden sind aus dem in Art. 1 genannten Kredite $^4/_7$ bis $^5/_7$ an die jährlichen Rechnungsdefizite derselben zu verwenden.

Art. 11. Bei Ermittlung dieser Defizite, bezw. der zu ihrer Deckung notwendigen Steuerquote, fallen sowohl diejenigen ausserordentlichen Ausgaben ausser Betracht, für welche (wie für Schulhausbauten, Fondsäufnung) der Staat bereits einen besondern Beitrag leistet, als auch diejenigen für Bildung von besondern Fonds, und es sind bloss die ordentlichen Ausgaben in Berechnung zu ziehen.

In den Jahresrechnungen der Schulgemeinden sind die ordentlichen und ausserordentlichen Ausgaben in diesem Sinne genau auseinander zu halten, und ist das für Deckung der letztern allfällig erforderliche Steuerbetreffnis besonders und pünktlich anzugeben.

Art. 12. Wenn die ordentlichen Rechnungsdefizite sämtlicher durch Schulsteuern stärker belasteten Schulgemeinden zusammengestellt sind, so ist je nach Massgabe des zur Verfügung gestellten Kredites festzusetzen, wie hoch sich die von den Schulgemeinden zu leistende, gleichmässige Schulsteuer (Normalsteuer) belaufen solle, bezw. wie hoch sich der Staatsbeitrag für die Defizite der einzelnen Schulgemeinden stelle.

Der Defizitbeitrag des Staates für eine Schulgemeinde darf Fr. 800 per Schule und Fr. 3400 im ganzen nicht übersteigen.

Von diesem Defizitbeitrag fallen in Abzug:

a. je 4 % vom Fondsmangel, von ungesetzlichen Kapitalanlagen und von Anleihen für laufende Bedürfnisse, sofern hiefür nicht höhere Bewilligung erteilt ist;

b. die Verwaltungskosten, sofern sie Fr. 50 per Schule übersteigen;

c. die Unkosten für Schulfestlichkeiten.

Dabei steht es im Ermessen der Behörde, ausnahmsweise auch solche Schulgemeinden, welche durch ausserordentliche Ausgaben besonders stark belastet sind, sowie solche, welche sich die Hebung ihres Schulwesens besonders angelegen sein lassen und die Schulfonds, abgesehen von den in Art. 4 genannten Gegenleistungen, durch freiwillige Dotationen äufnen, billig zu berücksichtigen.

Art. 13. Schulgemeinden, welche bis zum 1. Dezember der Oberbehörde ihre Jahresrechnung nicht, oder nicht in vorschriftsgemässer Form eingereicht haben oder in derselben ungerechtfertigte Ausgaben, übertriebene Spesen und Fondsmängel aufführen, ferner solche, welche den an sie ergangenen Aufforderungen für Verbesserung ihres Schulwesens, Pflege vernachlässigter obligatorischer Fächer, Verminderung und Ahndung der unentschuldigten Absenzen, Beschaffung der obligatorischen Lehrmittel, Einhaltung der gesetzlichen Schulzeit oder Vermehrung derselben keine Folge geleistet haben, sowie solche, welche die Weisungen der Erziehungsbehörden unbeachtet lassen und überhaupt ihr Schulwesen vernachlässigen, können für das betreffende Rechnungsjahr teilweise oder ganz von der Staatsunterstützung ausgeschlossen werden.

Ein gleiches gilt für solche kleine Schulkorporationen, welche wegen ihres geringen Steuerkapitales und unzureichender Schuldotation eine eigene Schule nur mittelst fortwährender Staatssubvention zu halten vermögen und der Einladung zum Anschluss an eine benachbarte, ihren Verhältnissen entsprechende Schulgenossenschaft behufs ihrer ökonomischen Erleichterung und der Verbesserung ihres Schulwesens beharrlichen, ungerechtfertigten Widerstand entgegensetzen.

Die Bezirksschulräte haben die in diesem Artikel genannten Ausschlussgründe ins Auge zu fassen und bei Anlass der Einsendung der Schulrechnungen sachbezügliche Anträge zu stellen.

Art. 14. Es steht im Ermessen der Behörde, den Staatsbeitrag an die Verbrauchskasse der Schulgemeinden ganz oder teilweise durch Zuwendung obligatorischer allgemeiner Lehrmittel (Schulwandkarte etc.) oder Lehrgeräte, so z. B. für das Turnen, zu verabreichen.

II. Staatsbeiträge für Realschulen.

Art. 15. Der vom Grossen Rate diesfalls bewilligte Kredit ist teils zur Äufnung neu gegründeter und schwächer dotirter öffentlicher Realschulen, teils zur Anstellung vermehrter Lehrkräfte und zur Minderung der Defizite überhaupt bestimmt und wird nur an solche Schulen verabreicht, welche von kantonsbürgerlichen Schülern höchstens Fr. 20 Schulgeld beziehen.

Neugegründete Realschulen erhalten einen ersten Fondsbeitrag von Fr. 2000.

Schulen mit einem Fonds bis auf Fr. 25,000 erhalten bei einem Hauptlehrer Fr. 700, bei mehreren Hauptlehrern bis auf Fr. 1500, und Schulen mit einem Fondsbestand von Fr. 25,000 bis Fr. 50,000 bei einem Hauptlehrer Fr. 500, bei mehreren bis auf Fr. 1000 Staatsbeitrag zur Fondsäufnung.

Ferner erhalten in ökonomisch ungünstigen Verhältnissen stehende Realschulen einen Beitrag bis höchstens Fr. 2500 an das Defizit der Jahresrechnung, wobei die Anstellung vermehrter Lehrkräfte berücksichtigt werden soll.

Der Gesamtbeitrag an Fonds und Defizit einer Realschule darf zusammen Fr. 4000 nicht übersteigen.

Ausnahmsweise kann die Verwendung der Fondsbeiträge bis zur Hälfte auf Erhöhung und Vermehrung der Lehrgehalte für einzelne Realschulen vom Erziehungsrate bewilligt werden.

Ein allfälliger Überschuss des verfügbaren Kredits ist solchen Realschulkorporationen zuzuwenden, welche sich durch besondere Leistungen hervortun.

Art. 16. Realschulkorporationen, die während der letzten drei Jahre zur Vermögensvermehrung selbst nichts Namhaftes beigetragen haben oder ihre Schulen in einem unbefriedigenden Zustand belassen, können je nach Umständen von der Staatsunterstützung teilweise oder gänzlich ausgeschlossen werden.

Art. 17. Bei Auflösung einer Realschule fallen sämtliche erhaltene Fondsbeiträge des Staates (ohne Zins) an den Staat zurück und sind, wenn innerhalb drei Jahren am gleichen Orte nicht eine neue Realschule gegründet wird, zur Fondsäufnung anderer Realschulen nach Art. 15 zu verwenden.

III. Staatsbeiträge für Fortbildungs- und Handfertigkeitsschulen und Schulgärten.

Art. 18. Auf die vom Grossen Rate diesfalls bewilligte Staatsunterstützung haben solche Fortbildungsschulen Anspruch, welche:

a. Auf gehöriger Organisation und auf Beschlüssen von Schul- oder Ortsgemeinden, Schulräten, Verwaltungsräten oder Vereinen beruhen und von diesen unterstützt und beaufsichtigt werden;

b. wöchentlich wenigstens vier Stunden (von den Gesangstunden abgesehen) und jährlich während wenigstens 20 Wochen Unterricht erteilen, und

c. am Schlusse des Kurses eine öffentliche Prüfung ablegen.

Art. 19. Der Staatsbeitrag bezieht sich auf das letztverflossene Schuljahr und soll, sofern dies der verfügbare Kredit gestattet, bei 80 Lehrstunden Fr. 50 und je für 10 fernere Lehrstunden weitere Fr. 10 betragen bis zu einem Maximum von Fr. 2500. Die obligatorischen Fortbildungsschulen sind jeweilen durch eine Zulage von Fr. 20 bis Fr. 100 zu begünstigen.

Art. 20. Fortbildungsschulen, welche bloss Schülern einer bestimmten Konfession offen stehen oder in bezug auf ihre Leitung ein besonderes konfessionelles Gepräge tragen, werden vom Staate nicht unterstützt.

Art. 21. In paritätischen Gemeinden sind jeweilen nur gemeinsame, aus dem Zusammenwirken der vorhandenen Schulräte auf dem Fusse voller Gleichberechtigung hervorgegangene Schulen zu unterstützen.

Weigern sich die Schulräte, zu diesem Zweck und in solcher Weise zusammenzuwirken, so tritt eine Staatsunterstützung nicht ein; weigert sich nur

die eine Schulbehörde, so wird die Staatsunterstützung derjenigen zu teil, welche sich zu diesem Zusammenwirken bereit erklärt hat, immerhin nur unter der Bedingung, dass ihre Schule den Schülern beider Konfessionen gleichmässig offen steht.

Art. 22. Die Behörden oder Vereine, welche eine Fortbildungsschule halten, haben jeweilen am Ende des Kurses, spätestens aber bis Ende April, dem betreffenden Bezirksschulratspräsidenten einen kurzen Bericht über den Bestand der Schule, die Dauer und den Umfang des Unterrichtes, die Lehrer, die Schülerzahl, die Absenzen und die ökonomischen Verhältnisse der Schule einzureichen.

Erhebliche Verspätungen der Berichtgabe ziehen den Verlust des Staatsbeitrages nach sich.

Die Bezirksschulräte haben sodann bis Mitte Mai dem Erziehungsdepartement auf Grund der Einzelberichte und unter Beilegung derselben einen summarischen Generalbericht über die Fortbildungsschulen ihres Amtskreises und ihre Beobachtungen über die Leistungen derselben einzusenden.

Art. 23. Gleichzeitig und in gleicher Art wie die Fortbildungsschulen werden auf befriedigende Ergebnisse und Berichtgabe die Handfertigkeitsschulen und die Schulgärten staatlich unterstützt.

IV. Staatsbeiträge bei Schulhausbauten.

Art. 24. Der zu diesem Zwecke ausgesetzte Kredit ist für die von der Erziehungsbehörde genehmigten Bauten und Hauptreparaturen von Primar- und Realschulhäusern, sowie für Schulbrunnen, Turneinrichtungen und Anschaffung von „St. Galler Schulbänken", eventuell von Schulbänken eines andern mindestens gleichwertigen Systems, zu verwenden. Anspruch auf diese Beiträge haben nebst den Realschulen nur solche Schulgemeinden, die 30 Cts. oder mehr vom Hundert steuern müssen.

Art. 25. Der Staatsbeitrag soll mindestens 2 und höchstens 25 Prozent der eigentlichen Baukosten mit Hinzurechnung der Erwerbung des Bauplatzes und unter Abzug des allfälligen Erlöses aus dem alten Schulhause betragen.

Bei Ermittlung des Beitrages fallen die Bereitwilligkeit der Schulgemeinden für Anhandnahme und Förderung des Baues, die Höhe des Steuerkapitals, die Länge der Tilgungsfrist, sowie die allseitige Beobachtung des Bauregulativs in besondere Berücksichtigung.

Art. 26. Die erste Hälfte der Staatsunterstützung ist zu entrichten, sobald das Gebäude unter Dach steht, die zweite, sobald die Schluss-, eventuell Nachkollaudation die Erfüllung aller erforderlichen Nachleistungen ausweist.

Art. 27. Vorstehendes Regulativ ersetzt dasjenige vom 17./20. Januar 1888*) und tritt sofort in Kraft.

---

14. 12. Reglement betreffend die unentgeltliche Abgabe der individuellen Lehrmittel und des übrigen Schulmaterials in der Primarschule der Stadt Zürich. (Erlass der Stadtschulpflege vom 23. Januar 1890.)

I. Austeilung. § 1. Bei Beginn des Schuljahres erhält jeder definitiv aufgenommene Schüler der Alltagschule die in der Klasse eingeführten Lehrmittel in neuen Exemplaren.

Lehrmittel, welche im Laufe des Kurses beschädigt werden oder verloren gehen, sind auf Kosten des betreffenden Schülers neu anzuschaffen.

Wegziehende haben die empfangenen Lehrmittel zurückzugeben. Diese werden mit dem Entlassungszeugnis an den Schulverwalter abgeliefert und soweit nötig ausgebessert.

Schüler, die auf Probe aufgenommen sind, erhalten bis zur definitiven Aufnahme, während des Kurses eintretende Schüler bis zum Schlusse des Schuljahres solche schon gebrauchte Lehrmittel, die der Klassenlehrer gegen Ausweis vom Schulverwalter zu beziehen hat.

---

*) Jahrbuch 1888, Beilage I, pag. 37.

§ 2. In der Ergänzungsschule werden die Lehrmittel gestempelt, in den Klassenzimmern aufbewahrt und während der Unterrichtszeit den Schülern zur Benutzung überlassen. Unter spezieller Kontrole des Lehrers können sie auch, soweit es notwendig erscheint, nach Hause mitgegeben werden.

§ 3. Die Schreib- und Zeichnungsmaterialien, sowie der Stoff für die weiblichen Arbeiten in der Mädchenprimarschule werden nach Bedarf ausgeteilt und sind auch den Wegziehenden zu belassen.

Zirkel liegen in genügender Zahl in den Sammlungen und unterliegt deren Benutzung dem Reglement über die Sammlungen.

Equerren, Lineale und Transporteure werden für die Klassen je nach Bedarf angeschafft und den Schülern während des Unterrichts zum Gebrauche überlassen.

II. Verwaltung. § 4. Die individuellen Lehrmittel, sowie die Schreib- und Zeichnungsmaterialien werden durch die Schulverwaltung angeschafft.

Das Material für die weiblichen Arbeiten besorgt die Quästorin der weiblichen Vorsteherschaft im Einverständnis mit der Schulverwaltung.

Alle Anschaffungen von Papier, Heften, Stoff für die weiblichen Arbeiten u. s. w. sollen, sei es nach Ausschreibung, sei es durch direkte Bestellung in den Fabriken, auf Muster hin gemacht werden. Nicht entsprechendes Material ist sofort zurükzuweisen.

Inländischem Fabrikat (Papier, Nähfaden u. dgl.) ist bei gleicher Güte der Vorzug zu geben.

Die Aufsicht über den gesamten bezüglichen Verkehr steht der Rechenkommission zu (G.-O. der Schulpflege, § 19, B).

§ 5. Je nach der Erneuerungswahl der Schulpflege wählt der vereinigte Primarkonvent für jedes Primarschulhaus einen Besorger auf die Amtsdauer von drei Jahren.

§ 6. Der Besorger vermittelt den Verkehr der Schulverwaltung, resp. der von dieser bezeichneten Lieferanten mit den einzelnen Klassenlehrern und führt Buch über denselben. Die Ablieferung der Lehrmittel, Schreib- und Zeichnungsmaterialien an die Klassenlehrer zu Handen der Schüler, resp. der Klassen (§ 2) geschieht auf Bestellung und gegen Quittung.

§ 7. Die Besorger reichen am Ende jedes Semesters ihre nach bestimmtem Schema gestellten Rechnungen, denen die Empfangsscheine der Klassenlehrer und die Rechnungen der bezeichneten Lieferanten als Belege beigefügt sind, der Schulverwaltung ein.

Die Prüfung und Genehmigung dieser Abrechnungen ist Sache der Rechenkommission.

§ 8. Am Schlusse des Schuljahres stellt die Schulverwaltung den gesamten Verkehr in Schulmaterialien in übersichtlichen Rechnungen zusammen. Letztere bilden Spezialbeilagen zu der Schulkassarechnung des betreffenden Jahres (§ 23 des Reglements für die Schulverwaltung).

Über das am Ende des Schuljahres in den Händen der Besorger befindliche Material ist ein genaues Inventar anzufertigen, das in den übersichtlichen Rechnungen der Schulverwaltung als Übertrag auf neue Rechnung aufgeführt wird.

§ 9. Die Besorger beziehen jeder jährlich Fr. 100 Entschädigung, welche in den übersichtlichen Rechnungen der Schulverwaltung in Ausgabe zu bringen sind.

§ 10. Gegenwärtiges Reglement tritt mit Beginn des Schuljahres 1890/91 für die Primarschule definitiv in Kraft.

---

15. 13. Provisorische Bestimmungen betreffend Errichtung von Spezialklassen für schwachbegabte Kinder. (Beschluss der Schulpflege der Stadt Zürich vom 28. November 1890.)

1. In die Spezialklassen sollen aufgenommen werden Schüler der Alltagsschule, die in Folge ihrer mangelhaften Begabung oder zurückgebliebenen Entwickelung dem Klassenunterricht nicht zu folgen vermögen.

2. Ausgeschlossen bleiben solche Kinder, die nach Untersuchung durch einen von der Schulpflege bezeichneten Arzt sich als schwachsinnig und für jeden Schulunterricht untauglich erweisen, sowie sittlich verwahrloste Kinder.

Ebenso sollen nicht aufgenommen werden Kinder, die das Lehrziel der dritten Klasse erreicht haben.

3. Die Aufnahme findet statt nach einjähriger Beobachtung in der allgemeinen Schule, früher nur auf besondern Wunsch der Eltern, jedoch nur dann, wenn ein Schüler vorher mindestens ein halbes Jahr die städtische Schule besucht hat.

4. Die Aufnahme ist Sache der Schulpflege. Sie findet statt auf Antrag des betreffenden Klassenlehrers, nach spezieller Prüfung durch die Sektion und auf das Gutachten des nach § 2 bezeichneten Arztes.

Sind die Eltern nicht einverstanden, so steht ihnen der Rekurs an die Oberbehörde offen.

5. Auf Antrag des betreffenden Lehrers (Lehrerin) und nach Einholung eines Gutachtens des bezeichneten Arztes kann bei gutem Erfolge ein Kind auf vierteljährige Probezeit in die allgemeine Schule zurückversetzt werden.

Die Rückversetzung ist von der Schulpflege zu genehmigen.

6. Die Schülerzahl einer Spezialklasse soll 25 nicht übersteigen.

7. Der Lehrplan soll, wenn auch mit Modifikationen, demjenigen der allgemeinen Schule möglichst angepasst werden.

Dabei ist auf Handarbeiten für Mädchen und Knaben, und insbesondere auf Turnen und Spiele in freier Luft Wert zu legen, so zwar, dass von höchstens 30 wöchentlichen Stunden 10 hierauf verwendet werden.

Knaben und Mädchen werden gemeinsam unterrichtet.

8. Die Lehrer oder Lehrerinnen der Spezialklassen sind in Rechten und Pflichten den übrigen Lehrern resp. Lehrerinnen der Stadt Zürich gleichgestellt.

II. Mädchen-Arbeitsschulen.

16. 1. Lehrplan für die Arbeitsschulen des Kantons St. Gallen.

I. Klasse (IV. Primarschuljahr).

Stricken. Erlernung der verschiedenen Maschen an einem Übungsstreifen — jeweilen eine Anzahl Gänge (oder Nadeln): 1. glatte Maschen, 2. krause Maschen, 3. abwechselnd glatte und krause Maschen, 4. eine Nadel glatte und eine Nadel krause Maschen, dazwischen ein Nähtchen, 5. das Rohrabnehmen, 6. die Ferse und das Abketten nach Schluss derselben.

Anwendung im Stricken eines Strumpfes nach der Regel.

Nähen. Erlernung der verschiedenen Stiche, Nähte und Säume an einem Übungsstück — Vorstich, Steppstich, Hinterstich, Überwindlingsstich, Saumstich, Wallnaht.

Vorgerücktere können etwa noch Hohlsäume erlernen. — Die richtige Körperhaltung und Bewegung der Arme und Finger ist zu beachten.

II. Klasse (V. Primarschuljahr).

Stricken. Fortsetzung des Strumpfstrickens nach der Regel. Erlernung einiger leichter Hohlmuster an einem Übungsstück, wenn die Zeit reicht.

Nähen. Weiterübung des Nähens durch Anfertigung eines kleinen Mädchenhemdes. Anleitung zum Zuschneiden desselben.

Zeichnen. Erlernung des Wäschezeichnens an einem Übungsstück auf uneingeteiltem Stramin: ein einfaches Alphabet und einfache Ziffern.

III. Klasse (VI. Primarschuljahr).

Stricken. Fortsetzung des Strickens: Anfertigung grösserer Strümpfe.

Nähen. Fortsetzung der Übung durch Anfertigung eines Frauenhemdes. Anleitung zum Zuschneiden desselben.

Hausschürzen in Kotton mit gezogenen, fein an das Band zu nähenden Falten, Erlernung der Knopflöcher als Vorbereitung auf die Anfertigung eines Knabenhemdes.

IV. Klasse (VII. Primarschuljahr).

Stricken. Fortsetzung der Übung der III. Klasse. Allenfalls auch Stricken von Ärmeln, Jäckchen u. dgl.

Nähen. Fortübung durch Anfertigung eines einfachen Knabenhemdes. Anleitung zum Zuschneiden desselben.

Allenfalls auch Nähen von Jacken, Schürzen u. dgl.

Flicken. Erlernung des Einsetzens von Stücken auf Baumwollstoff: Stücke mit einer, zwei und vier Ecken, eingenäht mit Überwindlingsstichen, Hinter- und Saumstichen, mit Wallnaht und breiten Säumen.

V. Klasse (I. Jahr der Ergänzungsschule).

Stricken. Fortübung durch Anstricken von Strümpfen und Einstricken von Stücken.

Nähen. Anfertigung eines Herren- (Manns-) Hemdes. Anleitung zum Zuschneiden eines solchen.

Flicken. Erlernung des Maschenstiches (glatte und krause Maschen und die verschiedenen Abnehmen), an einem Übungsstück oder an alten Strümpfen einzuüben. Anwendung an zerrissenen Strümpfen.

VI. Klasse (II. Jahr der Ergänzungsschule).

Stricken. Einstricken von Stücken in Strümpfe und andere Strickarbeiten zur Übung.

Nähen. Anfertigung eines Hemdes (die ganze Klasse dasselbe nach Bestimmung der Lehrerin). Allfällig noch andere Näharbeiten und Übungen im Zuschneiden.

Flicken. Einsetzen von Stücken in Weisszeug, Bettzeug, Kleider u. s. w., wobei den Mädchen die Wichtigkeit dieser Arbeiten für das Hauswesen nahe zu legen ist.

Fortgesetzte Anwendung des Maschenstiches zum Ausbessern von Strümpfen.

Die Haushaltungskunde in den drei obersten Klassen soll, wo möglich, folgendes bieten: Belehrung über die wichtigsten weiblichen Hausgeschäfte in bezug auf Nahrung, Kleidung, Wäsche, Wohnung, Krankenpflege, häusliche Einrichtung, Besorgung des Gartens, — alles mit besonderer Rücksicht auf Ordnung und Reinlichkeit und Ausbildung eines haushälterischen Sinnes.

Allgemeine Bemerkungen über den Arbeitsunterricht.

1. Der Unterricht in den weiblichen Handarbeiten (und in der Haushaltungskunde) ist für die Mädchen ein notwendiger Bestandteil des gesamten Volksschulunterrichtes. Wie jeder andere Unterricht, soll auch jener dazu dienen, die Erziehung der Schülerinnen durch Ausbildung der Einsicht und Stärkung der Willenskraft zu fördern.

2. Im besondern soll der Arbeitsunterricht dazu dienen, in den Schülerinnen das Verständnis für die in der bürgerlichen Haushaltung vorkommenden Handarbeiten zu wecken und auszubilden und die Fertigkeit in der Ausführung von solchen Arbeiten in dem Masse zu verleihen, dass die Schülerinnen nach ihrem Austritt aus der Schule Fähigkeit und Liebe zu weiterer Ausbildung in diesem Fache besitzen.

3. Die zu lehrenden Arbeiten sind: Stricken, Nähen (mit Inbegriff des Zuschneidens), Zeichnen (der Wäsche) und Flicken von Gestricktem und Gewobenem.

Anmerkung. Das Häkeln und Sticken fällt als nicht absolut notwendig und im Hinblick auf die beschränkte Unterrichtszeit weg.

4. Mit dem Stricken und Nähen wird in der ersten Arbeitsschulklasse (IV. Primarschulklasse) begonnen und sind beide Fertigkeiten durch alle Klassen fortzuüben.

5. In der Arbeitsschule sind vor allem sämtliche zur Ausführung kommenden Arbeiten eingehend und allseitig zu besprechen, um ein verständiges und selbständiges Arbeiten seitens der Schülerinnen zu erzielen. Sodann sind auch die verschiedenen Einrichtungen und Vorkommnisse des Hauswesens, soweit die Zeit reicht, mit den Schülerinnen zu erörtern.

6. Die Schülerinnen eines jeden Jahrganges (Schuljahres) bilden auch in der Arbeitsschule eine Klasse für sich, und es ergeben sich somit sechs Klassen im Arbeitsunterrichte: IV., V., VI. und VII. Alltagsschulklasse, I. und II. Ergänzungsschulklasse. Zusammenziehung von Klassen ist möglichst zu vermeiden.

7. Der Unterrichtsstoff ist angemessen abzustufen und so auf die Klassen zu verteilen, dass ein der wachsenden Fähigkeit der Schülerinnen entsprechender Fortschritt vom Leichtern zum Schwerern stadtfindet (siehe Lehrplan).

8. Der Unterricht ist wenigstens in dem Sinne als Klassenunterricht zu erteilen, dass die Schülerinnen einer und derselben Klasse die gleichen Arbeiten gleichzeitig ausführen.

9. Jede Art der Arbeit wird zuerst an passenden Übungsstücken erlernt und dann an Nutzarbeiten bis zur gehörigen Sicherheit eingeübt.

10. Soweit der Arbeitsunterricht die Erlangung von Fertigkeiten (des Arbeitenkönnens) bezweckt, muss die Lehrerin die Arbeiten (an eigenem Arbeitsstoffe) vormachen und von den Schülerinnen beschreiben und dann von diesen an ihrem Arbeitsmaterial nachmachen lassen.

11. Sofern der Unterricht auf die Erlangung von Kenntnissen oder Förderung der Einsicht und Selbständigkeit im Arbeiten ausgeht, muss die Lehrerin durch angemessene Fragen die Schülerinnen zum Nachdenken über die Arbeiten anregen und sie veranlassen, sich über dieselben in sprachrichtiger Weise auszudrücken.

12. Die Erörterungen über Gegenstände des Hauswesens haben in besonderen Stunden stattzufinden, d. h. die Haushaltungskunde bildet einen für sich selbständigen Zweig des Arbeitsunterrichtes.

13. Die Auswahl des Arbeitsmaterials und der Arbeitswerkzeuge, sowie die Bestimmung der jeweilen auszuführenden Arbeiten ist Sache der Lehrerin.

14. Sämtliche Arbeiten müssen in der Schule begonnen, ausgeführt und vollendet werden.

15. Die Schülerinnen sind anzuleiten, ein Verzeichnis der von ihnen gefertigten Arbeiten anzulegen und fortzuführen, und die Lehrerin fertigt eine Übersicht sämtlicher in der Schule ausgeführten Arbeiten in der Schultabelle aus.

III. Fortbildungsschulen.

17. 1. Programme des cours facultatifs du soir du canton de Genève. (Arrêté du Département de l'Instruction publique du 17 octobre 1890.)

Les cours facultatifs du soir sont destinés aux jeunes gens et aux jeunes filles âgés de plus de quinze ans.

Les cours qui ne réunissent pas un nombre d'élèves suffisant peuvent être supprimés temporairement.

Des certificats constatant les résultats obtenus sont délivrés à la fin des cours aux élèves qui ont subi les examens.

Les élèves paient chaque cours à raison d'un franc pour une heure de leçon par semaine.

Les cours ont lieu dès le mois d'octobre jusqu'au mois de mars.

Première année.

Arithmétique commerciale. — 2 h. par semaine. — Calcul de l'intérêt et de l'escompte par des méthodes pratiques. — Changes et fonds publics. — Comptes courants par les principales méthodes.

Factures et lettres de voiture. — Effets de commerce: billets à ordre et lettres de change, d'après les prescriptions du Code des Obligations.

Algèbre. — 3 h. — Résolution de problèmes par les équations numériques du 1er degré. — Les quatre opérations algébriques dans les cas les plus simples. — Equations du 1er degré à une ou plusieurs inconnues. — Carrés et racines carrées. — Equations du 2me degré. — Progressions et logarithmes. — Exercices et applications.

Géométrie. — 3 h. — Angles des polygones. — Applications à l'assemblage des figures. — Canevas de la décoration de surfaces planes.

Construction des triangles. — Application à la recherche graduelle de longueurs et d'angles. — Triangulation.

Décomposition des polygones plans; évaluation des surfaces de ces polygones. — Surface des corps évalués d'après le développement. — Cercle. — Secteur. — Développement des corps ronds (cylindres et cônes).

Projections. — Croquis cotés de solides. — Figures semblables. — Réduction d'une figure. — Emploi des rapports trigonométriques naturels pour le calcul de longueurs et d'angles. — Levés de plans.

Représentations axonométriques. — Perspective cavalière.

Evaluation des volumes. — Application au métré et au cubage.

Courbes usuelles; leur application dans la représentation des corps.

Dessin. — 3 h. — Dessin de solides et d'objets d'après les coupes et les croquis cotés.

Croquis cotés. — Construction de perspective cavalière faite d'après ces croquis.

Etude de types choisis dans le but de faire connaître la nature des formes ouvrées, savoir: formes assemblées, formes superposées.

Décoration de ces types suivant la matière et l'usage.

Deuxième année.

Tenue des livres. — 2 h. — Tenue des livres en partie double. — Livres indispensables; livres auxiliaires. — Comptes généraux; comptes personnels. — Ecritures des opérations d'une maison de commerce. — Balance de vérification. — Bilan. — Compte de liquidation. — Réouverture des comptes.

Notions élémentaires de physique et de chimie. — 3 h. — Chimie élémentaire. — Notions sur la constitution de la matière. — Nomenclature chimique; formules. — Equations.

Etude des principaux métalloïdes et de leurs dérivés. — Etude des principaux métaux et de leurs sels.

Physique élémentaire. — Pesanteur. — Etude des corps solides. — Hydrostatique. — Etude des corps gazeux. — Baromètres. — Manomètres. — Etude de la chaleur. — Machines à vapeur. — Notions sommaires sur la lumière et l'acoustique.

Notions spéciales d'électricité et d'optique. — 3 h. — Physique. Electricité. — Electricité statique. — Magnétisme. — Electricité dynamique. — Mesures électriques. — Construction des piles. — Action chimique du courant. — Galvanoplastie. — Accumulateurs. — Action du courant sur l'aiguille aimantée. — Galvanomètre. — Action du courant sur le fer. — Electro-aimants et leurs applications. — Télégraphie. — Action calorifique du courant. — Eclairage électrique. — Electro-dynamique. — Induction. — Téléphone. — Notions spéciales d'optique.

Mécanique avec application de dessin industriel. — 4 h. — I. Introduction. — Temps, mouvement, vitesse, force, inertie. — Mesure des forces, dynanomètres.

Statique. — Composition et décomposition des forces. — Construction graphique de la résultante et des composantes. — Application à la répartition des efforts dans les charpentes (cas les plus simples). — Centres de gravité. — Leviers, balances, treuils, crics.

Dynamique. — Lois du mouvement. — Pesanteur. — Travail mécanique et forces vives. — Résistances passives.

II. Mécanique appliquée. — Transformation et transmission des mouvements. — Organes élémentaires des machines.

Classification des machines. — Moteurs hydrauliques. — Machines à vapeur.

Dessin. — 3 h. — Etude et dessin de types choisis dans le but de faire connaître les formes modelées et taillées, tournées et martelées.

Décoration suivant la matière et l'usage.

Eléments de perspective normale.

Jeunes filles.

Première année.

Français. — 2 h. par semaine. — Dictées. Lecture de morceaux choisis avec remarques sur l'orthographe et le style. Comptes rendus oraux. — Exercices de rédaction.

Allemand. — 2 h. — Règles de grammaire les plus indispensables. — Exercices de conjugaison et de déclinaison élémentaires. — Lectures. — Exercices de rédaction portant sur des sujets usuels. — Conversation au moyen de phrases simples.

Arithmétique commerciale. — 2 h. — Calcul rapide, par formule, des nombres décimaux, des nombres mixtes et des nombres complexes combinés. — Règle de trois, règle d'intérêt. — Escompte commercial (méthodes abrégées). — Règles de société, de partage proportionnel et de mélanges.

Factures. — Effets de commerce d'après les prescriptions du Code des Obligations.

Calligraphie. — 2 h. — Exercices d'écriture anglaise, française, ronde et gothique. — Application à la tenue des livres de commerce.

Dessin. — 3 h. — Dessin géométrique. — Dessin en vue de la coupe et de la confection. — Dessin de broderies. — Application à l'ornement de la lingerie et des vêtements.

Deuxième année.

Allemand. — 2 h. — Verbes irréguliers et verbes composés. — Lectures. — Exercices de conversation et de rédaction.

Tenue des livres. — 3 h. — Tenue des livres en partie double. — Livres indispensables; livres auxiliaires. — Comptes généraux; comptes personnels. — Ecriture des opérations d'une maison de commerce. — Balance de vérification. — Bilan. — Compte de liquidation.

Economie domestique. — 1 h. — Principes qui doivent diriger une maîtresse de maison.

Logement. — Choix d'un appartement. — Installation et entretien. — Propreté, aération. — Précautions à prendre à la suite d'une maladie contagieuse. — Procédés divers d'éclairage et de chauffage.

Mobilier. — Choix et conditions d'un mobilier.

Vêtements et lingerie. — Notions sur les divers tissus et leur emploi. — Entretien et conservation des vêtements.

Provisions de ménage. — Achat et conservation. — Recettes diverses.

Comptabilité d'un ménage. — Epargne. — Assurance.

Hygiène. — 2 h. — Principaux organes du corps humain et leurs fonctions. — Nutrition. — Les aliments et les boissons. — Falsification des aliments. — Poisons et contre-poisons.

Fonctions de la peau.

Respiration. — Composition de l'air atmosphérique. — Conditions pour une respiration normale. — Conditions hygiéniques d'une bonne habitation. — Chauffage, ventilation, aération. — Gaz toxiques.

Conséquences pour le corps humain des variations de la température. — Moyens de les neutraliser. — Adaptation des vêtements et de l'alimentation au climat.

Système nerveux. — Travail intellectuel.
Hygiène de la vue. — Eclairage.
Locomotion. — Os et muscles. — Exercices corporels, gymnastique. — Fatigue et repos.
Soins à donner en cas d'accidents.
Soins à donner aux malades et aux enfants.
Dessin. — 3 h. — Suite du programme de première année.

IV. Lehrerseminarien.

18. 1. Lehrplan für das Lehrerseminar des Kantons Schwyz. (Erlass des Regierungsrates vom 8. Januar 1890.)

I. Religionslehre.

Vorkurs. *a.* Katechismus: Die Lehre von Gott und die Gebote im allgemeinen (2 Std.). *b.* Biblische Geschichte: Auswahl aus dem Alten und Neuen Testamente mit steter Berücksichtigung der Glaubenslehre (1 Std.).

I. Klasse. *a.* Katechismus, gemeinsam mit dem Vorkurs, aber in konzentrischer Erweiterung (2 Std.). *b.* Biblische Geschichte im Anschluss an den Katechismus (1 Std.).

II. Klasse. *a.* Katechismus und Liturgik: Die Gebote im besondern und die Gnadenmittel. Erklärung der wichtigsten hl. Orte, Geräte und Handlungen (2 Std.). *b.* Biblische Geschichte mit steter Hinweisung auf den Unterricht in der Volksschule (1 Std.).

III. Klasse. *a.* Glaubenslehre und Liturgik: Das Wichtigste aus der Lehre von den hl. Schriften und der Kirche. Einführung in den Kirchendienst (1 Std.). *b.* Geschichte der christlichen Kirche (2 Std.).

II. Erziehungs- und Unterrichtslehre.

A. Erziehungslehre.

I. Klasse. Zweck, Mittel, Ideal und Grundlagen der Erziehung. Die Erziehungsfaktoren. Die Schule und der Lehrer. Pflege und Ausbildung des Körpers.

II. Klasse. Die Seelenkräfte des Menschen, ihre Entwicklung und Bildung im Kinde.

III. Klasse. Geschichte der Erziehung und des Unterrichts mit eingehender Behandlung der grossen Pädagogen der neuern Zeit.

B. Unterrichtslehre.

II. Klasse. Allgemeine Unterrichtskunde und Schulordnung.

III. Klasse. *a.* Theorie: Das Lehrverfahren in den einzelnen Fächern auf Grundlage des Lehrplans und der vorgeschriebenen Lehrmittel der schwyzerischen Volksschulen (3 Std.). *b.* Praxis: Lehrübungen in der Musterschule nach der alphabetischen Reihenfolge der Lehramtskandidaten unter Aufsicht und Leitung des Fachlehrers. Besuch der Schulen in der Umgebung (4 Std.).

III. Sprachfächer.

A. Deutsche Sprache.

Vorkurs. *a.* Grammatik: Abriss der Wortlehre. *b.* Lesen und Erklären entsprechender Musterstücke. Memoriren und Übungen im freien Vortrage. *c.* Schriftliche Arbeiten: Wöchentlich ein Aufsatz. Häufige grammatikalische Übungen. Korrektur.

I. Klasse. *a.* Grammatik: Eingehende Behandlung der Satzlehre. *b.* Lesen und Erklären von leichtern prosaischen und poetischen Musterstücken. Memoriren und Übungen im freien Vortrage. *c.* Aufsatzlehre und Anleitung zu Geschäftsaufsätzen. *d.* Schriftliche Arbeiten: Wöchentlich ein Aufsatz in stetem Anschluss an Lektüre und Fächer. Schriftliche Wort- und Satzanalysen. Geschäftsaufsätze und grammatikalische Übungen. Korrektur.

II. Klasse. *a.* Grammatik: Kurze Wiederholung der Satzlehre. Einlässliche Behandlung der Wortlehre. *b.* Lesen, Erklären und Zergliedern von Musterstücken. Memoriren und Übungen im freien Vortrage. *c.* Stilistik, Denklehre und Fortsetzung der Anleitung zu Geschäftsaufsätzen (Verträge). *d.* Schriftliche Arbeiten: Wöchentlich ein Aufsatz (Schilderungen, Schönerzählungen, Abhandlungen) im Anschluss an die Lektüre und an die Fächer, besonders an die Erziehungslehre. Grammatikalische und stilistische Übungen. Verträge. Übungen aus der Denklehre. Korrektur.

III. Klasse. *a.* Abriss der Poetik und der Literaturgeschichte. *b.* Lesen und Erklären klassischer Dramen und charakteristischer Proben der neuen Literatur. *c.* Schriftliche Aufgaben mit schriftlicher Verbesserung von seiten des Lehrers und mündlicher Besprechung in der Schule. *d.* Memoriren und Übungen im freien Vortrage.

B. Französische Sprache.

(Die Zöglinge werden je nach ihren Kenntnissen einer der 4 Klassen zugewiesen.)

Vorkurs. Aussprache, Konjugation der Hülfszeitwörter und das Notwendigste aus der übrigen Formenlehre. Mündliche und schriftliche Übersetzungen.

I. Klasse. Die regelmässige Konjugation und Erweiterung der übrigen Formenlehre. Mündliche und schriftliche Übungen. Memoriren kleinerer Gedichte.

II. Klasse. Rückbezügliche und unregelmässige Zeitwörter und Fortsetzung der übrigen Formenlehre. Mündliche und schriftliche Übungen. Lesen und Memoriren prosaischer und poetischer Musterstücke.

III. Klasse. Das Wichtigste aus der Syntax. Mündliche und schriftliche Übungen. Lesen und Übersetzen klassischer Werke. Memoriren.

IV. Mathematik.

A. Arithmetik und Algebra.

Vorkurs. *a.* Arithmetik gemeinsam mit der I. Klasse. *b.* Algebra: Die vier Grundrechnungsarten mit einfachen und zusammengesetzten, positiven und negativen, ganzen und gebrochenen Zahlen. Leichte Gleichungen des ersten Grades.

I. Klasse. *a.* Arithmetik: Wiederholung der gemeinen und Dezimalbrüche. Abgekürztes Rechnen. Einfache und zusammengeseszte Regeldetri. Zinsrechnungen. *b.* Algebra: Wiederholung der vier Grundrechnungsarten. Mass der Zahlen. Gleichungen des ersten Grades mit einer und mit mehreren Unbekannten.

II. Klasse. *a.* Arithmetik: Verhältnisse und Proportionen. Rabatt-, Gesellschafts-, Mischungs-, Termin-, Waren- und Wechselrechnungen. *b.* Algebra: Potenzen und Wurzeln, Quadrat- und Kubikwurzelausziehen. Gleichungen des zweiten Grades. *c.* Buchhaltung: Rechnungs- und einfache Buchführung. Das Kontokorrent mit Zinsberechnung nach verschiedenen Methoden.

III. Klasse. *a.* Arithmetik: Der Kettensatz. Münzrechnung. Aktien, Renten; Wechsel-, Waren- und Effektenarbitrage. Übungen und Wiederholungen aus dem bisher behandelten Stoff. *b.* Algebra: Gleichungen höheren Grades, welche sich auf quadratische zurückführen lassen. Arithmetische und geometrische Progressionen. Die Logarithmen und deren Anwendung zur Lösung von Exponentialgleichungen, Zinseszins-, Renten- und Amortisationsrechnungen. Wiederholung der wichtigsten Kapitel der Algebra.

B. Geometrie.

Vorkurs. Linien und Winkel an parallelen Linien. Das Dreieck. Kongruenz der Dreiecke. Konstruktionen und Berechnungen.

I. Klasse. Wiederholung der Lehre vom Dreiecke. Vier- und Vielecke. Kreislehre und Inhaltsgleichheit der Figuren. Konstruktionen und Berechnungen.

II. Klasse. *a.* Planimetrie: Proportionalität, Ähnlichkeit und Inhaltsbestimmung der Figuren. Berechnung des Kreises. *b.* Stereometrie. Konstruktionen und Berechnungen.

III. Klasse. *a.* Ebene Trigonometrie. Wiederholung der Planimetrie und Stereometrie. Konstruktionen und Berechnungen. *b.* Feldmessen in besondern Stunden: Vermessungen und Aufnahmen von Messkette, Messlatte und Kreuzscheibe. Nivelliren.

V. Realfächer.

A. Geographie.

Vorkurs. Das Wichtigste aus der Geographie der Schweiz.

I. Klasse. Schweizergeographie: Allgemeines. Anleitung zum Kartenlesen. Eingehende Beschreibung der Schweiz und der einzelnen Kantone.

II. Klasse. Allgemeine Geographie: Erklärung der allgemeinen geographischen Begriffe am Globus und auf der Karte. Das Weltmeer, die fünf Erdteile und ihre Bewohner. Einlässliche Behandlung Europas. Abriss der Staatenkunde der übrigen Weltteile.

III. Klasse. Kurze Wiederholung der allgemeinen Geographie und ausführliche Beschreibung der Schweiz. Kartenzeichnen in allen Klassen.

B. Geschichte.

Vorkurs. Schweizergeschichte: Vom Bunde der Waldstätte bis zur Reformation.

I. Klasse. Schweizergeschichte: Eingehende Behandlung der ältesten und alten Zeit.

II. Klasse. *a.* Schweizergeschichte: Von der Reformation bis zur neuesten Zeit (1 Std.). *b.* Weltgeschichte: Geschichte des Altertums und des Mittelalters (2 Std.).

III. Klasse. *a.* Weltgeschichte: Geschichte der neuern und der neuesten Zeit bis auf die Gegenwart. *b.* Schweizergeschichte und Verfassungskunde: Wiederholung der Schweizergeschichte. Allgemeine Grundsätze der Verfassungen; Einrichtung des Staates im allgemeinen und der Schweiz im besondern.

C. Naturkunde.

Vorkurs. Abwechslungsweise das Wichtigste aus dem Tier- oder Pflanzenreiche.

I. Klasse. Anthropologie: Bau und Pflege des menschlichen Körpers. Zoologie: Wirbeltiere. Gliedertiere, besonders die wichtigsten Insekten.

II. Klasse. *a.* Botanik: Das Hauptsächlichste aus der Anatomie, Morphologie, Physiologie und Systematik der Pflanzen. Übungen im Beschreiben und Bestimmen derselben auf Grund der Anschauung. Anlegen einer Sammlung (2 Std.). *b.* Physik: Mechanik und Wärme (1 Std.).

III. Klasse. *a.* Mineralogie: Allgemeine Mineralogie und Betrachtung der wichtigern Mineralien (1 Std.). *b.* Chemie: Anorganische Chemie. Kenntnis der wichtigsten Elemente und ihrer Verbindungen. Aus der organischen Chemie: Zucker, Gährungen, die alkoholischen Getränke und die Nahrungsmittel (1 Std.). *c.* Physik. Magnetismus, Elektrizität, Akustik und Optik (1 Std.).

VI. Kunstfächer.

A. Musikunterricht.

a. Musiktheorie und Gesang.

1. Musiktheorie.

Vorkurs. Allgemeine Musiklehre.

I. Klasse. Allgemeine Musiklehre, Fortsetzung. Darstellung des Tones nach seiner Zeitdauer, seiner Höhe oder Tiefe und seinen verwandtschaftlichen Beziehungen. Lehre von dem Vortrage, der Skalen und Intervallen.

II. Klasse. Akkordlehre: Der Dreiklang, dessen Versetzungen und Lagen. Kadenzen. Die Vierklänge im allgemeinen und der Dominantseptimenakkord im besondern, die Versetzungen, Lagen, die Vorbereitung und Auflösung desselben. Praktische Anwendung dieser Akkorde zu leichten Modulationen. Analysen.

III. Klasse. Wiederholung des in der II. Klasse behandelten Lehrstoffes. Lehre von den Vorhalten, Durchgangs- und Wechseltönen. Der Orgelpunkt. Abschluss und Wiederholung der gesamten Harmonielehre. Analysen. Anleitung zum Harmonisiren von Choralgesängen. Das Wichtigste aus der Modulationstheorie.

2. Gesang.

Vorkurs. Elementarübungen. Leichte Lieder.

I. Klasse. Tonbildungs-, Unterscheidungs-, Treff- und rhythmische Übungen. Die Tonarten, leichte Lieder. Choralgesänge mit besonderer Rücksicht auf selbstständiges Singen jedes einzelnen Schülers. Übung der einschlägigen Chorgesänge für den Gottesdienst.

II. Klasse. Fortgesetzte Übung. Schwierigere Stücke mit besonderer Rücksicht auf Sicherheit und Ausdruck im Vortrage. Vorbereitung der einschlägigen Chorgesänge.

III. Klasse. Schwierigere, insbesondere vierstimmige, polyphone Gesänge, Motetten, Messen, Choralgesänge, weltliche Gesänge, vorzügliche Volkslieder. Übungen im Singen vom Blatt. Direktionsübungen. Behandlung des Gesangunterrichts in der Volksschule. Kurzer Unterricht über die liturgischen Gesetze der Kirchenmusik und des Kirchengesanges.

Vorkurs, I., II. und III. Klasse. Chorgesang. Choralgesang nach dem Graduale und Vesperale Romanum. Figuralgesang: Vierstimmige Messen, Litaneien, Motetten für Männerchor. Mehrstimmige weltliche Gesänge für Männerchor.

b. Instrumentalmusik.

Der Instrumentalmusik-Unterricht wird mit steter Berücksichtigung der Vorbildung, des Fleisses und Fortschrittes der Schüler erteilt. Jeder Zögling des Vorkurses und der I. Klasse erhält in der Woche wenigstens acht halbe, jeder der II. Klasse 12 und jeder der III. Klasse 15 halbe Stunden für die Übung.

1. Violin.

Vorkurs. Die Anfangsgründe des Violinspiels mit entsprechenden Übungen.

I. Klasse. Elementar-Übungen, die leichtern Tonarten mit steter Rücksicht auf Haltung des Körpers und Instrumentes, richtige Bogenführung und reine Intonation.

II. Klasse. Fortsetzung obiger Übungen zur Erlangung grösserer Fertigkeit und reiner Intonation. Sämtliche Tonleitern. Lieder, Opernmelodien, Duette.

III. Klasse. Gesteigerte Übungen in der I. Lage. Beginn der verschiedenen Lagen. Abschluss der Violinschule. Schwierige Etüden, Duette, Salonstücke, Sonaten etc. für Violin und Klavier.

Die Geübtern sämtlicher Klassen werden hie und da zur Ausführung leichter Ensemblesätze vereinigt. Desgleichen üben die auf gleicher Stufe Stehenden wöchentlich 1 Stunde zusammen.

2. Klavier.

Vorkurs. Die Anfangsgründe des Klavierspiels mit fortschreitenden Übungen.

I. Klasse. Elementarübungen nach der eingeführten Klavierschule mit besonderer Rücksicht auf richtige Haltung und schönen Anschlag. Volksmelodien. Leichte Etüden. Vierhändige Klavierstücke.

II. Klasse. Fortsetzung obiger Übungen mit steter Rücksicht auf richtiges und schönes Spiel. Chorlieder für gemischten und Männerchor, Opernmelodien, Etüden, Sonatinen, Übungsstücke für vier Hände.

III. Klasse. Fortsetzung und Abschluss der eingeführten Klavierschule. Lieder, Etüden, Sonaten, Unterhaltungsstücke, Symphonien, Ouvertüren für vier Hände.

3. Orgel.

II. Klasse. Anfangsgründe des Orgelspiels, zuerst leichtere Manualübungen an zwei-, drei- und vierstimmigen Sätzen, später etwas schwierigere Stücke für Manual. Beginn des Pedalspiels. Orgelstücke mit Pedal, leichte Kirchenlieder und Choralmessen.

III. Klasse. Präludien, Fughetten, Choral- und deutsche Messgesänge, Lieder, vierstimmige Messen, Litaneien und Vespern. Belehrung über Bau und Registrirung der Orgel. Das Orgelspiel beim Seminargottesdienst (täglich abwechselnd Choralmessen, Requiem und deutsche Messgesänge, entsprechend dem Diözesandirektorium) wird von den fähigen Zöglingen der Reihe nach besorgt. Öftere Übungen auf dem Harmonium und auf der Orgel.

B. Zeichnen.

1. Freihandzeichnen.

Vorkurs. Gemeinsam mit der I. Klasse.

I. Klasse. Übungen im Proportioniren und Konturiren nach geometrischen Körpermodellen. Zeichnen einfacher Ornamente nach Vorlagen und Gipsmodellen.

II. Klasse. Fortsetzung des Zeichnens nach ornamentalen Gipsmodellen und nach der Natur. Schattiren. Figuren- und Landschaftszeichnen.

III. Klasse. Farbenlehre. Zeichnen und Koloriren nach antiken Motiven. Übungen an der Wandtafel und praktische Anleitung zum Zeichnenunterricht in der Volksschule.

2. Technisches Zeichnen.

III. Klasse. Geometrisches und perspektivisches Zeichnen. Planzeichnen.

C. Schönschreiben.

Vorkurs. Gemeinsam mit der I. Klasse.

I. Klasse. Übung der deutschen und lateinischen Kurrentschrift. Taktschreiben.

II. Klasse. Fortsetzung der Übungen der ersten Klasse. Vorgerücktere beginnen die Zierschriften.

III. Klasse. Zierschriften: Rund- und gothische Schrift. Schreibübungen an der Wandtafel und Anleitung zum Schreibunterrichte in der Volksschule.

VII. Turnen.

Vorkurs, I. und II. Klasse. Erste und zweite Stufe der Turnschule für den militärischen Vorunterricht Zusammengesetzte Frei-, Ordnungs- und Stabübungen. Turnspiele.

III. Klasse. Dritte Stufe der Turnschule. Zusammengesetzte Frei-, Ordnungs- und Stabübungen. Übungen am Reck und Barren. Anleitung zur Erteilung des Turnunterrichts an Volksschulen in Verbindung mit Kommandir- und Instruktionsübungen in den unteren Klassen.

VIII. Landwirtschaftslehre.

Für sämtliche Klassen. Der Gemüse- und Obstbau: Anlage einer Saat- und Baumschule für Feld- und Zwergobstbäume. Veredlungen. Jungbaumzucht. Erziehung und Behandlung der Formenbäume. Das Beerenobst und seine Behandlung. Kenntnis und Behandlung der Krankheiten und Feinde der Obstbäume. Theoretische und praktische Anleitung zur Bienenzucht. Der theoretisch behandelte Stoff wird praktisch verwertet, indem jedem Zöglinge ein Teil des Schulgartens zur Bebauung und Besorgung zugewiesen wird. Grössere Arbeiten werden gemeinschaftlich ausgeführt.

Schlussbestimmungen.

1. Die im Lehrplane enthaltenen Fächer sind für alle Schüler der betreffenden Klasse obligatorisch.
2. Jeder Lehrer wird am Anfange des Schuljahres den Unterrichtsstoff des Lehrplanes so einteilen, dass er das Jahresziel der einzelnen Klassen in gleichmässigem Fortschritte vollständig erreicht und zwei Monate für die Wiederholung erübrigt.
3. Der Erziehungsrat bestimmt auf Vorschlag der Seminardirektion die Lehrbücher, Lehrmittel und Schulgeräte.
4. Die Seminarlehrer einigen sich über den Gebrauch einer gleichförmigen Terminologie und halten sich genau an die von der zuständigen Behörde vorgeschriebene Orthographie.
5. Das Lehrerkollegium sorgt durch gegenseitige Besprechung, dass die Zöglinge mit Haus- und Ferienarbeiten nicht überladen werden.
6. Auf Grundlage des Lehrplanes wird jedes Semester ein besonderer Stundenplan aufgestellt.
7. Die Seminardirektion ist mit der Vollziehung dieses Lehrplanes beauftragt.

Verteilung des Unterrichts.

	Vorkurs.	I.	II.	III.
Religionsunterricht	3	3	3	3
Erziehungslehre	—	2	2	2
Unterrichtslehre[1])	—	—	1	3
Deutsche Sprache	7	7	5	5
Französische Sprache	2	2	2	2
Arithmetik und Algebra	2	2	2	2
Geometrie	2	2	2	1
Geographie	2	2	2	1
Geschichte	2	2	3	3
Naturkunde	2	2	3	3
Gesang und Musiklehre	5	5	4	4
Violin	2	2	2	2
Klavier	2	2	2	3
Orgelspiel	—	—	2	3
Zeichnen	2	2	2	2
Schönschreiben	2	2	2	1
Turnen	2	2	2	2
Landwirtschaft[2])	1	1	1	1
	38	40	42	43

[1]) Dazu kommen in der III. Klasse vier Stunden Praxis.
[2]) Dazu kommen in allen Klassen noch wenigstens zwei Stunden für landwirtschaftliche Arbeiten und Versuche.

19. 2. Règlement particulier d'admission dans l'école normale frœbelienne, sous section des élèves-institutrices du canton de Neuchâtel. (Arrêté du Conseil d'État du 7 février 1890.)

Art. 1er. L'école normale frœbelienne est instituée dans le but de préparer à la carrière pédagogique les jeunes filles qui désirent se vouer à l'enseignement dans les écoles enfantines.

Art. 2. L'enseignement comprend deux années d'études: la 1re a pour but de donner aux élèves-institutrices la culture générale exigée des candidats aux brevets institués par la loi et la 2e de les former à la pratique de l'enseignement.

Art. 3. Sont admises, en 1re année dès l'âge de 16 ans révolus, les élèves sortant d'une école secondaire-industrielle du canton avec un certificat satisfaisant, ou qui prouvent, dans un examen, qu'elles possèdent des connaissances suffisantes.

Les élèves préparées dans les écoles de district pourront, dès 17 ans révolus, être admises directement dans la 2e année si elles justifient, par un examen, ou sur présentation de titres et de certificats reconnus valables, qu'elles possèdent une préparation théorique suffisante.

Art. 4. Le nombre des élèves-institutrices de cette école est dans la règle de 45.

Art. 5. Si le nombre des élèves qui se présentent à l'inscription dépasse 45, il sera fait un choix après examen.

Art. 6. Cet examen portera sur les branches suivantes:

1° Orthographe;
2° Composition;
3° Pédagogie;
4° Calcul;
5° Lecture;
6° Ecriture;
7° Dessin;
8° Notions élémentaires des sciences naturelles;
9° Histoire et géographie nationales;
10° Oouvrages manuels.

Art. 7. Si, à la suite de cet examen, le nombre des élèves ayant obtenu un chiffre reconnu suffisant dépasse le nombre réglementaire, le choix se fera d'après la règle suivante:

Seront admises:

1° Les élèves neuchâteloises ou les élèves suisses dont les parents sont domiciliés dans le canton.

2° Les élèves des autres cantons.

3° Les étrangères à la Suisse.

Art 8. Les inscriptions et l'examen auront lieu dans la semaine qui précède le jour fixé pour les inscriptions au gymnase cantonal.

Dispositions concernant les enfants admis à fréquenter l'école.

Art. 9. Le minimum d'âge pour l'entrée à l'école est fixé à 4 ans.

Toutefois, ne pourra être admis, en aucun cas, tout enfant qui ne saurait pas parler ou dont le manque de développement aurait pour effet d'entraver la bonne marche des leçons.

Art. 10. Les demandes d'admission doivent être adressées à la directrice de l'école normale au commencement de l'année scolaire.

Art. 11. En vue de l'admission, les parents devront remplir un formulaire imprimé portant les noms et prénoms de leurs enfants, leur filiation, leur âge, leur nationalité, leur domicile, et l'attestation d'un médecin certifiant qu'ils ont été vaccinés et qu'ils ne sont atteints d'aucune maladie contagieuse.

Art. 12. Tout enfant, dont la malpropreté serait persistante ou dont les absences fréquentes ne seraient pas justifiées par les parents, pourra être ou temporairement ou définitivement renvoyé de l'école.

Art. 13. Un enfant qui, après son admission, serait atteint d'une maladie sans gravité, mais contagieuse (maladie cutanée, par exemple), devra être retiré de l'école jusqu'à complète guérison certifiée par un médecin.

Art. 14. D'une manière générale, au premier indice d'une indisposition ayant quelque analogie avec les symptômes d'une maladie contagieuse, la directrice

de l'école normale est tenue de se conformer aux dispositions du règlement sanitaire du 31 décembre 1886.

Art. 15. Lorsqu'un enfant est retiré temporairement ou définitivement de l'école, les parents doivent en avertir la directrice.

Art. 16. L'école compte au maximum 60 enfants.

Art. 17. L'école est ouverte pour les enfants de 9 à 11 heures et de 2 à 4 heures, le jeudi et le samedi après-midi exceptés.

---

20. 3. Règlement pour l'école normale frœbelienne du canton de Neuchâtel. (Arrêté du Conseil d'État du 7 février 1890.)

Art. 1er. L'école normale frœbelienne, destinée à former des institutrices désirant se vouer à l'enseignement dans les écoles enfantines, comprend deux années d'études.

Art. 2. Sont admises à l'école normale frœbelienne les élèves sortant d'une école secondaire-industrielle du canton pourvues d'un certificat satisfaisant, ou celles qui prouvent dans un examen qu'elles possèdent les connaissances suffisantes.

Art. 3. L'enseignement donné en 1re année est en partie théorique et en partie pratique.

L'enseignement théorique est destiné à donner la culture générale et l'enseignement pratique a en vue la préparation à l'enseignement de 2e année.

L'enseignement de la 2e année est exclusivement pratique.

Toutefois les élèves de 2e année dont la préparation théorique se révèlerait insuffisante seront, suivant le cas, astreintes à suivre à nouveau, tout ou partie des cours de 1re année.

En vue des leçons pratiques, l'école admet un certain nombre d'enfants de 4 à 7 ans divisés en trois groupes.

Art. 4. Les élèves de 1re année sont tenues de suivre les cours suivants à la sous-section des élèves-institutrices:

1° Histoire nationale;
2° Pédagogie théorique;
3° Sciences naturelles;
4° Géographie;
5° Littérature;
6° Dessin;
7° Chant;
8° Ouvrages;
9° Gymnastique.

Art. 5. En dehors des heures consacrées aux branches énumérées ci-dessus, les élèves de 2re année sont tenues de suivre les cours de pédagogie frœbelienne et d'assister aux leçons pratiques inscrites à l'horaire de la classe.

Art. 6. Les élèves de 2e année sont appelées à donner des leçons dans les différentes divisions. Ces leçons seront données, soit en présence de la directrice, soit en présence de l'institutrice-adjointe. Toutes les élèves de cette 2e année doivent assister à ces leçons.

Discipline.

Art. 7. La surveillance et la discipline des élèves appartiennent à la directrice de l'école.

Art. 8. Les élèves sont astreintes à la fréquentation des cours. Leurs absences, notées chaque jour dans un registre spécial, doivent être justifiées.

Art. 9. Il pourra être accordée l'usage d'une salle aux élèves qui en feront la demande dans le but de travailler en dehors des heures des cours.

Art. 10. Ces élèves sont responsables personnellement, de tout le matériel mis à leur disposition.

Examen de promotion.

Art. 11. L'examen comprend:

1° Une composition (causerie destinée aux enfants) servant de dictée orthographique.
2° Une question de pédagogie frœbelienne.

3° Une question de géométrie élémentaire avec exécution des figures.
4° Lecture d'un morceau choisi.
5° Récitation d'une poésie enfantine.
6° Calcul mental.
7° Une occupation de la méthode.

Examen de sortie.

Art. 12. L'examen de sortie se fait conformément au programme indiqué aux articles 63 à 66 du règlement général pour les écoles primaires.

---

21. 4. **Seminarordnung des Kantons St. Gallen.** (Beschluss des Regierungsrates vom 31. März 1890.)

In teilweiser Abänderung der Seminarordnung vom 17. November 1864 in dem Sinne, dass, behufs Erzielung der Übereinstimmung mit dem Regulativ für die Prüfungen der Primar- und Reallehrer, wird die in den Art. 30 und 42 vorgesehene Notenskala für die Prüfungen durch eine fünfteilige mit folgendem Wortlaut ersetzt:

1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = genügend, 4 = gering, 5 = sehr gering.

---

22. 5. **Programme des leçons de travail manuel au Gymnase cantonal de Neuchâtel.** (Section Pédagogique.) (Arrêté du Département de l'Instruction publique du 28 mars 1890.)

1° Objets simples en carton mince, non recouvert.

A. Découpage et pliage du carton en patrons divers. 1. Modèle d'enveloppe de lettres. 2. Modèle de poche à papier de valeur.

2° Objets simples en carton, bordés et recouverts.

B. Formes variées. 3. Etiquette rectangulaire. 4. Etiquette fantaisie (à 6 angles, etc.). 5. Décimètre carré divisé. 6. Tableau de leçons. 7. Dessous de lampe (forme octogone).

3° Objets ordinaires d'une seule pièce.

C. Assemblage des angles à la colle forte. 8. Boîte non recouverte, mais bordée sur les angles. 9. Boîte dite à minéraux, recouverte. 10. Etui de livre, recouvert.

4° Objets en plusieurs pièces.

D. Posage des angles (en toile) à la colle forte, carton couvert. 11. Cartable en 2 pièces réunies par des lacets. 12. Portefeuille avec dos et angles en toile.

E. Formes fantaisie, carton bordé et recouvert. 13. Plateau à bijoux avec filets aux angles. 14. Porte-allumettes.

F. Formes géométriques, prismes ou polyèdres réguliers. 15. Boîte à cigares (base hexagonale, régulière). 16. Tirelire (cube sur socle). 17. Porte-montre (pyramide à base triangulaire). 18. Boîte d'écolier, angles en toile, papier faux bois. 19. Etui d'écolier, corps et tiroir, papier faux bois.

G. Fantaisie, objets très variés. 20. Cadre pour photographie, etc.

H. Objets à soufflets, en toile. 21. Porte-journaux simple, avec poche. 22. Porte-journaux découpé, avec cadre.

I. Combinaison de la menuiserie et du cartonnage. 23. Boîte-livre montée avec cadre en bois.

Les élèves qui exécutent ce travail avant d'avoir fait la menuiserie, reçoivent le cadre en bois préparé à l'avance.

Avant d'être exécutés, tous ces objets sont dessinés au tableau noir et cotés par le maître, puis reportés par les élèves sur leurs cahiers. Les dessins se font au crayon, à main levée ou à la règle, et si on veut les conserver, on les passe à l'encre.

V. Lehrerschaft.

23. 1. Reglement über die Fähigkeitsprüfungen der glarnerischen Primarlehrer. (Erlass des Regierungsrates vom 13. März 1890.)

I. Anordnung und Gang der Fähigkeitsprüfungen.

§ 1. Jeder Lehrer, der an einer öffentlichen Lehranstalt des Kantons angestellt werden will und hiezu nach § 19 des Schulgesetzes eines glarnerischen Patentes bedarf, hat die Wahlfähigkeitserklärung bei der Erziehungsdirektion nachzusuchen, welche sie auf Grund einer wohlbestandenen Prüfung erteilen wird.

§ 2. Die ordentlichen Fähigkeitsprüfungen für Kandidaten auf Primarschulstellen sind öffentlich und unentgeltlich. Sie werden alljährlich von der Erziehungsdirektion auf Schluss des Wintersemesters angeordnet und jeweilen 3—4 Wochen vor ihrem Beginn im Amtsblatt angekündigt.

Ausnahmsweise können von der Erziehungsdirektion in besonders dringlichen Fällen auch ausserordentliche Prüfungen bewilligt werden. Hiebei fallen die Prüfungskosten zu Lasten der Examinanden..

§ 3. Zur Vornahme der Prüfungen ernennt der Regierungsrat je am Beginn einer Amtsdauer eine aus Fachmännern bestehende Kommission von fünf Mitgliedern und bezeichnet deren Präsidenten.

§ 4. Wer eine Prüfung zu bestehen wünscht, hat sich spätestens 14 Tage vor Beginn derselben beim Präsidenten der Prüfungskommission schriftlich anzumelden.

Die Anmeldung, welche als kalligraphische Probeleistung gilt, soll eine Darstellung des Lebens und Bildungsganges enthalten. Ferner sind beizulegen: 1. ein Geburtsschein; 2. Zeugnisse aus den besuchten Bildungsanstalten; 3. Zeugnisse über allfälligen praktischen Schuldienst.

§ 5. Die Teilnahme an den Fähigkeitsprüfungen ist auch Kantonsfremden gestattet. Dagegen können zu denselben nicht zugelassen werden:

a. Solche, welche im Aktivbürgerrecht eingestellt sind;
b. solche, welche die Wahlfähigkeitsprüfung bereits zweimal erfolglos bestanden haben;
c. solche, die auffallende körperliche Gebrechen besitzen, welche die Ausübung des Lehrerberufes beeinträchtigen.

Denjenigen, welche wegen des in lit. *c.* genannten Grundes von der Prüfungskommission abgewiesen werden, steht der Rekurs an den Regierungsrat offen.

§ 6. Wer zu seiner Ausbildung ein Stipendium aus der Landeskasse bezogen hat, ist nach Vollendung der Seminarstudien verpflichtet, die nächstfolgende Fähigkeitsprüfung zu bestehen, und zwar gilt diese Verpflichtung auch in dem Falle, dass sich ein Lehramtskandidat nach dem Austritt aus dem Seminar entschliesst, Sekundarlehrer zu werden.

Besucht ein Kandidat nach dem Austritt aus dem Seminar zu seiner weitern Ausbildung noch andere Anstalten, so wird ihm gestattet, erst die zweitfolgende Prüfung zu bestehen.

§ 7. Die Prüfung erstreckt sich auf die in § 13 genannten Fächer und zerfällt in eine theoretische und eine praktische. Die theoretische Prüfung findet an zwei auf einander folgenden Tagen statt und zerfällt wieder in eine schriftliche und eine mündliche.

Der mündlichen und der praktischen Prüfung haben in der Regel alle Mitglieder der Prüfungskommission beizuwohnen.

§ 8. Die schriftliche Prüfung geht in der Regel voran und besteht in der Abfassung eines deutschen Aufsatzes und in der Lösung von mathematischen Aufgaben.

Die Themata zu den schriftlichen Arbeiten werden von der ganzen Prüfungskommission in einer vorberatenden Sitzung bestimmt. Es sind den Examinanden wenigstens drei Themata aus verschiedenen Gebieten zur freien Auswahl vorzulegen.

Für jede der beiden schriftlichen Arbeiten wird ein Zeitraum von 2 bis 3 Stunden angesetzt. Sie werden ohne weitere Hülfsmittel unter der Aufsicht eines Mitgliedes der Prüfungskommission angefertigt. Die Anwesenheit von Drittpersonen ist nicht gestattet.

§ 9. Die praktische Prüfung umfasst:

a. Probelektionen mit Schülern der Primarschule;

b. Probelektionen im Turnen;

c. Probeleistungen in den Kunstfächern.

Die Themata für die Probelektionen werden von der Prüfungskommission bestimmt, unter die Examinanden verloost und denselben am Tag vor der praktischen Prüfung mitgeteilt.

§ 10. Wenn von Lehrern, welche das Wahlfähigkeitspatent eines andern Kantons besitzen und schon längere Zeit im praktischen Schuldienst gestanden haben, eine Prüfung verlangt wird (§ 19 des Schulgesetzes), so können die Anforderungen in den einzelnen Fächern angemessen reduzirt werden.

II. Umfang und Inhalt der Prüfungen.

§ 11. Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer und Fachabteilungen:

1. Pädagogik. *a.* Allgemeine Pädagogik und Methodik. *b.* Hauptmomente aus der Geschichte der neuern Pädagogik. *c.* Probelektion.

2. Deutsche Sprache. *a.* Grammatik. Grundzüge der Poetik und Stilistik. *b.* Lesen und Erklären: Literaturkunde (Kenntnis der zweiten klassischen Periode; genauere Kenntnis einiger Hauptwerke). *c.* Aufsatz.

3. Französische Sprache. Lesen, Übersetzen und grammatisches Erklären.

4. Mathematik. *a.* Arithmetik und Algebra bis zu den Gleichungen zweiten Grades. *b.* Schriftliche Lösung arithmetisch-algebraischer Aufgaben. *c.* Kenntnis der Planimetrie und Stereometrie. *d.* Geometrische Berechnungen und Konstruktionen.

5. Geschichte. *a.* Spezielle Kenntnis der vaterländischen Geschichte. *b.* Übersichtliche Kenntnis der allgemeinen Geschichte, genauere Kenntnis der Hauptmomente derselben.

6. Geographie. *a.* Spezielle Kenntnis der vaterländischen, sowie *b.* Kenntnis der physikalischen und politischen Geographie der fünf Erdteile; Grundzüge der mathematischen Geographie.

7. Naturkunde. *a.* Das Wichtigste aus der Botanik, Zoologie und Anthropologie. *b.* Physik, sowie die Anfangsgründe der Chemie.

8. Zeichnen. Freihandzeichnen und Linearzeichnen. Früher gefertigte Zeichnungen sind als ächt beglaubigte vorzulegen. Die Prüfungskommission kann auch eine besondere Prüfung anordnen.

9. Schönshreiben. Fliessende Darstellung der deutschen und der englischen Kurrentschrift. Die Examinanden haben die Anmeldung in deutscher, den Aufsatz in englischer Kurrentschrift, oder umgekehrt, abzufassen.

10. Musik. *a.* Das Wichtigste aus der Musiktheorie. *b.* Vortrag eines leichten Musikstückes für Gesang, Violine oder Klavier.

11. Turnen. *a.* Methodische Kenntnisse; Probelektion. *b.* Praktische Fertigkeit im Geräteturnen.

III. Feststellung der Prüfungsergebnisse und Patentirung.

§ 12. Jedes Mitglied der Prüfungskommission erhält eine Tabelle, in deren Rubriken Namen, Alter, Wohn- und Bildungsort der Kandidaten, sowie die

einzelnen Prüfungsfächer angegeben sind und die Prüfungsergebnisse eingetragen werden.

§ 13. Zur Taxation der Leistungen sollen die ganzen Zahlen von 1 bis 5 zur Anwendung gebracht werden. Die Ziffern haben folgende Bedeutung:

Die Grade 1 = sehr schwach und 2 = ungenügend können für sich allein nie eine Wahlfähigkeitserklärung zur Folge haben. Der Mittelgrad 3 = genügend soll solchen Leistungen entsprechen, welche nach dem Urteil der Kommission noch hinreichend sind, um für diesen Teil der Prüfung ein Wahlfähigkeitszeugnis zu rechtfertigen. Die Grade 4 = gut und 5 = sehr gut drücken die besten Resultate der Prüfung aus.

§ 14. Die Mitglieder der Prüfungskommission erteilen den Examinanden für jede in der Prüfung auftretende fachliche Abteilung die entsprechende Fähigkeitsnote.

§ 15. Sobald die Prüfung in einem Fach beendigt ist, stellen die Mitglieder der Prüfungskommission durch gemeinsame Beratung die endgültigen Noten fest.

Für jede Lit. in § 11 wird eine Note erteilt. Die Summe derselben, dividirt durch die Zahl der Fachabteilungen, gibt die Gesamtzensur.

§ 16. Bei Beurteilung dieser Ergebnisse gelten folgende Grundsätze:

a. Diejenigen Kandidaten, welche wenigstens die volle Gesamtzensur 3 erreicht haben, werden zur Patentirung empfohlen; die übrigen sind abzuweisen.

b. Wenn ein Kandidat die Gesamtzensur 3 zwar erreicht hat, aber in einem der Hauptfächer: Pädagogik, Deutsch, Mathematik, Naturkunde und Probelektion, eine geringere Note als 3 aufweist, so hat er in diesem Fache bei der nächstfolgenden Prüfung eine Nachprüfung zu bestehen.

§ 17. Die aus den Beratungen der Prüfungskommission hervorgehenden Resultate und Anträge werden, nebst allen schriftlichen Arbeiten der Examinanden, der Erziehungsdirektion übermittelt, welche die Patentirung beim Regierungsrat einleitet.

§ 18. Lehramtskandidaten, welche in Folge mangelhafter Leistungen abgewiesen werden müssen (§ 16, *a*), können zu einer zweiten Prüfung zugelassen werden.

Stellen sie sich zu dieser Prüfung im nächstfolgenden Jahre, so können sie von den Fächern, in denen sie bei der ersten Prüfung wenigstens die Durchschnittsnote (in *a*, *b*, *c* etc.) 4 erreicht haben, dispensirt werden.

§ 19. Der als wahlfähig erklärte Lehramtskandidat erhält ein Patent, welches ausser der Wahlfähigkeitserklärung einfach die Gesamtzensur enthält.

V. Schluss- und Übergangsbestimmungen.

§ 20. Vorstehendes Reglement, durch welches dasjenige vom 5. Mai 1884 aufgehoben wird, soll jedem Seminarstipendiaten beim Eintritt ins Seminar, ebenso jedem Lehramtskandidaten bei der Anmeldung zum Examen, zugestellt werden.

---

24. 2. Reglement über die Fähigkeitsprüfungen zur Patentirung zürcherischer Sekundarlehrer und Fachlehrer. (§§ 3—4 des Gesetzes betreffend die Ausbildung und Prüfung von Sekundarlehrern vom 27. März 1881.) (Erlass des Regierungsrates vom 24. Mai 1890.)

Erster Abschnitt. Anordnung und Einleitung von Prüfungen.

§ 1. Die ordentlichen Fähigkeitsprüfungen für Sekundarlehrer und Fachlehrer auf der Sekundarschulstufe werden alljährlich durch den Erziehungsrat auf Schluss des Wintersemesters angeordnet und mindestens vier Wochen vor ihrem Beginn durch die Kanzlei des Erziehungswesens öffentlich angekündigt.

§ 2. Der Anmeldung zur Sekundarlehrerprüfung sind folgende Ausweise beizulegen:

a. über unbedingte Wahlfähigkeit für zürcherische Primarlehrerstellen (siehe Reglement betreffend die Prüfungen für Primarlehrer); *b.* über mindestens einjährigen Schuldienst auf der Primarschulstufe; *c.* über zweijähriges akademisches Studium.

Ausnahmsweise können dem Kandidaten einzelne dieser Erfordernisse vom Erziehungsrat erlassen werden, sofern derselbe das entsprechende Alter besitzt. In diesem Falle ist ein besonderes Gesuch um vorläufige Zulassung zur Prüfung einzureichen, und soll die Patentirung nur dann ausgesprochen werden, wenn die Prüfung in allen Richtungen vollständig befriedigend ausgefallen ist.

§ 3. Der Erziehungsrat bezeichnet eine Gesamtprüfungskommission. Für jedes Fach haben wenigstens zwei Mitglieder als besondere Sektion die betreffende Prüfung abzunehmen. Die Themata zu den schriftlichen Arbeiten werden von der Sektion bestimmt.

§ 4. Die Direktion des Erziehungswesens oder ein von ihr bezeichneter Stellvertreter übernimmt jeweilen die Organisation, sowie die allgemeine Aufsicht über die Prüfungen und leitet die Schlussberatungen der Prüfungskommission.

Das Aktuariat der Prüfungsbehörde wird vom Sekretär der Erziehungsdirektion besorgt.

§ 5. Für jedes Fach sollen auf den einzelnen Kandidaten in der Sekundarlehrerprüfung 25, in der Fachlehrerprüfung 50 Minuten Prüfungszeit fallen.

§ 6. Die Mitglieder und der Aktuar der Prüfungskommission beziehen ein Taggeld von 8 Fr. nebst Reiseentschädigung.

§ 7. Als Beitrag an die Prüfungskosten haben die Kandidaten für die Sekundarlehrerprüfung folgende Gebühren zu entrichten:

Kantonsangehörige Fr. 10 — Kantonsfremde Fr. 20.

Für die Fachlehrerprüfung ist eine Gebühr von Fr. 10 per Fach zu entrichten.

Für die Nachprüfung in einem einzelnen Fach wird die Hälfte dieser Gebühren berechnet.

§ 8. Es können auch ausserordentliche Patentprüfungen für Sekundar- und Fachlehrer vom Erziehungsrat bewilligt werden. Hiebei fallen die Prüfungskosten zu Lasten der Examinanden.

§ 9. Die Fähigkeitsprüfungen für Sekundar- und Fachlehrer sind öffentlich.

Zweiter Abschnitt. Umfang der Studien und Prüfungen.

§ 10. Die Fähigkeitsprüfung für Sekundarlehrer erstreckt sich im allgemeinen, unter Vorbehalt der Bestimmungen von § 11, auf nachfolgende Fächer und Fachabteilungen:

1. Pädagogik. *a.* Allgemeine Pädagogik und Psychologie. *b.* Geschichte der Pädagogik.

2. Methodik. *a.* Methodik des Sekundarschulunterrichts. *b.* Probelektion.

3. Deutsche Sprache. *a.* Historische Grammatik in ihren Hauptmomenten. *b.* Literaturgeschichte: Eingehende Besprechung je eines Hauptvertreters oder einer Gruppe von Dichtern: *aa.* der mittelhochdeutschen; *bb.* der neuhochdeutschen Zeit. *c.* Aufsatz.

4. Französische Sprache. *a.* Grammatik. *b.* Literaturgeschichte, insbesondere eingehende Besprechung einzelner Hauptwerke. *c.* Aufsatz und schriftliche Übersetzung aus dem Deutschen.

5. Englische Sprache (wie bei 4).

6. Italienische Sprache (wie bei 4).

7. Lateinische Sprache. *a.* Übersetzen und grammatikalisches Erklären eines Abschnittes aus einem Prosaiker, z. B. Cäsar, Livius, Cicero. *b.* Lesen und Übersetzen aus einem Dichter, z. B. Ovid, Vergil, Horaz. *c.* Schriftliche Übersetzung aus dem Deutschen ins Lateinische.

8. Geschichte. *a.* Allgemeine Geschichte und Kulturgeschichte bis auf die Gegenwart. *b.* Schweizergeschichte und schweizerische Verfassungskunde.

9. Mathematik. *a.* Algebraische Analysis und Differential- und Integralrechnung, letztere für Sekundarlehrer fakultativ. *b.* Analytische Geometrie. *c.* Deskriptive Geometrie.

10. Physik. *a.* Mechanik (inklusive Akustik) und Wärmelehre. *b.* Optik und Elektrizität. *c.* Physikalische Übungen.

11. Chemie. *a.* Unorganische Chemie. *b.* Organische Chemie. *c.* Chemische Übungen.

12. Geographie. *a.* Mathematische und physikalische Geographie. *b.* Staaten- und Völkerkunde.

13. Mineralogie und Geologie. *a.* Mineralogie. *b.* Geologie.

14. Botanik. *a.* Allgemeine Botanik und mikroskopische Übungen. *b.* Spezielle Botanik.

15. Zoologie. *a.* Allgemeine Zoologie und zootomische Übungen. *b.* Spezielle Zoologie.

16. Anatomie und Physiologie des Menschen. *a.* Anatomie. *b.* Physiologie. *c.* Hygieine.

17. Zeichnen. *a.* Freihandzeichnen. *b.* Technisches Zeichnen und Planzeichnen.

18. Musik. *a.* Theorie. *b.* Gesang und Instrumentalmusik.

19. Turnen. *a.* Methodik des Sekundarschulturnens. *b.* Praktische Fertigkeit.

§ 11. Die Fähigkeitsprüfung des einzelnen Sekundarlehrers umfasst folgende Fächer:

1. Pädagogik, Methodik, deutsche Sprache und französische Sprache.
2. Je eine der nachstehenden Fächer-Gruppen, bezw. Fächer: *a.* Englische oder italienische oder lateinische Sprache. *b.* Allgemeine Geschichte und Schweizengeschichte. *c.* Staaten- und Völkerkunde und physikalische Geographie. *d.* Mathematik und mathematische Geographie. *e.* Physik und physikalische Geographie. *f.* Chemie. *g.* Mineralogie und Geologie. *h.* Botanik. *i.* Zoologie.
3. Ausweis über weitere Ausbildung während der Studienzeit in einem der folgenden Fächer, sofern in demselben in der Primarlehrerprüfung nicht die Durchschnittsnote 5 (sehr gut) erreicht wurde: Zeichnen, Musik, Turnen.

§ 12. Diejenigen Kandidaten, welche in der Primarlehrerprüfung in der Geschichte der Pädagogik mindestens die Note 4 (gut) erhalten haben, sind der Prüfung in diesem Fache enthoben, dagegen haben sie sich über den regelmässigen Besuch der betreffenden Vorlesungen durch Kollegienzeugnisse auszuweisen.

Sämtliche Kandidaten haben den Nachweis über den regelmässigen Besuch der Vorlesungen und die fleissige Teilname an den Übungen in den ihrer Gruppe (§ 11, 2 *a—i* nächstverwandten Fächern zu leisten, und zwar: *a.* in Geschichte, *b.* in einer zweiten neuern Sprache oder in Latein, *c.* in Geologie, *d.* und *f.* in Physik, *e.* in Mathematik, *g.* in Chemie, *h.* und *i.* in Anatomie und Physiologie des Menschen.

§ 13. Der Examinand hat in Klausur anzufertigen: *a.* den deutschen Aufsatz; *b.* den französischen Aufsatz; *c.* die schriftliche Arbeit in einem weitern Sprachfach (§ 11, 2 *a*) oder die Lösung von Aufgaben aus den übrigen Gebieten (§ 11, 2 *b—i*).

Im weitern haben sämtliche Examinanden eine freie Arbeit aus dem Gebiete des gewählten Hauptfaches vorzulegen.

§ 14. Der Erziehungsrat ist befugt, ausnahmsweise auch eine andere Zusammenstellung von Fächern statt der in den §§ 11 und 12 bezeichneten bei der Sekundarlehrerprüfung zuzulassen, jedoch in der Meinung, dass der Umfang der Prüfung nicht geschmälert werde.

§ 15. Die Fachlehrerprüfung auf der Sekundarschulstufe umfasst mindestens zwei Fächer nach Auswahl der Kandidaten.

Der Anmeldung sind folgende Ausweise beizulegen: *a.* über majorennes Alter; *b.* über den Besuch einer über die Sekundarschulstufe hinausreichenden Mittelschule; *c.* Zeugnisse über ein zweijähriges Studium für die betreffenden Fächer, wobei für das Examen in neuern Fremdsprachen ein Jahr Aufenthalt in dem betreffenden Lande als Studienjahr angerechnet wird.

Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet nach bei der Prüfungssektion eingeholtem Gutachten im einzelnen Fall der Erziehungsrat.

Ein Patent ist nur dann zu erteilen, wenn der Kandidat in den betreffenden Fächern mindestens die zweitbeste Note erhalten hat.

Dritter Abschnitt. Feststellung der Prüfungsergebnisse.

§ 16. Die Prüfungssektion erteilt dem Examinanden für jede Fachabteilung (§ 10) die entsprechende Fähigkeitsnote.

§ 17. Zur Bezeichnung der Prüfungsergebnisse werden die Zahlen von 1—5 in Anwendung gebracht und denselben folgende Bedeutung beigelegt:

Der Grad 3 (genügend) entspricht solchen Leistungen, welche die Erteilung eines Wahlfähigkeitszeugnisses noch rechtfertigen.

Die Grade 1 und 2 (schwach und ungenügend) können keine Wahlfähigkeitserklärung zur Folge haben.

Die Grade 4 und 5 (gut und sehr gut) drücken die besten Resultate der Prüfung aus.

§ 18. Nach vollendeter Prüfung werden die von den Sektionen erteilten Noten der Gesamtkommission vorgelegt.

Diejenigen Kandidaten, deren Durchschnittszensur in mehr als einem Fache nicht den Grad 3 erreicht hat, können nicht patentirt werden; dagegen ist ihnen gestattet, die Prüfung frühestens nach Jahresfrist zu wiederholen. Der Erziehungsrat ist befugt, die Wiederholung in denjenigen Fächern zu erlassen, in welchen der Kandidat wenigstens die Durchschnittsnote 4 (gut) erreicht hat.

Eine zweite Wiederholung kann vom Erziehungsrat nur ausnahmsweise aus besondern Gründen gestattet werden.

§ 19. Die aus den Beratungen der Gesamtkommission sich ergebenden Prüfungsnoten und Anträge werden dem Erziehungsrate übermittelt, welchem der letzte Entscheid, sowie die Erklärung der Wahlfähigkeit zusteht.

§ 20. Das Wählbarkeitszeugnis enthält:

1. Das Examenzeugnis mit den in den Prüfungsfächern erhaltenen Noten.
2. Das Verzeichnis der Vorlesungen und Übungen, deren Besuch nachzuweisen ist (siehe § 12).
3. Die Benennung des in der freien Arbeit behandelten Themas (§ 13 *c* Al. 2).

§ 21. Dieses Reglement tritt an Stelle desjenigen vom 11. Juni 1881.

---

25. 3. Statuten der Witwen- und Waisenstiftung für zürcherische Volksschullehrer. (Vom 29. Oktober 1890.)

§ 1. Die gesamte Volksschullehrerschaft des Kantons Zürich, die gegenwärtige und die künftige — mit Ausnahme der Lehrerinnen — tritt für jedes einzelne Mitglied obligatorisch in die Witwen- und Waisenstiftung ein. (§ 310 des Unterrichtsgesetzes.)

§ 2. Jedes Mitglied des zürcherischen Volksschullehrerstandes (§ 1) hat an die Stiftung einen Jahresbeitrag von Fr. 64 zu entrichten.

§ 3. Die Stiftung bezahlt nach dem Ableben jedes Lehrers an seine Witwe, so lange sie lebt oder bis sie sich wieder verheiratet, oder in Fällen, wo keine Witwe überlebt oder als solche stirbt, an die Waisen gemeinsam, bis das jüngste aus der Ehe des Lehrers stammende Kind das 16. Altersjahr zurückgelegt hat, eine Jahresrente von Fr. 400. Die Rente ist zum ersten Mal fällig am Todestage des Lehrers und von dort an je am Jahrestage des genannten Termins.

§ 4. Tritt ein Lehrer aus dem Lehrerstande aus, so steht ihm die weitere Mitgliedschaft frei. Entschliesst er sich, bei der Stiftung zu verbleiben, so hat er ohne Unterbruch alljährlich auf den 1. Januar den Beitrag von Fr. 64 franko an die Kantonalbank beziehungsweise an eine ihrer Filialen zu Handen der Stiftung einzusenden. Erklärt er den Austritt oder bezahlt er den Jahresbeitrag nicht, so verliert er alle Ansprüche an die Witwen- und Waisenstiftung.

§ 5. Wird ein Lehrer in den Ruhestand versetzt, so steht ihm der Austritt aus der Stiftung ebenfalls offen (§ 4). Bleibt er auch weiterhin Mitglied, so leistet der Staat den festgesetzten Beitrag (§ 8).

§ 6. Die Erziehungsdirektion in Verbindung mit der Kantonalbank führt über die Witwen- und Waisenstiftung eine besondere Verwaltung. Die Aufsicht übt eine von der Schulsynode zu bestellende und alle vier Jahre zu erneuernde Kommission von vier Mitgliedern aus, welche unter dem Präsidium der Erziehungsdirektion steht.

§ 7. Für die Verwaltung der Witwen- und Waisenstiftung gelten folgende Bestimmungen:

a. Die Summe der Jahresbeiträge bildet die Jahreseinnahme, aus welcher jede neue Witwe nach einem bestimmten Tarif für eine lebenslängliche Rente von Fr. 400 beziehungsweise das jüngste Kind für eine Rente bis und mit dem 16. Altersjahr eingekauft wird. Der Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben zeigt vorläufig den Gewinn oder Verlust des Rechnungsjahres.

b. Die also erstellten Gewinn- oder Verlustergebnisse werden je zu fünf Jahren zusammengerechnet. Lautet das Resultat, welches dannzumal für das Quinquennium als definitiv zu betrachten ist, auf Verlust, so trägt denselben der Reservefonds; lautet es auf Gewinn, so gehört der letztere zur Hälfte dem Reservefonds und zur Hälfte dem Hülfsfonds.

c. Verheiratet sich eine Witwe wieder oder sterben die Kinder, welche die Rente beziehen, vor dem 16. Altersjahre, so fällt die Einkaufssumme, abzüglich der bereits aushin bezahlten Renten, zurück. Dieselbe soll zunächst den allfälligen Verlust des betreffenden Quinquenniums decken; soweit aber ein solcher Verlust bereits gedeckt oder gar nicht vorhanden ist, gehört die teilweise beziehungsweise ganze Rückfallssumme zur Hälfte dem Reservefonds und zur Hälfte dem Hülfsfonds.

d. Bei Ausmittlung von Gewinn oder Verlust und Rückfallssummen fällt der Zins ausser Betracht.

e. Der Hülfsfonds, sowie allfällige Geschenke und Legate, welche demselben zufallen, wird zur Unterstützung der hinterlassenen Witwen oder Kinder in besondern Notfällen, zur Ermässigung der Beiträge oder zur Erhöhung der Renten verwendet. Die bezüglichen Beschlüsse werden von der Aufsichtskommission gefasst und unterliegen der Genehmigung des Erziehungsrates.

f. Würde der anzulegende Reservefonds durch allfällige Verluste aufgebraucht werden, so wären die dem Hülfsfonds zugewiesenen Gewinnanteile zur Deckung des Ausfalls demselben zu entnehmen, jedoch ohne Zinsenberechnung.

§ 8. Zur Unterstützung der von der Volksschullehrerschaft des Kantons Zürich gegründeten Witwen- und Waisenstiftung leistet der Staat einen Jahresbeitrag von je Fr. 24 für jeden zur Teilnahme an der Stiftung obligatorisch verpflichteten Lehrer, sowie für die bei der Stiftung verbleibenden Lehrer im Ruhestande.

§ 9. Der vom Lehrer alljährlich auf 1. Januar zu entrichtende Beitrag an die Witwen- und Waisenstiftung im Restbetrage von Fr. 40 wird durch Abzug von Fr. 10 an jeder Quartalbesoldung erhoben.

Einkaufstabelle für die Witwen und Waisen
für eine vorauszahlbare jährliche Rente von Fr. 400.

	Alter Jahre	Einkauf Fr.	Alter Jahre	Einkauf Fr.	Alter Jahre	Einkauf Fr.	Alter Jahre	Einkauf Fr.
Kinder	0	3,920	26	7,880	51	5,520	76	2,320
	1	4,560	27	7,800	52	5,360	77	2,240
	2	4.440	28	7,720	53	5,240	78	2,160
	3	4,240	29	7,640	54	5,120	79	2.040
	4	4,040	30	7,600	55	5,000	80	1,960
	5	3,000	31	7,520	56	4,840	81	1,880
	6	3,520	32	7,440	57	4,680	82	1,760
	7	3,240	33	7,360	58	4,520	83	1,680
	8	2,960	34	7,320	59	4,360	84	1,640
	9	2,640	35	7,240	60	4,240	85	1,600
	10	2,280	36	7,160	61	4,120	86	1,560
	11	1,920	37	7,080	62	3,960	87	1,520
	12	1,560	38	7,000	63	3,840	88	1,440
	13	1,200	39	6,880	64	3,680	89	1,360
	14	800	40	6,800	65	3,560	90	1,320
	15	400	41	6,720	66	3,400	91	1,240
	16	—	42	6,640	67	3,240	92	1,200
Frauen	16	8,600	43	6,520	68	3,120	93	1,160
	17	8,560	44	6,400	69	3,000	94	1,080
	18	8,480	45	6,280	70	2,880	95	1,000
	19	8,400	46	6,160	71	2,760	96	920
	20	8,320	47	6,040	72	2,640	97	800
	21	8,240	48	5,920	73	2,600	98	680
	22	8,160	49	5,800	74	2,480	99	560
	23	8,080	50	5,680	75	2,360	100	400
	24	8,040						
	25	7,960						

---

26. 4. Statuten des Schweizerischen Lehrervereins. (Vom 30. September 1890.)

§ 1. Der Schweizerische Lehrerverein bezweckt die Förderung des Erziehungs- und Unterrichtswesens in Schule und Haus durch alle Teile unseres Vaterlandes.

§ 2. Jedem Lehrer und jedem Freunde der Volksbildung steht der Beitritt zum Allgemeinen Schweizerischen Lehrervereine frei. Mitglied des Vereins ist:

1. Jeder Abonnent der „Schweiz. Lehrerzeitung"; oder
2. wer jährlich Fr. 1 an die Vereinskasse zahlt.

§ 3. Als Mittel zur Erreichung seiner Zwecke veranstaltet der Verein:

a. Regelmässig wiederkehrende Versammlungen seiner Mitglieder zur Beratung wichtiger pädagogischer Fragen und zur Erledigung der Vereinsgeschäfte;

b. die Herausgabe:

1. der wöchentlich erscheinenden „Schweiz. Lehrerzeitung" als Organ des Vereins und wenn möglich
2. einer pädagogischen Zeitschrift zur Sammlung und Verbreitung theoretischer und praktischer Fachstudien,
3. der Mitteilungen über Jugendliteratur;

c. Gründung von Sektionen;

d. Verbindung mit dem Verein der romanischen Schweiz.

§ 4. Der Verein versammelt sich in der Regel alle drei Jahre je auf zwei Tage. Er behandelt und erledigt seine Geschäfte in allgemeinen Versammlungen, Spezialkonferenzen und Vereinsversammlungen.

§ 5. Zu den allgemeinen Versammlungen, in welchen die pädagogischen Themate behandelt werden, haben auch Nichtmitglieder freien Zutritt. Das Recht, verbindliche Beschlüsse zu fassen, kommt nur der Vereinsversammlung zu. — Spezialkonferenzen zur Besprechung besonderer Fachfragen finden ausserhalb der für die allgemeine Versammlung bestimmten Zeit statt.

§ 6. Die Vereinsversammlung wählt einen Zentralausschuss von neun Mitgliedern. Derselbe wird in jeder ordentlichen Vereinsversammlung in der Art teilweise erneuert, dass das eine mal fünf, das andere mal die vier übrigen Mitglieder in Erneuerungswahl fallen. Austretende Mitglieder sind wieder wählbar.

§ 7. Der Zentralausschuss hat den Verein nach aussen zu vertreten und die innern Angelegenheiten desselben zu besorgen. Er bestimmt den Ort der nächsten Versammlung und genehmigt die Bestellung des Organisationskomite und das Programm des Lehrertages; ihm kommt insbesondere zu:

1. Die Redaktion des Vereinsorgans und der Zeitschrift zu bestellen und zu honoriren;
2. die Rechnungs- und Kassageschäfte des Vereins zu besorgen;
3. die Vereinsbeschlüsse selbst in Ausführung zu bringen oder zur Ausführung derselben die erforderlichen Spezialkommissionen zu ernennen und ihre Arbeiten mit seinem Gutachten dem Vereine vorzulegen;
4. alle diejenigen Fragen zu begutachten, welche ihm der Verein zu diesem Zwecke überweisen wird;
5. die Vereinsversammlung zu leiten und ihr einen Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten;
6. Vorschläge von Diskussionsthematen entgegenzunehmen.

§ 8. Das Organisationskomite hat die für die Versammlungen nötigen Anordnungen zu treffen, insbesondere:

a. die Themate, Referenten und die Tagesordnung für die allgemeine Versammlung in Verbindung mit dem Zentralausschuss zu bestimmen;
b. die allgemeine Versammlung zu leiten;
c. Fürsorge für Quartier und Unterhalt der Teilnehmer zu tragen.

§ 9. Wer eine Abänderung der Statuten wünscht, hat wenigstens zwei Monate vor der allgemeinen Versammlung seine Vorschläge dem Zentralausschuss mitzuteilen, worauf dieser der Versammlung seine gutachtlichen Anträge vorlegt.

VI. Mittelschulen.

27. 1. Errichtung einer vierten Klasse an der pädagogischen Abteilung der Kantonsschule in Solothurn. (Kantonsratsbeschluss vom 2. Juni 1890.) (Art. 81 B, Ziffer 10 der Verfassung.)

Art. 1. Die Unterrichtszeit an der pädagogischen Abteilung der Kantonsschule wird auf vier Jahre verlängert.

Art. 2. Der Unterricht in der vierten Klasse soll hauptsächlich der beruflichen Ausbildung der Zöglinge gewidmet sein.

Art. 3. Das Nähere über den Unterricht wird durch den Lehr- und Lektionsplan der Kantonsschule festgesetzt.

---

28. 2. Aufnahme und Promotion der Schüler an der Kantonsschule in Solothurn. (Regierungsratsbeschluss vom 21. März 1890 betr. Abänderung des Reglements vom 23. Juni 1882.)

§ 9. Über die Promotion der Schüler in eine höhere Klasse entscheidet am Schlusse des Schuljahres der Professorenverein. Hiebei gilt als Regel:

1. Zum Aufsteigen in eine nächstfolgende höhere Klasse an der untern Abteilung des Gymnasiums und der Gewerbeschule, sowie aus dem I. Kurs der pädagogischen Abteilung in den II. Kurs ist wenigstens die Durchschnittsnote 3^a (mittelmässig ^{a}) in den Hauptfächern erforderlich.
2. Zum Aufsteigen aus der untern Abteilung des Gymnasiums und der Gewerbeschule in die obere Abteilung, sowie aus dem II. Kurs der pädagogischen Abteilung in den III. Kurs ist wenigstens die Durchschnittsnote 4^b (ziemlich gut ^{b}) erforderlich.
3. Zum Aufsteigen in eine nächstfolgende Klasse der obern Abteilung ist wenigstens die Durchschnittsnote 4^b (ziemlich gut ^{b}) erforderlich.

§ 11. Wer in einem der genannten Hauptfächer eine geringere Note als 3^b (mittelmässig ^{b}) erhält, dem ist das Aufsteigen in die nächst höhere Klasse nicht gestattet.

§ 12. Das Aufsteigen in eine nächst höhere Klasse an der untern Abteilung des Gymnasiums und der Gewerbeschule, sowie aus dem I. Kurs der pädagogischen Abteilung in den II. Kurs ist nur bedingungsweise, d. h. mit Examen in dem betreffenden Fache gestattet, wenn ein Schüler in einem der Hauptfächer eine Note unter 3^a (mittelmässig ^{a}) erhält; an der obern Abteilung des Gymnasiums und der Gewerbeschule, sowie vom II. in den III. Kurs der pädagogischen Abteilung in dem Falle, wenn ein Schüler in einem der Hauptfächer eine Note unter 4^b (ziemlich gut ^{b}) erhält.

§ 13 hat wegzufallen.

---

29. 3. Noten in den Jahreszeugnissen der Kantonsschüler in Solothurn. (Regierungsratsbeschluss vom 21. März 1890.)

Auf Vorschlag des Professorenvereins und nach Antrag des Erziehungsrates werden die Noten in den Jahreszeugnissen der Kantonsschüler folgendermassen ausgedrückt:

I. Fortgangsnoten. Note 6 = sehr gut, 5 = gut, 4 = ziemlich gut, 3 = mittelmässig, 2 = schwach, 1 = sehr schwach.

II. Fleissnoten. Note 1 = sehr befriedigend, 2 = ziemlich befriedigend, 3 = nicht befriedigend.

III. Betragensnoten. Note 1 = sehr befriedigend, 2 = ziemlich befriedigend, 3 = nicht befriedigend.

Die Abstufungen zwischen den einzelnen Noten werden festgestellt durch *a* und *b*.

Zur Vermeidung des störenden Unterschiedes von fallender und steigender Notenskala sollen in den Zeugnissen inskünftig alle Noten ausgeschrieben und nicht mehr durch die Zahlen dargestellt werden.

---

30. 4. Lehrplan für die Waffenübungen an der Kantonsschule in Zürich. (Erlass des Erziehungsrates vom 5. November 1890.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Der Unterricht in den Waffenübungen ist obligatorisch und wird in drei Kursen möglichst klassenweise erteilt. Die Schüler der IV. Klasse des untern Gymnasiums und der II. Klasse der Industrieschule bilden den I., die der I. Klasse des obern Gymnasiums und der III. Klasse der Industrieschule den II., und diejenigen der II. Klasse des obern Gymnasiums und der IV. Klasse der Industrieschule den III. Kurs. Die Schüler der III. Klasse des obern Gymnasiums und der V. Klasse der Industrieschule sind, so lange die Kurse nur halbjährige Dauer haben, von den eigentlichen Waffenübungen befreit, dagegen haben sie an einzelnen Ausmärschen und Schiessübungen des III. Kurses Teil zu nehmen.

§ 2. Der Unterricht erstreckt sich auf Soldatenschule, Gewehrkenntnis, Schiesstheorie, Schiessen, Kartenlesen und Terrainlehre und Ausmärsche.

Die Schüler des II. und III. Kurses erhalten das schweiz. Ordonnanzgewehr, diejenigen des I. Kurses den Eisenstab und die Armbrust.

§ 3. Für die Waffenübungen wird folgende Zeit eingeräumt: I., II., III. Kurs: 1 wöchentliche Stunde im Sommerhalbjahr, II. Kurs: 1 wöchentliche Stunde im Winterhalbjahr, hiebei ist die Zeit für die Schiessübungen mit dem Gewehr und für die Ausmärsche nicht inbegriffen.

§ 4. Die Schiessübungen finden nach dem Regulativ des eidg. Militärdepartementes an schulfreien Halbtagen statt. Vorbehältlich der Genehmigung durch die Rektorate, können von der Leitung der Waffenübungen weitere Schiessübungen angeordnet werden.

§ 5. Zur Förderung der Marschleistung und der Gesundheit der Schüler sollen alljährlich 4—6 Ausmärsche stattfinden; wovon 1—2 auf das Winterhalbjahr fallen dürfen. Es werden hiefür besondere Halbtage von der Schulleitung bewilligt. An Samstagnachmittagen dürfen die Schüler nur für die Schiessübungen in Anspruch genommen werden.

Mit diesen Ausmärschen sind Bewegungsspiele, Distanzenschätzen, Unterricht im Patrouillendienst, im Meldungswesen, im Orientiren nach der Karte, in der Terrainbeurteilung und Terrainbeschreibung und im Croquiren zu verbinden.

§ 6. Während in den zwei wöchentlichen Turnstunden insbesondere auf die Entwicklung der körperlichen Kräfte und Anlagen der Schüler, auf die Steigerung des Mutes, der Ausdauer, der Gewandtheit und Besonnenheit Rücksicht genommen werden soll, sollen die militärischen Übungen eine Vorschule für den spätern Wehrdienst sein. Es ist daher auf exakte militärische Ausführung derselben hinzuarbeiten.

II. Unterrichts-Programm.

I. Kurs. (Klasse IV unteres Gymnasium und Klasse II Industrieschule.)

1. Stabgriffe.

2. Soldatenschule, I. Teil, mit dem Eisenstab. — Richtung, Rottenkolonne, Drehungen im Marsche, Direktionsveränderungen, Schrittarten (Feld-, Lauf- und Sturmschritt), Frontmarsch, Schrägmarsch, Schwenken, Aufmarsch und Abbrechen.

3. Schiessübungen mit der Armbrust. — *a.* Vorübungen, Kenntnis der Armbrust, Spannen und Entspannen, Fertmachen, Anschlagen, Zielen. *b.* Schiessen auf verschiedene Distanzen, besonders stehend, Einschiessen der Armbrust.

4. Ausmärsche, verbunden mit Bewegungsspielen. — Militärische Ordnungsübungen im Terrain und Überwindung von Hindernissen.

II. Kurs. (Klasse I oberes Gymnasium und Klasse III Industrieschule.)

1. Soldatenschule. — Repetition der Soldatenschule, I. Teil, namentlich Frontmarsch, Schrägmarsch, Schwenken, Aufmarsch und Abbrechen. — II. Teil. Grundstellung mit Gewehr, Gewehrgriffe, Pyramide formiren, Fertmachen, Laden, Feuereinstellen, Anschlag und Zielübungen (stehend, knieend und liegend).

2. Gewehrkenntnis. — *a.* Die Hauptbestandteile und deren Zweck. *b.* Zerlegen und Zusammensetzen. Die Funktionen des Verschlusses und der Vorrichtung zum Zuführen der Patrone. Die Abzugsvorrichtung. *c.* Reinigen und Instandhalten des Gewehres. *d.* Die Störungen und deren Abhülfe.

3. Zielübungen auf dem Bocke. — Die drei Kräfte, die drei Linien, die Visireinrichtung, Verderben des Gewehres, Fassen des Kornes, Einfluss der Beleuchtung und des Windes.

4. Schiessübungen nach dem Regulativ des eidg. Militärdepartementes.

5. Ausmärsche. — Distanzenschätzen, Meldeübungen, Patrouillendienst.

6. Theoretischer Unterricht (Vorbereitung für die Ausmärsche des III. Kurses). — *a.* Elemente des Kartenlesens und der Terrainlehre. *b.* Elemente der Schiesstheorie.

III. Kurs. (II. Klasse oberes Gymnasium und IV. Klasse Industrieschule.)

1. Soldatenschule, I. und II. Teil. — Repetition der Übungen des Vorjahres, namentlich Anschlag und Zielübungen, auch mit Berücksichtigung des Terrains und erhöhter Visirstellung. — Gebrauch des Gewehres als Stosswaffe, Feuerarten, Gewehrgymnastik.

2. Gewehrkenntnis. — Wiederholung der Theorie des Vorjahres, das Patronenmagazin, namentlich die Funktionen der einzelnen Teile, die Störungen und die Instandhaltung, der Lauf, die Munition.

3. Zielübungen auf dem Bocke und Schiesslehre. — Wiederholung des früher behandelten Stoffes, Korrektur der Visirstellung (Haltepunkt und Haltepunktwechsel).

4. Schiessübungen nach dem Regulativ des schweiz. Militärdepartementes.

5. Ausmärsche zur Übung in Kartenbenutzung und angewandter Schiesstheorie. — Distanzenschätzen, Orientirung nach der Karte, Vergleich des Terrains mit der Karte, Rekognoszirung von Terraingegenständen, Croquiren, Terrainbeurteilung hinsichtlich Deckung und Waffenrichtung.

---

31. 5. Ordnung für die Maturitätsprüfungen in Basel. (Erlass des Regierungsrates vom 22. Febr. 1890.) (§ 30 des Unterrichtsgesetzes vom 30. Jan. 1866.)

§ 1. Wer ein Zeugnis der Reife (Maturitätszeugnis) zum Bezug der Universität zu erhalten wünscht, hat sich einer Prüfung zu unterziehen.

§ 2. Die Prüfungskommission besteht aus fünf Mitgliedern, und zwar aus den Rektoren des obern Gymnasiums und der obern Realschule, sowie aus drei Lehrern dieser Anstalten, und wird mit ihrem Präsidenten vom Erziehungsrat auf die Dauer von drei Jahren ernannt.

Sie ist befugt, weitere Lehrer der genannten Anstalten als Examinatoren beizuziehen.

§ 3. Anmeldungen zur Prüfung haben beim Präsidenten der Kommission unter Vorlegung von Zeugnissen über den bisherigen Bildungsgang zu geschehen.

Wer ein bis zur Universität führendes Gymnasium vor dessen Abschluss verlassen hat, kann sich zur Maturitätsprüfung erst nach Ablauf desjenigen Zeitraumes melden, welchen er zur Vollendung seiner Gymnasialstudien noch hätte verwenden müssen.

§ 4. Die Prüfung erstreckt sich über folgende Fächer:

A. Sprachen.

1. Latein. Sprachliches und sachliches Verständnis der Schriften von Livius, Cicero und Virgil, und schon gelesener Abschnitte des Horaz, Plautus und Tacitus. Schriftliche Übersetzung ins Lateinische.

2. Griechisch. Sprachliches und sachliches Verständnis des Homer und Xenophon und schon gelesener Abschnitte aus den Schriften der Redner, des Plato und Sophokles. Schriftliche Übersetzung ins Griechische.

3. Muttersprache. Kenntnis der Haupterscheinungen der Literatur. Eine grössere schriftliche Arbeit literarischen, historischen oder naturhistorischen Inhaltes.

4. Eine zweite schweizerische Nationalsprache. Einige Fertigkeit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck. Übersetzung und Erklärung eines leichten Klassikers.

5. Für künftige Theologen: Hebräisch. Übersetzung eines leichtern hebräischen Textes.

6. Für künftige Mediziner kann das Griechische durch eine dritte schweizerische Nationalsprache oder das Englische ersetzt werden; es werden dafür die gleichen Anforderungen gestellt wie für die Ziffer 4.

B. Geschichte und Geographie.

7. Ältere, mittlere und neuere Geschichte. Geographie.

C. Mathematik.

8. Algebra. Gleichungen des zweiten Grades. Arithmetische und geometrische Progressionen. Binomischer Lehrsatz mit ganzen Exponenten.

9. Geometrie: Planimetrie. Stereometrie. Ebene Trigonometrie und die einfachsten Sätze der sphärischen. Kegelschnitte.

D. Naturwissenschaften.

10. Naturgeschichte. Haupttypen des Tierreiches. Allgemeine Kenntnis des menschlichen Körpers. Organe der höheren Pflanzen. Die wichtigsten Pflanzenfamilien des natürlichen Systems. Die wichtigsten Mineralien.

11. Physik. Allgemeine Eigenschaften der Körper. Mechanik der festen, flüssigen und luftförmigen Körper. Die Hauptgesetze von Schall, Licht, Wärme, Elektrizität und Magnetismus.

12. Chemie. Die wichtigsten chemischen Elemente und Verbindungen.

§ 5. Von dieser Prüfung können durch die Kommission diejenigen ganz oder teilweise befreit werden, welche ein Maturitätszeugnis einer auswärtigen Anstalt vorlegen, das den Anforderungen dieser Ordnung vollständig oder grösstenteils entspricht.

§ 6. Für die Schüler der obersten Klasse des hiesigen obern Gymnasiums gilt die Abgangsprüfung als Maturitätsprüfung.

§ 7. Für Schüler, welche von der obersten Klasse der hiesigen obern Realschule mit dem Zeugnis der Reife entlassen sind, gilt dieses Zeugnis als Maturitätszeugnis für die Immatrikulation in die philosophische Fakultät.

Es berechtigt auch zur Immatrikulation in die medizinische und die juristische Fakultät, wenn eine ergänzende Prüfung in den unter § 4 A aufgeführten Fächern bestanden worden ist, wobei das Griechische durch eine dritte schweizerische Nationalsprache oder das Englische ersetzt werden kann; zur Immatrikulation in die theologische Fakultät ist eine ergänzende Prüfung im Lateinischen, Griechischen und Hebräischen zu bestehen.

§ 8. Wer die Maturitätsprüfung mit Erfolg bestanden hat, erhält von der Prüfungskommission ein Zeugnis der Reife zum Bezug der Universität (Maturitätszeugnis).

§ 9. Bei der Anmeldung zur Prüfung ist eine Gebühr von zwanzig Franken zu entrichten, welche unter die Examinatoren zu verteilen ist. Die Gebühr wird ermässigt, wenn die Prüfung sich auf einzelne Fächer beschränkt. Abiturienten der obern Realschule haben keine Gebühr zu entrichten.

§ 10. Die Prüfungen finden jährlich zweimal gegen Ende eines Semesters statt; die Prüfungskommission wird die Zeit der Abhaltung und den Termin der Anmeldung im Kantonsblatt anzeigen.

§ 11. Die Prüfungskommission erstattet jedes Jahr Bericht an das Erziehungsdepartement.

---

32. 6. Reglement über die Maturitätsprüfungen für Abiturienten des Lyzeums in Luzern. (Erlass des Regierungsrates vom 11. April 1890.)

§ 1. Jeder Studirende, welcher bei seiner Berufsprüfung (Staatsexamen) ein Maturitätszeugnis vorzuweisen hat, soll vor Beginn seines Berufsstudiums eine Maturitätsprüfung bestehen. Ausser auf Grund einer Prüfung wird kein Maturitätszeugnis erteilt.

Die Nachholung einer versäumten Maturitätsprüfung kann ausnahmsweise vor Ablegung des Staatsexamens durch den Erziehungsrat bewilligt werden.

§ 2. Der Zweck dieser Prüfung ist, auszumitteln, ob der Abiturient den erforderlichen Grad allgemeiner Bildung erlangt habe, um sich mit Erfolg einer Berufswissenschaft widmen zu können.

§ 3. Die Maturitätsprüfung wird alljährlich ordentlicher Weise im Verlaufe der zwei letzten Wochen des Schuljahres gehalten und ersetzt so die Jahresprüfung des zweiten Lyzealkurses.

Dieselbe wird jeweilen öffentlich ausgeschrieben; die Bewerber hiesiger Anstalt haben ihre Anmeldungen mit Angabe des von ihnen gewählten wissenschaftlichen Berufes, unter Beilage der Studien- und Sittenzeugnisse, wenigstens acht Tage vor der Prüfung dem Erziehungsrate einzureichen.

Solche Schüler, welche, ohne an der hiesigen Anstalt zu studiren, an der ordentlichen Maturitätsprüfung derselben teilnehmeu wollen, haben ihre Anmeldung jeweilen bis längstens Ende Juni zu machen und hiebei Fr. 30 zu erlegen.

Allfällige Begehren für Abhaltung einer ausserordentlichen Prüfung sind der nämlichen Behörde einzureichen.

§ 4. Die Fächer, aus denen, zum Teil bloss mündlich, zum Teil aber mündlich und schriftlich geprüft wird, sind: deutsche, lateinische, griechische (für letztere eventuell englische oder italienische) und französische Sprache, Philosophie, Geschichte und Geographie, Mathematik, Physik, Chemie und Naturgeschichte.

§ 5. Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf deutsche, lateinische und französische, eventuell italienische oder englische Sprache, und auf Mathematik. Für dieselbe werden in den einzelnen Fächern folgende Anforderungen gestellt:

a. Deutsche Sprache: Vorgelegt wird ein im Kreise der Gymnasial- und Lyzealstudien liegendes historisches, naturhistorisches oder literarisches Thema. Der Examinand soll dasselbe richtig auffassen, den Stoff mit einiger Vollständigkeit in den Hauptsachen beherrschen, logisch und sachgemäss disponiren und in richtiger, klarer und angemessener Sprache behandeln.

b. Lateinische Sprache: Für die Abfassung eines lateinischen Aufsatzes wird ein Stoff gewählt, der im Gesichtskreise der Schüler liegt und dessen Behandlung keine besondere Vorarbeiten erfordert. Statt eines freien lateinischen Aufsatzes kann auch die Übersetzung eines deutschen, vom lateinischen Ausdrucke sich nicht zu sehr entfernenden Textes gefordert werden. Diese schriftliche Arbeit soll vom Examinanden mit einiger Gewandtheit, ohne wesentlichen Verstoss gegen die Grammatik, sowie ohne grobe Germanismen abgefasst werden.

c. Französische Sprache: Übersetzung eines zusammenhängenden Stückes aus dem Deutschen. Bei der Beurteilung der Arbeit ist besonders auf die Vokabelkenntnis, die Sicherheit in der Formen- und Satzlehre und die Vermeidung von Germanismen zu achten.

d. Englische oder italienische Sprache: Übersetzung eines leichtern zusammenhängenden Stückes oder eines Übungsstückes aus dem Deutschen in eine der genannten Sprachen.

e. Mathematik: Der Examinand soll im stande sein, sowohl geometrische als arithmetische Aufgaben, erstere aus dem Gebiete der Planimetrie, Stereometrie, ebenen Trigonometrie und elementaren Astronomie, die arithmetischen aus der Lehre von den Gleichungen zweiten Grades und Progressionen zu lösen.

§ 6. Für jede schriftliche Arbeit werden vom Fachlehrer zwei oder drei Aufgaben vorgeschlagen, von welchen der Präsident der Prüfungskommission eine auswählt. Alle zugleich zu Prüfenden erhalten die nämlichen Aufgaben und jede derselben erst in dem Augenblicke, in welchem ihre Bearbeitung beginnen soll. Hiebei sind ihnen keine andere Hülfsmittel als die mathematischen Tafeln zu gestatten. Die Benutzung unerlaubter Hülfsmittel wird mit sofortiger Zurückweisung von der Prüfung bestraft. Hievon sind die Kandidaten jedesmal vor Beginn der Prüfung in Kenntnis zu setzen.

Die Schüler haben eine jede Arbeit — ohne sie zu verlassen — in einer von der Prüfungskommission bestimmten Zeit zu verfertigen, unter beständiger, in bestimmter Folge wechselnder Aufsicht eines Mitgliedes der Prüfungskommission. Jeder Aufseher wird in einem besondern Verzeichnisse bemerken, in welcher Zeit und bei welchem Gegenstande er die Aufsicht geführt, sowie wann jeder Examinand die aufgegebene Arbeit beendigt hat. Wer nach Ablauf der vorgeschriebenen Zeit mit der Arbeit noch nicht fertig ist, muss dieselbe unvollendet abliefern.

§ 7. Die schriftlichen Arbeiten werden von den betreffenden Examinatoren durchgesehen und mit Rücksicht auf die an den Abiturienten im allgemeinen zu stellenden Forderungen beurteilt. Gehört die Arbeit einem Schüler der hiesigen Anstalt an, so sollen, wenn es nötig erscheint, die bisherigen Leistungen des Schülers in dem mündlichen Gutachten des betreffenden Examinators Erwähnung finden. Die übrigen Examinatoren können von der Arbeit Einsicht nehmen.

§ 8. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf alle in § 4 bezeichneten Fächer. Sie dauert für den einzelnen Prüfling in einem einzelnen Fache in der Regel 10 bis 15 Minuten und soll womöglich auf mehrere Teile des letztern ausgedehnt werden. Ihre Leitung steht dem Lehrer des betreffenden Faches zu, jedoch bleibt es dem Präsidenten unbenommen, selbst auch Fragen zu stellen.

Die mündliche Prüfung ist öffentlich.

§ 9. Für die mündliche Prüfung werden in den einzelnen Fächern folgende Anforderungen gestellt:

a. Deutsche Sprache: Kenntnis der Haupterscheinungen der deutschen Literatur. Fähigkeit, die deutsche Sprache in zusammenhängender Rede grammatikalisch richtig und stilistisch gewandt zu handhaben.

b. Lateinische Sprache: Der Examinand soll im stande sein, eine Stelle aus einem am Lyzeum gelesenen Klassiker mit Gewandtheit ins Deutsche zu übertragen. Der Examinator ist zudem befugt, ihm eine leichtere Stelle aus einem beliebigen andern Autor zur Übersetzung vorzulegen. Der Examinand soll die Geschichte der römischen Literatur im Abriss kennen. Über die am Lyzeum gelesenen Klassiker soll er eingehende literarische, sowie auch sachliche Kenntnisse aufweisen.

c. Griechische Sprache: In betreff derselben gelten, mit der Ausnahme, dass an Stelle der römischen die griechische Literaturgeschichte tritt, die gleichen Anforderungen wie bezüglich der lateinischen Sprache.

d. Französische Sprache: Der Examinand soll ohne Vorbereitung und mit einiger Geläufigkeit französische Prosa oder Poesie ins Deutsche übertragen können, sowie ziemliche Fertigkeit im mündlichen Ausdrucke beweisen.

e. Englische oder italienische Sprache: Der Examinand soll im stande sein, korrekt und mit Verständnis englische oder italienische Prosa zu lesen und bereits behandelte oder leichtere noch nicht behandelte Stücke ins Deutsche zu übersetzen.

f. Philosophie: Logik, Anthropologie, Geschichte der Philosophie.

g. Geschichte und Geographie: Übersichtliche Kenntnis der allgemeinen Geschichte des Altertums, des Mittelalters und der Neuzeit und genauere Kenntnis der vaterländischen Geschichte; physikalische und politische Geographie.

h. Mathematik: Dasselbe Gebiet wie bei der schriftlichen Prüfung; des weitern Kenntnis des binomischen Lehrsatzes mit ganzen Exponenten, der Hauptsätze der sphärischen Trigonometrie und der analytischen Geometrie der Ebene.

i. Physik: Kenntnis desjenigen Lehrstoffes, der am Lyzeum behandelt wird: die allgemeinen Eigenschaften der Körper, die Mechanik der festen, flüssigen und luftförmigen Körper, Akustik, Optik, Wärmelehre, Magnetismus und Elektrizität.

k. Chemie: Grundgesetze der Chemie; die wichtigsten einfachen Körper und unorganischen und organischen Verbindungen.

l. Naturgeschichte: Allgemeine Kenntnis des menschlichen Körpers; Kenntnis der Haupttypen des Tierreiches; Kenntnis der Organe der höheren Pflanzen, der wichtigsten Pflanzenfamilien des natürlichen Systems; Kenntnis der wichtigsten Mineralien.

§ 10. Unmittelbar nach Schluss der Prüfung tritt die gesamte Prüfungskommission zusammen, um in freiester Weise über die zu erteilenden Noten zu beraten, wobei der Gesamteindruck der Prüfung und der bisherigen Leistungen eines jeden Abiturienten mit in Betracht gezogen werden darf. Darauf geben die Examinatoren, jeder in seinem Fache, jedem der Maturanden eine Note nach der Skala 6 (beste) bis 1 (geringste); in denjenigen Fächern, in welchen mündlich und schriftlich geprüft worden ist, wird nur eine Note erteilt.

Nachher erstattet die Prüfungskommission dem Erziehungsrate einen von dessen Kanzlei in ein besonderes Protokoll einzutragenden schriftlichen Bericht, in welchem enthalten sein sollen:

1. Familien- und Personenname und Heimatsort jedes einzelnen Maturanden (in alphabetischer Reihenfolge), für Schüler des hiesigen Lyzeums ausserdem eine Zensur über Fleiss und Betragen während des Aufenthaltes an demselben.
2. Angabe der bei der Prüfung gestellten schriftlichen Aufgaben.
3. Prüfungsnote in jedem einzelnen Fache.
4. Antrag, welchen Prüflingen ein Maturitätszeugnis auszustellen sei und welchen nicht, und wenn ja, mit welcher Note.
5. Allfällige Bemerkungen über einzelne Maturanden u. drgl.

§ 11. Bei der Festsetzung der Maturitätsnoten erhält ein Maturand:

A. Die Note I (sehr gut), wenn *a.* die Durchschnittsnote sämtlicher Fächer nicht unter 5,5 und *b.* keine einzelne Fachnote unter 4 sinkt.

B. Die Note II (gut), wenn *a.* die Durchschnittsnote nicht unter 4,8 und *b.* keine einzelne Fachnote unter 3 sinkt.

C. Die Note III (genügend), wenn *a.* die Durchschnittsnote nicht unter 4 und *b.* keine einzelne Fachnote unter 2 sinkt.

Wer nicht zum mindesten die Maturitätsnote III erhält, wird nicht als matur erklärt.

§ 12. Das Maturitätszeugnis soll enthalten: *a.* die Noten der einzelnen Fächer; *b.* die Gesamtmaturitätsnote; *c.* — bei den Schülern des hiesigen Lyzeums — eine Zensur über den Fleiss und das Betragen während der betreffenden Studienzeit.

§ 13. Wenn ein Examinand den im § 11 gestellten Anforderungen nicht entspricht, wird beim Erziehungsrate auf Nichterteilung des Maturitätszeugnisses angetragen.

Dem Examinanden kann im Falle der Nichterteilung des Maturitätszeugnisses vom Erziehungsrat gestattet werden, in den Fächern mit einer unter 4 sinkenden Prüfungsnote binnen Jahresfrist eine Ergänzungsprüfung zu bestehen, zu welcher er sich unter Entrichtung einer Gebühr von Fr. 10 für jedes einzelne der betreffenden Prüfungsfächer rechtzeitig bei genannter Behörde anzumelden hat.

Eine dritte Prüfung wird nicht gestattet.

§ 14. Der Erziehungsrat bezeichnet aus den Professoren des Gymnasiums und Lyzeums die nötige Zahl Mitglieder der Prüfungskommission. Präsident derselben ist ein Mitglied des Erziehungsrates oder ein Delegirter desselben.

§ 15. Die Prüfungskommission versammelt sich auf die Einladung ihres Präsidenten. Für eine ausserordentliche Prüfung erhält jedes Mitglied eine Entschädigung von Fr. 6. Die daherigen Kosten fallen zu Lasten des oder der betreffenden Maturanden und sind gleich bei der Anmeldung (§ 3) zu deponiren.

§ 16. Dieses Reglement tritt sofort in Wirksamkeit. Die nach Massgabe bisheriger Verordnungen ausgestellten Maturitätszeugnisse verbleiben in Kraft.

Wer, ohne im Besitze eines solchen Zeugnisses zu sein, ein Berufsstudium bereits angetreten hat, soll die Maturitätsprüfung nach Anleitung des § 2 nachholen, wenn für Bestehung der Staatsprüfung ein Maturitätszeugnis notwendig ist.

§ 17. Durch vorstehendes Reglement, welches in die Sammlung der Verordnungen aufgenommen und urschriftlich ins Staatsarchiv niedergelegt werden soll, werden das Regulativ über Maturitätsprüfungen vom 3. September 1875, sowie die §§ 54 bis 74 der zum Erziehungsgesetz vom 26. September 1879 erlassenen Vollziehungsverordnung vom 22. November 1880 aufgehoben.

---

33. 7. Règlement relatif au certificat de maturité avec programme du dit examen. (Arrêté du Conseil d'Etat du canton du Valais du 13 Juin 1890.)

Dispositions générales. Art. 1er. Pour obtenir le certificat de *Maturité,* deux examens, distincts en règle générale, sont nécessaires: le premier a lieu après la seconde rhétorique dans chaque collége de l'Etat; le deuxième, après les deux années du Lycée, à Sion.

Art. 2. Les examens ont lieu à la fin de l'année scolaire. Une seconde session pourra avoir lieu à l'ouverture de chaque collége pour les élèves qui auraient échoué à la première session.

Art. 3. La première session est gratuite: la seconde est à la charge des élèves. Cependant les frais pour chaque élève ne devront pas dépasser la somme de fr. 20.

Art. 4. La commission des examens se compose de membres du conseil de l'Instruction publique; elle est présidée par le Préfet des études. Des professeurs ou autres personnes compétentes, désignées chaque fois par le Chef du Département de l'Instruction publique, feront aussi partie de la commission.

Art. 5. Les épreuves sont, les unes écrites, les autres orales.

Epreuves écrites. Art. 6. Les épreuves écrites du premier examen comprennent: *a.* Une composition de langue maternelle. *b.* Une composition latine. *c.* Une version grecque. *d.* Une composition de mathématiques. *e.* Un thème allemand pour les candidats de langue française, et un thème français pour les candidats de langue allemande.

Art. 7. Il est accordé: *a.* Deux heures pour la composition de langue maternelle. *b.* Une heure et demie pour la composition latine. *c.* Une heure et demie pour la composition de mathématiques. *d.* Une heure pour la version grecque. *e.* Une heure pour le thème allemand ou français.

Art. 8. Les épreuves écrites du second examen comprennent: *a.* Une dissertation latine sur un sujet de philosophie. *b.* Une composition de sciences (physique et chimie). *c.* Une composition de mathématiques. *d.* Un thème allemand pour les candidats de langue française, et un thème français pour les candidats de langue allemande.

Art. 9. Il est accordé: *a.* Deux heures pour la dissertation latine. *b.* Deux heures pour la composition de sciences. *c.* Deux heures pour la composition de mathématiques. *d.* Une heure pour le thème allemand ou français.

Art. 10. Les candidats ne pourront se servir d'aucun livre, si ce n'est d'un dictionnaire grec et d'une table de logarithmes.

Art. 11. Un membre de la commission dicte les sujets sans commentaire et surveille les candidats.

Art. 12. Il est interdit aux candidats de quitter la salle de l'examen pendant le temps assigné à chaque composition, ainsi que de communiquer entre eux.

Art. 13. Les compositions, corrigées chacune par un membre de la commission, sont jugées ensuite par la commission tout entière, qui décide quels sont les élèves admis à subir épreuves orales.

Epreuves orales. Art. 14. Les épreuves orales sont publiques.

Art. 15. Les épreuves orales du premier examen comprennent les matières suivantes: *a.* Instruction religieuse. *b.* Langue maternelle. *c.* Langue latine. *d.* Langue grecque. *e.* Langue allemande pour les candidats de langue française, et langue française pour les candidats de langue allemande. *f.* Mathématiques. *g.* Histoire et géographie. *h.* Histoire naturelle.

Art. 16. Les épreuves orales du second examen sont: *a.* Philosophie. *b.* Physique. *c.* Chimie. *d.* Mathématiques. *e.* Histoire de la littérature grecque, avec traduction d'un poète et d'un prosateur grecs. *f.* Histoire de la littérature latine, avec traduction d'un prosateur et d'un poète latins. *g.* Histoire de la littérature française pour les candidats de langue française, et de la littérature allemande pour les candidats de langue allemande. *h.* Histoire contemporaine. *i.* Histoire naturelle.

Art. 17. La durée des épreuves orales est d'une heure pour chaque candidat.

Art. 18. Chaque matière marquée par une lettre alphabétique et appréciée de la manière suivante:

10 et 9 = très-bien. 8 et 7 = bien. 6 = suffisant. 5 et 4 = insuffisant. 3 et 2 = mal, 1 = très-mal.

Art. 19. La note des épreuves écrites sur une branche se combine avec celle des épreuves orales sur la même branche.

Art. 20. Les épreuves écrites valent le double des épreuves orales sur la même branche.

Admission et ajournement. Art. 21. Pour être admis aux épreuves orales, le candidat doit obtenir au moins la note moyenne 6 pour les épreuves écrites.

Art. 22. Pour être admis à fréquenter le cours de philosophie comme élève régulier, la candidat doit obtenir au moins la note moyenne 6 aux épreuves du premier examen.

Arr. 23. Pour avoir droit au certificat de Maturité, le candidat doit obtenir la note moyenne 6 aux épreuves orales et écrites des deux examens.

Art. 24. La note 1 (très-mal) sur une branche quelconque, soit du premier, soit du deuxième examen, entraîne l'ajournement.

Art. 25. L'ajournement est encore prononcé, quelle que soit la note moyenne, lorsque la note 2 ou 3 (mal) est attribuée à deux branches principales,

Art. 26. Le candidat ajourné doit refaire l'examen sur toutes les branches.

Premier Examen après la II. Rhétorique.

1° Langue maternelle.

a. Une composition. *b.* Préceptes de littérature et de rhétorique. *c.* Etude d'auteurs classiques.

2° Langue étrangère.

A. *Pour les candidats de langue française. a.* Un thème allemand. *b.* Grammaire allemande tout entière. *c.* Traduction orale d'un auteur allemand.

B. *Pour les candidats de langue allemande. a.* Un thème français. *b.* Grammaire française tout entière. *c.* Traduction orale d'un auteur français.

3° Langue latine.

a. Une composition. *b.* Traduction et explication d'un prosateur et d'un poète latins. (Voir le programme des études.)

4° Langue grecque.

a. Une version grecque. *b.* Grammaire grecque. *c.* Traduction et explication d'un prosateur et d'un poète grecs.

5° Mathématiques.

A. *Algèbre.* Revue générale des quatre opérations. — Fractions. — Equations du premier degré à une et à plusieurs inconnues. — Des quantités négatives.

Carré d'un nombre composé de dizaines et d'unités. — Carré d'un produit, d'un monôme, d'un trinôme, d'une fraction. — Calcul des radicaux. — Quatre opérations appliquées aux radicaux. — Réduction au même exposant. — Résolution de l'équation du 2me degré. — Propriété d'un trinôme.

B. *Geometrie plane.* Angles. — Polygones. — Triangles; cas d'égalité. — Principales propriétés des perpendiculaires et obliques. — Triangle, rectangle, bissectrice. — Lieu géométrique. — Théorie des parallèles. — Somme des angles d'un triangle et des angles d'un polygone. — Parallélogrammes.

Définition de la circonférence du cercle. — Intersections. — Contact. — Cordes et arcs. — Cordes par rapport au centre. — Sécantes. — Tangentes. — Positions relatives de deux circonférences. — Angle au centre. — Angles inscrits.

Lignes proportionnelles. — Similitude des polygones. — Triangles semblables. — Relations entre les côtés d'un triangle rectangle, triangles quelconques. — Propriétés des cordes tangentes et sécantes partant d'un même point. — Quatrième proportionnelle. — Moyenne proportionnelle. — Moyenne extrême raison. — Tangentes communes à 2 circonférences. — Polygones semblables. — Polygones réguliers. — Pentagone, hexagone, carré, décagone. — Inscrire et circonscrire un polygone régulier. — Calcul de π.

Mesure des aires. — Carré et rectangle construits sur la somme ou la différence de deux lignes. — Carré de l'hypoténuse. — Aire des polygones réguliers. — Du cercle et des portions du cercle. — Rapport des aires de deux figures semblables. — Surface du triangle équilatéral. — Hexagone, triangle en fonctions de ces côtés. — Construction des figures équivalentes.

6° Histoire.

A. *Histoire ancienne. La Grèce.* Sparte. — Athènes. — Guerres médiques. — Guerre du Péloponèse. — Traité d'Antalcidas. — Suprématie de Thèbes. — Philippe de Macédoine. — Alexandre-le-Grand. — (Ligues achéenne et étolienne.) — Intervention des Romains.

Rome. La royauté. — Etablissement de la République. — Luttes pour l'égalité politique. — Conquête de l'Italie. — Guerres puniques. — Les Gracques. — Marius et Sylla. — Pompée. — Jules-César. — Octave-Auguste. — Etablissement de l'Empire. — Tibère et Néron. — Constantin-le-Grand. — Julien l'apostat. — Théodose-le-Grand.

B. *Moyen âge.* Invasion des Barbares. — Les Mérovingiens et les Carlovingiens. — L'Eglise et les premiers conciles. — Mahomet et les Califes. — Photius et l'Eglise grecque.

Démembrement des Etats de Charlemagne. — L'empire romain-germanique. — Querelle des investitures.

Avènement des Capétiens. — La société féodale. — Les communes. — St-Louis. — Philippe-le-Bel.

Les croisades; leurs résultats.

Guillaume-le-Conquérant. — Jean-sans-Terre. — La grande charte des libertés.

Les Hohenstauffen. — Rodolphe de Habsbourg. — Les Valois. — Guerre de cent ans.

Le grand schisme d'occident; conciles de Constance et de Bâle.

Etat politique de l'Espagne et de l'Italie au commencement du XVe siècle.

Fin de l'empire grec.

C. *Histoire moderne.* Mahomet II. — Guerre des deux Roses. — Ferdinand et Isabelle. — L'Inquisition. — Louis XI. — Charles VIII et Louis XII. — Découvertes géographiques. — La réformation. — Charles-Quint et François Ier. — Soliman-le-Magnifique. — La réforme catholique.

L'Angleterre depuis Henri VIII à l'avènement de Georges Ier. — Guerres de religion en France. — Henri IV.

Philippe II.

Guerre de Trente ans. — Richelieu et Mazarin. — Louis XIV.

Charles XII. — Pierre-le-Grand. — Catherine II. — Frédéric II. — Marie-Thérése. — Partage de la Pologne. — Joseph II. — Louis XV. — Guerre de Sept ans.

Etats-Unis de l'Amérique du Nord.

D. *Histoire de la Suisse.* Peuples primitifs. — Domination romaine. — Invasion des Barbares. — Premier et second royaume de Bourgogne. — Propagation du christianisme. — Les Zæhringen, — Rodolphe de Habsbourg. — L'empereur Albert; les baillis. — Alliance des Waldstætten. — Morgarten. — Laupen. — Sempach et Næfels. — Développement de l'alliance. — Combats de Valaisans pour l'indépendance. — Guerre de Bourgogne. — Guerre d'Italie; Arbedo, Giornico, Pavie, Novarre, Marignan. — Le cardinal Schinner. — La réforme dans la Suisse allemande et française.

Chute de la Confédération des 13 cantons. — République helvétique. — Acte de médiation. — La restauration. — Troubles en 1830 et en 1844. — Guerre du Sonderbund.

7° Géographie.

1. *Europe. a.* Etude générale. — Bornes et superficie; mers, lacs, fleuves, rivières principales, îles, montagnes, description des côtes. *b.* Etude détaillée de chaque Etat de l'Europe et de la Suisse en particulier; frontières; divisions principales; capitales et villes les plus remarquables; population; races, langues, religions. Productions les plus importantes.

2. *Afrique, Asie, Amérique, Océanie.* Principaux Etats. — Frontières. — Mers, lacs, fleuves, îles, montagnes. — Capitales et villes les plus remarquables. — Population, langues, réligions. — Productions les plus importantes. — Colonies européenes.

8° Histoire naturelle.

a. Histologie (ou étude des organes simples). Cellules, tissus, fibres, vaisseaux. *b.* Morphologie (ou étude des organes composés). Racines, tiges, feuilles, fleurs et fruits. *c.* Physiologie (ou étude de la vie des plantes). Phénomènes généraux; nutrition et fécondation. *d.* Classification de Linné et classifications naturelles.

Second examen après la classe de Physique.

1° Philosophie.

Ex *Criteriologia.* De veritate, certitudine, evidentia, veri singulis criteriis

Ex *Dialectica.* De idea, termino, judicio, propositione, ratiocinio, argumento, sophismatibus.

Ex *Methodologia.* De initio methodi ac termino.

Ex *Anthropologia.* De potentiis animæ, earum principio, objecto ac numero. De vita ejusque gradibus. De sensationis subjecto ac genesi. De intellectus discrimine a sensu, objecto, idearum origine, earumque universalitate ac objectivitate. De principiis hominem constituentibus eorumque unionis modo. De animæ unitate, simplicitate, spiritualitate et immortalitate.

Ex *Ontologia.* De ente, actu et potentia, essentia ac existentia. De finito ac infinito et utriusque notionis origine in animo nostro. De substantia completa et incompleta. De persona. De quantitate, spatio, tempore. De actione, passione, principio, causa et causarum variis speciebus.

Ex *Cosmologia.* De mundi origine, fine et ordine. De possibilitate ordinis supernaturalis. De corporum constitutione. De vita plantarum earumque principio vitali. De belluinæ animæ natura, origine ac exitu.

Ex *Theodicea.* De Dei notione; existentia, perfectione relativa et absoluta. unicitate, simplicitate, æternitate, immensitate intelligentia, voluntate, providentia et mundi gubernatione.

Ex *Ethica.* De mortalitate actuum humanorum. De normis quibus actus humanus subjicitur. De actus moralis imputatione. De jure et officio in universum. De officiis hominis erga Deum. De libertate prœli, conscientiæ et cultuum. De societatis civilis origine, fine, nexu cum religione. De suprema auctoritate, ejusque subjecto in societate civili.

Ex *tractatu de vera religione: a. parte priore.* De definitione religionis. De religione naturali et supernaturali. De criteriis revelationis, maxime de miraculo. *b. Parte posteriore.* De authenticitate, integritate et veritate Evangeliorum. De criteriis proprie dictis revelationis christianæ.

2° Physique.

Notions générales. Matières, corps, molécules, atomes. — Propriété de la matière.

Mécanique. Notions sur les forces, leur mesure. Composition et décomposition des forces, équilibre.

Mouvement rectiligne, curviligne; uniforme, uniformément varié, ses causes; formules y relatives. Proportionnalité des forces aux accélérations. Masse des corps, quantité de mouvement. Force vive, travail, unité de travail.

Théorie et utilité des machines les plus simples: levier, poulie, treuil, roues dentées, plau incliné, vis, coin, transmission du mouvement.

Attraction universelle, ses lois. Pesanteur. Poids des corps. Centre de gravité. Equilibre. Balance. Différents genres de balance. Lois de la chute des corps; vérification par divers appareils. Pendule, ses lois; mesure de l'intensité de la pesanteur par le pendule. Pendule de Foucault. Force centrifique, ses lois.

Hydrostatique. Principe d'égalité de pression dans les fluides. Pression sur le fond des vases. Conséquences et applications au principe de Pascal; équilibre de liquides, vases communicants, presse hydraulique, turbines, niveau d'eau, niveau à bulle d'air. Cours d'eau, jets d'eau. Principe d'Archimède. Poids spécifiques. Divers aréomètres en usage, Capillarité.

Aérostatique. Application des principes de Pascal et d'Archimède aux gaz. Atmosphère, baromètre, ses diverses espèces. Loi de Mariotte. Aérostats. Machine pneumatique. Pompe de compression. Siphon. Pompes.

Acoustique. Cause du son. Propagation. Vitesse. Réflection et réfraction. Intensité. Vibrations, appareils pour la mesure des vibrations. Théorie physique de la musique. Vibrations des cordes, lois; vibration de l'air dans les tuyaux sonores, lois.

Chaleur. Théorie dynamique de la chaleur. Dilatation des corps (thermomètres divers); coefficients de dilatation des corps solides, liquides et gazeux. Pendule compensateur. Fusion. Dissolution. Solidification, Mélanges réfrigérants. Vaporisation. Force élastique des vapeurs; formation des vapeurs dans le vide. Vapeurs saturées. Maximum de tension. Evaporation; froid produit par l'évaporation, ses lois. Ebullition. Distillation. Hygrométrie. Calorimétrie. Conductibilité des corps. Machines à vapeur, chauffage.

Optique. Hypothèses sur la nature de la lumière. Ombre et pénombre. Vitesse de la lumière. Réflexion. Miroirs plans et courbes. Formation des images réelles et virtuelles. Réfraction. Prismes. Lentilles. Dispersion de la lumière, pouvoirs différents des rayons du spectre. Achromatisme; notions sur l'analyse spectrale. Instruments d'optique. Vision. Divers phénomènes se rapportant à la vision.

Magnétisme et électricité. Aimants naturels et artificiels. Poles, aimantation par influence, magnétisme terrestre. Boussoles de déclinaison et d'inclinaison. Lois des actions magnétiques. Procédés d'aimantation. Développement de l'électricité par le frottement. Conductibilité électrique. Electricité positive et néga-

tive. Sources d'électricité. Mesure des forces électriques. Lois de Coulomb. Electrisation par influence. Electroscopes. Machines électriques. Electrophore. Electricité condensée. Bouteille de Leyde. Batterie. Différents effets de l'électricité, statique. Electricité à l'état dynamique. Pile de Volta. Tension électrique. Pôles, électrodes, courant. Modifications de la pile. Théorie chimique de la pile. Force électromotrice. Piles diverses à deux liquides. Effet des courants. Electrolyse, galvanoplastie. Action des courants sur les courants. Courant terrestre. Action des courants sur les aimants. Solénoïdes. Théorie d'Ampère sur le magnétisme. Aimantation par les courants. Mesure de l'intensité des courants. Galvanomètre. Induction électrodynamique. Bobine de Ruhmkorff. Electromagnétisme. Machine magnéto-électrique. Moteurs électriques. Lumière électrique. Télégraphe. Téléphone.

3° Chimie.

Matière, atômes, molécules. Cohésion. Affinité. Corps simples et composés. Lois des proportions définies et multiples. Théorie atomique. Lois de Gay-Lussac sur la combinaison des corps gazeux sous le rapport des volumes. Rapport entre la chaleur spécifique et le poids atomique. Isomorphisme. Nomenclature.

Etude de tous les corps simples à l'exception des corps rares. Etat naturel. Préparation. Propriétés physiques et chimiques. Combinaison des corps simples entre eux.

4° Histoire naturelle.

A. *Minéralogie.* Caractères servant à la détermination des minéraux. Caractères physiques, cristallographiques et chimiques. Description des minéraux (surtout au point de vue suisse et valaisan). Nom du minéral, composition chimique, dureté, poids spécifique. Système crystallin, autres caractères physiques (s'ils sont distinctifs). Réactions chimiques, principalement à la voie sèche. Gisement, usage.

B. *Géologie.* Phénomènes actuels. Phénomènes anciens. Notions sur la pétrographie. Métamorphisme. Fossiles. Epoques géologiques.

C. *Zoologie.* Caractères généraux des animaux. Principaux tissus. Nutrition. Appareil digestif. Digestion. Phénomènes mécaniques et chimiques de la digestion. Circulation. Appareil circulatoire sanguin. Mécanisme de la circulation. Lymphe et circulation lymphatique. Respiration; phénomènes mécaniques et physiques de la respiration. Branchies, trachées, chaleur animale.

Appareils d'élimination; glandes.

Squelette; os; muscles. Système nerveux; mœlle, épinière, nerfs.

Sens: tact, goût, odorat, ouïe, vue.

Notions de classification. Etude des principaux ordres.

5° Mathématiques.

A. *Algèbre.* Représentation géométrique des variations du trinôme du 2me degré. Equations reductibles du 2me degré; équations réciproques, équations binômes, trinômes, irrationnelles. Système d'équation du 2me degré à 2 inconnues. Maximum, minimum; méthode directe et indirecte. Progressions arithmétiques et géométriques. Logarithmes. Annuités.

B. *Géométrie dans l'espace.* Perpendiculaires et obliques à un plan. Parallélisme des droites et des plans. Angles dièdres. Notions sur les angles dièdres et polyèdres.

Polyèdres. Mesure de volume. Parallélipipèdes. Volume des prismes. Pyramides. Symétrie. Polyèdres semblables.

Cylindre. Cône. Tronc de cône. Surface et volumes. Sphère. Sections planes. Grands et petits cercles. Pôles. Plan tangent. Surface. Volume. Notions sur les figures sphériques.

Ellipse: Surfaces. Hyperbole: Axes. Sommets. Asymptote. Parabole: Définitions, axe, sommets, rayons vecteurs. Hélice: définitions, pas de l'hélice, tangente et sous-tangente.

C. *Trigonométrie rectiligne.* Définitions et formules générales. Tables. Résolutions des triangles: triangles rectangles, triangles quelconques. Application à l'arpentage.

6° Histoire contemporaine.

Causes éloignées de la Révolution française. Etat politique et religieux de l'Europe à l'époque de la Révolution. Etat de la France avant la Révolution: l'ancien régime, la Cour et le Parlement; la législation; les impôts; l'armée; les trois ordres; privilèges de la noblesse.

Premières réformes de Louis XVI. Election des députés aux Etats généraux. Rédaction des cahiers. Ouverture des Etats généraux.

Assemblée constituante. Serment du Jeu de paume. Prise de la Bastille. Séance du 4 août. Journées des 5 et 6 octobre. Fête de la Fédération. Emigration. Fuite du roi. Déclaration des droits. Constitution civile du clergé. Le serment. Le comtat venaissin.

Assemblées législative. Journées du 20 juin et du 10 août. Massacres de septembre. Campagne de 1792.

Convention nationale. Chute de la royauté. La Commune de Paris. Girondins et Montagnards. Procès et mort de Louis XVI. Le comité du Salut public. Proscription et supplice des Girondins. La Terreur. Le culte de la raison. Journée du 9 Thermidor.

Première coalition. Campagnes de 1793, 1794 et 1795. Guerre de Vendée. Constitution de l'an III.

Le Directoire. Journée du 18 fructidor. Mesures financières. Campagne de 1796 en Italie et en Allemagne. Traité de Campo-Formio. Congrès de Rastadt. Guerre contre le Saint-Siége.

Expédition d'Egypte. Deuxième coalition. Campagne de 1799. Captivité de Pie VI. Le 18 brumaire.

Le Consulat. Constitution de l'an VIII. Le Concordat; les articles organiques.

Campagne de 1800. Paix de Lunéville et d'Amiens. Consulat à vie. L'empire. Constitution impériale. Sénat; haute Cour. Le Sacre. L'Université.

Caractère de la politique extérieure. Le royaume d'Italie; Essling et Wagram. Guerre de 1804 à 1809: Austerlitz, Jena, Friedland. Traités de Pressbourg de Tilsit et de Vienne. Création d'Etats feudataires. Blocus continental. Guerre d'Espagne. Perte de l'Espagne.

L'Europe en 1808. Difficultés religieuses. Pie VII. Campagnes de Russie, d'Allemagne et de France. Chute de l'empire. La Restauration. Charte de 1814. Traité de Paris.

Les cent-jours. Congrès de Vienne. Traités de 1815. L'Europe en 1815. La Sainte-alliance. Règne de Louis XVIII. La Terreur blanche. Le régime parlementaire. Assassinat du duc de Berry. Les sociétés secrètes. Les universités allemandes. Le carbonarisme. Mouvements révolutionnaires en Espagne, en Portugal, en Italie. Intervention de l'Autriche en Italie. Le Congrès de Vérône. Intervention de la France en Espagne. Mort de Louis XVIII.

Règne de Charles X. Les partis. Chute du ministère Villèle. Expédition d'Algérie. Les ordonnances. Révolution de juillet. Jugement sur la Restauration.

Evènements extérieurs. Politique extérieure de l'Angleterre. Emancipation des catholiques. Le Zollverein en Allemagne. Affranchissement de la Grèce. Navarin. Traités d'Andrinople. Emancipations des colonies espagnoles. Le Brésil.

Louis-Philippe. Emeutes à Paris et à Lyon. Le gouvernement parlementaire. Tentative de la duchesse de Berry. Tentatives de Louis-Napoléon. Lois d'apanage et de régence. Liberté d'enseignement. La campagne réformiste. Révolution de Février.

Caractère de la politique extérieure de Louis-Philippe. Intervention en Belgique. Insurrection en Pologne. Mouvements libéraux en Suisse, en Allemagne, en Italie. Occupation d'Ancône.

Etablissement du régime constitutionnel en Espagne et en Portugal. La quadruple alliance. Les mariages espagnols. Abd-el-Kader.

Question d'Orient. Le sultan Mahmoud. Méhemet-Ali. Guerre entre le sultan et Méhemet-Ali. Intervention européenne. Progrès des Russes et des Anglais en Asie.

Angleterre. Robert Peel. Cromwel. Progrès du catholicisme. L'Allemagne et l'Italie de 1830 à 1848.

La régence. La république de 1848. L'assemblée constituante. Les journées de juin. L'élection présidentielle.

Mouvements de 1848 en Autriche et en Prusse. Parlements de Francfort et d'Erfurt. La grande et la petite Allemagne.

Guerre de Hongrie (1848-1849). Guerre d'Italie (1848-1849).

Evènements de Rome. Question danoise.

L'assemblée législative en France. Lois sur l'enseignement. Coup d'Etat du 2 décembre.

Présidence décennale. Rétablissement de l'empire. Modification de la constitution.

La Russie et l'Allemagne. La Russie et la Pologne. Question des Saints-Lieux. La Russie et la Turquie. Alliance anglo-française. Guerre de Crimée. Congrès de Paris.

Guerre d'Italie (1859). Traité de Zurich. Annexion de Nice et de la Savoie. Création du royaume d'Italie. Convention de septembre.

Affaires d'Amérique. Progrès des Etats-Unis. La constitution. Guerre de sécession.

Expédition des Français au Mexique. Maximilian Ier.

Guerre d'Abyssinie. Le roi Théodore.

Guerre de Schleswig-Holstein. Guerre austro-prussienne. Dissolution de la Confédération germanique.

Révolution d'Espagne. Le roi Amédée. La république. Alphonse XII.

La question romaine. Mentana.

Guerre franco-prussienne. Chute du second empire. Sédan. Jugement sur l'empire. Siège et capitulation de Paris. La Commune de Paris. Traité de Francfort.

Le concile. Le kulturkampf. Création de l'empire allemand.

Guerre turco-russe. Congrès de Berlin.

7° Histoire de la littérature grecque.

Auteurs païens. *Poètes:* Homère, Hésiode. Pindare. Eschyle. Sophocle. Euripide.

Prosateurs: Aristote. Platon. Hérodote. Thucydide. Xénophon. Démosthènes. Plutarque.

Auteurs chrétiens. St-Basile. St-Grégoire de Naziance. St-Jean Chrysostôme. Textes à traduire.

8° Littérature latine.

Auteurs païens. *Poètes:* Plaute. Térence. Lucrèce. Horace. Virgile. Ovide. Phèdre. Lucain. Martial. Juvénal.

Prosateurs: Cicéron. César. Salluste. Cornélius Népos. Tite-Live. Les Sénèques. Quintilien. Tacite. Pline-le-Jeune.

Auteurs chrétiens. *Prosateurs:* Tertullien. Saint-Cyprien. Lactance. Minucius Félix. St-Ambroise. St-Jérôme. St-Augustin. St-Grégoire-le-Grand.

Poètes: Juvencus. St-Hilaire de Poitiers. St-Paulin de Nôle. Prudence. Fortunat. — Textes à traduire.

9° Littérature française.

Formation de la langue française. Langue d'oc et langue d'oil. Troubadours et trouvères. Poètes du XVe siècle: Charles d'Orléans. Villon. Prosateurs avant le XVIe siècle: Villehardouin. Joinville. Froissard. Philippe de Commines.

XVIe siècle. La Renaissance. *Prosateurs:* Rabelais. Amyot. Montaigne. St-François de Sales, la satire Ménippée.

Poètes: Marot. Ronsard et la pléiade. Régnier. Malherbe.

XVII^e siècle. Idée générale de la littérature au XVII^e siècle. Hôtel de Rambouillet. Port-Royal. Académie française. — *Prosateurs:* Balzac. Voiture. Descartes. Pascal. Bossuet. Bourdaloue. Fléchier. Fénelon. Massillon. M^me de Sévigné. La Bruyère. Saint-Simon.

Poètes: Boileau. Corneille. Racine. Molière. La Fontaine.

XVIII^e siècle. Caractère de la littérature au XVIII^e siècle. *Prosateurs:* Voltaire. Montesquieu. J.-J. Rousseau. Buffon. Beaumarchais. Mirabeau.

Poètes: Voltaire. J.-B. Rousseau. André Chénier. Gresset. L'abbé Delille.

XIX^e siècle. Prosateurs: Châteaubriand. J. de Maistre. Thiers. Béranger. Villemain. Lacordaire. Montalembert. Louis Veuillot. Mgr. Dupanloup.

Poètes: Ecole classique et école romantique. Lamartine. V. Hugo. Béranger. A. de Musset.

10° Littérature allemande.

Bildung und Entwicklung der deutschen Sprache und Schrift.

Erste Periode. (Von der Urzeit bis 1150.) Heidnische und christliche Dichter: Älteste Sagen. (Hildebrandslied, Wessobrunner Gebet, Muspilli.) Ulfila's Bibelübersetzung und der sachsische Heliand.

Zweite Periode. (Vorfrühling der deutschen Poesie 1150—1190.) Konrad v. Fussesbrunn. Das Annolied. Kaiserchronik. Reinhard der Fuchs (v. Heinrich dem Glichesäre). Rolandslied (v. Pfaffen Chunrat). Alexanderlied (v. Pfaffen Lambrecht).

Dritte Periode. Deutsche Poesie in voller Blüte, 1190—1300. (Dichter aus dem Ritterstande.) Nibelungen und Gudrunlied. Arius und Gralsage. Hartmann von der Aue. Wolfram v. Eschenbach. Gottfried v. Strassburg. Minnesänger: Walther von der Vogelweide.

Vierte Periode. (Verfall der deutschen Poesie 1300—1500.) Dichter aus dem Meisterstande: Schmied Regenbogen, Hans Rosenblüt, Hans Folz, Hans Sachs. — Das deutsche Passionsspiel.

Fünfte Periode. (Verwilderung der deutschen Poesie, von 1500—1618.) Volksbücher: Der ewige Jude, Faust, Lalenbuch und Schildburger. — Das katholische und protestantische Kirchenlied.

Sechste Periode. (Die deutsche Poesie unter geistiger Fremdherrschaft, von 1618—1748.) Die Opitz'sche Schule. Die Schule von Gottsched. — Vorboten der Besserung: Bodmer, Breitinger, Albrecht v. Haller, Gleim, Ewald v. Kleist etc.

Siebente Periode. (Klassische Poesie der Deutschen, von 1748 bis 1832.) Klopstock, Lessing, Wieland, Herder, Gœthe. Schiller. — Humoristen: Jean Paul. — Romantiker: Novalis, Gebrüder Schlegel, Tieck, Börner, Arndt, von Görres, von Arnim, Brentano, Kleist, von Eichendorf, Uhland, Kerner, Schwab, Rückert, Voss, von Platten, Pyrker, Musäus, Seume.

Achte Periode. (Poesie der allgemeinen Bildung.) Das junge Deutschland: H. Heine etc. — Politisch-revolutionäre Dichter: Herwegh, Fallersleben, Freiligrath etc. — Oesterreichische Dichter: Zedlitz, Lenau, Grün etc. — Dichter neuerer Bestrebungen: Kopisch, Mosen, Scheffel, Auerbacher, Simrock, Gotthelf, Alban Stolz etc. — Positiv christliche Dichter: Redwitz, Görres, Bolanden, Geibel, v. Schmid, Weber, Kolping, P. Gall Morel, Diel und Kreiten. — Rückständige Dichter: Jordan, Gottschall, Richard Wagner etc. — Dichter der Mundart: Fritz Reuter, J. G. Seidl. — Dichterinnen: Annette v. Drost-Hülshoff. Ida Hahn-Hahn, Elise Polko etc.

Cours spécial
de mathématiques pour les élèves que se disposent à entrer à l'Ecole polytechnique.

Géométrie. Géométrie dans l'espace, soit stéréométrie. De la droite et du plan. Droites et plans parallèles et perpendiculaires. Angles dièdres. Projections

d'une figure. Trièdres. Angles solides ou polyèdres, Polyèdres. Prisme, pyramide, polyèdres réguliers, tronc de prisme et de pyramide. Des trois corps ronds. Cylindre et tronc de cylindre. Cône et tronc de cône. Sphère. Triangles tétraèdres sphériques. Polyèdres semblables. Courbes usuelles. Ellipse, parabole, hyperbole et hélice.

Géométrie descriptive. Projections octogonales du point et de la droite. Traces de la droite. Vraie grandeur d'une droite. Droites concourantes, parallèles et perpendiculaires. Angle de la droite avec les plans de projection. Représentation du plan. Traces du plan. Droites situées dans un plan. Détermination d'un plan dans différents cas. Droite perpendiculaire à un plan. Plans parallèles. Angles d'un plan avec les plans de projection.

Rabattement d'un plan sur les plans de projection. Intersection de deux plans, d'une droite et d'un plan, de trois plans. Distance d'un point à un plan, d'un point à une droite, de deux plans parallèles. Distance de deux droites non situées dans le même plan. Angle de deux droites, d'une droite et d'un plan, de deux plans. Circonférence; détermination de ses projections. Construction du trièdre au moyen de trois données. Représentation des corps. Prismes, pyramides, polyèdres réguliers. Intersection de ces corps avec des plans et entre eux. Représentation du cylindre et de la sphère. Leur intersection avec des droites et des plans. Plans tangents au cylindre et à la sphère.

Algèbre. Les six premières opérations avec des quantités positives et négatives. Calcul des radicaux. Equations du 1er et du 2me degré. Question de maxima et de minima pouvant se résoudre au moyen des équations du 2me degré. Progressions arithmétiques et géométriques. Logarithmes. Analyse indéterminée du 1er degré. Arrangements, permutations et combinaisons. Calculs de quantités imaginaires; formules de Moior. Equations du 3me degré. Les séries: caractères de convergence et développement de quelques fonctions en séries. Théorie générale des équations. Regula Falsi.

Trigonométrie rectiligne. Fonctions circulaires, définitions et relations fondamentales. Logarithme des fonctions circulaires. Résolutions des triangles plans.

Trigonométrie sphérique. Formules fondamentales. Résolutions des triangles sphériques, rectangles, rectilatères et quelconques.

Géométrie analytique. Coordonnées cartésiennes et polaires du point. Principales formes de l'équation de la ligne droite. Le cercle: équations de la tangente et de la polaire. Discussion générale de l'équation du 2me degré. — Tangentes, polaires, diamètres conjugués. — Propriétés principales et construction des courbes du 2me degré.

Mécanique. Notions sur les forces. — Composition de deux et de plusieurs forces agissant sur un point. — Forces parallèles. — Couple. — Centre de gravité. — Composition d'un système quelconque de forces appliquées à un corps solide. — Théorie de machines simples. — Eléments de cinématique et de dynamique.

---

34. 8. **Reglement für das Kantonsschüler-Kosthaus in Aarau.** (Erlass des Regierungsrates des Kantons Aargau vom 21. Februar 1890.)

§ 1. Das Kantonsschüler-Kosthaus wird von einem vom Regierungsrat gewählten Vorsteher geleitet, der womöglich aus der Lehrerschaft zu nehmen ist. Demselben ist ein von der gleichen Behörde gewählter Inspektor vorgesetzt.

§ 2. Der Vorsteher ist verpflichtet:

a. Den Zöglingen je viermal täglich eine einfache, aber gesunde und nahrhafte Kost zu verabfolgen. Ein hiefür aufgestellter Speisezeddel verordnet das Nähere.

b. Täglich vormittags sämtliche Schülerzimmer in Ordnung bringen, lüften und im Winter heizen, sowie das Schuhwerk der Schüler reinigen zu lassen.

c. Die Schüler im allgemeinen zu beaufsichtigen, sie zu anständigem und verträglichem Benehmen, sowie zur Arbeit anzuhalten und häusliche Unterhaltung, besonders an den Sonntagen, unter ihnen zu fördern.

Er sieht auch bei den gemeinsamen Mahlzeiten darauf, dass Anstand und gute Ordnung herrschen.

Er achtet im fernern besonders darauf, dass die Schüler abends und nach dem Nachtessen ungestört in ihren Zimmern arbeiten können. Es ist deshalb notwendig, dass er zu dieser Zeit in der Anstalt anwesend, oder im Falle der Abwesenheit durch eine passende Persönlichkeit ersetzt sei.

d. Übertretungen der Hausordnung, Ungehorsam, Roheiten und Widersetzlichkeit wird er durch Belehrung, durch Verweise, im Wiederholungsfalle mit Zimmerarrest bestrafen, schwerere Fälle aber gemeinsam mit dem Inspektor erledigen, oder je nach Umständen der Erziehungsdirektion zur Entscheidung vorlegen. Diese kann die Ausweisung des Schülers verfügen.

e. Er nimmt die Anmeldungen entgegen und besorgt die allfällig notwendigen Korrespondenzen mit den Eltern der Schüler.

§ 3. Der Vorsteher hat auf gute Qualität der anzukaufenden Lebensmittel, sowie auch auf schmackhafte Zubereitung und ausreichende Menge derselben zu sehen. Bei grössern Einkäufen soll Konkurrenz walten.

Die Frau desselben leitet und beaufsichtigt die Küche, die Wäsche, sowie die Reinhaltung der Zimmer und des Hauses überhaupt.

§ 4. Der Vorsteher hat das für den Betrieb nötige Dienstpersonal anzustellen und dabei auf Leute von zuverlässigem Charakter und gutem Benehmen zu sehen.

§ 5. Er zieht jeweilen mit Beginn eines jeden Quartals die Kostgelder ein, aus welchen er den Ankauf der Lebensmittel und der nötigen Vorräte, die Bezahlung des Dienstpersonals und den Unterhalt des Gartens zu bestreiten hat.

§ 6. Über seine Einnahmen und Ausgaben führt er die erforderlichen Bücher und legt auf Ende jeden Jahres Rechnung ab.

§ 7. Der Inspektor hat folgende Obliegenheiten:

a. Er hat den Vorsteher in der Handhabung der Ordnung nach Kräften zu unterstützen und zu diesem Zwecke die Anstalt wöchentlich wenigstens einmal, und zwar zu verschiedenen Tageszeiten, zu besuchen.

b. Er hat sich mit dem Vorsteher über allfällig nötige Vorkehren, neue Einrichtungen, über Massregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung, über zu verhängende schwerere Strafen zu verständigen.

c. Er erstattet auf Ende eines jeden Quartals, und in der Zwischenzeit so oft er es für nötig findet, der Erziehungsdirektion Bericht über den Gang der Anstalt, über die von ihm gemachten Beobachtungen, und fügt allfällige Wünsche und Anträge bei.

d. Er vertritt in Verhinderungsfällen den Vorsteher.

§ 8. Der Vorsteher geniesst für seine Geschäftsführung freie Wohnung und Beköstigung für sich und seine Familie aus der gemeinsamen Küche, sowie Wäsche, Heizung und Beleuchtung.

Der Inspektor bezieht eine Jahresentschädigung von Fr. 200.

Vorstehendes Reglement soll für einmal provisorisch eingeführt werden.

---

35. 9. Hausordnung für das Kantonsschüler-Kosthaus in Aarau. (Erlass des Regierungsrates des Kantons Aargau vom 21. Februar 1890.)

§ 1. Das Kosthaus hat den Zweck, Kantonsschülern auswärtswohnender Eltern zu billigem Preise gesunde und freundliche Wohnung und einfache, aber nahrhafte Kost zu gewähren.

§ 2. Das Kosthaus steht unter der Leitung eines Vorstehers und unter der Aufsicht eines Inspektors.

§ 3. Die Anmeldung für dasselbe geschieht bei dem Vorsteher.

Über die Aufnahme entscheidet auf den Vorschlag des Vorstehers und das Gutachten des Inspektors die Erziehungsdirektion.

§ 4. Die Zöglinge des Kosthauses geniessen so viel Freiheit, als mit dem Zweck ihres Hierseins und mit guter Ordnung und Sitte vereinbar ist.

Es wird namentlich auf Fleiss, Ordnung, Reinlichkeit, Anstand, Verträglichkeit und Geselligkeit gehalten.

Die Zöglinge bewohnen, je nach Raum und Bedürfnis einzeln oder mehrere zusammen ein Zimmer. Die Einzelzimmer werden vorzugsweise den vorgerücktern Schülern eingeräumt. Ein Wechsel der Zimmer während des Schuljahres ist nur ausnahmsweise und auf gewichtige Gründe hin vom Vorsteher zu gestatten.

§ 5. Jeder Schüler (resp. dessen Eltern) ist für das in seinem Zimmer befindliche Mobiliar, sowie für allfällige von ihm verschuldete Beschädigungen der Anstalt und ihres Eigenthums haftbar.

§ 6. Den Schülern steht der das Haus umgebende Garten zu freiem Aufenthalt offen; derselbe ist ihrem Schutze empfohlen.

§ 7. Das Rauchen innerhalb des Hauses ist durchaus untersagt, ebenso allzuhäufige Zusammenkünfte in den Schülerzimmern, sei es zum Zwecke gemeinsamer Arbeit oder unpassender Spiele.

Der Vorsteher ist verpflichtet, zu beliebigen Tageszeiten in den Zimmern öfters Nachschau zu halten und Ordnungswidriges zu beseitigen.

§ 8. Das Frühstück wird im Sommer um $^1/_2$7 Uhr, im Winter um $^1/_2$8 Uhr im gemeinsamen Speisesaal eingenommen, das Mittagessen um $12^1/_4$, das Abendbrot um 4 resp. 5 Uhr, das Nachtessen um $7^1/_4$ Uhr. Zu spät Kommende haben kein Recht auf nachträgliche Bedienung. Zum Aufstehen und Essen wird ein Zeichen gegeben.

§ 9. Um 10 Uhr nachts werden die Lichter gelöscht; sofern ein Schüler länger arbeiten will, bedarf es vorheriger Anzeige an den Vorsteher.

§ 10. Um $10^1/_4$ Uhr wird die Haustüre geschlossen, ein längeres Ausbleiben kann nur in Ausnahmsfällen vom Vorsteher gestattet werden.

§ 11. In bezug auf die Verwendung ihrer Zeit wird den Zöglingen volle Freiheit gewährt, nur ist darauf zu sehen, dass sie einen genügenden Teil derselben auf ihre Schularbeiten verwenden. An Sonn- und Feiertagen haben sie Gelegenheit, den Gottesdienst zu besuchen.

Ueber jede längere Abwesenheit ist dem Vorsteher vorher Anzeige zu machen.

§ 12. Für ihre persönlichen Bedürfnisse an Kleidern, Leibwäsche und Beleuchtung haben die Schüler selbst zu sorgen; sie haben auch ihre Kleider mit Ausnahme des Schuhwerkes selbst zu reinigen.

Jeder Eintretende hat folgende Effekten mitzubringen: *a.* Wenigstens eine sonntägliche und eine werktägliche Kleidung. *b.* Sechs gute Tag- und drei Nachthemden. *c.* Sechs Paar gute Strümpfe. *d.* Sechs Nastücher und ebensoviele Waschtücher. *e.* Zwei Paar gute Schuhe oder Stiefel. *f.* Kämme, Kleiderbürste und Zahnbürste. *g.* Eine Lampe (zum Selbstkostenpreis beim Vorsteher zu beziehen).

Der Vorsteher sorgt für allfällig nötige ärztliche Behandlung auf Kosten des betreffenden Zöglings.

§ 13. Der Austritt aus dem Kosthaus ist nur auf Ende eines Quartals zulässig; Ausnahmen hievon können nur aus dringenden Gründen von der Erziehungsdirektion gestattet werden. Ein Rückersatz des voraus bezahlten Kostgeldes findet unter keinen Umständen statt.

§ 14. Der Regierungsrat wird jährlich vor Beginn des Schuljahres die Höhe des Kostgeldes nach Massgabe der Schülerzahl und der Lebensmittelpreise festsetzen. Die Kostgelder sind je vierteljährlich vorauszubezahlen.

Für notwendige Abwesenheit von mehr als 5 Tagen wird ein Abzug von Fr. 1 per Tag gemacht.

§ 15. Auswärtswohnende Schüler, welche nur den Mittagstisch oder das Abendbrot oder beides zusammen zu erhalten wünschen, zahlen für ersteres 60 Cts., für letzteres 20 Cts., mit wöchentlicher Abrechnung. Es soll diesen Schülern im Kosthaus ein Arbeitszimmer eingeräumt werden.

§ 16. Die Fehler der Schüler werden durch Belehrung und Zurechtweisung zu bessern gesucht und in Fällen der Wiederholung bestraft. Sittliche Fehler, wie Ungehorsam, Lüge, Roheit, Widersetzlichkeit gegen die Hausordnung werden strenge geahndet und in ernsten Fällen der Lehrerschaft, eventuell den Eltern und der Erziehungsdirektion zur Kenntnis gebracht. Letztere kann die Ausweisung der Schüler aus dem Kosthaus verfügen.

Vorstehende Hausordnung soll für einmal provisorisch eingeführt werden.

---

36. 10. Konvikt-Ordnung für die bündnerische Kantonsschule. (Vom 10. und 11. Dezember 1890.)

§ 1. Mit der Kantonsschule zu St. Luzi ist ein Konvikt verbunden, das in Regie betrieben wird.

§ 2. Die ganze Leitung des Konvikts wird Konvikteltern übertragen, die unter Aufsicht des Rektors, des Direktoriums und des Erziehungsrates stehen.

Dieselben haben sich in der Weise in die Arbeit zu teilen, dass dem Hausvater die Rechnungsführung, die allgemeine Leitung des ganzen Hauswesens, sowie die spezielle Aufsicht über die Konviktschüler obliegt, während die Hausfrau, unterstützt vom nötigen Dienstpersonal, die Küche, die Wäsche und die Lingerie im Schlafsaale zu besorgen hat.

Dem Hausvater kann zudem der Unterricht in einzelnen Schulfächern übertragen werden.

§ 3. Die Aufnahme in das Konvikt erfolgt nach stattgefundener Anmeldung und nach bestandener Aufnahmsprüfung in der Regel nur bei Beginn des Schuljahres, soweit die Raumverhältnisse es gestatten.

Über die Aufnahme, wobei Bündner immer den Vorrang haben, entscheiden der Rektor und der Hausvater. Dabei sollen die Vermögensverhältnisse in der Weise berücksichtigt werden, dass bei Überfüllung weniger Bemittelte den Vorzug erhalten.

Sofern es der Platz an der Tafel erlaubt, können auch Schüler, welche nicht im Konvikte wohnen, zu den gleichen Bedingungen wie die Internen im Konvikt die Kost nehmen.

§ 4. Beim Eintritt in das Konvikt haben die Zöglinge mitzubringen: *a.* 4 Leintücher und 4 Kissenanzüge. *b.* 6 Taghemden und 3 Nachthemden, dazu die allfällig erforderlichen Hemdenkragen. *c.* 6 Waschtücher, 4 Handtücher und 6 Servietten. *d.* 8 Paar Strümpfe für Winter und Sommer. *e.* 12 Nastücher. (Sämtliche Wäsche ist mit Namenszügen und Nummern zu bezeichnen.) *f.* 2 Paar Schuhe. *g.* Eine gute Kleidung und eine Uniform; der Stoff zu einer neuen Uniform ist von der Kantonsschule zu beziehen.

Jeder Zögling ist verpflichtet, der Hausfrau über seine sämtlichen Effekten ein genaues Verzeichnis einzureichen.

§ 5. Jedem Zögling wird beim Eintritt in die Anstalt eine besondere Schlafstätte, und zur Aufbewahrung seiner Effekten ein Schrank angewiesen.

Der Hausvater macht die Zöglinge auf alles aufmerksam, was sie in bezug auf Ordnung, Reinlichkeit und sittliches Betragen zu beobachten haben.

Die Hausfrau nimmt Einsicht von den Effekten jedes Zöglings, und falls sie dieselben ungenügend findet, wird sie auf ungesäumte Vervollständigung dringen.

§ 6. Der Betrag für Logis und Wäsche ist bei Beginn der Schule, das Kostgeld trimesterweise an den Hausvater vorauszubezahlen, nämlich zu Anfang des Schuljahres, sowie nach den Weihnachts- und Osterferien. Es wird per Woche berechnet und versteht sich ausdrücklich für die Zeit, während der an der Schule Unterricht erteilt wird. Innerhalb eines Schuljahres darf das Konvikt an kein Privatlogis vertauscht werden, mit Ausnahme des Falles, wenn die

Eltern oder nächste Verwandte des betreffenden Schülers während dieser Zeit in Chur ihren Wohnsitz aufschlagen. Wenn ein Zögling wegen Krankheit oder anderer dringender Umstände die Anstalt für längere Zeit verlassen muss, so ist Rückvergütung für Kost und Wäsche für diese Zeit gestattet. Zöglinge, welche die Weihnachts- und Osterferien im Konvikt zubringen, haben für diese Zeit das Kostgeld extra zu bezahlen nach Massgabe der gewöhnlichen Ansätze.

§ 7. Der Hausvater besorgt aus den eingenommenen Geldern den Ankauf der Lebensmittel und der nötigen Vorräte etc., und bezahlt das Dienstpersonal, bei dessen Anstellung er besonders auf zuverlässigen Charakter und gutes Benehmen zu sehen hat.

Kleinere Einkäufe besorgen die Hauseltern direkt. Bei grösseren Einkäufen soll Konkurrenz walten und bedürfen die notwendigen Verträge der Genehmigung des Direktoriums.

Für alle Ausgaben müssen die bezüglichen Belege und Quittungen beigebracht, gesammelt und aufbewahrt werden.

Der Hausvater darf nicht selbst Lieferant für die Anstalt sein.

§ 8. Aller Verkauf von Lebensmitteln, Abfällen etc. auf eigene Rechnung des Hausvaters ist verboten. Ausnahmen können nur vom Direktorium bewilligt werden.

§ 9. Über seine Einnahmen und Ausgaben führt der Hausvater die erforderlichen Bücher und legt am 31. August jeden Jahres zu Handen des Erziehungsrates Rechnung ab.

§ 10. Die Zöglinge werden an Schultagen um 5 Uhr geweckt und haben innert einer halben Stunde gewaschen, gekämmt und gehörig angekleidet im Studiensaal zur Arbeit sich einzufinden.

§ 11. $^1/_4$ nach 6 Uhr nehmen alle Schüler das Frühstück ein, um den katholischen Zöglingen zu ermöglichen, um $^1/_2$7 Uhr die hl. Messe zu besuchen.

§ 12. Mittags 12 Uhr wird das Mittagsmahl und abends 7 Uhr das Nachtessen eingenommen.

§ 13. Nach dem Mittagessen sind die Schüler bis 2 Uhr und nach dem Nachtessen bis 8 Uhr frei.

§ 14. Am Morgen vor dem Unterricht, ferner Abends von 6—7 Uhr, an Sonn- und Festtagen und am Donnerstag (wenn nicht exerzirt wird) von 5—7 Uhr, und von 8 Uhr an haben sich die Schüler im Studiensaal mit ihren Aufgaben zu beschäftigen.

Auch die einzelnen freien Stunden der ordentlichen Unterrichtszeit am Vor- und Nachmittage hat der Zögling mit Arbeit im Studiensaal zuzubringen, oder der Lektüre nützlicher Bücher zu widmen.

§ 15. Jeder Tag wird mit Gebet begonnen und geschlossen. Das Tagewerk schliesst um 9 Uhr abends, und die Zöglinge haben sich still und ruhig zum Schlafsaale zu begeben.

§ 16. An Sonn- und Festtagen wird das Zeichen zum Aufstehen eine Stunde später gegeben. Die Zöglinge haben mit den übrigen Schülern beider Konfessionen den Vormittagsgottesdienst zu besuchen. Über die übrige Zeit, soweit dies im Einklaug mit § 14 steht, dürfen die Zöglinge frei verfügen, jedenfalls aber nur in der Weise, dass die Beschäftigung und das Vergnügen mit den Bestimmungen der Konviktordnung und der Feier des Tages im Einklang stehen.

§ 17. Während der Arbeitszeit haben sich die Zöglinge still und ruhig zu verhalten und mit Ernst und Fleiss der Arbeit obzuliegen. Es ist untersagt, ohne Bewilligung von seite des Hausvaters das Arbeitszimmer für längere Zeit zu verlassen. Der Hausvater überwacht die Schüler in den festgesetzten Arbeitsstunden.

§ 18. Auf das mit der Glocke gegebene Zeichen zum Essen begeben sich die Zöglinge in den Speisesaal, nehmen ruhig die ihnen angewiesenen Plätze ein, und haben sich bei Tische eines bescheidenen und anständigen Benehmens zu befleissen. Der Hausvater überwacht bei den Hauptmahlzeiten die Schüler.

§ 19. Es wird eine einfache, gut zubereitete und ausreichende Kost nach Massgabe des bürgerlichen Mittelstandes verabreicht.

Kaffee mit genügend Milch nebst Brot und Käse bildet gewöhnlich das Frühstück. In der Pause um 9 Uhr erhält jeder Zögling ein Stück Brot; zu Mittag Suppe, Fleisch und Gemüse mit Brot (an den katholischen Fasttagen vertritt eine Mehlspeise die Stelle des Fleisches); abends 4 Uhr ein Stück Brot, und zu Nacht Suppe, Fleisch und Gemüse, oder statt Fleisch eine Mehlspeise, oder dann Kaffee mit Milch und Brot. An hohen Festtagen kommt noch eine Zuspeise hinzu. Wenn mehrere Zöglinge es verlangen, kann denselben am morgen Suppe verabreicht werden.

§ 20. Die Erholung der Zöglinge besteht wesentlich im Spazieren, in körperlichen Spielen und geselliger Unterhaltung. Soweit es Witterung und Tageszeit erlauben, ist die Zeit der Erholung im Freien zuzubringen. Im übrigen wird den Zöglingen ein eigenes Rekreationszimmer zur Verfügung gestellt. Der Hausvater wird Bedacht darauf nehmen, den Zöglingen Anleitung in nützlicher Unterhaltung zu geben, ohne dass dabei die Schulaufgaben vernachlässigt werden.

§ 21. Den Zöglingen wird im Sommer und Winter zur Benützung der Badeeinrichtungen im Waschhause Anlass geboten; dieselben können je nach Umständen auch von nicht im Konvikte wohnenden Schülern benützt werden.

§ 22. Die Zöglinge haben sich inner- und ausserhalb des Konvikts eines anständigen, gesitteten Betragens, gegen jedermann der Höflichkeit und gegen ihre Vorgesetzten insbesondere der Zuvorkommenheit und Ehrerbietung zu befleissen. Den Konvikteltern sind sie Ergebenheit, pünktlichen Gehorsam und kindliche Achtung schuldig. Unter sich haben sie Friedfertigkeit und freundliches Wohlwollen gegen einander zu beobachten.

§ 23. Mit bezug auf die Gewährung der erweiterten Freiheit sind die Konviktschüler den nämlichen Bestimmungen unterworfen, wie die übrigen Kantonsschüler, immerhin in der Meinung, dass in sämtlichen Räumlichkeiten der Kantonsschule und des Konviktes, sowie in der Nähe des Schulgebäudes nicht geraucht werden darf.

Auch ist den Zöglingen untersagt, ausser der Erholungszeit ohne Vorwissen des Hausvaters für irgend einen Zweck die Anstalt zu verlassen. Für die Abwesenheit eines oder mehrerer Tage bedarf es der Bewilligung des Rektors.

§ 24. Die Zöglinge sind zur Handhabung der Ordnung und Reinlichkeit in den verschiedenen Räumlichkeiten der Anstalt, sowie zur sorgfältigen Behandlung der Hausgeräte verpflichtet. Jeder Zögling hat für durch Bosheit, Mutwillen oder Fahrlässigkeit verursachte Beschädigung des Eigentums der Anstalt, sowie desjenigen der Mitschüler Ersatz zu leisten.

§ 25. Fühlt sich ein Zögling unwohl, so hat er dies dem Hausvater sofort anzuzeigen. Letzterer wird für sorgfältige Verpflegung und nötigenfalls ärztliche Hülfe besorgt sein. In ernstlichen Fällen und bei jeder ansteckenden Krankheit muss der Zögling sofort in ein Krankenhaus gebracht werden. Auch hat in bedenklichen Krankheitsfällen der Hausvater den Eltern oder dem Vormunde von dem Befinden des Zöglings beförderlichst Kenntnis zu geben. Die Kosten für ärztliche Hülfe und besondere Verpflegung hat der betreffende Zögling zu tragen.

§ 26. Die Kleider, Schuhe der Zöglinge werden durch diese selbst gereinigt.

Die unreine Wäsche wird den Schülern wöchentlich abgenommen und monatlich gereinigt. Die Hausfrau führt über die getragene und von den Zöglingen je am Sonntag Morgen nach dem Ankleiden abzugebende Wäsche eine genaue Kontrole auf Grund eines von jedem Zögling einzureichenden Wäschezeddels und besorgt die Austeilung der reinen Wäsche selbst.

Sie nimmt auch von Zeit zu Zeit von der Ordnung in den Schränken Einsicht und leitet die Zöglinge zu zweckmässiger Behandlung der Kleider an.

Sie ist den Zöglingen bei allfälliger Anschaffung neuer Kleider behülflich und sorgt auf Kosten derselben für die Ausbesserung schadhafter Kleidungsstücke und Linge.

§ 27. Die Hauseltern sorgen für gehörige Heizung und Beleuchtung, sowie für Reinhaltung der Konvikträumlichkeiten. Mindestens dreimal im Jahr, nämlich

in den Weihnachts-, Oster- und grossen Ferien sollen sämtliche Konviktlokalitäten gründlich gefegt werden. — Diese Arbeit wird durch den Schuldiener besorgt.

§ 28. Die Beaufsichtigung der Zöglinge hat den Zweck, dieselben in ihrem ganzen Sein und Tun, sowie speziell in ihren Arbeiten zu überwachen, sie bei den letztern angemessen anzuleiten und ihnen in der Erziehung das Elternhaus zu ersetzen.

Die Hauseltern werden also namentlich darauf achten, dass ohne Eintrag für die Offenheit des Charakters und die freie, individuelle Entwicklung des Zöglings Fleiss, Reinlichkeit, Ordnung, Zucht, Anstand, Verträglichkeit und frohe Geselligkeit gefördert und in deren Interesse die Bestimmungen der Konviktordnung genau innegehalten werden.

§ 29. Die spezielle Aufsicht wird vom Hausvater besorgt und besteht in der Überwachung der Zöglinge im allgemeinen, und namentlich beim Aufstehen, in den obligatorischen Arbeitsstunden, beim Essen und Schlafengehen, sowie in der geeigneten Benützung der freien Zeit.

§ 30. Der Hausvater ist verpflichtet, an denjenigen Lehrerkonferenzen der Kantonsschule teilzunehmen, in welchen von den Schülern im allgemeinen in bezug auf Fleiss und Betragen gesprochen wird, teils um zu erfahren, was von seinen Zöglingen gesagt wird, teils um seine eigenen Erfahrungen zur Kenntnis der Lehrer zu bringen.

Er wird auch über den Gang und das Ergebnis der Aufsicht, sowie über wahrgenommene Übelstände, Mängel in der Disziplin etc. auch in der Zwischenzeit dem Rektor, eventuell zu Handen des Direktoriums, Bericht erstatten.

§ 31. Die unmittelbare Oberaufsicht über das Konvikt in jeder Hinsicht übt der Rektor aus. Er überzeugt sich namentlich von der richtigen Handhabung der Konviktordnung und entscheidet auch nach Vorschlag des Hausvaters über Ersatzleistungen nach Massgabe des § 24.

§ 32. Fehler der Zöglinge werden durch Belehrung und Zurechtweisung zu bessern gesucht und in Fällen der Wiederholung nachdrucksamst bestraft. Sittliche Fehler, wie Ungehorsam, Lüge, Roheiten, auffallender Leichtsinn etc. werden strenge geahndet und in ernstern Fällen durch den Rektor den Eltern zur Kenntnis gebracht.

Die Bestrafungen in gewöhnlichen Fällen gehen vom Hausvater aus. In ernstern Fällen ist nach der allgemeinen Disziplinarordnung für die Kantonsschüler zu verfahren.

Als Strafarten gelten diejenigen, welche als solche in § 43 der Disziplinarordnung für die Kantonsschüler genannt sind.

Zur Ausweisung eines Zöglinges aus dem Konvikt ist die Zustimmung des Direktoriums erforderlich.

---

37. 11. Reglement über die Benützung der aargauischen Kantonsbibliothek. (Erlass des Regierungsrates vom 6. Mai 1890.)

§ 1. Die Kantonsbibliothek ist eine öffentliche, am Hauptort des Kantons errichtete Staatsanstalt, welche den Zweck hat, das geistige Leben zu fördern und der allgemeinen Bildung, wie der wissenschaftlichen Tätigkeit so viel als möglich die notwendigen Hülfsmittel an die Hand zu geben. Zu diesem Zwecke kann sie unter Beobachtung folgender Bestimmungen benützt werden.

§ 2. Zur Benützung der Bibliothek sind nur Volljährige berechtigt. Von Minderjährigen dürfen bloss die Schüler bezw. Schülerinnen der zwei obern Klassen der Kantonsschule und der beiden Seminarien, welche eine bezügliche Bescheinigung der betreffenden Rektorate vorzuweisen haben, die Bibliothek benützen.

§ 3. Für die Benützung der Kantonsbibliothek haben die im Kanton niedergelassenen Abonnenten einen Jahresbeitrag von Fr. 3, die ausserhalb des Kantons wohnenden einen solchen von Fr. 4 zu entrichten. Dieser Jahresbeitrag

wird von den Abonnenten bei ihrem Eintritt und später jeweilen nach Verfluss eines Jahres bezogen.

§ 4. Wer die Bibliothek zu benützen wünscht, hat sich als Abonnent eintragen zu lassen, sowie einen Revers zu unterzeichnen, laut welchem er die Verpflichtung eingeht, jeden der Bibliothek durch seine Schuld verursachten Schaden zu ersetzen und sich den Bestimmungen dieses Reglements zu unterziehen.

Diejenigen Unterzeichner eines Reverses, deren Vermögensverhältnisse nicht bekannt sind, oder deren bürgerliche Stellung sonst eine weitere Sicherheit erfordert, haben entweder die amtlich legalisirte Bürgschaft einer bekannten und habhaften Person beizubringen, oder nach Umständen eine Real-Kaution zu leisten.

§ 5. An Personen, welche, ohne sich als Abonnenten einzuschreiben, die Bibliothek nur vorübergehend zu benützen wünschen, dürfen Bücher mit Bewilligung des Bibliothekars nur gegen volle Sicherheit und nur auf kurze Zeit zur Einsicht übergeben und anvertraut werden. Dieselben können übrigens wie auch durchreisende Gelehrte die Bibliothek zu den reglementarischen Stunden und unter Beobachtung der Bestimmungen des Reglementes unentgeltlich im Lesezimmer benützen.

§ 6. Ausser den Kanton dürfen Bücher direkt nur an solche Personen gesandt werden, welche festen Wohnsitz haben und volle Sicherheit bieten.

In Fällen, wo diese Bedingungen nicht als erfüllt gelten, können Interessenten Gewünschtes nur durch Vermittlung und unter Verantwortlichkeit einer öffentlichen Bibliothek oder einer andern wissenschaftlichen Anstalt beziehen.

§ 7. Wer ein Buch aus der Kantonsbibliothek zu erhalten wünscht, hat dasselbe zur Zeit der Bücherausgabe (§ 16) bei der Bibliothek zu bestellen und dasselbe entweder persönlich in Empfang zu nehmen oder durch eine zuverläsige Person abholen zu lassen. Auswärtige Leser haben ihre Wünsche unter genauer Angabe der Büchertitel (und wenn immer möglich des Bandes und der Seite des vorhandenen Kataloges) direkt und schriftlich an das Bibliothekariat zu richten, das die Übermittlung der gewünschten Bücher durch die Post besorgt.

Sendung und Zurücksendung der Bücher geschehen auf Kosten und Verantwortlichkeit der Besteller.

§ 8. Für jedes erhaltene Werk hat der Leser einen besonderen und zwar eigenhändig unterzeichneten Empfangschein auszustellen, auf welchem die Signatur, der abgekürzte Titel und die Zahl der empfangenen Bände eines mehrbändigen Werkes genau bezeichnet ist.

§ 9. Der Abonnent darf die von ihm bezogenen Bücher nicht andern Personen zur Benützung übergeben.

§ 10. Wer ein Buch empfängt, hat sich sofort von seinem Zustande zu überzeugen und jede Schädigung desselben, sofern sie nicht bereits im Buche selbst angemerkt ist, dem Bibliothekariat unverweilt anzuzeigen.

Für Beschädigungen ist jeweilen der letzte Benützer, der das Buch ohne besondere Anzeige an die Bibliothek zurückgestellt hat, verantwortlich.

§ 11. Wer ein Buch verliert oder durch Beschreiben etc. verunreinigt und beschädigt, hat dafür vollen Ersatz zu leisten. Jeder beschädigte Band wird ihm nach Leistung des Ersatzes zur Verfügung gestellt.

Gehen einzelne Bände eines mehrbändigen Werkes verloren, so sind dieselben entweder binnen sechs Wochen zu beschaffen, oder es ist das ganze Werk zu ersetzen.

§ 12. An einen und denselben Leser werden gleichzeitig nicht mehr als vier Bände auf einmal ausgeliehen.

Von dieser Beschränkung sind nur diejenigen Abonnenten ausgenommen, welche vorübergehend die Bibliothek zum Zwecke einer wissenschaftlichen Arbeit zu benützen wünschen und welche ein diesbezügliches Gesuch an das Bibliothekariat gerichtet haben, das in jedem einzelnen Falle die nötige Erlaubnis zur eventuellen Mehrbenützung erteilen wird.

§ 13. Die Lesezeit für ein Buch bezw. die auf einmal bezogene Bändezahl (§ 12) beträgt in der Regel fünf Wochen; ausgenommen sind die belletristischen Werke und die periodischen Zeitschriften, welche nur auf zwei Wochen ausgeliehen werden. Nach Verfluss dieser Zeit hat der Empfänger das Bezogene zurückzugeben.

Eine längere Benützung kann nur gestattet werden, wenn das Werk nicht inzwischen von einem andern Leser verlangt worden ist.

Die Leser haben allfällig nötig gewordenen Mahnungen des Bibliothekars zur Rücksendung bezogener Werke unverzüglich Folge zu leisten, ansonst gegen sie der § 24 dieses Reglementes in Anwendung gebracht werden müsste.

§ 14. Handschriften, Incunabeln, seltene und kostbare Bücher, wertvolle Sammelbände, Kupfer- und Kartenwerke, sowie einzelne Karten dürfen unter ausschliesslicher Bewilligung der Erziehungsdirektion nur an öffentliche Bibliotheken und andere wissenschaftlichen Anstalten des In- und Auslandes, welche die gleiche Vergünstigung gewähren, für sichere Aufbewahrung sorgen und für den Schaden haften, nicht aber an Private ausgegeben werden.

§ 15. Gar nicht ausgegeben werden die im Lesezimmer aufgestellten Werke, Wörterbücher, Encyclopädien, Konversationslexica, die allgemeine deutsche Biographie etc., die Sammelbände der Zurlauben'schen Sammlung, sowie die für die Bibliothekverwaltung erforderlichen Nachschlagebücher (Bibliographien etc.) der Handbibliothek.

§ 16. Für die Zeit zum Abholen und Zurückbringen der Bücher sind folgende Stunden bestimmt:

Vom 1. April bis 1. Oktober, Mittwoch und Samstag je nachmittags von 2 bis 5 Uhr, und vom 1. Oktober bis 1. April, Mittwoch und Samstag je nachmittags von 2 bis 4 Uhr.

§ 17. Die Abonnenten werden ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass Bücher zu andern als den hier bezeichneten Stunden weder zurückgenommen, noch ausgegeben werden.

Während der ganzen Dauer einer Revision bleiben die Bibliothek und das Lesezimmer vollständig geschlossen.

§ 18. Das Wartezimmer der Bibliothek ist zugleich Lesezimmer, wo während der ordentlichen Bücherausgabe zu den in § 16 genannten Stunden, ausserdem Montag nachmittags, im Sommer von 2 bis 5 Uhr, im Winter von 2 bis 4 Uhr, Bücher der Bibliothek gelesen und excerpirt werden können. Im Lesezimmer sind die von der Bibliothek gehaltenen Zeitschriften je 3 bis 4 Wochen lang zur Einsicht aufgelegt.

Noch nicht eingebundene Bücher, sowie einzelne Hefte und Lieferungen von Sammelwerken können nur auf dem Lesezimmer benützt werden.

§ 19. Diejenigen Leser, welche Bücher zur Benützung im Lesezimmer verlangen und erhalten, haben für jedes Werk einen Empfangschein mit ihrer Namensunterschrift zu hinterlegen.

§ 20. Im Lesezimmer ist ein Desiderienbuch aufgelegt, in welches jeder Abonnent seine Wünsche über Anschaffungen, über die Benützung oder andere Verhältnisse der Bibliothek einschreiben kann.

§ 21. Von Katalogen sind die vier Bände des alphabetischen Katalogs (1857 bis 1868) zum Preise von Fr. 8 und die drei Bände des Fachkataloges (mit Ausschluss der Helvetica) (1880 bis 1888) zum Preise von Fr. 15 dem Bibliothekariate zu beziehen.

§ 22. Das Betreten der Säle der Bibliothek ist dem Publikum nur unter Begleitung des Bibliothekars oder seines Stellvertreters gestattet; jedem Besucher ist die Herausnahme von Büchern aus den Gestellen untersagt.

§ 23. Alljährlich einmal werden zur Vornahme einer Revision sämtliche ausgeliehene Bücher ohne Ausnahme durch öffentliche rechtzeitige Bekanntmachung unter Ansetzung einer Einlieferungsfrist und unter Androhung des § 24 zurückgefordert. In der Regel soll die Revision unter Berücksichtigung der Ferien an den kantonalen Lehranstalten auf die Sommermonate angesetzt

werden. (Bibliothek und Lesezimmer bleiben während der Revision geschlossen. Vergl. § 17.)

§ 24. Zuwiderhandlungen gegen dieses Reglement können von der Erziehungsdirektion mit Ordnungsbussen von Fr. 2 bis Fr. 5 und mit zeitweisem oder gänzlichem Entzug des Rechtes zur Benützung der Bibliothek geahndet werden.

§ 25. Durch diese neue Benützungsordnung treten die Abschnitte III und IV (Benützung und Revision der Bibliothek), d. h. die §§ 24 bis 48 des Reglementes für die Kantonsbibliothek vom 16. Januar 1888 ausser Kraft.

VII. Hochschulen.

38. 1. Loi sur l'instruction publique supérieure à l'Université de Lausanne. (Canton de Vaud.) (Du 10 mai 1890.)

Chapitre premier. Dispositions générales. — Objets d'études. — Enseignement.

Art. 1er. L'Université a pour but de préparer aux carrières qui exigent une instruction supérieure, d'entretenir dans le pays une culture scientifique et littéraire, et de concourir au développement de la science en général.

Art. 2. L'Université est placée au chef-lieu du canton. Elle est à la charge de l'Etat.

Art. 3. L'Université comprend: 1° Une faculté de théologie protestante. 2° Une faculté de droit. 3° Une faculté de médecine. 4° Une faculté des lettres. 5° Une faculté des sciences.

La faculté des sciences se divise en trois sections:

a. La section des sciences mathématiques, physiques et naturelles.

b. La section des sciences pharmaceutiques, soit Ecole de pharmacie.

c. La section des sciences techniques, soit Ecole d'ingénieurs.

Art. 4. Les principaux objets d'enseignement de la faculté de théologie sont: 1° La théologie exégétique de l'Ancien Testament. 2° La théologie exégétique du Nouveau Testament. 3° La théologie historique. 4° La théologie systématique. 5° La théologie pratique.

Art 5. Les principaux objets d'enseignement de la faculté de droit sont: 1° L'encyclopédie du droit. 2° La philosophie du droit. 3° L'histoire du droit. 4° Le droit romain. 5° Le droit civil. 6° La procédure civile. 7° Le droit commercial. 8° Le droit industriel. 9° Le droit public. 10° Le droit administratif. 11° Le droit pénal. 12° La procédure pénal. 13° Le droit international. 14° La législation comparée. 15° Les sciences sociales et politiques. 16° La médecine légale.

Art. 6. Les principaux objets d'enseignement de la faculté de médecine sont: 1° L'anatomie. 2° L'embryologie. 3° L'histologie. 4° La physiologie. 5° L'anatomie et la physiolologie pathologique, la bactériologie. 6° La pathologie interne et la clinique médicale. 7° La pathologie externe et la clinique chirurgicale. 8° La médecine opératoire. 9° L'obstétrique. 10° La gynécologie. 11° L'ophtalmologie. 12° La psychiatrie. 13° Les maladies vénériennes et cutanées. 14° La médecine légale. 15° La toxicologie. 16° L'hygiène. 17° La thérapeutique. 18° La matière médicale. 19° La chimie physiologique et pathologique. 20° L'histoire de la médecine.

Art. 7. Les principaux objets d'enseignement de la faculté des lettres sont: 1° La langue et la littérature françaises. 2° La philologie romane. 3° Les langues et les littératures des peuples du Midi. 4° La langue et la littérature allemandes. 5° Les langues et les littératures des peuples du Nord. 6° La langue et la littérature latines; les antiquités romaines. 7° La langue et la littérature grecques; les antiquités grecques. 8° Les langues et les antiquités orientales. 9° La philosophie, l'histoire de la philosophie et la philosophie du droit. 10° L'histoire et les sciences auxiliaires de l'histoire. 11° Les sciences sociales et politiques. 12° La pédagogie.

Art. 8. Les principaux objets d'enseignement de la faculté des sciences sont les suivants dans chacune des sections:

A. *Section des sciences mathématiques, physiques et naturelles.* 1° Le calcul infinitésimal et la théorie des fonctions. 2° La géométrie pure et appliquée. 3° La mécanique rationnelle et appliquée. 4° L'astronomie. 5° La physique mathématique. 6° La physique expérimentale. 7° La météorologie. 8° La chimie inorganique. 9° La chimie organique. 10° La chimie analytique. 11° La minéralogie. 12° La pétrographie. 13° La géologie. 14° La paléontologie. 15° La botanique. 16° La zoologie et l'anatomie comparée. 17° L'anatomie et la physiologie générales. 18° L'hygiène. 19° La microscopie. 20° La géographie.

B. *Section des sciences pharmaceutiques, soit Ecole de pharmacie.* 1° La physique. 2° La météorologie. 3° La chimie inorganique. 4° La chimie organique. 5° La chimie analytique. 6° La chimie industrielle. 7° La chimie pharmaceutique. 8° La chimie biologique. 9° La toxicologie. 10° La minéralogie. 11° La pétrographie. 12° La géologie. 13° La botanique générale et systématique. 14° La botanique pharmaceutique. 15° La zoologie et l'anatomie comparée. 16° L'anatomie et la physiologie générales. 17° La microscopie. 18° La pharmacognosie. 19° La pharmacie. 20° L'hygiène.

C. *Section des sciences techniques, soit Ecole d'ingénieurs.* 1° Le calcul différentiel et intégral. 2° La géométrie descriptive et ses applications. 3° La géométrie analytique. 4° La géométrie de position. 5° La statique graphique. 6° La mécanique théorique. 7° La mécanique industrielle. 8° La physique experimentale. 9° La physique industrielle. 10° L'électrotechnie. 11° Les travaux publics. 12° L'architecture. 13° La géodésie. 14° La topographie pratique. 15° La chimie organique et inorganique. 16° La chimie analytique. 17° La chimie industrielle. 18° La métallurgie de fer. 19° La géologie et la minéralogie techniques. 20° Le dessin technique. 21° La législation et la comptabilité industrielles.

Art. 9. L'enseignement universitaire comprend:

a. Des cours théoriques et pratiques.

b. Des conférences et des exercices faits par les étudiants.

c. Des travaux pratiques (laboratoires).

d. Des excursions scientifiques.

Art. 10. Il y a trente-six chaires de professeurs ordinaires, savoir: cinq pour la faculté de théologie; sept pour la faculté de droit; sept pour la faculté de médecine; sept pour la faculté des lettres; dix pour la faculté des sciences.

Il y a à la faculté de médecine et à la faculté des sciences le nombre nécessaire d'assistants et de préparateurs; il y a en outre à l'Ecole d'ingénieurs un chef des travaux graphiques.

Art. 11. Les règlements déterminent les objets d'étude qui appartiennent à chaque chaire.

L'enseignement des objets qui ne rentraient pas dans cette distribution sera donné par des professeurs extraordinaires.

Des professeurs extraordinaires pourront en outre être chargés de cours, même sur des objets traités par des professeurs ordinaires.

Art. 12. Des cours libres peuvent être ouverts à l'Université. Les règlements déterminent à quelles conditions ces cours sont donnés.

Art. 13. La distribution et le nombre des heures consacrées aux divers cours sont fixés par un programme. — Ce programme est semestriel, établi par l'Université et soumis à l'approbation du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Chapitre II. Des professeurs.

Art. 14. L'enseignement universitaire est donné par les professeurs ordinaires, des professeurs extraordinaires et des privat-docents.

Art. 15. Les professeurs ordinaires ne peuvent remplir aucune autre fonction publique rétribuée par l'Etat ou les communes. Toutefois ils peuvent être chargés de missions temporaires, ou d'emplois qui sont directement en rapport avec leur enseignement.

Ils ne peuvent donner des cours ou des leçons dans d'autres établissements sans l'autorisation du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 16. Les professeurs de l'Université peuvent être tenus, chacun dans sa spécialité, de donner des leçons dans d'autres établissements cantonaux d'instruction publique.

Art. 17. Les professeurs ordinaires peuvent être tenus de donner jusqu'à quinze heures de cours par semaine, y compris leur enseignement dans d'autres établissements cantonaux.

Art. 18. Le traitement des professeurs ordinaires est fixé, par le Conseil d'Etat, dans les limites de fr. 4000 à fr. 5000. Dans cette somme peuvent être compris les traitements payés aux professeurs pour les emplois qui sont directement en rapport avec leur enseignement. Il leur est alloué une part de la finance de leurs cours.

Dans les cas exceptionnels, le Conseil d'Etat peut porter ce traitement au double du minimum.

Art. 19. Lorsqu'une place de professeur est vacante, le Conseil d'Etat la repourvoit en s'adressant aux hommes avantageusement connus par des travaux ou par des cours publics sur l'objet à enseigner. L'avis de l'Université est requis; ainsi que celui de la commission synodale lorsqu'il s'agit d'un professeur de la faculté de théologie.

Art. 20. Le Conseil d'Etat peut aussi procéder à la repourvue par voie de concours. Dans ce cas le Département de l'Instruction publique et des Cultes annonce la vacance trois mois avant l'époque où la nomination doit avoir lieu.

Art. 21. Un jury composé de sept membres choisis par le Conseil d'Etat, qui en désigne le président, examine les titres des candidats. Il décide s'il y a lieu ou non de faire subir aux postulants des examens publics dont la forme est déterminée par le règlement.

Lorsqu'il s'agit de la nomination d'un professeur de la faculté de théologie, deux membres du jury sont désignés par la Commission synodale.

Art. 22. Le jury fait un rapport détaillé sur l'examen des titres ou sur les épreuves subies par les candidats.

Il donne son préavis.

Art. 23. Les professeurs sont nommés par le Conseil d'Etat parmi les candidats déclarés éligibles.

Si le Conseil d'Etat juge qu'il n'y a pas lieu de nommer, il peut provoquer un nouveau concours ou pourvoir provisoirement à l'enseignement.

Art. 24. Le Conseil d'Etat détermine le traitement et la durée des fonctions des professeurs extraordinaires.

Art. 25. Lorsqu'un professeur est momentanément empêché de remplir ses fonctions, le Conseil d'Etat pourvoit à l'enseignement aux frais de ce professeur.

Toutefois, si le professeur est empêché de remplir ses fonctions pour cause de maladie ou pour toute autre cause indépendante de sa volonté, il est pourvu à l'enseignement aux frais de l'Etat.

Si l'empêchement est de nature à se prolonger, il peut y avoir lieu à l'application de l'art. 28.

Art. 26. Toute plainte contre un professeur doit être portée au Département de l'Instruction publique, qui, après avoir entendu le plaignant et l'inculpé, prononce, sauf recours au Conseil d'Etat.

Art. 27. Le Conseil d'Etat, après avoir entendu l'Université, peut prononcer la suspension ou la destitution d'un professeur pour cause d'incapacité, d'insubordination ou d'immoralité.

Le professeur inculpé doit être entendu dans ses moyens de défense.

Art. 28. Lorsqu'un professeur ne remplit plus utilement ses fonctions, le Conseil d'Etat peut, après l'avoir entendu, mettre ce professeur hors d'activité de service.

Il peut être alloué une indemnité à l'intéressé.

Art. 29. Les assistants, les préparateurs et le chef des travaux graphiques sont nommés par le Conseil d'Etat sur préavis des professeurs intéressés.

Art. 30. Le titre de professeur honoraire peut être accordé par le Conseil d'Etat a des hommes qui ont fait preuve de connaissances supérieures dans quelques branches des sciences. L'avis de l'Université est requis.

Art. 31. Les dispositions prévues par la loi du 1er septembre 1882, allouant des pensions de retraite aux professeurs de l'Académie et aux instituteurs des établissements secondaires, s'appliquent aux professeurs de l'Université.

Chapitre III. Etudiants.

Art. 32. Les cours de l'Université sont suivis: 1° Par les étudiants immatriculés. 2° Par les auditeurs.

Art. 33. Pour être immatriculé, l'étudiant doit établir:

Qu'il est bachelier es-lettres du gymnase de Lausanne ou qu'il a subi des examens satisfaisants sur le programme de la division supérieure (section industrielle) de l'école industrielle cantonale.

S'il n'a pas reçu l'instruction secondaire dans le canton de Vaud, l'étudiant doit justifier qu'il est porteur d'attestations démontrant qu'il peut suivre avec fruit l'enseignement supérieur.

Le Département de l'Instruction publique et des Cultes apprécie ces attestations sur le préavis de l'Université.

Les étudiants déjà immatriculés et régulièrement ex-matriculés dans une autre Université sont admis de droit.

Art. 34. L'immatriculation ne préjuge en rien les conditions requises pour l'obtention des grades universitaires et des diplômes d'Etat.

Art. 35. Les auditeurs sont dispensés de toutes formalités spéciales autres que leur inscription au secrétariat de l'Université. Sont réservées les dispositions réglementaires des diverses facultés.

Art. 36. Les conditions d'admission sont les mêmes pour les deux sexes.

Art. 37. Les finances d'immatriculation, d'ex-matriculation, d'inscription à titre d'auditeur et celles des cours sont fixées par le règlement universitaire.

Art. 38. Le Conseil d'Etat peut dispenser de tout ou partie des finances les étudiants méritants qui en font la demande, et dont les circonstances de famille justifient cette faveur.

Art. 39. Il est porté chaque année au budget une somme destinée à récompenser les lauréats des concours, et à accorder des bourses à des étudiants immatriculés. Ces bourses sont accordées par le Conseil d'Etat qui tient compte de l'âge de l'étudiant, de ses aptitudes et de sa position de fortune.

Chapitre IV. Grades universitaires.

Art. 40. L'Université confère les grades et diplômes suivants: *a.* Licence en théologie. *b.* Licence en droit. *c.* Licence es-lettres. *d.* Licences es-sciences (mathématiques, physiques ou naturelles). *e.* Licence es-sciences pharmaceutiques. *f.* Diplôme d'ingénieur-constructeur. *g.* Diplôme d'ingénieur-mécanicien. *h.* Diplôme d'ingénieur-chimiste. *i.* Doctorat en théologie. *j.* Doctorat en droit. *k.* Doctorat en médecine. *l.* Doctorat es-lettres. *m.* Doctorat es-sciences.

Art. 41. Les programmes pour l'obtention des grades universitaires sont rédigés par le Sénat et soumis au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 42. Les grades universitaires sont conférés à la suite d'examens déterminés par les règlements des facultés. Les émoluments à percevoir à l'occasion de la collation des divers grades universitaires sont également fixés par ces règlements.

Art. 43. Sur le préavis d'une des facultés, l'Université peut exceptionnellement conférer le grade de docteur à des hommes distingués qui ont rendu des services à la science.

Chapitre V. Direction.

Art. 44. Les professeurs ordinaires et extraordinaires forment le Sénat universitaire.

Art. 45. Une Commission universitaire, dont la composition est déterminée par le règlement, est chargée d'expédier les affaires courantes.

Art. 46. Le Sénat universitaire nomme dans son sein, pour deux ans, son président, qui porte le titre de Recteur. Il n'est pas immédiatement rééligible et il est autant que possible choisi successivement dans les diverses facultés.

Le Recteur sortant de charge est Prorecteur de l'Université.

Art. 47. Les professeurs ordinaires et extraordinaires d'une faculté forment le Conseil de cette faculté. Les professeurs d'une section forment le Conseil de cette section.

Art. 48. Dans chaque Conseil de faculté, il y a un président, qui porte le titre de Doyen; il est nommé par le conseil pour le terme de deux ans.

La section des sciences pharmaceutiques et celle des sciences techniques sont dirigées chacune par un professeur qui porte le titre de Directeur. Ces Directeurs sont nommés par le Conseil d'Etat pour le terme de deux ans.

Art. 49. Le Recteur et les deux Directeurs de section reçoivent une indemnité annuelle de fr. 500.

Art. 50. L'Université a un secrétaire-caissier. Il est nommé par le Conseil d'Etat, sur le préavis de l'Université et reçoit un traitement annuel de fr. 1500.

Art. 51. L'Université a un bedeau nommé, sur préavis de l'Université, par le Conseil d'Etat qui fixe son traitement.

Art. 52. Le Sénat, la Commission universitaire, les Conseils de facultés sont chargés de la direction et de l'administration, sous l'inspection et la direction supérieures du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 53. La surveillance et la discipline appartiennent au Département de l'Instruction publique et des Cultes, au Sénat, à la Commission universitaire, aux Conseils de facultés, aux Conseils de sections, au Recteur, aux Doyens et aux Directeurs, conformément aux règlements.

Chapitre VI. Constitution de l'Université en personne morale.

Art. 54. L'Université constitue une personne morale. Elle a, en conséquence, la capacité civile et entre autres le droit de posséder, d'aliéner, d'ester en droit, d'acquérir par donations entre vifs et par dispositions à cause de mort.

Toutefois elle ne pourra ni accepter une succession ou donation modales, ni ester en droit, ni faire aucune acquisition ou aliénation excédant mille francs sans l'autorisation du Conseil d'Etat.

Art. 55. Le Sénat administre, par l'intermédiaire d'une commission, la fortune de l'Université, ainsi que les fondations spéciales ayant un but universitaire. Le Recteur et à son défaut le Prorecteur représentent l'Université.

Art. 56. Chaque année, le Sénat dresse l'état des sommes dont l'Université peut disposer en dehors du budget cantonal. Il en détermine l'emploi sous réserve de l'approbation du Conseil d'Etat.

Art. 57. Les titres et les valeurs dont l'Université a la propriéte ou l'administration sont déposés au Département des Finances.

Art. 58. Les paiements sont effectués par les soins du service de la comptabilité de l'Etat.

Art. 59. Les comptes sont soumis chaque année au contrôle et à l'approbation du Conseil d'Etat.

Chapitre VII. Dispositions transitoires et finales.

Art. 60. Le Conseil d'Etat prendra toutes les dispositions transitoires qui seront nécessaires à la mise en vigueur de la présente loi. Il lui est en particulier accordé des pleins pouvoirs pour l'administration du Gymnase jusqu'à l'adoption de la loi prévue sur l'instruction secondaire.

Art. 61. Les professeurs titulaires de l'Académie seront soumis à confirmation avant l'entrée en vigueur de la loi.

Art. 62. Sont et demeurent abrogés:

1° Le Titre V de la loi du 12 mai 1869 sur l'instruction publique supérieure, modifiée par celle du 20 janvier 1881.

2° Toutes autres dispositions contraires à la présente loi.

Art. 63. Le Conseil d'Etat est chargé de la publication et de l'exécution de la présente loi qui sera exécutoire le 15 octobre 1890.

39. 2. Règlement général de l'Université de Lausanne. (Arrêté du Conseil d'Etat du canton de Vaud du 19 juillet 1890.) (Art. 63 de la loi du 10 mai 1890.)

1. Dispositions générales. — Enseignement.

Art. 1er. L'Université comprend: 1° Une faculté de théologie protestante. 2° Une faculté de droit. 3° Une faculté de médecine. 4° Une faculté des lettres. 5° Une faculté des sciences.

La faculté des sciences se divise en trois sections:

a. La section des sciences mathématiques, physiques et naturelles.
b. La section des sciences pharmaceutiques, soit Ecole de pharmacie.
c. La section des sciences techniques, soit Ecole d'ingénieurs.

Art. 2. Il n'est admis d'autres cours à l'Université que ceux inscrits dans le programme ou affichés à l'Université, sous le visa du Recteur, après approbation du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 3. L'année universitaire est divisé en deux semestres.

Le semestre d'hiver commence le 15 octobre et finit le 25 mars.

Le semestre d'été commence le 8 avril et finit le 25 juillet.

Les cours ne sont interrompus que les jours de fêtes religieuses ou civiles et durant 8 jours au nouvel-an. Les examens de diplômes ont ordinairement lieu dans la dernière semaine de chaque semestre ou, le cas échéant, au commencement du semestre d'hiver. Les soutenances de thèses et les examens de doctorat peuvent seuls avoir lieu en dehors de ces périodes.

Art. 4. Le programme semestriel des cours est élaboré par les conseils de facultés et par la Commission universitaire; ils le soumettent à l'approbation du Département de l'Instruction publique et des Cultes. Le programme du semestre d'hiver doit être établi pour le 1er juin, et celui du semestre d'été pour le 15 janvier.

Les cours annoncés après cette date ne peuvent être donnés qu'avec l'approbation du Recteur, de la Commission universitaire et du Département de l'Instruction publique et des Cultes. Ces cours sont annoncés par affiches au début du semestre.

Art. 5. Le Recteur élabore pour chaque semestre un tableau normal de la répartition des heures de cours. Ce tableau est soumis à l'approbation de la Commission universitaire et du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 6. Le programme et le tableau des cours sont élaborés de façon à ce que le cycle complet des études nécessaires pour l'obtention des grades universitaires et des diplômes puisse être parcouru dans les délais suivants:

a.	Licence en théologie,	8	semestres.
b.	„ droit	6	„
c.	„ es-lettres	4	„
d.	„ es-sciences	4	„
e.	Diplômes d'ingénieurs	7	„
f.	Propédeutique médicale	4	„

g. Examen fédéral de médecine, 5 semestres à partir du propédeutique.
h. Examen fédéral de pharmacie, 4 semestres, à partir de l'examen de commis.

Toutefois l'étudiant est libre dans le choix des cours et des exercices qu'il veut suivre; il règle à son gré la marche de ses études.

II. Professeurs.

Art. 7. Les professeurs ordinaires, les professeurs extraordinaires et les privatdocents jouissent de la liberté d'enseignement. Ils sont responsables de leurs cours et du choix des matières enseignées.

Cette disposition ne soustrait pas les professeurs ordinaires et extraordinaires à l'obligation de parcourir le cycle complet de leur enseignement pendant le temps minimum fixé à l'art. 6.

Art. 8. La répartition des objets d'études entre les professeurs ordinaires et extraordinaires est conforme au groupement le plus naturel des enseignements. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes indique dans les brevets de nomination des professeurs les objets de leur enseignement; il veille à ce que cette répartition soit équitable et à ce que le nombre des heures hebdomadaires qu'entraîne un groupement de disciplines ne soit pas un obstacle à la bonne marche de l'enseignement.

Art. 9. Lorsqu'une place de professeur est vacante et qu'il n'a pas pu y être pourvu par la voie normale de l'appel, un concours est ouvert par le Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Le concours est annoncé par la voie des journaux durant trois mois.

Art. 10. Si le jury impose aux concurrents des examens publics (loi art. 21), ceux-ci comprendront:

a. La soutenance d'une dissertation dont le sujet est laissé au choix du candidat. Dans la discussion les concurrents ne peuvent pas s'attaquer réciproquement.

b. Une leçon publique professée sur un sujet imposé par le jury, et pour la préparation duquel il est accordée un délai de 24 heures.

c. Une leçon publique au choix du candidat.

d. Si le jury n'est pas suffisamment renseigné il peut compléter ces épreuves par un colloquium à huis clos.

Art. 11. Les professeurs ordinaires nouvellement nommés sont présentés à l'Université en séance publique par le chef du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Les professeurs extraordinaires sont présentés au Sénat et aux étudiants par le Recteur, le Prorecteur ou le Doyen de la faculté intéressée.

Art. 12. Le professeur momentanément empêché de donner ses cours en avertit immédiatement le Recteur qui, avec le Doyen, avise aux mesures à prendre en référant, s'il y a lieu, au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 13. En cas de démission, le professeur ordinaire ou extraordinaire est tenu d'avertir l'Université trois mois à l'avance.

Art. 14. Pour enseigner à titre de privat-docent le candidat doit en exprimer le désir par écrit au Département de l'Instruction publique et des Cultes, en établissant:

a. Qu'il est porteur des grades universitaires de licencié ou de docteur, ou d'un titre jugé équivalent.

b. Qu'il a fait des travaux sérieux sur la matiére qu'il désire enseigner, ou qu'il a déja professé avec succès dans ce domaine.

Art. 15. En cas de notoriété scientifique reconnue, l'Université et le Département de l'Instruction publique et des Cultes accordent l'autorisation d'être privat-docent, en dehors des conditions fixées à l'art. 14.

Art. 16. La demande et les pièces annexes sont transmises par le Département, pour préavis, à l'Université.

Ensuite de ce préavis le Département de l'Instruction publique et des Cultes prononce sur le sort de la demande.

En cas de refus les motifs sont communiqués au candidat par écrit.

Art. 17. Le candidat agréé est présenté par le Doyen aux étudiants de sa faculté. Il fait devant le Conseil de la faculté et en séance publique une leçon d'ouverture qu'il doit faire imprimer.

Il dépose au bureau de l'université 200 exemplaires de sa leçon inaugurale, pour servir aux échanges officiels.

Le candidat peut remplacer l'impression de sa leçon inaugurale par celle d'un autre travail de son choix.

Art. 18. Un privat-docent perd le droit d'enseigner si pendant deux semestres de suite il n'a fait inscrire aucun cours dans le programme ou si pendant ce temps il a négligé les cours annoncés par lui.

Dans ce cas, notification en est faite par le Sénat au Département de l'Instruction publique et des Cultes qui avise l'intéressé. Ce dernier peut faire valoir ses raisons auprès du Département qui les apprécie sur le préavis de l'Université.

Art. 19. Les articles 26, 27 et 28, de la loi sur l'instruction publique supérieure, concernant les plaintes contre les professeurs ou leur révocation, sont applicables aux privat-docents.

III. Etudiants.

Art. 20. Pour être immatriculé, l'étudiant doit établir: qu'il est bachelier es-lettres du Gymnase de Lausanne ou qu'il a subi des examens satisfaisants sur le programme de la division supérieure (section industrielle) de l'Ecole industrielle cantonale.

S'il n'a pas reçu l'instruction secondaire dans le canton de Vaud, l'étudiant doit justifier qu'il est porteur d'attestations démontrant qu'il peut suivre avec fruit l'enseignement supérieur.

Le Département de l'Instruction publique et des Cultes apprécie ces attestations sur le préavis de l'Université.

Les étudiants déjá immatriculés et régulièrement exmatriculés dans une autre Université sont admis de droit (Loi, art. 33).

Art. 21. Pour être immatriculé, l'étudiant doit en adresser la demande au Recteur de l'Université avant le 15 novembre pour le semestre d'hiver, avant le 8 mai pour celui d'été. Il joint à sa demande les attestations requises par l'article 15.

En cas de circonstance majeure, le recteur peut autoriser l'immatriculation après ces dates.

Art. 22. Les étudiants dont les titres ne sont pas jugés complètement équivalents peuvent demander une inscription provisoire.

Sur préavis de la Commission universitaire le Département de l'Instruction publique et des Cultes peut accorder un délai à ces étudiants pour qu'ils complètent leurs titres en vue de l'immatriculation.

Art. 23. Les étudiants immatriculés jouissent seuls du droit à l'obtention d'un grade; ils sont au bénéfice de dispositions spéciales pour les études et les recherches dans les collections publiques.

Art. 24. La finance d'immatriculation est fr. 20; elle est réduite de moitié pour les étudiants régulièrement exmatriculés d'une autre université.

Cette finance est payée dans le même délai que celle des cours. Elle est affectée aux achats de la bibliothèque.

Art. 25. Les étudiants expulsés d'une autre université devront se munir, pour être immatriculés, d'une autorisation spéciale du Département de l'Instruction publique et des Cultes, qui prendra l'avis de l'établissement d'où l'étudiant a été renvoyé et appréciera sur le préavis de l'Université.

Art. 26. Toute personne qui désire suivre les cours à titre d'auditeur doit se faire inscrire au secrétariat en acquittant la finance des cours plus une finance d'inscription de fr. 2. Les finances d'inscriptions appartiennent à la bibliothèque.

Art. 27. Chaque étudiant ou auditeur est tenu d'indiquer son adresse au bureau de l'Université et d'aviser immédiatement celui-ci de ses changements d'adresse.

Art. 28. En demandant leur immatriculation les étudiants laissent en dépôt au secrétariat leurs certificats d'études. Ils en reçoivent un récépissé sur leur carte d'immatriculation. Les certificats sont rendus aux étudiants lorsque ceux-ci se font exmatriculer, contre une finance de fr. 5. Cette finance d'exmatriculation appartient à la bibliothèque.

Art. 29. Aucune association d'étudiants ne peut se former sans l'autorisation de l'Université. Il y a recours au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 30. Les statuts de ces associations sont déposés à l'Université. Le Recteur reçoit communication de la composition de leurs comités.

Art. 31. L'association qui commettrait des abus ou donnerait lieu à des plaintes graves peut être suspendue ou dissoute par le Département de l'Instruction publique et des Cultes, sur le préavis de l'Université.

IV. Cours.

Art. 32. Il y a à l'Université trois sortes de cours:

a. Les cours publics (collegia publica) pour lesquels il n'est perçu aucune finance.

b. Les cours universitaires proprement dits (collegia privata) destinés seulement aux étudiants et aux auditeurs.

c. Les cours particuliers (collegia privatissima) régis par des dispositions spéciales.

Art. 33. La rétribution des cours universitaires (collegia privata) est fixée à fr. 5 par semestre pour chaque heure hebdomadaire.

Art. 34. Des règlements spéciaux fixent les rétributions pour les travaux pratiques et pour les excursions scientifiques.

Art. 35. Dans les dix jours qui suivent son immatriculation, l'étudiant doit s'inscrire pour les cours qu'il veut prendre; il acquitte dans ce délai les finances règlementaires.

Lors de son inscription l'étudiant reçoit un livret portant la mention et la quittance de ses cours. Au début et à la fin du semestre ce livret est présenté au visa des professeurs.

Ce livret est également visé par le Recteur au moment de l'exmatriculation.

Art. 36. Chaque étudiant immatriculé doit s'inscrire pour deux cours universitaires (collegia privata) au moins.

Art. 37. Un livret d'auditeur est remis aux auditeurs qui le réclament.

Art. 38. Les étudiants qui désirent être dispensés de la finance des cours (loi article 38) doivent en adresser la demande au Recteur qui transmet cette requête, avec le préavis du Conseil de la faculté intéressée, au Département de l'Instructiou publique et des Cultes. Ces formalités doivent être remplies dans les dix jours qui suivent l'ouverture du semestre.

Une demande de ce genre ne dispense pas l'étudiant du paiement prévu à l'article 35; suivant le sort de la requête les finances payées sont rendues en totalité ou en partie.

Art. 39. Les professeurs ordinaires et extraordinaires peuvent inscrire au programme universitaire tous les cours qu'ils estiment en rapport avec leur spécialité et qui ne rentrent pas dans l'enseignement dont ils sont officiellement chargés. Cette extension des cours est soumise à l'approbation du Conseil de la faculté intéressée et à celle du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 40. Les professeurs ordinaires et extraordinaires touchent une part de la finance de leurs cours. Cette part est fixée par le Conseil d'Etat.

Les privat-docents touchent la totalité de la finance de leurs cours, moins la provision réglementaire du caissier.

Art. 41. Les professeurs qui désirent inscrire au programme universitaire des cours particuliers (collegia privatissima) doivent en faire une demande spéciale au Conseil de la faculté, qui requiert l'autorisation du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

La quotité de la finance de ces cours est laissée à l'appréciation du professeur et lui appartient. La perception en est faite par les soins du caissier qui reçoit pour cela la provision règlementaire.

Art. 42. Les cours sont donnés dans les locaux de l'Université. En cas de conflit pour l'utilisation d'un même local, les professeurs ordinaires passent avant les professeurs extraordinaires et ces derniers avant les privat-docents.

Les cours particuliers peuvent être donnés à domicile.

Art. 43. Les cours libres prévus à l'article 12 de la loi sur l'instruction supérieure peuvent être donnés à des conditions arrêtées entre le Département de l'Instruction publique et des Cultes, l'Université et l'intéressé.

Ces cours rentrent dans l'une des trois catégories prévues à l'article 32.

V. Grades. — Diplômes. — Examens. — Certificats.

Art. 44. Pour obtenir un grade ou un diplôme à l'Université de Lausanne, le candidat doit y être ou y avoir été immatriculé.

Art. 45. Les conditions requises pour l'obtention des grades et diplômes universitaires sont fixées par les règlements des facultés. Le candidat doit justifier qu'il a acquis dans la discipline à laquelle il désire se vouer les connaissances exigées par les programmes des facultés.

Les cours peuvent avoir été suivis dans d'autres universités.

Art. 46. Les droits de grades et de diplômes sont fixés comme suit: Licences fr. 100. Diplômes d'ingénieurs fr. 100. Doctorats fr. 200.

Ces droits appartiennent par moitié au fonds universitaire et aux facultés.

Les facultés répartissent leur part de la façon suivante: $^1/_5$ au Recteur, $^4/_5$ entre les professeurs qui ont pris part à la collation du grade.

Art. 47. Les titres universitaires et les diplômes sont délivrés par l'Université, sur le préavis de la Commission universitaire. Ils sont signés par le Recteur, le Doyen de la faculté intéressée et le Secrétaire de l'Université.

Les noms des gradués sont proclamés en séance publique du Sénat, dans sa plus prochaine réunion.

Art. 48. L'étudiant qui le désire reçoit à la fin du semestre un certificat d'études; sur sa demande, il est admis à subir devant les professeurs respectifs des épreuves sur les branches suivies par lui. Il paye par examen une finance de fr. 5; elle appartient au professeur du cours.

VI. Administration.

Art. 49. Le Sénat est composé des professeurs ordinaires et extraordinaires.

Art. 50. Le Conseil de faculté ou de section est composé des professeurs ordinaires et extraordinaires de cette faculté ou de cette section.

Art. 51. La Commission universitaire est composée du Recteur et des Doyens; le Prorecteur et les Directeurs de sections y ont voix consultative.

Art. 52. Le Recteur est élu par le Sénat à la fin du semestre d'été. Cette élection a lieu au scrutin secret et à la majorité absolue des suffrages; si, après deux tours de scrutin, il ne s'est pas formé de majorité absolue, l'élection se fait à la majorité relative au troisième tour.

Art. 53. Chaque Conseil de faculté élit son Doyen à la même époque. Cette élection a lieu au scrutin secret et à la majorité absolue des suffrages. Si, après deux tours de scrutin, il ne s'est pas formé de majorité absolue, l'élection se fait à la majorité relative au troisième tour.

Art. 54. Les différentes autorités universitaires (Recteur, Commission universitaire, Doyens, Secrétaires de faculté, Commission financière) demeurent en fonctions pendant 2 ans à partir du 15 octobre qui suit leur nomination.

Sénat. Art. 55. Le Sénat se réunit obligatoirement une fois chaque semestre.

Art. 56. Le Sénat ne peut délibérer ou faire des nominations que dans une séance régulièrement convoquée.

La présence de la majorité des professeurs est nécessaire. Toutefois, pendant les vacances, le quorum de dix membres suffit.

Art. 57. Lorsque le Sénat est appelé à statuer sur une affaire importante qui intéresse l'une des facultés, le bureau demande un préavis au Conseil de cette faculté.

Art. 58. Chaque année, le Recteur établit, soumet au Sénat et adresse au Département de l'Instruction publique et des Cultes un rapport général et détaillé sur la marche de l'Université. Ce rapport est accompagné des comptes du caissier de l'Université.

Art. 59. Si un tiers des membres du Sénat demande la réunion de ce corps pour un objet déterminé, le Sénat doit être convoqué sans retard.

Art. 60. La Commission universitaire peut demander en tout temps la réunion du Sénat quand elle le juge nécessaire.

Recteur. Art. 61. Le Recteur représente l'Université. Il est présenté aux étudiants, en séance publique, par l'ancien Recteur et en présence du Sénat.

Art. 62. Le Recteur fait observer la loi et les règlements. Il pourvoit à l'exécution des decisions du Sénat, et il a une surveillance générale sur tout le personnel de l'Université.

Dans les cas graves, il dénonce le fait au Sénat.

Art. 63. Aucune communication officielle ne peut avoir lieu, avec les autorités supérieures, sans passer par l'intermédiaire du Recteur; ce dernier peut toutefois autoriser un Doyen à traiter directement une affaire avec le Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 64. Il est fait exception à l'article 63 pour les Directeurs de sections et de laboratoires dans les questions d'administration intérieure.

Art. 65. Le Prorecteur remplace le Recteur chaque fois que ce dernier est empêché de remplir ses fonctions.

Commission universitaire. Art. 66. La Commission universitaire est présidée par le Recteur; elle s'occupe de toutes les affaires courantes qu'il lui soumet.

Art. 67. La Commission universitaire est convoquée par les soins du Recteur chaque fois qu'il le juge nécessaire, ou si deux de ses membres lui en font la demande.

Art. 68. Elle tient un procès-verbal de ses opérations, et communique au Sénat, dans sa plus prochaine séance, les mesures qu'elle a prises.

Art. 69. La Commission universitaire ne peut prendre aucune décision si le nombre des membres présents ne représente pas la majorité des voix délibératives de la Commission.

Art 70. Le Sénat seul peut casser ou réformer une décision de la Commission universitaire. Tout décision de la Commission peut être déférée au Sénat par le Recteur, lorsqu'il estime que la Commission est sortie de ses attributions.

Conseils de facultés et doyens. Art. 71. Le conseil de faculté est convoqué par le Doyen, soit de son propre mouvement, soit à la demande du Sénat, de la Commission universitaire, du Recteur ou d'un membre de la faculté.

Art. 72. Les Conseils de faculté ne peuvent délibérer que s'ils ont été régulièrement convoqués et s'il y a trois membres, au moins, présents à la séance.

Art. 73. Toute décision d'un Conseil de faculté peut être déférée au Sénat par le Recteur, lorsqu'il estime que le Conseil est sorti de ses attributions. Il consulte, à cet effet, la Commission universitaire.

Art. 74. Chaque membre d'un Conseil de faculté a le droit de demander qu'une affaire soit soumise au Sénat.

Art. 75. Les Conseils de facultés consignent leurs opérations dans un procès-verbal tenu par le secrétaire du Conseil.

Art. 76. Le Conseil de Faculté élit son secrétaire pour deux ans (art. 53).

Art. 77. Le Doyen est chargé de l'expédition des affaires courantes de sa faculté, sauf recours au Conseil de faculté et au Sénat, s'il y a lieu.

Art. 78. Le dernier Doyen sorti de charge porte le titre de „Vice-Doyen"; il remplace le Doyen de la faculté chaque fois que ce dernier est empêché de remplir ses fonctions.

Art. 79. En cas de départ ou de mort d'un Doyen de faculté, c'est le Vice-Doyen qui est chargé de le remplacer. Toutefois, si la période décanale restante est de plus d'un semestre, la faculté est appelée à élire un nouveau Doyen.

Art. 80. Les règlements de facultés prévoient ce qui est relatif aux conseils de sections et aux directeurs.

Secrétaire. Art. 81. Le secrétaire de l'Université expédie les affaires du bureau sous la surveillance du Recteur.

Art. 82. Il tient les registres nécessaires à l'administration de l'Université; il classe et entretient les archives. — Il est chargé du service d'échange des dissertations et autres publications universitaires.

Art. 83. Comme caissier de l'Université, le secrétaire est chargé des fonctions suivantes:

a. il perçoit toutes les finances payées par les étudiants à quelque titre que ce soit;

b. il tient les registres nécessaires à la comptabilité de l'Université. Cette comptabilité doit être conforme aux exigences de celle de l'Etat.

Art. 84. Le secrétaire-caissier touche une provision de 2 % sur toute finance perçue par lui pour le compte de l'Université.

Il touche en outre une somme de fr. 5 pour chaque titre ou diplôme. Cette finance est payée par le gradué.

Art. 85. En cas d'absence, de maladie ou d'autre empêchement, le secrétaire se fait remplacer par un suppléant agréé par le Recteur.

Lorsque le secrétaire est empêché de remplir ses fonctions par une maladie ou par toute autre cause indépendante de sa volonté, il est pourvu à son remplacement aux frais de l'Etat. Dans les autres cas, le traitement du suppléant est à la charge du secrétaire.

Art. 86. A la fin de chaque année universitaire les comptes de l'Université sont vérifiés par une commission composée du Recteur et de trois professeurs désignés par le Sénat.

Assistants. — Chef des travaux graphiques. — Préparateurs. — Aides et garçons de laboratoires. Art. 87. Les règlements des facultés déterminent les obligations et avantages de ces employés.

Bedeau. Art. 88. Le bedeau remplit l'office de concierge, à ce titre il est chargé:

a. de l'entretien et de la propreté des bâtiments universitaires;

b. de la surveillance des bâtiments universitaires. Il avertit le Recteur des dégâts commis et de tout ce qui peut intéresser la conservation des bâtiments.

Art. 89. Le bedeau est huissier de l'Université; à ce titre il est chargé:

a. du service du bureau de l'Université;

b. du service des Conseils de facultés.

Art. 90. En qualité d'huissier de l'Université le bedeau reçoit:

a. de chaque licencié ou ingénieur une gratification de fr. 5;

b. de chaque docteur une gratification de fr. 10.

Art. 91. Un règlement de service fixe le détail des obligations du bedeau.

VII. Discipline.

Art. 92. Les étudiants doivent se conduire avec ordre et décence. Il leur est en particulier interdit de troubler la tranquillité des cours, de fumer dans les auditoires et dans les salles de dessin, de commettre des dégâts dans les auditoires, laboratoires, salles de dessin, ou instituts dans lesquels ils sont admis.

Art. 93. Les professeurs veillent au maintien de l'ordre dans leurs leçons; ils rappellent au devoir les étudiants qui s'en écartent. Ils peuvent exclure de la leçon les étudiants qui troublent l'ordre et prolonger cette exclusions jusqu'à la décision du Doyen de leur faculté, auquel ils doivent immédiatement faire rapport.

Art. 94. Les plaintes contre les étudiants doivent être déposées par écrit auprès du Recteur; elles entraînent les peines disciplinaires suivantes:

a. censures par le Doyen ou le Directeur, par le Conseil de faculté, le Recteur, la Commission universitaire, le Sénat;

b. amendes;

c. suspension;
d. renvoi temporaire (consilium abeundi);
e. expulsion (relegatio).

Art. 95. Le Recteur, nanti d'une plainte, provoque l'application de l'une des dispositions précédentes.

Art. 96. Tout dégât commis dans les locaux de l'Université par un ou plusieurs étudiants entraîne le payement des frais de réparation et celui d'une amende de fr. 5 à 50 par étudiant suivant la gravité du cas.

Les amendes sont infligées par la Commission universitaire; elles doivent être versées en mains du caissier dans les quinze jours qui suivent la communication du prononcé. — Elles sont la propriété de la bibliothèque.

Art. 97. La suspension peut être prononcée pour tous les cas méritant une peine plus forte que la censure devant le Sénat. Il est accordé au Conseil de faculté une compétence de quinze jours, à la Commission universitaire une compétence d'un mois, au Sénat une compétence de trois mois.

Art. 98. Tout étudiant censuré plusieurs fois peut être de ce chef frappé de suspension.

Art. 99. Si une amende prononcée n'est pas payée dans le délai fixé, l'étudiant fautif peut être frappé de suspension.

Art. 100. Une faute très grave ou des suspensions répétées peuvent motiver le renvoi temporaire (Consilium abeundi) ou l'explusion du l'Université (Relegatio).

Art. 101. Les renvois temporaires et les expulsions de l'Université sont prononcés par le Département de l'Instruction publique et des Cultes sur préavis du Sénat.

Art. 102. Le renvoi temporaire (Consilium abeundi) ne peut pas être infligé pour moins d'un semestre, non compris la fin de celui en cours au moment du prononcé.

Par cette disposition l'étudiant puni perd tout droit d'immatriculation ou d'inscription pendant la durée de sa peine.

Art. 103. L'expulsion (Relegatio) est définitive; l'étudiant perd pour toujours le droit d'immatriculation ou d'inscription.

Art. 104. Les suspensions, les renvois temporaires et les expulsions sont communiqués aux parents et aux tuteurs des étudiants mineurs. Les renvois temporaires (Consilium abeundi) et les expulsions (Relegatio) sont également communiqués à toutes les Universités en rapport officiel avec l'Universités de Lausanne.

Art. 105. Les suspensions, les renvois temporaires et les expulsions sont affichés au tableau de l'Université. — Ils sont notifiés par écrit à l'étudiant.

Art. 106. Les citations envoyées à un étudiant sont remises par le bedeau; celui-ci touche de l'étudiant cité une finance de fr. 1 par citation. Les étudiants absents sont informés par lettre chargée.

Art. 107. Toute citation qui reste sans réponse entraîne une aggravation de peine qui à la troisième citation demeurée sans réponse peut aller jusqu'au Consilium abeundi.

Art. 108. Si un acte contraire aux bonnes mœurs, à l'honneur ou à la probité, donne lieu à une action civile ou pénale contre l'étudiant qui s'en est rendu conpable, l'Université suspend son enquête et son jugement, jusqu'à ce que les tribunaux aient prononcé définitivement.

VIII. Prix de facultés. — Concours.

Art. 109. Chaque année, pour encourager le travail individuel des étudiants, l'Université décerne des Prix de faculté et ouvre des Concours.

Art. 110. Les étudiants immatriculés depuis un semestre au moins avant le dépôt de leur travail ont seuls le droit de recevoir des prix de faculté ou des récompenses de concours. — Les étudiants porteurs d'un grade universitaire

ou d'un diplôme, perdent ce droit, à moins qu'ils n'aient acquis leur titre dans le semestre où ils ont déposé leur travail de concours.

A. *Prix de faculté.* Art. 111. Les prix de faculté sont décernés pour des travaux scientifiques ou littéraires sur des sujets dont le choix est laissé aux concurrents.

Art. 112. Les sujets traités doivent présenter des difficultés d'étude en rapport avec un enseignement supérieur et les travaux doivent être originaux.

Art. 113. Tout étudiant qui a l'intention de déposer un travail de ce genre doit l'annoncer au Recteur avant le premier mai.

Art. 114. Les travaux doivent être déposés au bureau de l'Université avant le 15 mai; ils sont dès lors la propriété de l'Université.

Sauf autorisation spéciale de la faculté intéressée, les travaux doivent être écrits en français.

Art. 115. Les travaux sont jugés par des jurys spéciaux. Chaque jury est de trois membres, dont un au moins n'appartient pas à l'Université et est désigné par le Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Les candidats qui présentent un travail sont tenus de donner à la commission les explications qu'elle juge à propos de leur demander.

Art. 116. Le jury dépose ses conclusions dans un rapport écrit adressé au Recteur.

Art. 117. Les récompenses accordées sont des prix et des accessits. — Chaque faculté ne peut décerner qu'un prix et deux accessits. Les prix sont de fr. 200 et les accessits de fr. 100 et au dessous. A égalité de mérite le prix est partagé entre les concurrents.

Art. 118. Les concurrents récompensés reçoivent un diplôme portant la mention de leur concours. Ces diplômes sont délivrés par l'Université, ils sont signés par le Recteur, le Doyen intéressé et le Secrétaire.

Les candidats récompensés d'un prix reçoivent le titre de „Lauréat de l'Université de Lausanne".

Art. 119. Les travaux qui ont un mérite remarquable peuvent être publiés par les soins de l'Université sur le préavis des jurys.

Ces publications servent aux échanges avec les établissements en rapport avec l'Université de Lausanne.

L'auteur a droit à 50 exemplaires de cette publication.

Art. 120. Les noms des candidats récompensés sont proclamés en séance publique devant le Sénat et les étudiants. Ils sont publiés dans le programme universitaire qui suit immédiatement la proclamation.

B. *Concours.* Art. 121. Les concours sont des travaux faits par les étudiants sur des sujets proposés par les facultés.

Chaque professeur a le droit de proposer annuellemeut un sujet de concours pris dans le cadre de son enseignement.

Art. 122. Les sujets de concours sont publiés en brochure spéciale et à la même date que le programme d'été.

Ils sont approuvés en même temps par le Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 123. Les travaux de concours doivent être déposés au bureau de l'Université avant le premier novembre de l'année où les concours sont ouverts.

Art. 124. Il peut être décerné pour chaque sujet de concours trois récompenses. Le total de récompenses ne peut dépasser fr. 150, et il ne peut y avoir de récompenses supérieures à fr. 80 ou inférieures à fr. 40.

Art. 125. Un règlement spécial détermine le mode d'appréciation des concours.

Les résultats sont proclamés en séance publique du Sénat.

IX. Bourses.

Art. 126. Des bourses peuvent être accordées aux étudiants méritants qui en font la demande (loi art. 39). Un règlement spécial détermine les conditions auxquelles ces bourses sont obtenues.

X. Administration de la fortune de l'Université.

Art. 127. La fortune de l'Université est gérée par le Sénat avec le concours d'une Commission financière, composée du Recteur et de deux autres membres du Sénat, élus par lui et immédiatement rééligibles (art. 54).

Cette Commission adresse ses propositions au Sénat qui prend les résolutions nécessaires.

Art. 128. Vis-à-vis des tiers, la signature du Recteur (ou à son défaut celle du Prorecteur) jointe à celle du Secrétaire engage l'Université.

Art. 129. Pour procéder aux opérations prévues à l'article 54, deuxième alinéa, de la loi, l'Université adresse la demande d'autorisation au Conseil d'Etat par l'intermédiaire du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 130. L'Université fournit chaque année au Département de l'Instruction publique et des Cultes dans le courant de septembre:

1° le compte des dépenses de l'Université pendant l'année écoulée;

2° le projet de budget des dépenses spéciales prévues à l'art. 56 de la loi.

Art. 131. Tous les paiements universitaires sont ordonnancés par le Département de l'Instruction publique et des Cultes sur la demande du Recteur ou des professeurs intéressés.

XI. Dispositions transitoires.

Art. 132. Les étudiants qui ont été immatriculés à l'Académie de Lausanne dans l'année académique 1889/90 sont au bénéfice de cette immatriculation dans l'Université.

Art. 133. Les règlements de facultés prévoient les autres dispositions transitoires, particulièrement celles relatives à l'obtention des grades.

Art. 134. Ce règlement sera imprimé et publié pour être exécutoire dès le 15 octobre 1890.

Appendice.

I. Principaux objets d'enseignement de l'Université.

Les principaux objets d'enseignement de la faculté de théologie sont: la théologie exégétiqne de l'Ancien Testament; la théologie exégétique du Nouveau Testament; la théologie historique; la théologie systématique; la théologie pratique.

Les principaux objets d'enseignement de la faculté de droit sont: L'encyclopédie du droit; la philosophie du droit; l'histoire du droit; le droit romain; le droit civil; la procédure civile; le droit commercial; le droit industriel; le droit public; le droit administratif; le droit pénal; la procédure pénale; le droit international; la législation comparée; le droit diplomatique et consulaire; les sciences sociales et politiques; la médecine légale.

Les principaux objets d'enseignement de la faculté de médecine sont: l'anatomie; l'embryologie; l'histologie; la physiologie; l'anatomie et la physiologie pathologique, la bactériologie; la pathologie interne et la clinique médicale; la pathologie externe et la clinique chirurgicale; la médecine opératoire; l'obstétrique; la gynécologie; l'ophtalmologie; la psychiatrie; les maladies vénériennes et cutanées; la médecine légale; la toxicologie; l'hygiène; la thérapeutique; la matière médicale; la chimie physiologique et pathologique; l'histoire de la médicine.

Les principaux objets d'enseignement de la faculté des lettres sont: la langue et la littérature française; la philologie romane; les langues et les littératures des peuples du Midi; la langue et la littérature allemandes; les langues et les littératures des peuples du Nord; la langue et la littérature latines; les antiquités romaines; la langue et la littérature grecques; les antiquités grecques; les langues et les antiquités orientales; la philosophie, l'histoire de la philosophie et la philosophie du droit; l'histoire et les sciences auxiliaires de l'histoire; les sciences sociales et politiques; la pédagogie.

Les principaux objets d'enseignement de la faculté des sciences sont les suivants dans chacune des sections:

A. *Section des sciences mathématiques, physiques et naturelles.* Le calcul infinitésimal et la théorie des fonctions; la géométrie pure et appliquée; la mécanique rationnelle et appliquée; l'astronomie; la physique mathématique; la physique expérimentale; la météorologie; la chimie inorganique; la chimie organique; la chimie analytique; la chimie agricole; la minéralogie; la pétrographie; la géologie; la paléontologie; la botanique; la zoologie et l'anatomie comparée; l'anatomie et la physiologie générales; l'hygiène; la microscopie; la géographie.

B. *Section des sciences pharmaceutiques, soit Ecole de pharmacie.* La physique; la météorologie; la chimie inorganique; la chimie organique; la chimie analytique; la chimie industrielle; la chimie pharmaceutique; la chimie biologique: la toxicologie; la minéralogie; la pétrographie; la géologie; la botanique générale et systématique; la botanique pharmaceutique; la zoologie et l'anatomie comparée; l'anatomie et la physiologie générales; la microscopie; la pharmacognosie; la pharmacie; l'hygiène.

C. *Section des sciences techniques, soit Ecole d'ingénieurs.* Le calcul différentiel et intégral; la géométrie descriptive et ses applications; la géométrie analytique; la géométrie de position; la statique graphique; la mécanique théorique; la mécanique industrielle: la physique expérimentale; la physique industrielle; l'électrotechnie; les travaux publics; l'architecture; la géodésie; la topographie pratique; la chimie organique et inorganique; la chimie analytique; la chimie industrielle; la métallurgie du fer; la géologie et la minéralogie techniques; le dessin technique; la législation et la comptabilité industrielles.

L'enseignement universitaire comprend:

a. des cours théoriques et pratiques;
b. des conférences et des exercices faits par les étudiants;
c. des travaux pratiques (Laboratoires);
d. des excursions scientifiques.

II. Etablissements annexes de l'Université.

L'Université a comme annexes; 1° les laboratoires nécessaires aux cours scientifiques; 2° les hôpitaux nécessaires aux cliniques; 3° la Bibliothèque cantonale; 4° les collections scientifiques, soit: Musée de zoologie et d'anatomie comparée; Musée de botanique; Musée de géologie, de paléontologie et de minéralogie; 5° les collections artistiques, soit: Musée des antiquites et médailles, Musée des Beaux-Arts; 6° l'Ecole de dessin; 7° la Salle de gymnastique; 8° la Salle d'armes; 9° le Manège.

Les étudiants sont admis dans ces établissements conformément aux lois et aux règlements spéciaux qui les régissent.

---

40. 3. Loi modifiant les articles 166, 168, 169, 170 et 176 de la Loi sur l'instruction publique du canton de Genève (du 5 juin 1886[1]). (Du 14 novembre 1890.)

Ecole dentaire. Art. 166. D'une manière générale, l'enseignement comprend les branches suivantes: Physique, Chimie, Botanique, Zoologie et Anatomie comparée; Travaux pratiques de Chimie.

[1]) Jahrbuch 1886, pag. 22.

Anatomie humaine, Physiologie, Histologie normale, Embryologie, Anatomie normale, Histologie et évolution de la bouche et des dents chez l'homme et dans la série animale; Travaux pratiques d'anatomie humaine, Travaux pratiques d'histologie normale.

Anatomie pathologique, Anatomie pathologique spéciale de la cavité buccale et de l'appareil dentaire, Pathologie chirurgicale générale, Clinique chirurgicale, Pathologie spéciale de la cavité buccale, Clinique dentaire, thérapeutique et matière médicale en rapport avec l'art dentaire, Hygiène de la bouche, Obturation, Prothèse; Travaux pratiques dans les ateliers.

Art. 168. Sont inscrits comme élèves réguliers:

a. Les jeunes gens sortis de l'une des sections du Gymnase avec un certificat de maturité.

b. Les jeunes gens qui sans avoir suivi les cours du Gymnase, subissent néanmoins d'une manière satisfaisante, devant une commission nommée par le Département de l'Instruction publique, des examens sur le champ d'études d'une des sections du Gymnase.

c. Ceux qui prouvent par des diplômes ou certificats le même degré d'instruction.

Art. 169. Les élèves réguliers de l'Ecole dentaire sont appelés à passer trois examens: L'examen propédeutique, comprenant l'examen des sciences physiques et naturelles et l'examen d'anatomie et de physiologie.

Art. 170. Reste le même, sauf le dernier alinéa:

Le Département peut dans des cas spéciaux, dispenser les élèves réguliers suisses de tout ou partie des rétributions concernant les cours théoriques donnés dans l'Université, ou les cours théoriques et pratiques donnés à l'Ecole dentaire.

Art. 176. La direction scientifiqne de l'Ecole dentaire, ainsi que le maintien de l'ordre et de la discipline, sont confiés à une direction de 7 membres, portant le nom de Commission de l'Ecole dentaire. Elle est nommée tous les deux ans par le Conseil d'Etat, qui en désigne le Président. Elle doit contenir deux professeurs de l'Université et deux professeurs de l'Ecole dentaire.

---

41. 4. Beschluss des Regierungsrates des Kantons Baselstadt betr. Zulassung von weiblichen Studirenden an der Universität Basel. (Vom 8. März 1890.)

Das Erziehungsdepartement wird ermächtigt, die Bestimmungen des § 30 des Universitätsgesetzes versuchsweise und bis auf weiteres auszudehnen aut Schweizerinnen, welche das 18. Altersjahr zurückgelegt haben, sowie auf solche Ausländerinnen von gleichem Alter, welche ihre Vorbildung im hiesigen Kanton erhalten haben.

Im Fall der noch nicht erlangten Mehrjährigkeit ist die Zustimmung der gesetzlichen Vertreter erforderlich.

Zuhörerinnen im Sinn des § 31 des Universitätsgesetzes werden nicht zugelassen.

---

42. 5. Statuten der Universität Freiburg i. d. Schweiz. Allgemeine Gliederung (Organisation) der Universität.

§ 1. Die Universität Freiburg i. d. Schweiz soll in ihrer Ausgestaltung vier bezw. fünf zu einem Ganzen verbundene Fakultäten (eine theologische, juristische, philosophische, mathematisch-naturwissenschaftliche und medizinische) umfassen. Einstweilen bestehen:

1. eine juristische;
2. eine philosophische Fakultät.

§ 2. Das Personale der Universität umfasst:

1. den Lehrkörper;
2. die Studirenden;
3. die zur Verwaltung notwendigen Hülfsbeamten.

§ 3. Der Lehrkörper der Universität besteht aus:
1. den ordentlichen, d. h. vollberechtigten Professoren;
2. den ausserordentlichen Professoren, welche in den Angelegenheiten der Universität und der Fakultäten wohl Stimm- oder Wahlrecht haben, nicht aber selbst gewählt werden können;
3. den Privatdozenten, welche nur zu Vorlesungen an der Universität berechtigt sind.

§ 4. An der Spitze des Lehrkörpers und der gesamten Universität steht der Rektor.

Dieser vertritt die Universität in ihrer Gesamtheit gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit. Ihm steht die Geschäftsführung in allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Universität zu.

Der Rektor hat demgemäss den Verkehr der Universität mit der Erziehungsdirektion zu vermitteln, das Siegel der Universität zu verwahren, die Aufsicht über die Universitätsakten zu führen.

Der Rektor besorgt die Im- und Exmatrikulation der Studirenden und übt in Verbindung mit dem Senate (siehe §§ 7 und 8, sowie den besondern Abschnitt über die Studirenden) die allgemeine Aufsicht und disziplinarische Auktorität über dieselben aus. In der ersten Hälfte des Monats November setzt er den Tag der feierlichen Eröffnung des Studienjahres, sowie Ort und Stunde des feierlichen Eröffnungsgottesdienstes fest. Ihm liegt die Zusammenstellung und Herausgabe des Verzeichnisses der Vorlesungen für jedes Semester ob.

Im übrigen ergeben sich seine Befugnisse und Aufgaben aus den nachfolgenden Bestimmungen (Vgl. §§ 9, 10 und 11).

§ 5. Der Rektor wird jeweilen in einer am 15. Juli stattfindenden Sitzung aus den ordentlichen Professoren aller Fakultäten gewählt. Die Wahl erfolgt durch absolute Mehrheit der Stimmen auf ein Jahr. Nach Bestätigung durch die Erziehungsdirektion tritt der neugewählte Rektor am 1. August sein Amt an.

§ 6. Der am 1. August abtretende Rektor führt während des folgenden Jahres den Titel „Prorektor". Der Prorektor vertritt in Verhinderungsfällen seinen Nachfolger im Amte.

§ 7. Aus dem Rektor, dem Prorektor, den Dekanen, den Prodekanen und je einem Delegirten sämtlicher Fakultäten (Vgl. den Abschnitt über die Fakultäten §§ 2 bis 5) setzt sich der akademische Rat zusammen.

Jeder ordentliche Professor ist verpflichtet, die auf ihn fallende Wahl zum Mitgliede des Senats anzunehmen, falls er nicht durch gewichtige Gründe verhindert ist.

§ 8. Dem Senat liegt die Beschlussfassung in allen denjenigen Angelegenheiten der Universität ob, welche nicht dem Rektor oder den einzelnen Fakultäten bezw. ihren Dekanen zur ausschliesslichen Erledigung überwiesen sind.

Der Senat beschliesst über die vom Rektor im Namen der Universität an die Erziehungsdirektion zu erstattenden Berichte und wahrt in Verbindung mit dem Rektor (siehe oben § 4) die allgemeine Aufsicht und disziplinarische Auktorität über die Studirenden.

Der Senat hat jeweilen Anfang und Schluss des folgenden Studien-Semesters zu bestimmen und für Bekanntmachung dieser Beschlüsse im Programm zu sorgen.

§ 9. Regelmässige Versammlungen des Senats finden statt:
1. in der ersten Woche des Novembers;
2. in der zweiten Woche des Januars;
3. in der Woche nach dem dritten Fastensonntag;
4. in der letzten Woche des Juni.

Ausserdem hat der Rektor das Recht, den Senat jederzeit zu berufen.

§ 10. Die Versammlungen des Senats haben in dem hiefür bestimmten Saale stattzufinden. Der ordnungsmässig versammelte Senat ist jedoch nur dann beschlussfähig, wenn ausser dem Rektor wenigstens fünf Mitglieder anwesend sind.

Der Rektor führt in den Versammlungen des Senats den Vorsitz und leitet die Verhandlungen.

Eine Abstimmung mittelst Rundschreiben ist unstatthaft.

§ 11. Über jede Senatssitzung ist ein Protokoll aufzunehmen, welches am Schlusse derselben von dem Rektor und den übrigen anwesenden Senatsmitgliedern zu unterschreiben ist.

Die Protokolle sind vom Rektor zu den Akten der Universität zu legen.

§ 12. Jedes einzelne Mitglied des Lehrkörpers gehört einer bestimmten Fakultät an.

§ 13. Die Ernennung der ordentlichen und der ausserordentlichen Professoren der einzelnen Fakultäten geschieht durch den Staatsrat des Kantons Freiburg auf Vorschlag derjenigen Fakultät, welcher der betreffende Professor angehören soll.

§ 14. Die Ernennung zum Professor erfolgt für ein bestimmtes Lehrfach. Über dieses Lehrfach muss der Ernannte einen vollständigen Kursus lesen. Es steht indes jedem Professor frei, mit Genehmigung des Rektors auch über andere Fächer Vorträge zu halten.

§ 15. Über die Zulassung von Privatdozenten entscheidet die Fakultät, welcher der Zuzulassende sich anschliessen will. Die Zulassung erfolgt unter Genehmigung der Erziehungsdirektion des Kantons Freiburg.

Von den Fakultäten und ihren Dekanen.

§ 1. Jede Fakultät umfasst zunächst die ihr zugeteilten ordentlichen und ausserordentlichen Professoren; in diesem engern Sinne des Wortes wird die Fakultät als Behörde betrachtet. Im weiteren Sinne begreift jede Fakultät als Lehrkörper auch die ihr aggregirten Privatdozenten in sich.

§ 2. An der Spitze jeder Fakultät steht ein Dekan.

Derselbe ist in allen offiziellen Angelegenheiten der Vertreter der Fakultät. Er führt in ihren Versammlungen den Vorsitz und erstattet die im Namen der Fakultät abzugebenden Berichte.

§ 3. Der Dekan wird jeweilen in einer am 20. Juli stattfindenden Sitzung aus den ordentlichen Professoren der Fakultät gewählt. Die Wahl erfolgt durch absolute Mehrheit der Stimmen auf ein Jahr. Nach erhaltener Bestätigung der Erziehungsdirektion tritt der neugewählte Dekan am 1. August sein Amt an.

Das Dekanat kann nicht nach Willkür abgelehnt werden.

§ 4. Der am 1. August abtretende Dekan führt während des folgenden Jahres den Titel „Prodekan".

Der Prodekan vertritt in Verhinderungsfällen seinen Nachfolger im Amte.

§ 5. Ausser dem Dekan und dem Prodekan sendet jede Fakultät in den akademischen Senat noch einen besondern Delegirten, welcher wie der Dekan in der Sitzung vom 20. Juli gewählt wird.

§ 6. Die Fakultät wird vom Dekan, so oft er sich hiezu veranlasst sieht, zusammenberufen. Drei Sitzungen finden regelmässig statt:

a. in der Woche nach Dreikönigen;
b. in der ersten Woche des Juni;
c. am 20. Juli.

In den beiden zuerst genannten Sitzungen werden die Vorlesungen der Fakultät für das nächste Semester bestimmt, in der letztgenannten die Wahlen getroffen. (Vgl. §§ 3 und 5.)

Die Verzeichnisse der nach den Beschlüssen der Fakultäten im nächsten Semester zu haltenden Vorlesungen werden von den Dekanen dem Rektor eingereicht, welcher darnach das Gesamtverzeichnis zusammenstellt.

§ 7. Privatdozenten, welche sich bei der philosophischen oder juristischen Fakultät habilitiren wollen, haben sich bei dem Dekan der betreffenden Fakultät schriftlich zu melden unter Angabe des Faches (bezw. der Fächer), für welches sie die „Venia legendi" erwerben wollen. Dem Anmeldungsschreiben ist eine kurze Skizze des Lebens- und Bildungsganges beizufügen. Der Bewerber hat sodann nachzuweisen:

a. dass er rite zum Dr. phil. bezw. Dr. jur. promovirt ist. An Stelle des erstgenannten Titels genügt auch der Grad eines „Licencié es-Lettres" der französischen Fakultäten;

b. dass nach dem Verlaufe seines akademischen Trienniums mindestens zwei Jahre verflossen sind.

Das Doktor- bezw. Licentiaten-Diplom, sowie die zur Erlangung desselben verfasste Dissertation ist beizulegen.

Von der einen oder andern der erwähnten Bedingungen kann nur in besonderen Fällen dispensirt werden. Zu einem solchen Beschlusse sind zwei Drittel der Stimmen der Fakultät erforderlich.

§ 8. Der Anspruch auf die Habilitation selbst wird zunächst begründet durch Vorlegung einer Abhandlung aus dem Fache, für welches sich der Bewerber zu habilitiren wünscht.

§ 9. Zur Prüfung und Begutachtung dieser Habilitationsschrift ernennt die Fakultät, nachdem jene bei sämtlichen Mitgliedern der letztern zirkulirt hat, einen Referenten und einen Korreferenten. Auf Grund der bezüglichen Referate entscheidet die Fakultät in einer besonders hiefür anberaumten Sitzung, ob der Bewerber abzuweisen oder zum „Colloquium" zuzulassen sei.

§ 10. Zu diesem Colloquium werden vom Dekan sämtliche Mitglieder der Fakultät eingeladen. Die Fragestellung übernehmen hiebei die in § 9 genannten Referenten.

Das Colloquium erstreckt sich über das Fach, für welches der Bewerber sich habilitiren will, und über die demselben benachbarten Fächer. Der Dekan führt über das Resultat des Colloquiums ein Protokoll, das von sämtlichen anwesenden Mitgliedern der Fakultät unterzeichnet werden muss.

§ 11. Ist das Colloquium zu Gunsten des Bewerbers ausgefallen, so folgt die öffentliche Probevorlesung.

Für diese bestimmen die in § 9 genannten Referenten mehrere Themata, aus welchen sich der Kandidat eines wählt. Spätestens acht Tage nach Mitteilung der Themata an den Kandidaten ist die Vorlesung zu halten.

Zu dieser Vorlesung hat der Kandidat durch Anschlag am schwarzen Brett öffentlich einzuladen.

§ 12. Nach der Probevorlesung erfolgt das Schlussurteil der Fakultät über die Frage, ob und für welche Fächer dem Bewerber die „Venia legendi" zu erteilen sei.

Die Fakultät erstattet hierüber der Erziehungsdirektion Bericht; diese entscheidet definitiv über die Zulassung des Bewerbers.

§ 13. Die Gebühren für die Habilitation betragen Fr. 50.

§ 14. Bevor der zugelassene Dozent seine Lehrtätigkeit an der Universität eröffnet, hat er einen Revers zu unterzeichnen, dass ihm aus der Habilitation keinerlei Ansprüche auf Besoldung und Beförderung erwachsen.

§ 15. Wenn ein Privatdozent ohne genügende, von der Fakultät anerkannte Gründe während dreier Semester keine Vorlesungen hält, so hat die Erziehungsdirektion auf Bericht der Fakultät zu entscheiden, ob er noch als Privatdozent zu betrachten sei oder nicht.

Anmerkung. Seit Ausarbeitung obiger Statuten ist eine theologische Fakultät zu den in § 1 genannten hinzugetreten (Herbst 1890). Ob und inwiefern dadurch Abänderungen dieser Statuten bedingt sind, wird später entschieden werden.

---

43. 6. Statuten der Universität Freiburg i. d. Schweiz. Vorschriften für die Studirenden.

§ 1. Die Aufnahme der Studirenden geschieht durch die Immatrikulation.

§ 2. Wer immatrikulirt werden will, hat sich zunächst bei dem Rektor, sodann bei dem Dekan derjenigen Fakultät, welcher er angehören will, im Anmeldungsbuche einzuschreiben und dem Dekane seine Studien- und Sittenzeugnisse

zu überreichen. Diese legt der Dekan der Fakultät vor, welche über die Frage, ob sie zur Immatrikulation genügen, dem Rektor ihr Gutachten abgibt. Auf Grund dieses Gutachtens entscheidet der Rektor über die Zulassung des Studirenden zur Immatrikulation.

§ 3. Die Immatrikulation wird dadurch bewirkt, dass der Aufzunehmende, nachdem er durch sein Handgelübde dem Rektor und den Satzungen der Universität, so lange er ihr angehört, Gehorsam versprochen hat, sich eigenhändig in das Matrikelbuch der Universität einzeichnet.

§ 4. Die Anmeldungszeit zur Immatrikulation für das Wintersemester beginnt am 15. Oktober und dauert bis zum 15. November. Die Anmeldungszeit zur Immatrikulation für das Sommersemester wird im Lektionsverzeichnisse bekannt gemacht.

§ 5. Nach Ablauf der Anmeldungszeit wird kein Studirender mehr immatrikulirt. Ausnahmen hiervon für den Fall nachgewiesener Krankheit oder anderer ausserordentlicher Ursachen sind in das Ermessen des Rektors gestellt.

§ 6. Die für die Immatrikulation zu entrichtende Gebühr beträgt Fr. 30. Dieser Betrag wird um ein Drittel ermässigt für diejenigen, welche sich zum zweiten Male immatrikuliren lassen, vorausgesetzt, dass sie bei ihrem früheren Abgange ein Abgangszeugnis genommen haben.

Die Gebühr ist vor der Immatrikulation an den Universitätssekretär zu entrichten.

§ 7. Unmittelbar nach der Immatrikulation wird jedem Studirenden verabfolgt:

1. eine Matrikelurkunde;
2. eine Legitimationskarte; dieselbe hat nur für das laufende Semester Gültigkeit und muss bei Beginn eines neuen Semesters im Universitätssekretariate umgetauscht werden;
3. ein rubrizirtes Zeugnisbuch, in welches eingetragen werden:
   a. durch den Studirenden (bei Beginn eines jeden Semesters): die Vorlesungen, die er zu hören wünscht;
   b. durch die betreffenden Dozenten: die Bescheinigung der geschehenen Anmeldung und (am Schlusse des Semesters) der erfolgten Abmeldung, und zwar jedesmal unter Beifügung von Datum und Unterschrift.

§ 8. Die zur Immatrikulation erforderlichen Zeugnisse bleiben bis zum Abgange von der Universität auf dem Universitätssekretariate deponirt. Sie können auf Verfügung des Rektors vorübergehend nur gegen Einlage der Matrikel ausgehändigt werden.

§ 9. Verliert ein Studirender seine Legitimationskarte, so hat er binnen 24 Stunden gegen Entrichtung einer Gebühr von Fr. 1 eine neue zu lösen.

§ 10. Beim Abgange von der Universität erhält jeder Studirende von dem Rektor ein Abgangszeugnis, wofür vorher Fr. 15 auf dem Universitätssekretariate einzuzahlen sind.

Die Aushändigung des Abgangszeugnisses erfolgt nur gegen Vorlage:

1. eines Scheines des Bibliothekars, dass der Abgehende keine Verpflichtungen gegen die Universitäts- und Kantonalbibliothek hat;
2. des Zeugnisbuches mit den gehörigen Bescheinigungen der Dozenten;
3. der Quittung des Universitätssekretärs über die entrichtete Gebühr für das Abgangszeugnis.

§ 11. Das mit der Unterschrift des Rektors und des Universitätssekretärs versehene Abgangszeugnis hat zu enthalten:

1. Namen-, Alter, Geburts- und Heimatsort des Studirenden;
2. die auf der Universität gehörten Vorlesungen;
3. die Dauer des Aufenthaltes an der Universität;
4. ein Zeugnis über das sittliche Verhalten.

§ 12. Die Vorlesungen, welche sämtlich unentgeltlich gehalten werden, zerfallen in öffentliche und private.

§ 13. Der Besuch einzelner Vorlesungen, sowohl privater als öffentlicher, kann auch Nichtimmatrikulirten, welche das 17. Lebensjahr vollendet haben, gegen Lösung einer Karte gestattet werden.

Solche ausserordentliche Hörer bedürfen, um Privatvorlesungen beizuwohnen, ausser der Genehmigung des Rektors der ausdrücklichen Zustimmung des betreffenden Dozenten; zur Teilnahme an den öffentlichen Vorlesungen genügt für sie die Anmeldung bei dem Rektor.

§ 14. Jeder Studirende darf in jeder Vorlesung dreimal hospitiren. Will er eine Vorlesung öfter besuchen, so hat er sich auf dieselbe, auch wenn sie eine öffentliche ist, in Gemässheit des § 7, Ziffer 3, anzumelden.

§ 15. Studirende, welche an die Universität kommen, um zu promoviren, sind verpflichtet, sich immatrikuliren zu lassen.

§ 16. Akademische Prüfungen finden nur statt behufs Erlangung akademischer Grade, und in Fällen, in welchen das Privatinteresse eines Studirenden eine Prüfung wünschenswert erscheinen lässt oder fordert, z. B. zur Erwerbung oder zum Fortgenusse eines Stipendiums. In solchen Fällen werden die Dozenten über des Studirenden Fleiss und Fortschritte eine Bescheinigung ausstellen.

§ 17. Disziplinarvergehen werden aus dem Gesichtspunkte der Ordnung, Sitte und Ehre des akademischen Lebens vom Rektor und vom Dekan der betreffenden Fakultät untersucht, und in Gemässheit der unten folgenden Bestimmungen bestraft.

Beschwerden über Beleidigungen der Studirenden untereinander sind bei dem Rektor vorzubringen. Bezüglich der Beschwerden von Studirenden über Nichtstudirende ist es wünschenswert, dass sie zur Kenntnis des Rektors gebracht werden, damit dieser nach Umständen des Falles interveniren könne.

§ 18. Zur Handhabung der Disziplin an der Universität werden folgende Strafen angewandt:

1. Einfacher Verweis; derselbe wird vom Rektor in dessen Amtszimmer erteilt;
2. geschärfter Verweis; derselbe wird vom Rektor vor versammeltem Senate erteilt;
3. Androhung der Entfernung von der Universität;
4. zeitweilige Entfernung von der Universität für ein oder zwei Semester;
5. Relegation; dieselbe besteht in der öffentlich am schwarzen Brett anzuschlagenden Entscheidung, dass der Relegirte für immer unfähig ist, der Universität anzugehören.

Über sämtliche Strafen wird bei ihrer Vollziehung ein Protokoll aufgenommen, welches vom Disziplinaten zu unterschreiben ist.

§ 19. Der Beschluss, die in § 18 unter Ziffer 1 normirte Strafe zu verhängen, erfolgt durch den Rektor; die Anwendung der übrigen Strafen wird durch den Senat beschlossen.

§ 20. Gegen denjenigen Studirenden, welcher sich nach einer Vorladung der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung entzieht, wird per contumaciam verhandelt.

§ 21. Über die Wiederaufnahme von Studirenden, welche von der Universität entfernt worden sind, entscheidet der Senat. Derselbe hat auch die Entscheidung über Aufnahme solcher Studirenden, die von andern Universitäten entfernt worden sind.

§ 22. Von allen gegen Studirende verfügten Strafen von der „zeitweiligen Entfernung von der Universität“ an aufwärts soll den Eltern oder Vormündern der Bestraften Nachricht gegeben werden.

§ 23. Versammlungen der Studirenden, welche in den Räumen der Universität abgehalten werden, bedürfen der vorher einzuholenden Genehmigung des Rektors.

§ 24. Den Studirenden ist es gestattet, unter sich Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Will eine solche Gesellschaft äussere Abzeichen tragen, so muss sie

solche wählen, welche von den in den bereits bestehenden Gesellschaften üblichen Abzeichen verschieden sind.

§ 25. Jede Studentengesellschaft ist verpflichtet, sofort nach ihrer Gründung dem Rektor die Statuten zur Genehmigung vorzulegen und die Namen der gewählten Vorstandsmitglieder anzuzeigen. Von jeder Abänderung der Statuten ist spätestens binnen einer Woche dem Rektor behufs Genehmigung Kenntnis zu geben. Ausserdem sind in den ersten vier Wochen jedes Semesters dem Rektor anzuzeigen: Ort und Zeit der regelmässigen Zusammenkünfte, die Namen der derzeitigen Vorstände und aller Mitglieder der Gesellschaft.

§ 26. Die Studenten, sowie die Studentengesellschaften unterstehen übrigens den allgemeinen Landesgesetzen.

§ 27. Duell und Mensur werden mit der Relegation bestraft.

---

44. 7. Statuten der Universität Freiburg i. d. Schweiz. Promotionsordnung der juristischen Fakultät.

§ 1. Die juristische Fakultät erteilt zwei Grade: den eines Licentiaten und den eines Doktors.

A. Licentiaten-Promotion.

§ 2. Wer den Grad eines Licentiaten erwerben will, hat sich schriftlich beim Dekan anzumelden. Der Anmeldung sind beizufügen:

1. eine kurze Skizze des bisherigen Lebens- und Bildungsganges;
2. beglaubigte Zeugnisse über die bisherigen Studien des Bewerbers;
3. ein von den bisherigen Vorgesetzten ausgestelltes Sitten-Zeugnis.

Die sub 2 genannten Zeugnisse haben nachzuweisen

a. dass die wissenschaftliche Vorbildung des Bewerbers den Bedingungen genügt, welche für die Immatrikulation an hiesiger Hochschule gestellt werden und

b. dass der Bewerber während drei Jahren an einer Universität oder einer entsprechenden höhern Lehranstalt studirt hat.

§ 3. Das Licentiaten-Examen ist nur ein mündliches.

§ 4. Die genaueren Bestimmungen über diese Prüfung enthält ein von der Fakultät entworfenes Reglement. Sie erstreckt sich über die an der Fakultät gelehrten Disziplinen, nämlich:

Encyklopädie des Rechts; Naturrecht; Pandekten; Institutionen und Rechtsgeschichte; Zivilrecht; Zivilprozess; Strafrecht und Strafprozess; Internationales Privatrecht; Völkerrecht; Staatsrecht; Nationalökonomie.

§ 5. Die Prüfung kann in einer oder mehreren Sitzungen abgenommen werden. Der Dekan setzt jeweilen die Zeit fest und bezeichnet die Professoren, welche die Prüfung abzunehmen haben; die Fragestellung in jedem der genannten Fächer darf nicht länger als eine halbe Stunde dauern.

§ 6. Das Licentiaten-Examen wird abgekürzt für diejenigen Bewerber, welche jeweilen am Ende ihrer beiden ersten Studienjahre oder doch am Ende eines derselben über die bis dahin gehörten Vorlesungen bereits eine Prüfung bestanden haben. In diesem Falle erstreckt sich das Licentiaten-Examen nur auf diejenigen Fächer, in welchen der Bewerber noch nicht geprüft worden ist.

Die Teilprüfungen, welche so der Studirende anticipando bestehen kann, werden von den Professoren abgenommen, welche der Dekan bezeichnet. Die Fragestellung dauert in jedem Fache eine Viertelstunde.

§ 7. Nach dem Licentiaten-Examen, sowie nach jedem Teil-Examen entscheidet die Kommissiou, ob und mit welchem Prädikate der Kandidat jeweilen die ganze Prüfung bestanden hat.

Die Prädikate lauten: 1 egregie; 2 cum laude; 3 legitime.

Das Resultat wird vom Dekan am schwarzen Brett bekannt gegeben.

§ 8. Die Promotion erfolgt durch Überreichung des Diploms von seiten des Dekans.

Das Diplom ist vom Dekan eigenhändig zu unterzeichnen und mit dem Fakultätssiegel zu versehen.

Der Promovirte hat seinen Namen beim Dekan in ein eigens dazu bestimmtes Album eigenhändig einzutragen, wobei der Dekan die übrigen Umstände der Promotion hinzufügt.

§ 9. Die Gebühren für die Promotion zum Licentiaten betragen Fr. 100.

Die Gebühren für ein Teilexamen betragen Fr. 30. Diese Gebühren werden von der für die Promotion festgesetzten Gesamtsumme abgezogen.

Der Betrag muss jeweilen dem Universitätssekretär eingehändigt werden.

B. Doktor-Promotion.

§ 10. Der Grad des Doktors ist höher als derjenige des Licentiaten. Zur Erlangung des ersteren ist indes die des letzteren nicht erforderlich.

§ 11. Wer den Grad des Doktors erwerben will, hat zunächst dieselben Bedingungen zu erfüllen, welche in § 2 an den Kandidaten für das Licentiat gestellt werden.

§ 12. Von dem Kandidaten für das Doktorat werden sodann gefordert:

a. Eine grössere wissenschaftliche Abhandlung (Dissertation);

b. vier schriftliche Arbeiten über Themata, welche von der Fakultät gegeben werden;

c. ein mündliches Examen.

§ 13. Die Dissertation ist zugleich mit der Anmeldung und den in § 11, bezw. § 2 genannten Schriftstücken beim Dekan einzureichen. Dieselbe muss im Manuskript vorliegen; dieses soll deutlich geschrieben und paginirt sein.

Ausnahmsweise kann unter Genehmigung der Fakultät an die Stelle einer handschriftlichen Dissertation ein Druckwerk treten.

Der Gegenstand der Dissertation ist der freien Wahl des Kandidaten überlassen; er muss indes im Kreise der an der juristischen Fakultät gelehrten Fächer liegen.

Die Dissertation kann in lateinischer, französischer oder deutscher Sprache abgefasst sein. Sollte vom Kandidaten eine andere Sprache gewünscht werden, so hat die Fakultät über ihre Zulässigkeit zu entscheiden.

§ 14. Der Dissertation ist eine Erklärung beizulegen, in welcher der Bewerber auf Ehrenwort versichert, dass die Arbeit von ihm selbst verfasst sei.

§ 15. Der Dekan legt die Dissertation der Fakultät vor. Diese ernennt zur Prüfung und Begutachtung der Arbeit zwei Referenten (einen Hauptreferenten und einen Korreferenten) aus der Zahl derjenigen Professoren, in deren Fach der Gegenstand der Dissertation fällt. Im Falle des Bedürfnisses kann auch ein Mitglied einer anderen Fakultät um Übernahme eines Referates ersucht werden.

Mit den motivirten schriftlichen Urteilen der Referenten versehen, zirkulirt die Arbeit bei den einzelnen Professoren der Fakultät und geht sodann an den Dekan zurück. Unter Zugrundelegung der Anträge der Referenten entscheidet die Fakultät auf Zulassung oder Abweisung des Bewerbers; im erstern Falle trifft der Dekan die erforderlichen Einleitungen zur schriftlichen und mündlichen Prüfung.

§ 16. Als Grundlage für die Anträge der Referenten selbst hat die Forderung zu gelten, dass die Arbeit Zeugnis ablege von der Vertrautheit des Verfassers mit dem betreffenden Gegenstande, von Klarheit und Selbständigkeit des Urteils und sprachlicher Gewandtheit. Angabe der wichtigeren vom Verfasser benutzten Hülfsmittel wird vorausgesetzt.

§ 17. Das schriftliche Examen besteht in vier Arbeiten; von diesen beschlägt

die erste ein Thema aus dem Gebiete des Pandektenrechts oder des Zivilrechts, je nach der Wahl des Kandidaten;

die zweite ein Thema aus dem Gebiete des römischen Rechts (Institutionen);
die dritte ein Thema aus dem Gebiete des Strafrechts oder des Strafprozesses;
die vierte ein Thema aus einem Gebiete, das der Kandidat unter den an der Fakultät gelehrten Fächern frei wählen kann.

Die Themata für diese Arbeiten werden durch eine Kommission bestimmt, welche der Dekan ernennt. Diese Kommission gibt auch das Urteil über die Arbeiten selbst ab.

Für jede Arbeit sind sechs Stunden eingeräumt. Der Kandidat darf dabei nur die verschiedenen Gesetzbücher zur Hand haben.

Diejenigen Kandidaten, welche an hiesiger Fakultät den Grad des Licentiaten erworben haben, oder ein von dieser Fakultät als gleichwertig anerkanntes Diplom vorweisen können, sind vom schriftlichen Examen dispensirt.

§ 18. Für das mündliche Examen gelten die Bestimmungen der §§ 4 und 5. Es unterscheidet sich indessen von der Licentiatenprüfung darin, dass von dem Kandidaten für die Doktorwürde eine umfassendere und tiefere Kenntnis der Prüfungsfächer gefordert wird.

§ 19. Unmittelbar nach der mündlichen Prüfung geben die Examinatoren ihr Urteil ab, und der Dekan teilt das Resultat dem Kandidaten mit.

§ 20. Es werden für die Dissertation, die schriftliche und die mündliche Prüfung besondere Zensuren erteilt. Dieselben lauten (vorausgesetzt, dass die Prüfung überhaupt mit Erfolg bestanden worden ist): 1 egregie; 2 cum laude; 3 legitime.

§ 21. Hat der Kandidat die schriftliche oder die mündliche Prüfung nicht bestanden, so kann ihm die Fakultät eine Frist setzen, vor deren Ablauf er sich nicht von neuem zur Prüfung melden kann. Diese Frist darf nicht weniger als vier und nicht mehr als sechs Monate betragen.

Aus besonderen Gründen kann die Fakultät die Wiederholung einer Prüfung ohne weiteres versagen.

Nach zweimaliger Abweisung eines Kandidaten wird keine weitere Meldung angenommen.

§ 22. Die Promotion erfolgt durch Überreichung des Diploms von seiten des Dekans.

Das weitere wie bei § 8.

§ 23. Die Gebühren für die Doktorpromotion betragen Fr. 350. Über Entrichtung und Verteilung dieser Summe gelten folgende Bestimmungen:

a. für die Prüfung der Dissertation werden Fr. 100 entrichtet, welche der Kandidat bei seiner Anmeldung (bezw. bei der Einreichung der Dissertation) dem Universitätssekretär einzuhändigen hat. Diese Summe bleibt verfallen, auch wenn die Dissertation zurückgewiesen und der Kandidat nicht zur schriftlichen und mündlichen Prüfung zugelassen wird.

b. Die Gebühren für das schriftliche Examen belaufen sich auf Fr. 100, welche unmittelbar nach Ansetzung des Termins für dasselbe zu entrichten sind. Hievon wird die Hälfte zurückgegeben, wenn der Kandidat die Prüfung nicht besteht.

Die vom schriftlichen Examen befreiten Kandidaten haben die für dasselbe angesetzten Gebühren nicht zu bezahlen.

c. Die Gebühren für die mündliche Prüfung betragen Fr. 150, welche ebenfalls unmittelbar nach Ansetzung des bez. Termins zu entrichten sind. Wenn der Kandidat das mündliche Examen nicht besteht, werden ihm zwei Drittel der genannten Summe zurückerstattet.

§ 24. Ausserordentlicher Weise kann die Fakultät den Doktortitel ohne Prüfung „honoris causa" erteilen als eine freiwillig von ihr bezeigte Anerkennung ausgezeichneter Verdienste um die Wissenschaft. Der Antrag zu einer solchen Promotion muss von drei Mitgliedern der Fakultät gestellt und schriftlich

motivirt werden, und nur wenn zwei Drittel der Mitglieder der Fakultät in geheimer Abstimmung den Vorschlag billigen, erfolgt durch Übersendung des Diploms die Promotion.

Die Promotion „honoris causa" geschieht gebührenfrei.

---

45. 8. Statuten der Universität Freiburg i. d. Schweiz. Promotionsordnung der philosophischen Fakultät.

§ 1. Wer die Doktorwürde erwerben will, hat sich schriftlich beim Dekan anzumelden. Der Anmeldung sind beizufügen:

1. eine kurze Skizze des bisherigen Lebens- und Bildungsganges;
2. beglaubigte Zeugnisse über Studien und eventuelle Prüfungen;
3. ein von den bisherigen Vorgesetzten ausgestelltes Sittenzeugnis.

Die sub 2 genannten Zeugnisse haben nachzuweisen, dass

a. die wissenschaftliche Vorbildung des Bewerbers den Bedingungen genügt, die für die Immatrikulation an hiesiger Hochschule gestellt werden, und

b. der Bewerber während drei Jahren an einer Universität oder einer entsprechenden höheren Lehranstalt studirt hat.

In zweifelhaften Fällen entscheidet der Rektor über die Zulässigkeit der Bewerbung.

§ 2. Die Promotion erfolgt auf Grund:

1. einer wissenschaftlichen Abhandlung (Dissertation);
2. eines mündlichen Examens.

§ 3. Die Dissertation ist zugleich mit der Anmeldung und den in § 1 genannten Schriftstücken einzureichen. Dieselbe muss im Manuskript vorliegen. Ausnahmsweise kann jedoch unter Genehmigung der Fakultät an die Stelle einer handschriftlichen Dissertation ein Druckwerk treten.

Der Gegenstand der Dissertation ist der freien Wahl des Kandidaten überlassen; er muss indes im Kreise der an der philosophischen Fakultät gelehrten Fächer liegen (vgl. § 9).

Die Dissertation kann in lateinischer, französischer, deutscher, italienischer oder englischer Sprache abgefasst sein. Sollte vom Kandidaten eine andere Sprache gewünscht werden, so hat die Fakultät über ihre Zulässigkeit zu entscheiden.

Das Manuskript soll deutlich und sauber geschrieben, paginirt und geheftet sein.

§ 4. Der Dissertation ist eine Erklärung beizulegen, in welcher der Bewerber auf Ehrenwort versichert, dass die Arbeit von ihm selbst verfasst sei.

§ 5. Der Dekan legt die Dissertation der Fakultät vor. Diese ernennt zur Prüfung und Begutachtung derselben zwei Referenten (einen Haupt- und einen Korreferenten) aus der Zahl derjenigen Professoren, in deren Fach der Gegenstand der Dissertation fällt. Im Falle des Bedürfnisses kann auch ein Mitglied einer andern Fakultät um Übernahme eines Referates ersucht werden.

Mit den motivirten schriftlichen Urteilen der Referenten versehen, zirkulirt die Arbeit bei den einzelnen Professoren der Fakultät und geht sodann an den Dekan zurück. Unter Zugrundelegung der Anträge der Referenten entscheidet die Fakultät auf Zulassung oder Abweisung des Bewerbers; in ersterem Falle trifft der Dekan die erforderlichen Einleitungen zur mündlichen Prüfung.

§ 6. Als Grundlage für die Anträge der Referenten selbst hat die Forderung zu gelten, dass die Arbeit Zeugnis ablege von der Vertrautheit des Verfassers mit dem betreffenden Gegenstande, von Klarheit und Selbständigkeit des Urteils und sprachlicher Gewandtheit. Angabe der wichtigeren vom Verfasser benützten Hülfsmittel wird vorausgesetzt.

§ 7. Der Kandidat verpflichtet sich für den Fall, dass er das mündliche Examen besteht, die Dissertation innerhalb Jahresfrist auf seine Kosten drucken

zu lassen und 200 Exemplare derselben der Fakultät abzuliefern. Auf dem Titelblatt müssen Zeit und Ort der Promotion angegeben sein.

Ist die Arbeit umfangreich, so kann es dem Bewerber gestattet werden, einen Teil derselben als Dissertation drucken zu lassen. Indessen muss der bezügliche Abschnitt zum mindesten zwei Druckbogen umfassen und der Verfasser hat denselben schon bei der Einreichung der Arbeit genau zu bezeichnen.

§ 8. Die mündliche Prüfung erstreckt sich zunächst auf dasjenige Fach, welchem der Gegenstand der Dissertation entnommen ist (Hauptfach), sodann auf zwei weitere Fächer (Nebenfächer), welche der Kandidat aus den in § 9 genannten auswählen kann.

§ 9. Prüfungsfächer sind: 1. Philosophie und Pädagogik; 2. griechische Philologie; 3. lateinische Philologie; 4. germanische Philologie; 5. romanische Philologie; 6. slavische Philologie; 7. Sanskrit; 8. indogermanische Sprachwissenschaft; 9. orientalische Philologie; 10. Geschichte; 11. Archäologie und Kunstgeschichte; 12. Nationalökonomie.

Ob ein hier nicht genanntes Fach gewählt oder eines der genannten anders begrenzt werden könne, entscheidet in jedem Falle die Fakultät.

§ 10. Die Prüfung wird von je einem Vertreter der drei Prüfungsfächer vorgenommen. Ist ein Fach an der Universität durch mehrere Professoren vertreten, so bestimmt der Dekan unter billiger Berücksichtigung der Wünsche des Kandidaten den Examinator.

Ausser den drei Examinatoren ist bei der Prüfung als Vertreter der Fakultät der Dekan anwesend, welcher den Gang der Prüfung leitet, bei der Festsetzung des Urteils mitwirkt und über die Prüfung ein Protokoll aufnimmt. Ist der Dekan selbst Examinator, so tritt an seine Stelle der Prodekan.

§ 11. Die Prüfung dauert für das Hauptfach eine ganze, für jedes der beiden Nebenfächer eine halbe Stunde.

Das Urteil wird unmittelbar nach der Prüfung durch die drei Examinatoren unter Vorsitz des Dekans festgestellt und sodann durch den Dekan (bezw. Prodekan) dem Kandidaten mündlich bekannt gegeben.

§ 12. Für die mündliche Prüfung einer-, die Dissertation anderseits werden besondere Zensuren gegeben. Die Ausdrücke hiefür sind indessen gleichlautend, nämlich: 1 egregie; 2 cum laude; 3 legitime.

§ 13. Weist die Prüfungskommission den Kandidaten infolge der mündlichen Prüfung ab, so kann sie ihm hiebei für eine Wiederholung derselben eine Frist setzen, die jedoch nicht weniger als vier und nicht mehr als sechs Monate betragen darf.

Aus besonderen Gründen kann die Fakultät die Wiederholung einer Prüfung versagen.

Nach zweimaliger Abweisung eines Kandidaten wird keine weitere Meldung desselben angenommen.

§ 14. Die Promotionsurkunde (Doktordiplom) wird erst nach Ablieferung der 200 Exemplare der Dissertation verabfolgt.

§ 15. Die Gebühren für die Promotion betragen Fr. 300. Über die Entrichtung und Verteilung derselben gelten folgende Bestimmungen:

a. Für die Prüfung der Dissertation werden Fr. 100 bezahlt, welche der Kandidat bei der Einreichung der Dissertation dem Universitätssekretär einzuhändigen hat. Diese Summe bleibt verfallen, auch wenn die Dissertation zurückgewiesen und der Kandidat nicht zur mündlichen Prüfung zugelassen werden sollte.

b. Für die mündliche Prüfung werden Fr. 200 entrichtet und zwar unmittelbar nach Ansetzung des Termins derselben. Davon werden Fr. 150 zurückerstattet, wenn nach der Prüfung eine Abweisung des Bewerbers erfolgt.

Falls die Dissertation eine von der Fakultät mit dem Preise gekrönte Arbeit ist, sind keine Promotionsgebühren zu entrichten.

§ 16. Ausserordentlicher Weise kann die Fakultät den Doktortitel ohne Prüfung „honoris causa" erteilen als eine freiwillig von ihr bezeigte Anerkennung ausgezeichneter Verdienste um die Wissenschaft. Der Antrag zu einer solchen Promotion muss von drei Mitgliedern der Fakultät gestellt und schriftlich motivirt werden, und nur wenn zwei Drittel der Mitglieder der Fakultät in geheimer Abstimmung den Vorschlag billigen, wird das Diplom erteilt.

Die Promotion „honoris causa" geschieht gebührenfrei.

---

46. 9. Reglement über die Erteilung der Doktorwürde an der philosophischen Fakultät der Hochschule Bern. (Erlass des Regierungsrates vom 21. Mai 1890.)

§ 1. Die Anmeldung zur Erlangung der Doktorwürde in der philosophischen Fakultät geschieht schriftlich bei dem Dekan der Fakultät.

§ 2. Dem Anmeldungsschreiben sind beizufügen:

a. eine Dissertation im Manuskript in lateinischer Sprache oder in einer der modernen Hauptsprachen. Ausnahmsweise kann jedoch an Stelle der Dissertation im Manuskript eine Druckschrift angenommen werden;

b. eine Lebensbeschreibung des Kandidaten, die in derselben Sprache wie die Dissertation zu verfassen ist;

c. ein Sittenzeugnis und Zeugnisse über den Gang der wissenschaftlichen Ausbildung;

d. eine Summe von Fr. 300, welche bei der Anmeldung zu erlegen ist.

§ 3. Die philosophische Fakultät zerfällt in Rücksicht der Doktorprüfungen in zwei Sektionen:

1. in die philosophisch-historische und
2. in die mathematisch-naturwissenschaftliche.

Der Kandidat bestimmt drei Fächer, in denen er examinirt werden will, indem er eines derselben als Hauptfach bezeichnet.

§ 4. Als Prüfungsfächer gelten:

a. in der philosophisch-historischen Abteilung: 1. Philosophie; 2. griechische Philologie; 3. lateinische Philologie; 4. deutsche Philologie oder Literatur; 5. romanische Philologie und Literatur; 6. slavische Philologie; 7. orientalische Philologie; 8. vergleichende Sprachwissenschaft u. Sanskrit; 9. Geschichte; 10. Archäologie und Kunstgeschichte; 11. Nationalökonomie;

b. in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung: 1. Mathematik; 2. Astronomie; 3. Physik; 4. Chemie; 5. Mineralogie; 6. Geologie; 7. Botanik; 8. Zoologie; 9. Geographie.

Zugelassen sind ausserdem Dissertationen pharmakognostischen Inhalts; jedoch haben die Bewerber für das mündliche Examen drei der sub *b.* genannten Fächer zu bezeichnen.

§ 5. In den einzelnen Fächern examiniren diejenigen Professoren, welche für den Vortrag derselben angestellt sind. Wenn jedoch mehrere Professoren desselben Faches an der Hochschule tätig sind, so examiniren sie abwechselnd.

§ 6. Vor dem mündlichen Examen werden dem Kandidaten drei Fragen vorgelegt, die er schriftlich, ohne Hülfsmittel, unter Klausur zu beantworten hat. Es werden ihm zur Lösung jeder dieser Fragen drei Stunden Zeit gegönnt. Über die Beantwortung erstattet der Professor, von welchem die Frage gestellt wurde, der Fakultät vor Beginn des mündlichen Examens Bericht.

§ 7. Die Beurteilung des mündlichen Examens, bei welchem für das Hauptfach 45 Minuten, für jedes Nebenfach 30 Minuten verwendet werden, geschieht in der Sitzung der Fakultät durch die Professoren, welche das Examen abgehalten haben. Wenn die Mehrzahl ihrer Stimmen sich für den Doktoranden entscheidet, so wird dem Kandidaten die Doktorwürde entweder summa cum laude oder magna cum laude oder cum laude erteilt.

Kandidaten, welche das schweizerische Staatsexamen für Pharmaceuten bestanden haben, können von den Klausurarbeiten dispensirt werden. Ebenso können Kandidaten, welche als Mitglieder eines der bei der philosophischen

Fakultät der Universität Bern bestehenden Seminarien eine preisgekrönte Arbeit geliefert, und solchen, welche das bernische Gymnasiallehrerexamen mit Erfolg bestanden haben, die Klausurarbeiten erlassen werden.

§ 8. Ergibt sich Stimmenmehrheit für den Kandidaten, so wird ihm, sobald seine Dissertation gedruckt und der Fakultät in 150 Exemplaren eingereicht ist, das Doktordiplom ausgehändigt.

Erhält der Kandidat nicht die Mehrheit der Stimmen, so wird er abgewiesen; er erhält dabei die Hälfte der nach § 2 erlegten Summe zurück. Eine Wiederholung des Examens wird ihm nicht vor Ablauf eines halben Jahres gestattet.

§ 9. Die von dem Kandidaten bezahlte Gebühr wird, nach Abzug der Kosten für den Druck des Diploms, unter die Examinatoren, den Dekan und den Sekretär gleichmässig verteilt. Der Abwart der Hochschule erhält Fr. 10; weitere Fr. 20 sollen der Bibliothek der Hochschule zufallen.

§ 10. Die Formel, welche der Dekan dem Doktoranden nach beendigter Prüfung vorspricht und auf welche der Doktorand das Handgelübde an Eidesstatt ablegt, lautet:

„Ich gelobe der akademischen Würde, die mir heute verliehen worden ist, stetsfort Ehre zu machen; ich verspreche der Wissenschaft, der ich mich gewidmet habe, stets, so viel ich vermag, zu dienen und ihre Würde aufrecht zu erhalten; ich gelobe, die wissenschaftliche Erforschung der Wahrheit stets als eine hohe und ernste Aufgabe zu betrachten."

§ 11. Die philosophische Fakultät behält sich vor, aus eigenem Antrieb an Männer von vorzüglicher Gelehrsamkeit und ausgezeichneten Verdiensten durch einstimmigen Beschluss die Würde eines Doktors der Philosophie honoris causa zu erteilen.

§ 12. Hiemit wird das Reglement vom 5. November 1884 aufgehoben.

---

47. 10. Promotionsordnung der ersten Sektion der philosophischen Fakultät der Hochschule Zürich. (Vom 31. Mai 1890.)

§ 1. Gemäss § 139 des Gesetzes über das gesamte Unterrichtswesen des Kantons Zürich vom 23. Christmonat 1859 steht jeder der beiden Sektionen der philosophischen Fakultät das Recht zu, die Würde eines Doktors der Philosophie zu erteilen.

§ 2. Die erste Sektion der philosophischen Fakultät erteilt die Doktorwürde:

1. Infolge einer bei ihr eingereichten Bewerbung auf Grundlage einer Dissertation und einer Prüfung;
2. ohne vorangegangene Bewerbung von sich aus und unentgeltlich auf Grund anerkannter Verdienste um die Wissenschaft (Ehrenpromotion).

I. Promotion infolge eingereichter Bewerbung.

§ 3. Die Bewerbung geschieht bei dem Dekan der Sektion durch ein schriftliches Ansuchen, in welchem der Bewerber sein Haupt- und Nebenfach zu bezeichnen und welchem er beizulegen hat:

1. Einen kurzen Abriss seines Bildungs- und Studienganges (curriculum vitæ);
2. genügende Zeugnisse darüber, dass er ein Triennium des akademischen Kurses zurückgelegt hat;
3. ein genügendes Sittenzeugnis;
4. eine Dissertation in Manuskript, deren Gegenstand dem vom Kandidaten vorgeschlagenen Hauptfach entnommen sein muss.

In besonderen Fällen kann das sub 2 bemerkte Erfordernis durch Sektionsbeschluss erlassen werden.

In Ausnahmefällen, welche jedoch einem Spezialbeschluss der Sektion unterliegen, kann, an Stelle der unter 4 geforderten Dissertation in Manuskript, eine Druckschrift angenommen werden.

§ 4. Der Dekan übermittelt diese Eingabe zur Prüfung und Begutachtung einem oder wenn möglich zwei Referenten aus der Zahl derjenigen Professoren,

in deren Fach der Gegenstand der Dissertation fällt. Falls dieselbe das vom Dekan vertretene Fach berührt, kann derselbe unter Mitteilung an die Sektion in die Stelle eines Referenten eintreten. Ebenso ist er im Falle des Bedürfnisses befugt, einen Privatdozenten oder ein Mitglied einer andern Fakultät um Übernahme eines Referates zu ersuchen.

Die Referenten stellen die Akten, begleitet von ihren motivirten schriftlichen Gutachten und einem darauf begründeten Antrag, dem Dekan zu Handen der Sektion zurück.

§ 5. Ist der Antrag auf Zulassung von Seite der (des) Referenten erfolgt, so gilt dieselbe als beschlossen, und der Dekan trifft die erforderlichen Einleitungen zur Prüfung, indem er zu gleicher Zeit die Akten in Zirkulation setzt. Sind dagegen die Referenten geteilter Meinung oder wünschen sie selbst einen Entscheid der Sektion, so bestimmt die letztere über die Zulassung zur Prüfung.

Im Falle der Nichtzulassung steht dem Bewerber nach Verfluss von sechs Monaten das Recht zu neuer Bewerbung zu, vorbehalten die Bestimmung von § 17.

§ 6. Die Prüfung ist zweifach, eine schriftliche und eine mündliche; die schriftliche geht stets voran.

§ 7. Die schriftliche Prüfung besteht:

1. In der Bearbeitung einer Aufgabe, welche der Kandidat innerhalb dreier Tage zu Hause, unter freier Benützung der wissenschaftlichen Hülfsmittel zu lösen hat;
2. in einer Klausurarbeit, die in einem halben Tage anzufertigen ist.

Die Aufgaben für die schriftliche Prüfung und die Sprache, in der sie zu bearbeiten sind, werden von denjenigen Professoren bestimmt, welchen dekretgemäss die Lehrstellen des vom Examinanden bezeichneten Hauptfaches (§ 3) übertragen sind.

Die Hausarbeit soll in der Regel dem Nebenfach, die Klausurarbeit in der Regel dem Hauptfach entnommen sein.

§ 8. Die schriftlichen Arbeiten werden von den Professoren, welche das Thema derselben stellten, schriftlich zensirt, samt der Beurteilung dem Dekan eingehändigt und von diesem bei der Sektion in Umlauf gesetzt.

§ 9. Die mündliche Prüfung besteht in einem Colloquium vor versammelter Sektion, welches sich auf das Hauptfach des Kandidaten (§ 3) und überdies auf ein weiteres in der philosophischen Fakultät vertretenes vom Examinanden auszuwählendes Fach bezieht.

§ 10. Der Dekan bestimmt den Termin der mündlichen Prüfung und setzt die Mitglieder der Sektion durch besondere Einladung von demselben in Kenntnis.

§ 11. Als Examinatoren wechseln die Vertreter jedes Faches in regelmässiger Reihenfolge ab. Der Dekan ist befugt, nötigenfalls Mitglieder der zweiten Sektion, beziehungsweise einer andern Fakultät, als Examinatoren zuzuziehen.

§ 12. Nach Beendigung der auf nicht länger als $2^1/_2$ Stunden auszudehnenden Prüfung nimmt die Sektion die Beratung und Abstimmung über die Befähigung der Kandidaten vor.

§ 13. Denjenigen Bewerbern, welche die hier bestehende Diplomprüfung für Kandidaten des höheren Lehramtes in den philologisch-historischen Fächern mit Erfolg bestanden haben, wird die schriftliche Prüfung ganz erlassen, die mündliche auf die Dauer von $1^1/_2$ Stunden beschränkt. Modifikationen in dieser teilweisen Erlassung, oder Ausdehnung derselben auf solche Kandidaten, die für das zürcherische Diplom ein Äquivalent zu bieten im stande sind, unterliegen, als Ausnahmefälle, einem Spezialbeschluss der Fakultät, zu welchem zwei Drittel der Sektionsmitglieder ihre Zustimmung geben müssen.

§ 14. Der Dekan macht dem Kandidaten das Resultat der Abstimmung mündlich bekannt.

§ 15. Die Zensurausdrücke für die Prüfung sind: 1. summa cum laude; 2. magna cum laude; 3. cum laude; 4. rite.

Ausserdem wird auf Grundlage eines Antrages der (des) Referenten ein Urteil über die Dissertation in bestimmte Ausdrücke formulirt.

§ 16. Weist die Sektion den Kandidaten infolge des Ausganges der mündlichen Prüfung ab, so kann sie ihm hiebei eine Frist setzen, die nicht weniger als drei und nicht mehr als sechs Monate betragen darf, nach deren Ablauf er sich von neuem zur mündlichen Prüfung melden kann. Auch ist der Dekan verpflichtet, dem Kandidaten die einzelnen Fächer zu bezeichnen, in welchen dieser nach dem Urteile der Sektion nicht die nötige Befähigung bewiesen hat.

§ 17. Nach zweimaliger Abweisung eines Kandidaten in der Prüfung wird keine weitere Meldung desselben mehr angenommen.

§ 18. Nach bestandener Prüfung hat der Doktorand 150 Exemplare seiner Dissertation, auf deren Titel Ort der Promotion und Name des die Arbeit begutachtenden und den Verfasser zur Promotion empfehlenden Referenten angegeben und welcher das curriculum vitæ beigedruckt sein muss, an den Pedellen abzuliefern. Vor dem definitiven Druck ist dem Dekan ein Probeabdruck des Titelblattes und des curriculum zur Genehmigung vorzulegen.

§ 19. Von den eingereichten Exemplaren werden dem Dekan zwei und und jedem Mitglied der Sektion, sowie jedem Mitgliede des Erziehungsrates je ein Exemplar eingehändigt. Ein Exemplar kommt in das Archiv der Sektion, eines in dasjenige des Senates. Der Rest wird an die Kantonalbibliothek abgeliefert.

Ein Titelblatt der Abhandlung kommt an das schwarze Brett.

§ 20. Sobald die Exemplare vollzählig abgeliefert sind, erfolgt durch den Dekan die Bekanntmachung der Promotion im Amtsblatte; sie wird datirt vom Tage der Ablieferung der Pflichtexemplare.

§ 21. Das von den (dem) Referenten festzustellende Diplom soll die Zensurausdrücke über die Prüfung und das Urteil der Sektion über die Dissertation (§ 15) enthalten.

§ 22. Das Diplom wird datirt vom Tage der Publikation im Amtsblatt (§ 20), einerseits vom Rektor, anderseits von dem Dekan und dem Aktuar der Sektion unterzeichnet, mit dem Siegel der Hochschule und demjenigen der philosophischen Fakultät versehen und dem kreirten Doktor zugestellt.

§ 23. Von dem Diplom werden 50 Separatabdrücke angefertigt; von demselben erhält der Doktorand 20 Exemplare, jedes Mitglied der Sektion eines, je eines kommt in das Archiv der Sektion, in dasjenige des Senates und an das schwarze Brett.

§ 24. Die Gebühren für die Promotion betragen im ganzen Fr. 310.

a. Für die Prüfung der Dissertation und der schriftlichen Arbeiten werden Fr. 80 entrichtet, welche der Examinand zugleich mit der Einreichung der in § 3 bezeichneten Aktenstücke dem Pedellen zu Handen des Dekans einzuhändigen hat. Diese Summe bleibt verfallen, auch wenn der Bewerber wegen mangelhafter Dissertation nicht zu den weiteren Prüfungen zugelassen werden sollte. Im Falle der Bewerber sich später wieder meldet, gilt diese Gebühr als bezahlt.

b. Für die mündliche Prüfung und die Promotion werden Fr. 230 entrichtet, welche der Examinand dem Pedellen zu Handen des Dekans spätestens drei Tage nach Empfang der Einladung zur mündlichen Prüfung einzuhändigen hat. Davon bleiben Fr. 120 verfallen, auch wenn nach stattgehabter Prüfung eine Abweisung des Bewerbers erfolgen sollte; dagegen ist eine erneuerte mündliche Prüfung unentgeltlich.

§ 25. Die Gebühren verteilen sich in folgender Weise:

a. Von den für die Prüfung der Dissertation und der schriftlichen Arbeiten eingegangenen Fr. 80 erhalten die Referenten (resp. der Referent), welcher die schriftlichen Arbeiten (resp. die schriftliche Arbeit) stellten und beurteilten (§§ 7 und 8) Fr. 20 zu gleichen Teilen. Die übrigen Fr. 60 kommen den (dem) Referenten über die Dissertation zu.

b. Von den für die mündliche Prüfung und die Promotion zu entrichtenden Fr. 230 erhalten: 1. die Mitglieder der Sektion als Präsenzgeld Fr. 120; 2. der Rektor Fr. 30; 3. der Sekretär der Hochschule Fr. 15; 4. der Pedell Fr. 20; 5. die Kantonalbibliothek Fr. 35; 6. die Sektionskasse Fr. 10; Summa Fr. 230.

Bei Abweisung des Rewerbers nach der mündlichen Prüfung fallen die vier letzteren Beträge dahin.

Die Präsenzgelder werden unter die anwesenden Mitglieder der Sektion so verteilt, dass der Dekan zwei Teile, die übrigen Mitglieder je einen Teil erhalten.

II. Promotion ohne vorangegangene Bewerbung (Ehrenpromotion).

§ 26. Der Antrag zu einer Ehrenpromotion muss von einem Mitgliede der Sektion schriftlich bei dem Dekan gemacht und begründet werden.

§ 27. Der Dekan setzt die Mitglieder der Sektion von dem Antrage in Kenntnis und bestimmt den Termin für die entscheidende Versammlung der Sektion.

§ 28. Zur Fassung eines gültigen Beschlusses ist die Anwesenheit von mindestens drei Vierteilen der Sektionsmitglieder erforderlich. Die schliessliche Entscheidung über den Antrag findet durch geheime Abstimmung statt. Erklärt sich dabei mehr als eine Stimme gegen die Promotion, so wird dieselbe nicht vollzogen.

§ 29. Mit Bezug auf die Bekanntmachung der Promotion und auf das Diplom finden die Bestimmungen von §§ 20—23 Anwendung. Die Kosten des Diploms trägt die Staatskasse.

§ 30. Durch gegenwärtige Promotionsordnung wird diejenige vom 18. August 1877 aufgehoben.

1. Verordnung für die Ausstellung der vom Bunde subventionirten gewerblichen Fortbildungsschulen, Handwerkerschulen und gewerblichen Zeichenkurse. (Vom Schweizer. Industrie- und Landwirtschaftsdepartement genehmigt am 5. März 1890.)

Art. 1. Auf Veranstalten des Schweizerischen Industriedepartements findet vom 14. bis 28. September 1890 eine öffentliche Ausstellung der vom Bunde subventionirten gewerblichen Fortbildungsschulen, Handwerkerschulen und gewerblichen Zeichenkurse in den Räumen des eidgenössischen Polytechnikums in Zürich statt.

Art. 2. Die Beteiligung an dieser Ausstellung ist für sämtliche Anstalten der genannten Schulkategorie obligatorisch.

Art. 3. Die Ausstellung soll eine vergleichende Übersicht über die an den einzelnen Anstalten üblichen Lehrmethoden und die erzielten Unterrichtserfolge ermöglichen. Sie ist in erster Linie für die Aufsichtsbehörden, Vorstände und Lehrer der ausstellenden Anstalten berechnet.

Art. 4. Zur Ausstellung gelangen die Arbeiten der Schüler sowohl der zeichnenden Unterrichtsfächer mit Einschluss des freien und des konstruktiven Modellirens, als auch die schriftlichen Arbeiten in den theoretischen Disziplinen. Ausgeschlossen von derselben sind die sogen. Handarbeiten der weiblichen Fortbildungskurse. Die Art und Weise der Beschickung der Ausstellung durch die Anstalten wird durch ein besonderes Reglement festgestellt.

Art. 5. Gleichzeitig mit der Schulausstellung und in demselben Gebäude ist die Sammlung von Lehrmitteln für gewerbliches Fortbildungsschulwesen der Permanenten Schulausstellung Zürich zur Darstellung zu bringen.

Art. 6. Ein gedruckter Katalog wird den Besuchern die erforderliche Wegleitung für die Schulausstellung bieten.

Art. 7. Der Zutritt zu der Ausstellung ist für jedermann frei.

Art. 8. Mit der Vorbereitung und Leitung der Ausstellung ist eine vom Schweizer. Industriedepartement bestellte Allgemeine Ausstellungskommission von 11 Mitgliedern betraut. Dieselbe besteht aus einem Vertreter des Schweizer. Industriedepartements, den fünf Mitgliedern der Expertengruppe für gewerbliche Fortbildungsschulen, Handwerkerschulen und gewerbliche Zeichenschulen, und aus je einem Delegirten des schweizer. Vereins von Lehrern an gewerblichen Fortbildungs- und Fachschulen, des schweizer. Vereins zur Förderung des Zeichenunterrichts, der ständigen Spezialkommission der schweizer. Gemeinnützigen Gesellschaft für gewerbliches Fortbildungswesen, des Zentralvorstandes des Schweizer. Gewerbevereins und aus einem Vertreter der gewerblichen Bildungsanstalten der romanischen Schweiz.

Art. 9. Die Durchführung und der Betrieb der Ausstellung ist einem aus dem Schosse der Allgemeinen Kommission vom Schweizer. Industriedepartement ernannten engern Komite zugewiesen. Dasselbe besteht aus fünf Mitgliedern und wird präsidirt vom Vorsitzenden der Allgemeinen Kommission.

Art. 10. Die Ausstellung wird von Fachexperten, die das Schweizer. Industriedepartement auf Vorschlag der Allgemeinen Kommission ernennt, geprüft. Die Ergebnisse der Prüfung sind in Gestalt schriftlicher Berichte einerseits dem Schweizer. Industriedepartement zu übermitteln, anderseits einer auf Schluss der Ausstellung zu veranlassenden allgemeinen Konferenz von Vertretern der Behörden, von Vorstehern und Lehrern der ausstellenden Anstalten mitzuteilen und eventuell einer Besprechung zu unterziehen. Von Prämirung der ausstellenden Schulen und Schüler wird abgesehen.

Art. 11. Frachten und Porti der Her- und Rücksendung der Ausstellungsgegenstände, die Kosten für Verpackung anlässlich der letztern, sowie alle übrigen Betriebskosten des Unternehmens bestreitet der Bund. Derselbe übernimmt jedoch keine Gewähr gegen Beschädigung oder Verlust der zur Ausstellung bestimmten Arbeiten und Gegenstände. Die Kosten für die Zurüstung und Verpackung der einzusenden Schülerarbeiten haben die Schulen selbst zu tragen.

Für die uneingeschriebenen Briefpostgegenstände bis zum Gewichte von 2 kg., welche die Mitglieder der Ausstellungskommission und des engern Komite sowohl unter sich als auch mit den ausstellenden Bildungsanstalten und vice versa wechseln, ist Portofreiheit bewilligt.

Also angenommen in der ersten Sitzung der Ausstellungskommission in Zürich, den 26. Februar 1890.

---

2. Reglement über die Beschickung der Ausstellung der gewerblichen Fortbildungsschulen, Handwerkerschulen und gewerblichen Zeichenkurse. (Vom Schweizer. Industrie- und Landwirtschaftsdepartement genehmigt am 5. März 1891.)

Art. 1. Die Beschickung der Ausstellung hat seitens der einzelnen Schulen in der Weise zu erfolgen, dass die Unterrichtsmethode und das erreichte Unterrichtsziel in jedem Unterrichtsfache zur übersichtlichen und klaren Darstellung gelange.

Art. 2. Zur Ausstellung dürfen nur solche Schülerarbeiten gelangen, welche nach dem 1. Mai 1889 fertiggestellt worden sind.

Art. 3. Schülerarbeiten, welche das Gepräge blosser Schaustücke aufweisen und somit dem Unterrichtszwecke dieser Schulkategorie ferne bleiben, können vom engern Komite zurückgewiesen werden.

Art. 4. Die Ausstellung ist von den einzelnen Anstalten zu beschicken wie folgt:

I. Vorbildende Zeichenfächer (Freihandzeichnen, geometrisches Zeichnen und Projektionszeichnen).

a. Jedes dieser Fächer ist durch 2—3 Lehrgänge, zusammengestellt aus den Zeichnungsblättern je eines und desselben Schülers, zur Darstellung zu bringen. Zu berücksichtigen sind hiebei Schüler von verschiedener Vorbildung und Begabung. Die einzelnen Zeichenblätter eines Lehrganges sind der Reihenfolge ihrer Entstehung nach geordnet in einen soliden und einheitlichen Umschlag zusammenzufassen. Auf dem letztern ist der vollständige Name des Schülers, dessen Beruf, Alter und Vorbildung anzugeben und sodann, wann derselbe in die betreffende Schule eingetreten ist. Ferner ist auf dem Umschlag der Name des Lehrers, dessen Berufsstellung und die Schülerzahl des Kurses (Gesamtzahl der eingeschriebenen und der am Schlusse des Kurses verbliebenen Schüler) zu verzeichnen und anzugeben, ob die Arbeiten das Resultat des Klassen- resp. Gruppen- oder Einzelunterrichtes seien und ob der Unterricht zur Tages- oder Nachtzeit stattgefunden habe. Die einzelnen Blätter endlich sollen das Datum der Fertigstellung und eine Bemerkung tragen, ob sie nach Wandtafelvorzeichnung oder nach individueller Vorlage in gleichem oder verändertem Massstabe, ob nach einem Modell oder nach Natur angefertigt wurden. Diese Lehrgänge werden auf Tischen aufgelegt.

b. Aus den übrigen Schülerarbeiten in den genannten Fächern ist für jede Disziplin ein Lehrgang von den Elementen bis zu den abschliessenden Aufgaben zusammenzustellen, dessen Zweck ist, die erzielten Unterrichtserfolge darzutun. Diese Arbeiten werden ausgehängt und es sind daher die einzelnen Blätter in der Reihenfolge zu nummeriren, in der sie ausgehängt werden sollen.

II. Technisches und berufliches Zeichnen (so viel als möglich geschieden nach den durch den Unterricht berücksichtigten Berufsrichtungen in

Zeichnen der Mechaniker und Dreher, der Schlosser, der Spengler, der Steinhauer und Maurer, der Zimmerleute, der Bauschreiner, der Möbelschreiner und Drechsler, der Tapezierer, der Dekorationsmaler, der Lithographen, der Schuhmacher, der Schneider, der Gärtner u. s. w.).

Aus sämtlichen Zeichnungen dieser Fachkurse sind mit tunlichster Berücksichtigung der einzelnen Berufsrichtungen entsprechende Jahrgänge zusammenzustellen, welche ausgehängt werden sollen. Die übrigen Blätter sind nach Berufsarten und Kursen geheftet einzusenden und werden auf Tischen aufgelegt.

Wenn für die Feststellung der Reihenfolge der auszuhängenden Arbeiten die methodische Aufeinanderfolge derselben in erster Linie bestimmend sein soll so ist dabei doch eine günstige Gesamtwirkung, die Zusammenfassung zu einem abgerundeten Bilde nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Jedes Blatt muss an leicht sichtbarer Stelle folgende Angaben enthalten: Name, Beruf und Alter des Schülers, Zeit seines Eintrittes in die Anstalt und den betreffenden Kurs und Angabe des Semesters, in dem die Arbeit angefertigt wurde, sodann die Bezeichnung, ob die Arbeit nach Vorzeichnung, nach Vorlage in gleicher oder abweichender Grösse, nach Modell oder Skizze, nach Natur oder nach gestellter Aufgabe und gegebenen Motiven angefertigt wurde, endlich ob sie Tages- oder Nachtarbeit und ob sie das Ergebnis des Klassen- oder Einzelunterrichts sei.

III. Freies Modelliren (in Ton, Gips und Wachs). Die Arbeiten zweier Schüler sind in Gestalt je eines einheitlichen Lehrganges in diesem Fach zur Vorweisung zu bringen.

Den Anstalten ist es überdies freigestellt, noch je eine Gruppe von den übrigen Schülerarbeiten dieses Faches auszustellen.

IV. Konstruktives Modelliren (in Gips, Holz und Metall). Aus den Schülerarbeiten dieser Kurse ist wo möglich je ein Lehrgang zusammen zu stellen und einzuliefern. In analoger Weise sind den sub III und IV genannten Arbeiten die nähern Bezeichnungen über Name, Alter und Beruf des Schülers, Zeit der Entstehung der Arbeit und spezielle Natur der Aufgabe (ob nach Modell oder Zeichnung in gleichem oder verändertem Massstabe oder nach Skizze oder ob freie Komposition, ob Tages- oder Nachtarbeit) beizufügen.

V. Schriftliche Arbeiten der theoretischen Fächer (Geschäftsaufsatz und Korrespondenz, gewerbliches Rechnen, geometrische Berechnungen, gewerbliche Buchführung, Volkswirtschaftslehre, gewerbliche Physik und Chemie, Stillehre, Zierschreiben).

Für jede dieser an einer Anstalt gepflegten Disziplinen ist, sofern in derselben schriftliche Schülerarbeiten angefertigt werden, eine Anzahl von 4—6 Schülerheften zusammengeheftet einzusenden.

Der Umschlag soll enthalten den Namen des Unterrichtsfaches und die Zahl der Schüler des betreffenden Kurses (Gesamtzahl der eingeschriebenen und der am Schluss des Kurses verbliebenen Schüler) nebst der Angabe, ob die Arbeiteu nach Diktat oder nach freier Aufzeichnung der Schüler, ob in oder ausser der Schule entstanden seien. Reinschriften sind als solche zu bezeichnen.

Jedes Heft soll Name, Beruf, Alter und Vorbildung des betreffenden Schülers, sowie den Zeitpunkt angeben, wann derselbe in den betreffenden Kurs aufgenommen wurde.

Art. 5. Den Anstalten werden für alle erforderlichen Angaben einheitliche Etiquetten mit einer Anleitung für ihre richtige Verwendung gratis geliefert werden.

Art. 6. Jede Anstalt erscheint auf der Ausstellung in sich einheitlich abgeschlossen. Eine Tafel nennt ihren Namen und die zur Darstellung gelangten Unterrichtsfächer unter Hinweis auf die im Katalog gebotenen nähern Aufschlüsse betreffend Organisation und Betriebseinrichtung. Die Schulen sind, soweit immer möglich, nach den Kantonen, denen sie zugehören, zu gruppiren.

Art. 7. Den Schulvorständen steht es frei, den Schülerarbeiten gedruckte Statuten, Reglemente und Anstaltsberichte beizulegen.

Art. 8. Die Vorstände der zur Ausstellung verpflichteten Schulen haben bis spätestens den 15. Juli das Mass der nach Art. 4 erforderlichen Wandflächen dem Präsidenten der Ausstellungskommission (Herrn H. Bendel in Schaffhausen) bekannt zu geben. Das engere Komite behält sich vor, mit den Schulen eine allfällig notwendige Reduktion der gewünschten Wandfläche zu vereinbaren.

An die angegebene Adresse sind auch die sonstigen, die Ausstellung betreffenden Korrespondenzen zu richten.

Art. 9. Die Arbeiten sind zweckgemäss und sorgfältig verpackt so rechtzeitig abzusenden, dass sie bis spätestens den 4. September an dem Bestimmungsort eintreffen. Die Adresse lautet: Schweizer. Ausstellung der gewerblichen Fortbildungsschulen in Zürich, Polytechnikumsgebäude. Jeder Sendung ist ein nach den Fächern angelegtes genaues Detailverzeichnis der zur Ausstellung eingesandten Schülerarbeiten beizugeben. Überdies soll jede Kiste auf der Innenseite des Deckels ein Verzeichnis ihres Inhaltes bieten. Während der Dauer der Ausstellung dürfen ohne Genehmigung des engern Komites keine Schülerarbeiten zurückgezogen werden.

Art. 10. Der Katalog soll eine Übersicht der Entwicklung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens in der Schweiz, sowie der gegenwärtigen Einrichtungen der einzelnen Schulen auf Schluss des Schuljahres 1889/90 darbieten. Die nähere Durchführung dieser Arbeit erfolgt nach einem von dem engern Komite dem Schweizer. Industriedepartement zu unterbreitenden und von diesem zu genehmigenden Plane.

Die Schulvorstände sind verpflichtet, diesbezügliche Formulare, die ihnen zugestellt werden, sorgfältig auszufüllen und bis spätestens den 15. Mai 1890 an die kundzugebende Stelle einzusenden.

Art. 11. Nach Schluss der Ausstellung werden die Arbeiten den einzelnen Anstalten zurückgesandt.

Art. 12. Die mit der Schulausstellung zu verbindende Lehrmittelausstellung beschränkt sich auf die Lehrmittelabteilung für gewerbliches Fortbildungsschulwesen der Permanenten Schulausstellung Zürich. Dieselbe wird möglichst umfassend Vorlagenwerke und Modelle für die zeichnenden Disziplinen und Lehrbücher, sowie eventuell Veranschaulichungsmittel für die theoretischen Unterrichtsfächer darbieten.

Im Einverständnis mit dem Schweizer. Industriedepartement kann das engere Komite Massnahmen treffen, welche eine allfällige Ergänzung dieser Sammlung zum Zwecke der Ausstellung zum Ziele haben.

Also angenommen in der ersten Sitzung der Ausstellungskommission in Zürich, den 26. Februar 1890.